DER SUDAN – ZWISCHEN AFRIKA & ARABIEN

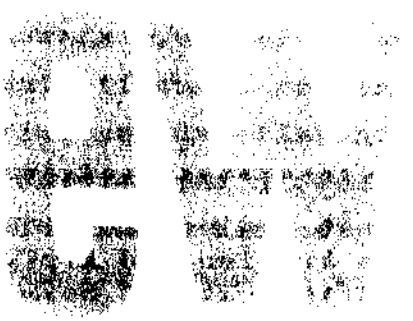
ENTWICKLUNGSLÄNDER

Informationen
Nachrichten
Berichte
Dokumentationen für den Hochschulbereich

Herausgeber: WORLD UNIVERSITY SERVICE, Deutsches Komitee e.V., 53 Bonn, Lessingstraße 32, Telefon: 02221-22 85 86
Erscheinungsweise: monatlich; Dokumentationen in unregelmäßigen Abständen
Nachdruck mit Quellenangabe „ew" gestattet; Zusendung von 2 Belegexemplaren erbeten
Bezugsgebühr: jährlich DM 10.00

Dokumentation I-1970 9. Jahrgang 30. April 1970

DER SUDAN - ZWISCHEN AFRIKA & ARABIEN



DISKUSSIONSBEITRÄGE VON HORST BREIER

****

Verantwortlich für den Inhalt dieser Nummer: Horst Breier

****

Copyright 1970 Horst Breier, Bonn. Die Senderechte für den Text "Zwischen Arabien und Afrika - Der Sudan auf dem Weg zur Revolution" liegen beim Westdeutschen Rundfunk, Köln.

E I N L E I T U N G

Von Oktober 1968 bis Juni 1969 hielt ich mich im Sudan auf, um dort Material für eine wissenschaftliche Arbeit zu sammeln. Ich geriet in und erlebte eine politisch unruhige Zeit. Immer deutlicher - und für jeden sichtbar - zeigte sich das Versagen der bürgerlichen Regierung, die ihre eigenen Partikularinteressen und die der von ihr repräsentierten herrschenden Gruppen zu sichern und durchzusetzen versuchte, jedoch wenig oder gar nichts für die breiten Bevölkerungsschichten leistete.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Mai 1969 putschte deshalb eine Gruppe progressiver Offiziere und Intellektueller, deren Ziel es ist, einen modernen, sozialistischen Sudan aufzubauen, der eine blockfreie Politik betreibt und seinen Bürgern ein Maximum an persönlicher politischer und ökonomischer Freiheit garantiert.

Bis zur Verwirklichung dieses Zieles muß der Sudan einen langen Weg zurücklegen. Nahezu unüberwindlich erscheinende Probleme liegen auf diesem Weg und müssen gelöst werden: die Veränderung und Modernisierung einer außerordentlich rückständigen, von tribalistischen, regionalen und religiösen Differenzen zerrissenen Gesellschaft; die ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung dieses größten Landes Afrikas, dessen Nationalökonomie bisher so gut wie ausschließlich von der Baumwolle abhängig war, deren Anbau in großem Maßstab von England eingeführt wurde, das von 1898 bis 1956 de facto die Kolonialmacht im Sudan war; die riskante Gratwanderung zwischen den beiden großen Machtblöcken und ihren politisch-strategischen Interessen im Sudan; und schließlich das Bemühen, zwischen Arabien und Afrika zu einer nationalen Identität und damit nach der staatlichen auch zur nationalen Einheit zu finden.

Ein besonders schwieriges Problem, das vordringlich gelöst werden muß, ist der Nord-Süd-Konflikt im Sudan, die Auseinandersetzung zwischen dem schwarzafrikanischen Süden und dem arabisch-islamisch geprägten Norden, die bei uns häufig und gerne, von interessierter Seite, als Rassen- und Relegionskrieg, als Völkermord unter Ausschluß der Öffentlichkeit definiert wird.

Der Sudan ist eines der in seiner inneren Problematik komplexesten Länder auf dem afrikanischen Kontinent. Einfache Formeln, griffige Definitionen und pauschale Urteile können die Komplexität der Vorgänge in diesem Land deshalb nicht einmal annähernd beschreiben.

In einer Reihe von publizistischen Arbeiten habe ich während meines Sudan-Aufenthaltes versucht, einige der Hintergründe und Ursachen der Probleme, mit denen dieses Land sich herumschlägt, zu verdeutlichen und dadurch zu einer differenzierteren Betrachtungsweise beizutragen. Das ist nicht überall auf Zustimmung gestoßen. Vor allem einige Gruppen in der katholischen Kirche, die hoffentlich nicht als repräsentativ angesehen werden müssen, haben diese publizistische Arbeit mit Mißtrauen und Ablehnung beobachtet. In einem Brief, der mich von dieser Seite erreichte, heißt es: "Wenn ich Sie richtig verstanden habe, gibt es zur Zeit wohl nur eine gültige Interpretation und Tendenz über die Vorgänge im Sudan, und zwar die Ihre."

Dieser Satz ist insofern aufschlußreich, als er deutlich die Verärgerung darüber verrät, daß meine "Interpretation und Tendenz über die Vorgänge im Sudan" sich offensichtlich stark von der gewisser Kirchenkreise unterscheiden, die bisher ein weitgehendes Informations- und Meinungsmonopol für alles, was mit dem Sudan zusammenhängt, besessen haben.

Deshalb mag es nützlich sein, einige dieser publizistischen Arbeiten in dieser Broschüre noch einmal zusammenzufassen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, nicht im Sinne einer allgemeingültigen Lehre, sondern als Diskussionsbeitrag und Material für diejenigen, die sich für die Probleme des Sudans interessieren.

Zu danken habe ich den verantwortlichen Herren der Neuen Zürcher Zeitung, des INTERNATIONALEN AFRIKA FORUM, der ZEIT und des Westdeutschen Rundfunks, die mir freundlicherweise gestattet haben, meine für sie geschriebenen Manuskripte in dieser Zusammenstellung noch einmal zu verwenden.

H.B.

Inhaltsangabe

	Seite
1. Eine historische Momentaufnahme: Khartoum in der Mitte des 19. Jahrhunderts	11
2. Der Tribalismus als Problembereich	33
3. Die ehemalige Kolonialmacht England als Faktor der Entfremdung	43
4. Zu den Hintergründen des Putsches vom 25. Mai 1969	47
4.1 Verfassungsstreit und zentrifugale Kräfte im Sudan	47
4.2 Innerpolitische Unruhe	58
4.3 Der Weg in den Putsch	63
5. Der Staatsstreich vom 25. Mai 1969	69
5.1 Der Coup d'état	69
5.2 Im Land des Mahdi ...	73
6. Ein Blick auf die Hochschulen	83
6.1 Die Unruhe der Studenten	83
6.2 Universitätsprobleme in Khartoum	85
7. Das Südsudanproblem	89
7.1 Im aufständischen Südsudan	89
7.2 Die Wurzeln der Rebellion	98
7.3 Die christlichen Kirchen im Südsudan	104
7.4 Das Leben im rebellischen Südsudan - Wandlungen in Gesellschaft und Wirtschaft	110
7.5 Befriedungsversuche im Südsudan	116
7.6 Zweierlei Afrika im Sudan - Ringen nach nationaler Identität	122
8. Zwischen Arabien und Afrika - Der Sudan auf dem Weg zur Revolution	129
9. Anhang: Karikaturen aus "Sudan Informazioni"	157

1. Eine historische Momentaufnahme

(Der nachstehende Aufsatz wurde im Aprilheft 1969 der in München erscheinenden Zeitschrift INTERNATIONALES AFRIKA FORUM veröffentlicht)

Khartoum in der Mitte des 19. Jahrhunderts

Zahlreiche Europäer besuchten im 19. Jahrhundert den Sudan, die meisten von ihnen auch Khartoum, das 1833/34 von dem turko-ägyptischen Regime zur neuen Hauptstadt bestimmt worden und bis dahin nichts als eine kleine, unbedeutende Siedlung am Zusammenfluß von Blauem und Weißem Nil gewesen war.

Es war ein buntes Gemisch von Personen und Persönlichkeiten, das sich den damals erheblichen Strapazen der langen Reise unterwarf und Khartoum, gewöhnlich in den kühleren Wintermonaten, erreichte: Abenteuerer und Kaufleute, Forscher und Missionare, Diplomaten und im Dienste der ägyptischen Vizekönige stehende Ärzte, Ingenieure und Offiziere. Viele von ihnen ließen es bei einem kurzen Aufenthalt bewenden, blieben vielleicht ein paar Wochen, um zunächst noch weiter in den Süden zu reisen oder direkt nach Kairo und von dort nach Europa zurückzukehren. Andere siedelten sich in Khartoum an.

Wen nicht die Neugier, unruhiges Blut und Abenteurerlust nach Khartoum trieb, wie zum Beispiel den Fürsten Pückler-Muskau [1], den mochte der Forschungsdrang zu dieser Reise bewogen haben [2], die Order des ägyptischen Vizekönigs oder der Kongregation der Propaganda Fide in Rom. Wieder andere kamen voller Hoffnung, Handel treiben und in kurzer Zeit große Reichtümer aufhäufen zu können, mit denen sie sich später in Europa einen geruhsamen und komfortablen Lebensabend gestalten wollten. Elfenbein war für sie das magische Zauberwort.

Sie alle aber, gleichgültig, welches ihre Beweggründe und Motive waren, hatten sich von den Vorstößen auf dem Weißen Nil tief in das Innere Afrikas faszinieren lassen, die auf Befehl Mohammed Alis nach der Eroberung des Sudan ihren Anfang genommen hatten. Die seit der Zeit der Pharaonen anhaltende Spekulation über die Quellen des Nils, die unbekannten und geheimnisvollen afrikanischen Reiche, die man auf diesem Strom zu erreichen hoffte, die Vermutung großer Reichtümer und die Erwartung, neue Absatzmärkte für Europas Produkte zu finden, beschäftigten und beflügelten die Phantasie dieser Menschen.

So kommt es, daß wir heute über zahlreiche Beschreibungen der Stadt Khartoum in der Zeit vor der Mahdia verfügen,

über skizzenhafte Notizen und umfassende Schilderungen, über Korrespondenzen und Tagebuchaufzeichnungen, veröffentlicht und unveröffentlicht 3). Nur von wenigen anderen afrikanischen Städten liegt aus dieser Periode ähnlich umfangreiches Quellenmaterial vor.

Zum Zwecke politischer oder historischer Untersuchungen über die Herrschaft Ägyptens im Sudan wurde das Material wiederholt ausgewertet.[4] Gründliche Darstellungen der soziologischen Verhältnisse im Khartoum jener Zeit, der Wirtschaft, des Handels und Gewerbes, der Lebensweise der Bewohner gibt es bisher jedoch noch nicht.5)

Mit diesem Aufsatz soll der Versuch unternommen werden, einen Teilaspekt des Lebens in Khartoum in der Mitte des vorigen Jahrhunderts darzustellen, das der dort ansässigen Ausländer 6), ihre privilegierte Stellung und ihren feudalen Stil.7) Es handelt sich dabei, wenn man so will, um eine Momentaufnahme. Stichproben haben jedoch ergeben, daß das auf diese Weise gewonnene Bild durchaus eine gewisse Allgemeingültigkeit besitzt, nicht nur für das 19. Jahrhundert, sondern auch für unsere heutige Zeit. Manche Beobachtung, manche Beschreibung der Verhältnisse, manche Einstellung, die von den Chronisten des vorigen Jahrhunderts der Nachwelt überliefert wurden, wirken in Hinblick auf die Ausländerghettos in vielen afrikanischen Städten des 20. Jahrhunderts in häufig bestürzender Weise immer noch aktuell. Insofern mag, wer will, auch in den Narrenspiegel sehen.

Hill deutet in seinem Buch "Egypt in the Sudan" an, daß Gordons Politik - zunächst als Gouverneur der Provinz Äquatoria (1873-1876) und später als Generalgouverneur des gesamten Sudan (1876-1880) -, zahlreiche und nicht immer besonders qualifizierte Europäer einzustellen, zum Fremdenhaß im Sudan beigetragen hat 8), der im Aufstand der Mahdia virulent wurde. Es kann jedoch angenommen werden, daß die Keime für diesen Fremdenhaß, von dem heutzutage glücklicherweise nichts mehr zu spüren ist, wesentlich früher gelegt wurden, vor allem durch die turko-ägyptische Herrschaft mit ihrer Mißwirtschaft, ihrer Ausbeutung und Terrorisierung der Bevölkerung und ihrer Zerstörung bestehender Strukturen.

Diese ablehnende und schließlich feindliche Haltung übertrug sich zu einem guten Teil auf die in Khartoum ansässigen Europäer, die sich gar nicht erst die Mühe machten, einen von den turko-ägyptischen Herrschern abgesetzten Mittelkurs zu steuern, sondern sich von Anfang an mit dem Feudalverhalten der politisch Mächtigen identifizierten, ihnen nacheiferten, ihren Lebensstil kopierten und teilweise sogar übertrafen.

über skizzenhafte Notizen und umfassende Schilderungen, über Korrespondenzen und Tagebuchaufzeichnungen, veröffentlicht und unveröffentlicht 3). Nur von wenigen anderen afrikanischen Städten liegt aus dieser Periode ähnlich umfangreiches Quellenmaterial vor.

Zum Zwecke politischer oder historischer Untersuchungen über die Herrschaft Ägyptens im Sudan wurde das Material wiederholt ausgewertet.[4] Gründliche Darstellungen der soziologischen Verhältnisse im Khartoum jener Zeit, der Wirtschaft, des Handels und Gewerbes, der Lebensweise der Bewohner gibt es bisher jedoch noch nicht.[5]

Mit diesem Aufsatz soll der Versuch unternommen werden, einen Teilaspekt des Lebens in Khartoum in der Mitte des vorigen Jahrhunderts darzustellen, das der dort ansässigen Ausländer [6], ihre privilegierte Stellung und ihren feudalen Stil.[7] Es handelt sich dabei, wenn man so will, um eine Momentaufnahme. Stichproben haben jedoch ergeben, daß das auf diese Weise gewonnene Bild durchaus eine gewisse Allgemeingültigkeit besitzt, nicht nur für das 19. Jahrhundert, sondern auch für unsere heutige Zeit. Manche Beobachtung, manche Beschreibung der Verhältnisse, manche Einstellung, die von den Chronisten des vorigen Jahrhunderts der Nachwelt überliefert wurden, wirken in Hinblick auf die Ausländerghettos in vielen afrikanischen Städten des 20. Jahrhunderts in häufig bestürzender Weise immer noch aktuell. Insofern mag, wer will, auch in den Narrenspiegel sehen.

Hill deutet in seinem Buch "Egypt in the Sudan" an, daß Gordons Politik - zunächst als Gouverneur der Provinz Äquatoria (1873-1876) und später als Generalgouverneur des gesamten Sudan (1876-1880) -, zahlreiche und nicht immer besonders qualifizierte Europäer einzustellen, zum Fremdenhaß im Sudan beigetragen hat [8], der im Aufstand der Mahdia virulent wurde. Es kann jedoch angenommen werden, daß die Keime für diesen Fremdenhaß, von dem heutzutage glücklicherweise nichts mehr zu spüren ist, wesentlich früher gelegt wurden, vor allem durch die turko-ägyptische Herrschaft mit ihrer Mißwirtschaft, ihrer Ausbeutung und Terrorisierung der Bevölkerung und ihrer Zerstörung bestehender Strukturen.

Diese ablehnende und schließlich feindliche Haltung übertrug sich zu einem guten Teil auf die in Khartoum ansässigen Europäer, die sich gar nicht erst die Mühe machten, einen von den turko-ägyptischen Herrschern abgesetzten Mittelkurs zu steuern, sondern sich von Anfang an mit dem Feudalverhalten der politisch Mächtigen identifizierten, ihnen nacheiferten, ihren Lebensstil kopierten und teilweise sogar übertrafen.

beschatteten. Am Ufer vor dem Palast lungerten ägyptische Soldaten in ihren seltsam anmutenden, halb fränkischen (europäischen) Uniformen herum. Sklaven, schwarz wie Tinte und in glänzender weißer oder roter Livree, ritten auf Eseln davon, um ihre verschiedenen Botengänge zu erledigen. Das Flußufer wurde in kurzen Abständen von Wasserrädern unterbrochen. Lange Reihen von Männern mit Wassersäcken (aus Ziegenleder) und von Frauen mit riesigen Tonkrügen auf dem Kopf bewegten sich zwischen dem Ufer und den Öffnungen der engen Gassen, die zwischen den Gärten hindurch in die Stadt führten. Das Boot des Gouverneurs der Provinz Berber, von zwölf schwarzen Sklaven gerudert, hatte gerade vom Ufer abgelegt und trieb langsam stromabwärts." 12)

Khartoum, das bestätigten alle Besucher in jener Zeit, war eine erstaunlich ordentliche und saubere Stadt. Khartoum "ist größer, sauberer und besser gebaut als irgendeine Stadt in Oberägypten, mit Ausnahme vielleicht von Siout (Assiut)", 13) und "es wird ein glücklicher Tag für Rom oder Florenz sein, wenn in den dortigen Straßen nicht mehr Dreck und Abfall herumliegt als in den Straßen dieser afrikanischen Stadt". 14)

Eine Art Stadtplanung für den Auf- und Ausbau Khartoums vermißten die Besucher. "Jedermann baut um seinen Besitz eine Lehmmauer, ohne dabei auf die Lage seines Grundstücks und auf andere Rücksicht zu nehmen." 15) Dadurch ergaben sich für den Weg durch die Stadt "höchst verwirrende Zickzacks" 16). Doch es gab eine gewisse Gliederung der Stadt in bessere und weniger gute Wohngegenden.

"Die bessere Art von Häusern gehört entweder den Beamten der Regierung oder den Europäern." 17) Diese Häuser standen, eines neben dem anderen, unmittelbar entlang dem Blauen Nil, gewöhnlich in großen, schattigen Gärten, die sich bis an den Fluß erstreckten. Hier lagen auch die Grundstücke einiger reicher Kaufleute und der katholischen Mission. Die meisten Häuser waren zwar groß und geräumig, aber einstöckig und aus ungebrannten Lehmziegeln gebaut. Diese Art von Häusern ist noch heute in Omdurman weitverbreitet. Vom exklusiven Wohngebiet am Blauen Nil erstreckte sich Khartoum etwas mehr als einen Kilometer ins Innere des Landes zum Weißen Nil hin. Bazar und Suk lagen landeinwärts am Ende der Stadt. Der Bazar bestand aus zwei überdachten Straßen, während der Suk, wie auch heute noch im wesentlichen, ein Freiluftmarkt war, auf dem vor allem kleine Händler und Bauern aus der Umgebung ihre Waren und Erzeugnisse feilboten und an den Mann zu bringen versuchten Anspruchsvollere Konsumgüter fand der potentielle Käufer im Bazar.

Melly schätzte bei seinem Besuch Anfang 1851 die Zahl der Häuser Khartoums auf etwa 3000, die der Bewohner auf das Zehnfache. Zweifellos befand sich Khartoum in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in einer Phase stürmischer Entwicklung und raschen Wachstums. Taylor weist darauf hin, daß der Bazar laufend erweitert werden mußte und das Sklavenviertel sich laufend ausdehnte.

Khartoum ist "eine Hauptstadt im kleinen geworden, und die dortige Gesellschaft ist eine seltsame Mischung aus Christen, Türken und Barbaren ... Die einheimische Bevölkerung ist buntgescheckt und umfaßt Angehörige beinahe jeden Stammes zwischen Darfur und dem Roten Meer, Ägypten und den Neger-Königreichen am Weißen Nil ... Khartoum ist das bemerkenswerteste, fast hätte ich gesagt das einzige Beispiel für materiellen Fortschritt in Afrika in unserem Jahrhundert. Wo vor 30 Jahren nicht einmal ein Haus stand, es sei denn ein ärmlicher Tokul oder die Strohhütte eines äthiopischen (afrikanischen) Fellah, steht heute eine Stadt mit 30000 oder 40000 Einwohnern, die täglich an Größe und Bedeutung zunimmt und nach und nach den Handel der riesigen Gebiete Zentralafrikas auf ihre Märkte zieht". 18)

Weniger begeistert von Khartoum und dem dort herrschenden Leben zeigte sich der englische Reisende Hamilton. Für ihn war "Chartum eine Art schwarzer Regent Street, wo jede denkbare Art des Lasters mit derselben schamlosen Offenheit herumstolziert (wie in London), wenn auch nicht ganz so zudringlich.... Hier haben sich Zivilisation und Barbarei getroffen, und jede der beiden hat ihre typischen Laster in den gemeinsamen Bestand eingebracht." 19) Zwei Dinge scheinen es vor allem gewesen zu sein, die Hamilton so negativ stimmten.

Praktisch alle Europäer - von den Missionaren abgesehen - hatten sich wie jeder andere, der es sich leisten konnte, äthiopische Mädchen zugelegt, die als Sklavinnen jederzeit angeboten wurden und erworben werden konnten. Die Pflichten, aber auch die Rechte dieser Mädchen gingen gewöhnlich weit über die einer Haushälterin hinaus. So konnten denn auch die Folgen nicht ausbleiben, und die standesamtlichen Register der katholischen Misssionen zeigten deutlich, daß viele dieser Verhältnisse sehr fruchtbar waren.

"In vertraut anmutendem Latein, das bis zum äußersten durch fremdländische sudanesische Namen strapaziert wurde, bleiben die Register der katholischen Kirche in Khartoum das intimste Zeugnis des Lebens der europäischen Gemeinde. Der Eifer, mit dem diese einsamen Abenteurer,Händler und Beamte ihre Verhältnisse mit abessinischen Frauen legalisieren und ihre Kinder taufen lassen wollten, war durchaus ernsthaft. Rom war gleichbedeutend mit dem Westen und der Zivilisation, die ihnen vertraut war. Die Kirche gab Ihnen et-

was, das über sie selbst hinaus die Verbindung mit einer universellen Gemeinschaft aufrecht erhielt." 20)

Der andere Grund für Hamiltons Mißbilligung mag der recht hohe Konsum an alkoholischen Getränken gewesen sein. Zwar räumte er ein, daß "es vielleicht kein anderes Land (gibt), wo Spirituosen in allen Jahreszeiten erforderlicher erscheinen", 21) aber Ägypten und noch viel stärker der Sudan sind Länder, die sich als verhängnisvoll für diejenigen erweisen, die einmal der tierischen Befriedigung des Trinkens nachgegeben haben. Ein Mann, der sich dem Trinken hingegeben hat, ist nicht mehr zu retten, denn die Gelegenheiten, seine Sucht zu befriedigen, fehlen nie, und aus der Gewohnheit entwickelt sich bald ein zwanghaftes Bedürfnis." 22)

Das Trinken als Folge des Lebens in Khartoum - oder in tropischen Ländern allgemein - fiel auch Taylor auf, der sich allerdings hütete, diese Angewohnheit in Bausch und Bogen zu verdammen. "Die türkischen Beamten und die Franken (Europäer) lieben Anislikör aus Scio, Maraschino, Rosoglio und andere levantinische Liköre. Selbst die schweren und harzigen Weine aus Smyrna und Zypern finden ihren Weg hierher." 23)

Beliebt war auch der Araki, ein Dattelschnaps mit hohem Alkoholgehalt. Im Nordsudan findet man ihn heute noch, wenn er dort zum Leidwesen der Regierung auch illegal destilliert wird. Die Einheimischen, für die Araki und Maraschino unerschwingliche Genüsse waren, begnügten sich mit Om bilbil (Mutter der Nachtigallen), einem Weizenbier mit "beißendem Geschmack", wie Taylor nach einer Kostprobe feststellte, oder mit Merissa, das aus Durra (Mohrenhirse, Sorghum vulgare) gebraut wird. "Es ist etwas stärker als Braunbier und schmeckt ähnlich wie Weizenkleie, beim ersten probieren unangenehm, doch höchst schmackhaft beim zweitenmal... Es ist nahrhaft und fördert die Verdauung, und meine Erfahrung bewies, daß es nicht nur ein harmloses, sondern in diesem stickigen Klima sogar außerordentlich bekömmliches Getränk ist." 24)

Das Khartoumer Klima vermochte keinem der Besucher Begeisterungsstürme abzugewinnen. "Der Wind, der über die Ebene (in der Umgebung von Khartoum) in unsere Gesichter blies, war so heiß und trocken wie der Gluthauch eines Hochofens. Mein Kopf drehte sich unter der fürchterlichen Intensität der Sonnenstrahlung." 25) Deswegen "muß derjenige, der in der heißen Zeit in Khartoum lebt, entweder schwitzen, d.h. sehr viel trinken, oder sterben". 26)

Eine hohe Zahl von Opfern, unter den Einheimischen wie unter den Europäern, forderten die zahlreichen Krankhei-

ten in Khartoum, "dem ungesundesten Flecken in einer der ungesundesten Gegenden der Welt". 27) Vor allem nach dem Nilhochwasser in den Sommermonaten breiteten sich Fieber "von höchst bösartiger Natur", Pocken, Ruhr und wohl auch Cholera aus und verlangten ihren Tribut an Menschenleben. Zwar gab es in Khartoum ägyptische Militärärzte, unter ihnen den Franzosen Dr. Peney, zwar gab es für bevorzugte Kreise Schutzimpfungen gegen Pocken und zur Vorbeugung gegen Malaria schluckte man fein zermahlene Chinin-Rinde, doch das half wenig. Das strapaziöse Klima, die Unkenntnis vieler Krankheitsursachen, die Trinkwasserversorgung aus dem Blauen Nil, nur von den wenigsten vor dem Gebrauch gefiltert, und das Fehlen jeglicher sanitärer Installationen ließen die gefürchteten Krankheiten immer wieder epidemieartig ausbrechen. In vielen Fällen wurde zur Besserung nichts anderes unternommen als ein Aderlaß. Manche Europäer suchten wohl auch, wenn die "moderne" Medizin keine Abhilfe schaffen konnte, Zuflucht bei den Heilmethoden der Einheimischen: als probates Mittel gegen Fieber aller Art wurde eine Tasse heiße, geschmolzene Butter auf leeren Magen getrunken.

Taylor schien denn auch froh zu sein, als er Khartoum wieder verlassen konnte. "Ich verließ Khartoum und ließ mit Bedauern einige Freunde in der Glut des Sudan zurück, der zu entrinnen ich selber jedoch froh war."28)

Wirtschaft, Handel und Gewerbe

Khartoums Lage am Nil und am Schnittpunkt mehrerer Karawanenwege begünstigte die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Ägypter und Nubier stellten die Mehrzahl der Händler, die im Import- und Exportgeschäft tätig waren. Dazu kamen ein paar Syrer, die als ständige Agenten Kairoer Handelshäuser in Khartoum ansässig waren. Am kapitalkräftigsten waren jedoch die Europäer, ein paar Franzosen und Italiener sowie Engländer.

Hauptexportartikel waren Elfenbein, Gummi arabicum und - Sklaven, diese vor allem, als die Profite aus dem Elfenbeinhandel geringer wurden. Jährlich, so berichtet Taylor, werden in Khartoum etwa 30000 kantars (1 kantar = ca. 50 kg) Gummi arabicum umgesetzt und anschließend nach Ägypten exportiert. Ein kantar Gummi kostete in Khartoum zwischen 55 und 60 Piaster (1 Piaster = 20 Pfennig) 29). Als der Generalgouverneur einmal den Versuch unternahm, die Preise zu stabilisieren, und anordnete, 60 Piaster seien künftig der Mindestpreis pro kantar, protestierte der österreichische Konsul Dr. Reitz namens der europäischen - und sicher auch ägyptischen - Händler gegen den geplanten Eingriff in die freie Marktwirtschaft. Der Generalgouverneur gab nach. In anderen Fällen hatten die Europäer ihre Gene-

ralkonsuln in Kairo für ihre Ziele eingespannt, die sich nicht scheuten, eine solche Sache bis zum Vizekönig zu tragen, der häufig um des lieben Friedens willen seinen Vertreter in Khartoum abberief.

Die Kosten für den Transport eines kantars Gummi arabicum auf dem Kamelrücken bis nach Kairo beziffert Taylor mit weiteren 50 Piastern, der Erlös in Kairo betrug jedoch nach Marktlage zwischen 150 und 250 Piastern pro kantar, so daß der Reingewinn der Händler nach Abzug der Steuern von 12,5 % zwischen 20 und 110 Piastern lag, oder umgerechnet, zwischen 20 und 100 Prozent.

Ähnlich günstig war die Gewinnmarge beim Elfenbein, das in Khartoum 1200 Piaster pro kantar kostete, in Kairo jedoch 2200 Piaster erzielte. Die Rechnung pro kantar sah folgendermaßen aus:

Einkaufspreis in Khartoum	1200 Piaster
Transport Khartoum - Kairo	50 Piaster
Erlös in Kairo	2200 Piaster
Rohgewinn	950 Piaster
12,5 % Steuer (vom Erlös in Kairo)	275 Piaster
Reingewinn	675 Piaster

Wer selber den Weißen Nil hinauf in den Süden fuhr, um von den dort lebenden Stämmen Elfenbein einzutauschen, stand sich noch günstiger, da er den Einkaufspreis nicht mehr mit Geld, sondern mit Ware bezahlte, mit "großen Mengen Glasperlen, Ohr-, Arm- und Nasenringen" 30), und später, als diese Tauschmittel inflationär entwertet worden waren und die Händler sich im Süden permanente Handelsstationen (zeribas) eingerichtet hatten, mit gewöhnlich gestohlenem Vieh. 31)

Die Karawanen verließen Kairo zwischen dem 1. Oktober und dem 1. Dezember. Zwei bis zweieinhalb Monate später trafen sie in Khartoum ein. Die Kamele waren beladen mit "englischem Musselin und Kattun, leichten roten Wollstoffen als Nordafrika, Messer- und Stahlwaren, Glasperlen und billigem Schmuck. Auch Stoffe, Seiden, Puder, Tabak und Araki wurden in beträchtlichen Mengen eingeführt, während in den größeren Orten auch immer ein guter Markt für Zukker, Reis, Kaffee und Gewürze bestand". 32)

Von den Importwaren abgesehen waren die für das tägliche Leben erforderlichen Dinge in Khartoum sehr billig. Ein fettes Schaf kostete acht Piaster, ein gutes, großes Dromedar zwischen 250 und 300 Piastern, ein acht Liter fassendes Gefäß mit Merissa einen Piaster. Ein reicher Händler berichtete Taylor, er zahle für seine Lebensführung - ein großes Haus mit Garten, dazu 20 Diener und Sklaven -

jährlich nicht mehr als 8000 Piaster (1600 Mark). Die Händler, schreibt Taylor, "leben (infolgedessen) in großen Häusern, halten sich ihren Harem mit tintenschwarzen Sklavinnen und verbringen ihre trägen und langweiligen Tage mit Essen, Trinken und Rauchen. Alles, was sie für ein solches Leben benötigen, ist dermaßen billig, daß ihre Gewinnsucht darunter nicht zu leiden braucht." 33)

Gemüse und Obst, sofern man es nicht in den eigenen Gärten zog, konnte man zu Spottpreisen auf dem Suk kaufen. Dort gab es auch das Fleisch der Tiere, die jeden Morgen am Ufer des Blauen Nil geschlachtet wurden. "Die Schafe, Kühe, Ziegen und Kamele werden hier im Freien getötet, abgehäutet und gevierteilt. Es ist durchaus nicht ungewöhnlich, dreißig oder vierzig Schlachter an ebensoviel Tieren hantieren zu sehen. Jeder ist von einer bereitstehenden Gruppe von Geiern, Habichten, Kranichen, Krähen und anderen fleischfressenden Vögeln umgeben. Diese Vögel werden von den Leuten niemals belästigt (da man ihre "gesundheitspolizeiliche" Funktion wohl zu würdigen wußte), und wir ritten manchmal zwischen Tausenden von ihnen hindurch, die sich, da sie so vollgefressen waren, kaum die Mühe machten, uns aus dem Weg zu gehen." 34)

Besuch beim Pascha

Reisende aus fernen Ländern bildeten in Khartoum immer eine willkommene Abwechslung. Sie brachten Neuigkeiten und Nachrichten aus Europa und Kairo mit und boten einen gern genutzten Anlaß, das tägliche Einerlei durch Festessen und Picknicks zu unterbrechen. Für die Einheimischen waren diese gewöhnlich hellhäutigen Besucher jedesmal kleine Sensationen. Melly beobachtete: "Sie sind etwas verwirrt, wenn sie darüber nachdenken, was uns wohl in ihre abgelegene Ecke der Welt geführt haben mag. 35) Ihre Verwirrung wird noch dadurch vergrößert, daß sie es aus bestimmten Gründen nicht vermeiden können, uns mit einem beträchtlichen Maß an Respekt zu betrachten, vermischt mit einem leichten Zusatz scheuer Ehrfurcht." 36)

Solche Ehrfurcht fehlte dagegen völlig auf seiten des mit dem Titel Pascha versehenen Generalgouverneurs Abdel Latif Abdallah, "eines rumelischen Türken, der in der ägyptischen Marine gedient hatte". 37) Unter den Europäern besaß er einen schlechten Ruf. "Sein Charakter, so heißt es, sei gewalttätig und willkürlich, und verschiedene außerordentlich grausame Taten werden ihm nachgesagt ... (aber) er bereicherte sich nicht dadurch, daß er die Regierung (um Einkünfte) betrog." 38) Hill betont den Mangel an Korruption bei diesem Generalgouverneur ebenfalls und weist darauf hin, daß er "kein Höfling und seine Sprache die eines Seemannes (war) ... Er hatte jeden Europäer in Khartoum im Verdacht, ein Lügner und Betrüger zu sein, und

behandelte sie dementsprechend". 39)

Doch die meisten Besucher ließen sich durch diese offensichtlichen Versuche ihrer Khartoumer Gastgeber, die spätere Berichterstattung über Latif Pascha von vornherein negativ zu beeinflussen, nicht davon abhalten, Amtspflichten und Lebensstil dieses Mannes lobend zu beschreiben. Latif Paschas "Amt ist von großer Bedeutung und hoher Verantwortung, und die damit verbundenen Pflichten sind in vollem Maße genauso schwierig wie die des ägyptischen Vizekönigs. Die Provinzen unter seiner Herrschaft umfassen ein Gebiet von größeren Ausmaßen als Frankreich, und unter den einheimischen Stämmen gibt es ebenso viele Gruppierungen wie Parteien unter den französischen Politikern." 40)

Seine Besucher beschrieben Latif Pascha als "einen Mann von 45 Jahren, mittelgroß, aber kräftig gebaut, mit regelmäßigen und angenehmen Gesichtszügen. Seine Haut war blaß olivfarben und seine Augen groß und dunkel; er trug einen schwarzen Bart 41) und einen sehr sorgfältig gepflegten Moustache. Er hatte einen vollen Mund. Beim Lachen zeigte er zwei vollkommene Reihen starker, weißer Zähne, die seinem Gesicht einen etwas grimmigen Ausdruck verliehen. Seine Manieren waren gepflegt, wiesen aber jene katzenartige Geschmeidigkeit auf, hinter der sich scharfe Krallen verbergen. Hätte ich ihn, in europäischer Kleidung, in London oder Paris getroffen, würde ich ihn für einen Primo Basso der italienischen Oper gehalten haben." 42)

Dieser "erste Baß der italienischen Oper" sprach neben Türkisch und Arabisch auch noch Französisch, Englisch und genügend Italienisch, um sich unterhalten zu können. Er verstand eine ganze Menge von Schiffahrt und modernen Schiffen, hatte eine kleine, aber gut sortierte Waffensammlung und interessierte sich für europäische Politik. Mit Taylor diskutierte er die damals gerade eingetroffene Neuigkeit des Staatsstreiches von Louis Napoleon in Frankreich. Es gab eine Art Kurierpost zwischen Kairo und Khartoum auf Dromedaren, die 24 Tage dauerte. 43) Die politische Szene Frankreichs charakterisierte Latif Pascha mit beinahe de Gaulle'scher Prägnanz: "Die Franzosen", sagte er, "müssen gründlich durchgeprügelt werden, oder sie sind unmöglich zu regieren." 44)

Latif Pascha versäumte es nie, wichtige ausländische Besucher zum Dinner zu sich zu bitten. Dabei wurde dann die ganze Pracht turko-ägyptischen Potentatentums in einem Land entfaltet, das unter der Last der ihm aufgezwungenen Steuer- und Tributleistungen stöhnte.

Der neue Palast, in dem Latif Pascha seine Besucher empfing, war 1851 gebaut worden, ein viereckiges Gebäude

mit Innenhof und einem rechteckigen Turm über dem Eingang. Im Innenhof waren ein großer Leopard und ein sechsmonatiger Löwenwelpe angekettet. Ein zweiter Löwenwelpe lief frei herum und machte sich einen Spaß daraus, hinter einer Säule den vorübergehenden ahnungslosen Sklaven aufzulauern, sie von hinten unvermittelt anzuspringen und zu Boden zu stoßen, ein unversieglicher Quell der Heiterkeit für den Pascha und seine Besucher. Der Empfangsraum war "mit feinen Teppichen ausgelegt und mit Spiegeln und luxuriösen Sofas ausgestattet". 45)

Dort wurden die Gäste von dem prächtig gekleideten Pascha begrüßt. Molly berichtet über seine Aufmachung, "einen Anzug aus dunkelbraunem Stoff mit reicher Stickerei, dazu eine rotgoldene Uniformweste, lange Ärmel aus rosa Seide mit Gold, seidene Strümpfe, einen herrlichen Schal um die Hüfte gewickelt, Tarbusch, Diamantstern und mehrere Goldkettchen". 46)

Das Sofa des Paschas war in der Mitte durch ein paar Kissen unterteilt. Auf der einen Seite nahm der Pascha Platz, jenseits der Kissen auf der anderer Seite der oder die Besucher. "Im selben Augenblick kamen vier Sklaven herein und reichten jedem von uns, angefangen beim Pascha in der gebührenden Rangfolge, die Pfeifen." 47) Diese (Wasser-) Pfeifen waren mit Juwelen besetzt, und das Aroma des feinen Djebeli-Tabaks (trug dazu bei), eine harmonisch-entspannte Atmosphäre zu schaffen", 48) in der dann auch die anfänglich spürbare Zurückhaltung des Paschas nachließ und "die Unterhaltung iebhafter wurde". 49)

Als die Pfeifen zuende geraucht worden waren, erschien erneut ein Sklave, der auf einem Silbertablett diesmal "vier winzige Gläschen mit Mastixlikör, ein einziges Glas Wasser (aus dem gemeinsam getrunken wurde) und ein paar Tellerchen mit Orangen- und Granatapfelstückchen" 50) brachte. Der Pascha wurde jedesmal als erster bedient. Zur Unterhaltung spielte eine kleine Kapelle auf, die aus fünf ägyptischen Jungen bestand, zwei Sängern und drei Instrumentalisten mit Tamburin, Rohrflöte und einem Saiteninstrument. "Sie spielten arabische und persische Weisen, die, verglichen mit klassischer europäischer Musik, improvisiert wirkten... Die Lieder handelten vor allem von der Liebe, hatten jedoch (wie der Chronist lobend hervorhob) ein höheres Niveau als die gewöhnlichen Lieder des Volkes." 51)

Das Dinner bestand aus zwanzig Gängen. Dazu wurde ein leichter Rotwein serviert. "Neben delikaten türkischen Fleisch- und Gemüsegerichten, köstlichem Fisch aus dem Weißen Nil und Früchten aus dem Garten des Paschas gab es Blancmange und verschiedene Sorten französischer Patis-

serie. Zum Schluß des Mahles wurde ein Glasgefäß mit einem kühlen Getränk aus getrockneten Feigen, Quitten und Aprikosen auf den Tisch gestellt." 52)

"Ich hatte nicht erwartet, einen solch' hohen Zivilisationsstand im Sudan vorzufinden," 53) faßte Taylor seinen Eindruck von dieser wahrhaft fürstlichen Bewirtung zusammen.

Europäer in Khartoum

Zu den bekanntesten Europäern, die in Khartoum ständig lebten, gehörten der französische Arzt Dr. Peney und der bereits erwähnte österreichische Konsul Dr. Constantine Reitz. Während seines Aufenthaltes in Khartoum war Taylor Gast dieses Dr. Reitz, der Sohn eines Forstmeisters aus der Nähe von Darmstadt war. Als er zwei Jahre später, 1853, im Alter von nur 33 Jahren starb, schrieb Taylor: "Seine zahlreichen Fertigkeiten in Verbindung mit einem Charakter von einzigartiger Energie und Ausdauer hatten seine Freunde auf wichtige Ergebnisse als Folge seines Aufenthaltes in Zentralafrika hoffen lassen. Trotz seiner barschen und exzentrischen Art waren seiner Großzügigkeit keine Grenzen gesetzt, und diese Haltung, zusammen mit seiner Unerschrockenheit und seinen Qualitäten als Reiter und Jäger machten ihn unter den arabischen Stammesfürsten allgemein beliebt..., deren Anliegen er gegenüber dem unterdrückerischen Regime der ägyptischen Regierung stets zu vertreten bereit war." 54)

Dr. Reitz' Haus, "von der besten Sorte in Khartoum" 55) war ein halber Zoo; neben einem Dromedar und zwei Pferden, "einem weißen Roß reinsten arabischen Geblüts aus Nedjid und einem rotbraunen Hengst", 56) begegnete der Besucher im Eingangshof bereits einer dort angeketteten zahmen Löwin. In einem anderen, kleineren Hof tummelten sich zwei Strauße, wilde Gänse und Wildschweine, während der Garten "eine ganze Tiermenagerie darstellte. Unter hohen Lauben, die mit üppigen Reben bedeckt waren, hielten sich zwei richtige Hyänen, ein wilder Esel aus den Bergen bei Atbara und ein abessinisches Maultier auf. Ein hochgewachsener Marabu ... stolzierte durch den Garten... Neben dem Stall befand sich ein großes Schafgehege, in dem sich Gazellen, fremdartige Schafe und Ziegen aus den Gebieten des Weißen Nil, ein Jungfrauenkranich und eine Antilopus leucoryx aus Kordofan mit vier Fuß langen, gebogenen Hörnern aufhielten. Mein Liebling war jedoch ein Leopard, das verspielteste und zärtlichste Wesen, außer beim Füttern." 57) Ein Privatzoo gehörte damals zu den beliebten und außerdem modischen Hobbies reicher Bewohner Khartoums, während die in den Gärten wachsenden Früchte der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse dienten. In dem Garten von Dr. Reitz

entdeckte Taylor neben zahlreichen Ziersträuchern Weintrauben, Feigen, Zitronen, Apfelsinen, Bananen, Granatäpfel, Datteln, Zuckerrohr und kishteh, eine Art Musapfel. 58)

Eher zu den Europäern als zu den Ägyptern zählte sich Rufa'a Bey, ein ebenso interessanter wie unglücklicher Mann. Er hatte dreizehn Jahre in Paris gelebt, sein Studium an der Ecole Polytechnique eingeschlossen. In der arabischsprechenden Welt besaß sein Name einen guten Klang, da er zahlreiche Werke aus dem Französischen in das Arabische übersetzt hatte. Auf diese Weise trug er wesentlich dazu bei, moderne europäische Gedanken im Nahen Osten bekanntzumachen und verbreiten zu helfen. Ein Angebot aus Konstantinopel, dort Professor zu werden, hatte er seinerzeit abgelehnt und war stattdessen nach Kairo zurückgekehrt, wo ihm die Leitung der Fremdsprachenschule übertragen wurde.

Unter der Herrschaft des Vizekönigs Abbas I. fiel Rufa'a Bey in Ungnade und wurde mit zwölf anderen Lehrern unter dem Vorwand, in Khartoum eine Schule gründen zu sollen, in den Sudan verbannt. 59) Es dauerte jedoch jahrelang, bis die für die Schulgründung erforderlichen Mittel bereitgestellt wurden. Hamilton erwähnt diese Schule in dem Bericht über seinen Khartoum-Aufenthalt im Jahre 1853. Damals soll sie 84 Schüler gehabt haben, die in Arabisch, Türkisch, im Koran und in Geometrie Unterricht erhielten. Diese Schüler waren jedoch keine Einheimischen, sondern die Kinder von Regierungsbeamten.

Rufa'a Bey, "der gebildeteste aller ägyptischen Gelehrten",[60] litt in besonderer Weise unter dieser Verbannung, da jeder für ihn gleichwertige intellektuelle Kontakt mit anderen fehlte. So war jeder Besucher ein willkommener Gesprächspartner, der Abwechslung in die eintönigen Tage brachte, in denen sich Rufa'a Bey hauptsächlich mit der Übersetzung von Fénelons "Télemaque" beschäftigt haben soll. 61)

Die Katholische Mission

Zum "Establishment" der europäischen Gemeinde gehörte in gewisser Weise auch die römisch-katholische Mission, die lange Zeit unter dem besonderen Schutze Kaiser Franz-Josefs von Österreich stand und nach der Übernahme des Patronats durch den Kaiser unmittelbar zur Gründung des österreichischen Konsulats geführt hatte. Diese Mission war gleichzeitig Apostolisches Vikariat für Zentralafrika, das durch ein Dekret Papst Gregors XVI. am 3. 4. 1846 ins Leben gerufen worden war und "die Bekehrung der Neger zum Christentum, die geistliche Betreuung der Christen, die

im Sudan als Händler lebten, und die Unterdrückung des Sklavenhandels" 62) übertragen bekommen hatte. Mit der Leitung und Durchführung der Arbeit waren in den ersten beiden Jahrzehnten Jesuiten beauftragt.

Zu den bemerkenswertesten Gestalten unter diesen frühen Missionaren zählte Dr. Knoblehar 63), ein Mann aus der Slowakei, der "in der Propaganda Fide in Rom besonders zum Missionar für Zentralafrika ausgebildet worden war. Nachdem er ein Jahr lang in Syrien Arabisch gelernt hatte, begab er sich nach Khartoum ...". 64) Von dort aus war er mehrfach mit Handelsexpeditionen auf dem Weißen Nil weit nach Süden bis in die Nähe des Äquators vorgedrungen und hatte sich mit der anschließenden Veröffentlichung seiner dabei gemachten Beobachtungen in europäischen Zeitschriften einen guten Namen gemacht.

Dr. Knoblehar war zweifellos die dynamische und unermüdlich treibende Kraft in der Khartoumer Mission. Er war "ein kleiner Mann, schmächtig und recht zart gebaut, und nicht älter als 35 Jahre. Er hatte eine helle Hautfarbe, graublaue Augen, und sein Bart, der bis auf die Brust reichte, war von ausgeprägt kastanienbrauner Farbe. Er besaß eines dieser Gesichter, die nicht nur bei jedermann Freundschaft gewinnen, sondern auch Vertrauen. Seine Kleidung bestand aus einem weißen Turban und einem wallenden Gewand aus tief purpurfarbenem Stoff." 65) Auch die anderen Missionare trugen "wallende orientalische Gewänder". 66)

Der Garten der Missionare rief das Entzücken aller Besucher hervor, ohne Ausnahme. "Er war mit Apfelsinen und Feigenbäumen und Bananenstauden überdeckt und duftete nach Jasmin- und Mimosenblüten"67), 68). Zu der Mission gehörte neben der Kapelle auch eine kleine Schule, die "aus 20 Jungen in verschiedener Aufmachung und von fast ebenso verschiedener Hautfarbe bestand, von fränkischem Weiß bis zum tintenschwarzen Einheimischen. Viele von ihnen sind die Kinder ansässiger Europäer. Einige können etwas Französisch und Italienisch, und fast alle können lesen und schreiben." 69)

Hamilton macht darauf aufmerksam, daß die Mission einen Teil ihrer künftigen Schüler auf dem Khartoumer Sklavenmarkt kaufte. "Diese (Kinder) sollen, so ist es vorgesehen, in ihr Land zurückgeschickt werden, wenn sie ins Mannesalter kommen, und es werden lebhafte Hoffnungen gehegt, daß sie eine große Hilfe bei der Verbreitung des Christentums im Innern (Afrikas) darstellen werden." 70) Dieses recht modern anmutende Konzept der Mission, Afrikaner mit Hilfe von Afrikanern zum Christentum zu bekehren, fand 1864 seinen Niederschlag in Daniele Combonis Schrift

"Piano per la rigenerazione dell' Africa", was ihm die Ernennung zum Apostolischen Vikar für Zentralafrika durch Pius IX. im Jahre 1872 eintrug und bis heute noch nachhaltige Auswirkungen im Sudan mit sich gebracht hat.

Das Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Konfessionen in Khartoum verlief recht reibungslos, und das hat sich bis zum heutigen Tage nicht geändert. "Die Gefolgsleute des Propheten blicken auf die Anhänger des Papstes mit höchster Gleichgültigkeit, und diejenigen, die sich zum Christentum bekennen, betrachten die Verehrer des Koran mit tiefem Mitleid. Die Juden verabscheuen natürlich beide." 71)

Herrenleben in Khartoum

Keiner der Europäer, die Khartoum besuchten, beklagte sich über Langeweile während seines Aufenthaltes. Taylor pflegte jeden Tag frühmorgens mit seinem Gastgeber Dr. Reitz auszureiten. "In unserer Lebensart fand sich ein beträchtlicher Teil jenes barbarischen Pomps und Aufwandes, den man unweigerlich mit dem Namen Sudan verbindet." 72) Begeistert von diesem "barbarischen Pomp" hält Taylor den Besuch bei der Sultana Nasra von Sennar fest, einer Nachfahrin der letzten Fung-Könige in Sennar. Sultana Nasra hatte sich mitsamt eines Teiles ihres Hofstaates zur Erledigung verschiedener Dinge nach Khartoum begeben. Dr. Reitz und Taylor machten ihr ihre Aufwartung, wurden freundlich ampfangen und großzügig bewirtet. Die dabei beobachteten Verhältnisse schienen wirklich aus Tausendundeiner Nacht zu stammen - oder aus einem Hefnerschen Playboy-Club:

"Alle ihre Sklavinnen waren Mädchen zwischen zwölf und vierzehn Jahren, unbekleidet bis auf einen râhad, einen Gürtel aus Lederfransen, über den Hüften. Es war offensichtlich, daß sie nach ihrer Schönheit ausgesucht worden waren; zwei von ihnen erschienen in der Symmetrie ihrer Formen und in der Anmut ihrer Bewegungen unvergleichbar, obwohl sie schwarz wie gußeiserne Statuen waren. Die Sklavinnen brachten uns die Pfeifen und Kaffee, und wenn sie nicht beschäftigt waren, standen sie mit vor der Brust gefalteten Händen in einer Reihe nebeneinander am äußeren Ende des Zimmers." 73)

Beim Ausreiten hatte jeder drei bis vier Diener und Sklaven bei sich. Als Abdel Kader Bey, der Gouverneur der Provinz Kordofan, nach einigen Wochen Aufenthalt in Khartoum wieder abreisen mußte, begleitete ihn eine Gruppe angesehener Männer einige Meilen auf seinem Weg. "Jedermann von Bedeutung in Khartoum, ausgenommen der Pascha, der sich

von einem seiner Sekretäre vertreten ließ", 74) war dabei. Die Begleitung bestand aus "mindestens fünfzig Dienern". 75)

"Die (türkischen) Beys saßen auf rassigen arabischen Hengsten, Dr. Peney auf einem hohen Dromedar und die arabischen Stammeshäuptlinge auf Maultieren und Eseln, während die Reitknechte und Pfeifenträger zu Fuß hinterherliefen." 76) Auf ging's. "Die roten Mützen, die grünen und scharlachroten Schabracken der Pferde, die tiefblauen, brauen, purpurroten und violetten Gewänder der Beys und die schneeweißen Gewänder der Araber, die karmesinroten Säume über die Schulter geworfen, bildeten auf dem Hintergrund der lohfarbenen Linien der entfernten Ebenen und des warmen blauen Himmels ein Farbenfest, das mit seinem Reichtum und seiner Harmonie mein Auge entzückte und für die Sinne ein ebensolcher Genuß war wie ein exquisites Aroma für den Gaumen." 77)

Wie die wilde Jagd ging es an den Ufern des Nil entlang oder querfeldein, so daß die armen Diener kaum mithalten konnten. "Die Beys (aber nicht nur sie) nutzten jede Gelegenheit aus, ihre Reiterkunststücke vorzuführen; sie jagten in wildem Zickzack über die Bohnenfelder (der Einheimischen, die bei jeder dieser Gesellschaften um ihre Ernte bangen mußten), zügelten die Pferde mitten im Galopp, warfen ihre gebogenen Bambusstöcke in die Luft ... und beschrieben Kreise und Ellipsen im vollen Galopp." 78)

Nachdem man sich genügend ausgetobt hatte, setzte man auf eine Nilinsel über, auf der bereits die Teppiche unter schattigen Bäumen ausgebreitet waren und "die Sklaven mit unseren Pfeifen bereitstanden. Wir ruhten dort zwei oder drei Stunden in dem angenehmen Schatten, unterhielten uns, rauchten und beobachteten träge die Bewegungen der Diener, die über die ganze Insel verstreut waren." 79) Ein Albaner schoß zwischendurch eine wilde Gans, während Dr. Reitz, gewöhnlich ein treffsicherer Schütze, diesmal sein Ziel, einen Ibis, verfehlte.

Schließlich wurde "ein ganzes Schaf aufgetragen, mit Reis gefüllt und mit Brot, Zwiebeln, Rettichen und Weintrauben garniert. Wir machten unseren rechten Arm frei und stürzten uns mit bloßen Fingern und mit so viel gutem Willen über das dampfende Fleisch, daß nach einer halben Stunde nur noch ein bildschönes Skelett auf der Platte übriggeblieben war. Abdel Kader Bey ehrte mich dadurch, daß er eigenhändig ein paar besonders ausgewählte Bissen abriß und mir anbot. Eine Schüssel mit gesüßtem, in Milch gekochtem Reis beendete das Mahl." 80)

Auf dem Rückweg "kamen wir an dem Körper einer Frau vorüber, die erwürgt und anschließend ins Wasser geworfen worden war. Diesen Anblick sahen die Eingeborenen ohne die geringsten Anzeichen von Überraschung." 81) Doch auch der Besucher vergaß dieses unangenehme Bild wieder, denn ein abendliches Picknick am Nil stand auf dem Programm.

"Die Boote wurden am Ufer festgetäut, Feuer angezündet, die Pfeifen angesteckt und Kaffee zubereitet. Im Lichte des vollen Mondes saßen wir in Gruppen im Sand. Um Mitternacht gab es das übliche Schaf, das von zwei Flaschen Rotwein begleitet war. Daraufhin gab Abou-Balta (ein reicher Kaufmann) vor, entrüstet zu sein, allerdings nur solange wie mohammedanische Diener sich in seiner Nähe aufhielten. Als die Luft rein war, räkelte er sich wie ein zweiter Falstaff auf dem Sand, wobei sein fröhliches Gesicht im Mondlicht strahlte. Dann probierte er verschmitzt das verbotene Getränk, das ihm so gut mundete, daß er sich schließlich auch nicht mehr gegen den schlimmen Spitznamen 'gamoos el-bahr' (Flußpferd) wehrte, mit dem wir ihn ausgezeichnet hatten." 82)

Als die Teilnehmer an diesem Picknick spät nachts nach Khartoum zurückkehrten und noch nicht alle den Wunsch verspürten, schlafen zu gehen, lud Dr. Peney sie noch zu einer Pfeife zu sich ein "und weckte seine Schillukssklaven, die in der Nähe des Hauses schliefen, um sie zu unserer Unterhaltung tanzen zu lassen. Sie waren zu dritt, zwei männliche und ein weibliches Wesen. 83) Ihr mitternächtlicher Tanz war das ungeschlachteste und barbarischste, was ich in Khartoum zu Gesicht bekam. Sie schwangen ihre Keulen 84), sprangen in die Luft und landeten manchmal auf einem, dann wieder auf beiden Füßen. Dazu begleiteten sie ihre Bewegungen mit einer Reihe von kurzen, schnellen Heultönen, die Ähnlichkeit mit dem Gelächter der Hyäne aufwiesen." 85)

Doch langweilig wurde es auf diese Weise nie. Große Begeisterung erzeugten bei den Europäern die Gastgeschenke, die sich Georg Melly hatte einfallen lassen, Kartoffeln, die damals in Khartoum noch weitgehend unbekannt waren und nicht angebaut wurden, 86) und - original englischer Lachs aus gut versiegelten Dosen, die nicht irgendwoher stammten, sondern, wie Melly zu betonen nicht versäumte, von Fortnum & Mason's in London. 87) Englischer Lachs und Rotwein, Picknicks am Nil unter schattigen Bäumen und fast nackte, nach Schönheitsgesichtspunkten ausgesuchte Sklavinnen mußten dem Europäer das Leben natürlich versüßen und gleichzeitig den Blick für die Einheimischen und ihre Probleme trüben. Taylors Einblick in diese andere Welt Khartoums bestand aus dem, was er von der Höhe des Dromedarrückens, auf dem er saß, sehen konnte.

"Auf beiden Seiten sah ich in eingepferchte Innenhöfe, in denen die elenden Araber- und Negerfamilien sich tagsüber faul in der Sonne wärmen, oder in die schmutzstarrenden Schlupfwinkel, in die sie nachts kriechen. Der Haufen von Kindern, mit denen sie sich in diesen Höhlen fortpflanzen, saß splitternackt im Schmutz und spielte mit gelben Kötern. Hier oder dort stand ein abgemagertes Lastkamel in der Hofecke. Die einzigen Einrichtungsgegenstände, die zu sehen waren, bestanden aus einem Wassersack aus Ziegenleder, ein paar Töpfen und Krügen, ein oder zwei Körben und manchmal einem angareb 88) ... das als Sitzgelegenheit und Bett diente." 89)

"Unser Mitleid mit diesen erniedrigten Rassen", stellte Taylor fest, "wird beinahe noch von unserer Abscheu gegen ihr Äußeres und ihre Angewohnheiten übertroffen." 90)

Anmerkungen:

1) Seine Khartoumer Eindrücke finden sich in Pückler-Muskaus dreibändigem Werk "Aus Mehemet Ali's Reich" (Stuttgart, 1844; Band III, Seite 226 - 256).
2) Alfred Brehm gehörte zu diesen Forschungsreisenden.Er schilderte seine Eindrücke in dem dreibändigen Werk "Reiseskizzen aus Nord-Ost-Afrika" (Jena, 1855; Band I, Seite 139 - 240, 335 - 345, Band III, Seite 74 - 101), außerdem in seinem Aufsatz "Chartum und seine Bewohner" in der Zeitschrift für allg. Erdkunde, VI, 1856.
3) Eine ausführliche Biografie veröffentlichter Quellen hat R.C. Stevenson seinem Aufsatz "Old Khartoum, 1821 bis 1885" beigegeben (in Sudan Notes and Records, XLVII, 1966, Seite 1 - 38, bes. Seite 36 ff.).
4) z.B. Hill, R., "Egypt in the Sudan, 1820 - 1881", London, ^{2}1966 (^{1}1959).
5) Neben dem bereits genannten Aufsatz von R.C. Stevenson in Sudan Notes and Records, der sich in dieser Hinsicht um ein umfassendes Bild bemüht, gibt es einen weiteren Versuch in dieser Richtung von C.E.J. Walkley "The Story of Khartoum" (in Sudan Notes and Records, XVIII, 1935, Seite 221 - 241 und XIX, 1936, Seite 71 - 92).
6) Mit dem Begriff Ausländer werden hier sowohl die turko-ägyptischen Beamten und Offiziere bezeichnet, die als Fremde ins Land kamen und in ihrer überwiegenden Mehrheit Fremde blieben (lange Zeit benutzten sie untereinander nur die türkische Sprache), und die Europäer.
7) Ich stütze mich hierbei im wesentlichen auf die Veröffentlichungen Bayard Taylors, eines amerikanischen Diplomaten und Weltenbummlers, und der beiden englischen Reisenden James Hamilton und George Melly.

Hamilton, J., "Sinai, the Hedjaz, and Soudan: Wanderings around the Birthplace of the Prophet, and across the Aethiopian Desert, from Sawakin to Chartoum", London 1857. (Nachfolgend zitiert als Hamilton)
Melly, G., "Khartoum and the Blue and White Niles", London, 1851, 2 Bände, Band II. (Nachfolgend zitiert als Melly)
Taylor, B., "Journey to Central Africa; or, Life and Landscapes from Egypt to the Negro Kingdoms of the White Nile", New York, 10 1856 (1 1854). (Nachfolgend zitiert als Taylor)

8) Hill, Egypt in the Sudan, Seite 145.
9) Gray, R., "A History of the Southern Sudan", London, 1961, Seite 70.
10) Melly, Seite 83.
11) Tatsächlich war der Gouverneurspalast jedoch aus gebrannten Ziegeln gebaut. Der Autor weist an späterer Stelle selber darauf hin: "...viele dieser Ziegel stammten aus den alten christlichen Ruinen von Abou-Harass am Blauen Nil." Taylor, Seite 276.
12) Taylor, Seite 269.
13) Taylor, Seite 276.
14) Taylor, Seite 278.
15) Taylor, Seite 277.
16) Ebenda.
17) Melly, Seite 109.
18) Taylor, Seite 275.
19) Hamilton, Seite 316 f.
20) Hill, a.a.O., Seite 105.
Dem Problem einer jahrelangen sexuellen Abstinenz erwiesen sich auch andere Europäer knapp vierzig Jahre später nicht gewachsen. Sowohl Rudolf Slatin als auch Karl Neufeldt, beide Gefangene der Mahdia, gingen feste Verhältnisse mit einheimischen Mädchen ein; Neufeldt hinderte daran auch nicht die Tatsache, daß er sich im Gefängnis befand. Slatin hatte ein Kind, das bereits in jungen Jahren starb. Neufeldts Nachkommen leben noch heute in Omdurman.
21) Hamilton, Seite 318.
22) Hamilton, Seite 358 f.
23) Taylor, Seite 386.
24) Taylor, Seite 398.
25) Taylor, Seite 374 f.
26) Taylor, Seite 378.
27) Taylor, Seite 378 f.
28) Taylor, Seite 393.
29) Taylor nennt als Wechselkurs (Seite 383) für drei Piaster 15 US-Cent.
30) Taylor, Seite 388.
31) Gray, a.a.O., Seite 69: "Die Suche nach Elfenbein führte nicht zu einem legitimen Handel, sondern zum Raub ...".

32) Taylor, Seite 386.
33) Taylor, Seite 390.
34) Taylor, Seite 278.
35) Verwirrung und Staunen waren im Falle George Mellys besonders groß, denn er kam mit Mutter, Schwester und Bruder gemeinsam angereist.
36) Melly, Seite 104.
37) Hill, a.a.O., Seite 85.
38) Taylor, Seite 285.
39) Hill, a.a.O., Seite 85.
40) Taylor, Seite 285.
41) Hill behauptet, Latif Paschas Bart sei rotbraun gewesen. Er irrt hier aber wohl. Nicht nur Taylor weist auf die schwarze Farbe des Bartes hin, sondern ebenso Melly, der "von einem wunderschön gestutzten Moustache und einem Bart schwarz wie Jett" spricht (Seite 84).
42) Taylor, Seite 286.
43) Taylor, Seite 289.
44) Ebenda.
45) Taylor, Seite 287.
46) Melly, Seite 84 f.
47) Taylor, Seite 287.
48) Ebenda.
49) Ebenda.
50) Ebenda.
51) Taylor, Seite 290.
52) Taylor, Seite 292.
53) Ebenda.
54) Taylor, Seite 394, Fußnote.
55) Taylor, Seite 272.
56) Taylor, Seite 273.
57) Ebenda.
58) Taylor, Seite 274.
59) Unter dem Vizekönig Abbas I. wurde der Sudan ein beliebter Verbannungsort. Beamte und Offiziere, deren Gegenwart in Kairo man aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr für angebracht hielt, wurden in den Sudan "versetzt", wo Klima und Krankheiten eine gewisse Gewähr dafür boten, daß mit einer Rückkehr der Widersacher nicht unbedingt zu rechnen war. Latif Pascha, der sich im Zusammenhang mit einem konkreten Fall über diese Praxis in Kairo beschwerte, erhielt daraufhin folgende Antwort (am 17. 11. 1851):
"Sie möchten die drei Personen, die in den Sudan geschickt wurden, nach Ägypten zurückschicken, weil es sich bei ihnen um Deportierte handele. Diese Annahme ist falsch. Wir haben sie nicht als Deportierte in den Sudan geschickt, sondern als (Provinz-)Gouverneure." Zitiert bei Hill, a.a.O., Seite 87.
60) Hamilton, Seite 323.
61) Stevenson, a.a.O., Seite 18.
62) Toniolo, E., "The First Century of the Roman Catholic Mission to Central Africa", in Sudan Notes and Records, XXVII, 1946, Seite 99 - 126; Seite 99.

63) Vielfach findet sich in der Literatur auch die eingedeutschte Form seines Namens: Knoblecher.
64) Taylor, Seite 346.
65) Taylor, Seite 284.
66) Ebenda.
67) Der Autor, wie sich aus einer anderen Textstelle ergibt, meint Akazienblüten.
68) Taylor, Seite 284.
69) Melly, Seite 117 f.
70) Hamilton, Seite 333.
71) Melly, Seite 110.
72) Taylor, Seite 274.
73) Taylor, Seite 295.
74) Taylor, Seite 295.
75) Ebenda.
76) Ebenda.
77) Taylor, Seite 373 f.
78) Taylor, Seite 375.
79) Taylor, Seite 374.
80) Ebenda.
81) Taylor, Seite 393.
82) Taylor, Seite 376.
83) Hier zeigt sich deutlich, wie verräterisch die Terminologie in bezug auf innere Haltungen und Einstellungen sein kann. Taylor spricht weder von "two boys and one girl" noch von "two men and one woman", sondern von "two males and one female".
84) Gemeint sind die Schenkel oder Beine. Im übrigen siehe Anmerkung 83.
85) Taylor, Seite 382 f.
86) Melly, Seite 128.
87) Melly, Seite 120.
88) Ein angareb ist ein Holzrahmen auf vier Füßen, der mit Lederstreifen oder Hanfschnüren kreuzweise bespannt wird. Die angarebs sind trotz Sprungfedermatrazen noch heute weit verbreitet im Sudan und erfreuen sich auch bei vielen Europäern großer Beliebtheit.
89) Taylor, Seite 277 f.
90) Taylor, Seite 278.

2. Der Tribalismus als Problembereich

(Der nachstehende Beitrag erschien im Novemberheft 1969 der in München erscheinenden Zeitschrift INTERNATIONALES AFRIKA FORUM)

Ein kurzer Bummel über den Suk von Omdurman, der "heimlichen" Hauptstadt des Sudan auf dem westlichen Nilufer gegenüber der offiziellen Metropole Khartoum, genügt bereits, um dem Besucher des Landes in kürzester Frist einen Eindruck von der Vielfalt und Vielgestaltigkeit der in diesem flächenmäßig größten Land Afrikas lebenden Bevölkerung zu vermitteln.

Beherrscht wird das Bild durch die stattlichen, in der Hautfarbe von sehr hell bis ganz dunkel variierenden, in Gallabia und Turban gehüllten Bewohner des Niltales und der Zentralregion des Sudan. Zwischen ihnen sieht man die hochaufgeschossenen, mit Leichtigkeit zwei Meter Körpergröße erreichenden Niloten und Nilo-Hamiten aus dem Süden und Angehörige des Beja-Stammes, der in den Bergen am Roten Meer lebt und von Rudyard Kipling wegen der wilden und krausen Haarpracht seiner Menschen als "Fuzzy-Wuzzies" bezeichnet wurde. Ihre schmalgeschnittenen Gesichter mit den geraden Nasen erinnern lebhaft an die Abbildungen von Menschen auf altägyptischen Kunstwerken.

Tiefschwarz und von gedrungenen Statur sind die Fur, ein negroides Volk bisher ungeklärter Herkunft, das im fernen Westen des Landes lebt und dort ein zeitweilig sehr mächtiges Reich errichtete, das erst 1916 seine Unabhängigkeit verlor. Die Nuba, ebenfalls ein negroides Volk aus den nach ihnen benannten Nuba-Bergen in der Provinz Kordofan, fallen durch ihre Ziernarben im Gesicht besonders auf. Dann wieder sieht man Angehörige der halbnomadischen, fast reinrassig gebliebenen Araberstämme, deren Ruf als verwegene Reiter und waghalsige Jäger von Löwen und Giraffen geradezu legendär ist. Auf den Bürgersteigen sitzen die Frauen von Westafrikanern, die auf der Pilgerreise nach Mecca im Sudan hängengeblieben sind, Fulani, Haussa und Bewohner des Tschadbeckens. Die Frauen verkaufen den Passanten geröstete Erdnüsse und Kürbiskerne und sind fester Bestandteil des Straßenbildes in allen größeren Siedlungen des Sudan.

Das friedliche Miteinander und Durcheinander auf dem Suk von Omdurman täuscht jedoch leicht über die Probleme hinweg, die sich aus dieser Vielfalt der Bevölkerung ergeben und dieses 1956 unabhängig gewordene Land immer gefährlichen Zerreißproben ausgeliefert haben.

Eine Erörterung der aus stammesmäßigen Unterschieden resultierenden Probleme im Sudan folgt sinnvollerweise einer Unterteilung des Landes in die sechs Nordprovinzen (Northern Province, Darfur, Kordofan, Khartoum Province, Kassala und Blue Nile) und die drei Südprovinzen (Upper Nile, Äquatoria und Bahr el-Ghazal), obwohl es naturgemäß Überlappungen und auch eine Reihe von Problemen gibt, die sich gerade aus dieser Unterteilung in einen Norden und einen Süden erklären.

Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, weisen die etwa neun Millionen Einwohner der sechs Nordprovinzen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf, die sich bisher in entscheidenden Augenblicken als so stark erwiesen haben, daß ihre bindende Kraft nicht unterschätzt werden sollte. Diese Gemeinsamkeiten beruhen im wesentlichen auf dem Islam und, in enger Verbindung damit, der arabischen Sprache.

Die überwiegende Mehrheit der Bewohner des Nordsudan bekennt sich zum Islam, wenn dieser in den verschiedenen Sekten, den sogenannten tariqas, auch eine jeweils recht spezifische Ausprägung findet. Fast alle von ihnen sprechen Arabisch, wenn nicht als Muttersprache, so doch als eine gewöhnlich fließend beherrschte Lingua franca. In Hinblick auf soziale Sitten und Gebräuche, Ordnungsprinzipien und Wertvorstellungen garantiert der Islam wesentliche Übereinstimmungen, zumal das gesamte Familien- und Erbrecht im Norden durch die Bestimmungen und Vorschriften des Sharia-Rechtes reguliert ist.

Trotzdem wäre es ein Irrtum, den Norden als homogenes oder gar arabisches Gebilde zu verstehen. Herkunft, Traditionen, Geschichte, soziale, wirtschaftliche und politische Stellung bieten mehr als genug Ansätze für Differenzen, Auseinandersetzungen und auch offene Feindseligkeiten.

In der wirtschaftlich entwickelten, vergleichsweise reichen, infrastrukturmäßig recht gut erschlossenen Zentralregion des Sudan, d.h. in dem Gebiet um Khartoum, in der Gezira, dem großen Baumwollanbaugebiet, und den westlich, bzw. nördlich anschließenden Teilen der Provinzen Kassala und Northern lebt der Teil der Bevölkerung, der entweder in hohem Maße ein Mischvolk oder aber weitgehend detribalisiert ist. Diese Personengruppe übt einen starken Einfluß auf die Politik und Wirtschaft des Landes aus, stellt den größten Teil der technologischen Elite, hält eine Vielzahl von technischen, administrativen, wirtschaftlichen und politischen Schlüsselfunktionen besetzt und ist in diesem Sinne eindeutig überrepräsentiert. Sie befindet sich in einem permanenten Konflikt mit den traditionell orientierten und organisierten Teilen der Bevölkerung, für die der Stamm

noch eine sehr wesentliche Bedeutung als soziale, politische und wirtschaftliche Einheit und als kollektive Bezugsgröße des Individuums besitzt.

In diesem Konflikt zwischen traditionellen und modernen Kräften agieren die traditionellen Gruppen gewöhnlich nur dann vereint, wenn es um sie alle in gleicher Weise betreffende Fragen geht, etwa um die Abschaffung oder Modifizierung (z.B. die Entflechtung von Exekutive und Legislative) der Native Administration. Im übrigen aber vertreten sie durchaus eigene, in vielen Fällen am Stamm orientierte und mit religiösen und historischen Momenten durchsetzte Interessen.

Die entlang des Nils wohnenden Stämme haben seit jeher, vor allem aufgrund ihrer erleichterten Kommunikationsmöglichkeiten mit dem entwickelteren Norden - Ägypten - eine gewisse intellektuelle und damit auch politische und wirtschaftliche Überlegenheit im Vergleich zu den übrigen Bewohnern des Sudan. Sie kontrollierten weitgehend die Verkehrswege nach Ägypten, die alle nördlich der Katarakte auf den Nil stießen. Die Shaigia, in der Gegend von Dongola ansässig, gelten noch heute als ein Kriegsvolk, das sich seinen Lebensunterhalt lieber mit Hilfe seiner Waffen als durch harte Arbeit verschaffte.

Eine entscheidende Polarisierung der Stämme begann zur Zeit der Herrschaft des ägyptischen Vizekönigs über den Sudan (1821/22 bis 1882). Die am Fluß lebenden Stämme mußten die Hauptlast des neuen, konfiskatorischen Steuersystems tragen und waren gegenüber den Herren dieser Turkiyah genannten Zeit dementsprechend feindlich eingestellt. Die Shukriyah, auf der anderen Seite, die östlich von Khartoum zwischen Blauem Nil und Atbara-Fluß lebten und leben, neigten eher dazu, mit den neuen Herren gemeinsame Sache zu machen und ihnen Hilfstruppen zur Verfügung zu stellen, was sie bei anderen Stämmen nicht gerade beliebter werden ließ.

Mit dem Auftreten Mohammed Ahmeds, des Mahdis, veränderte sich das Bild. Der Mahdi, selber aus Dongola am Nil stammend, begann seine politisch-religiöse Kampagne gegen die fremde Herrschaft nach seiner Flucht von Aba in den Westen zwar von dort aus, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil die einfachen, an alle möglichen Zauber glaubenden Stämme dort eher für sein mystisches Auftreten zu gewinnen waren, gründete nach dem Fall von Khartoum seine kurzlebige Herrschaft jedoch auf die Flußstämme. Sein Nachfolger, der Khalifa Abdullahi, der ein Mann aus dem Westen war und dem Stamm der Taaisha angehörte, änderte diese Politik, als er das Gefühl gewinnen mußte, den Flußstämmen nicht mehr vertrauen zu können. Zum Teil mit Gewalt veranlaßte er seinen Stamm, nach Osten zu ziehen und sich am Nil

niederzulassen. Dies war eine der ersten großen Migrationen im Sudan, die zu dem Phänomen der Detribalisierung in der Zentralregion entscheidend beitrug.

Unter der Mahdia treten zum erstenmal auch in großer Schärfe die religiösen Momente bei der Polarisierung der Stämme auf. Ein Teil der unter der ägyptischen Herrschaft politisch einflußreichen Stämme gehörte zu der von Westen nach Osten an den Fluß vorgedrungenen tariqa der Khatmiya, die unter der Mahdia verpönt und verfemt war und deren Führer aus der Familie der Mirghanis nach Ägypten hatten fliehen müssen.

Die Entmachtung der Flußstämme durch Abdullahi und die religiöse Unterdrückung der Khatmiya-Anhänger machten es für Lord Kitchener und sein anglo-ägyptisches Expeditionskorps recht einfach, zur Kollaboration bereite Stämme im Sudan zu finden, als die sogenannte Wiedereroberung begonnen hatte. Praktisch alle Nördlich von Khartoum ansässigen Stämme schlugen sich auf die Seiten der Eroberer und trugen nicht unerheblich zum Erfolg dieses Unternehmens bei.

Hatte der Mahdi versucht, die Stammesrivalitäten auf der Basis einer gemeinsamen Lehre und unter sorgfältiger Ausbalancierung der Gewichte auf Sicht auszulöschen und so etwas wie ein allgemein verbindliches Selbstverständnis oder, in moderner Terminologie, Nationalgefühl zu entwickeln, und hatte sein direkter Nachfolger Abdullahi diese vorsichtig eingeleiteten Entwicklungen mit einem Schlag durch die Privilegierung der Taaisha wieder zunichte gemacht, so spielte die von den Engländern beherrschte und kontrollierte Kondominiumsregierung die verschiedenen Stämme und ihre religiösen Bindungen an die Ansar, d.h. die Mahdisten, bzw. an die Khatmiya nach dem System der politischen "checks and balances" bewußt gegeneinander aus. Die Verwaltung wurde sehr bald so umstrukturiert, daß traditionelle Strukturen, d.h. die Stämme, als ihre Basis herhalten mußten. Selbst dort, wo deutlich tribalistische Desintegrationstendenzen sichtbar wurden, mußte eine in der Regel auf Stammesautorität aufgebaute Native Administration aufgerichtet werden. Bis Ende der vierziger Jahre gab es keine sudanesische Herkunft, sondern nur die Stammesherkunft, die in offizielle Dokumente als Erkennungsmerkmal eingetragen wurde.

Stammes- und Religionszugehörigkeiten, heute nicht mehr voneinander zu trennen, spielten und spielen denn auch bis zum heutigen Tag eine ganz entscheidende Rolle in der Politik dieses Landes. Die westlich des Nils lebenden Stämme, die Messiriyah, Gawamaa, Kababish, Zaghawa, Masalit, Rizaygat und Taaisha, nach wie vor rückständiger als die in Flußnähe lebenden Menschen, gehören zu den eingeschwo-

renen Gefolgsleuten der Nachkommen des Mahdis und stellten bis zum Putsch vom 25. Mai dieses Jahres über die von ihnen getragene Umma-Partei vielleicht die wichtigste politische, wenn auch außerordentlich konservative Kraft des Landes dar. Ihnen gegenüber stehen die Anhänger der Khatmiya, die hauptsächlich im Niltal nördlich von Khartoum und östlich des Nils leben, unter ihnen die Monasir, die Rubatab, Hassaniyah, Bisharin und Shukriyah. Sie machten ihren politischen Einfluß zunächst über eine eigene Partei, die People's Democratic Party, später durch die Verschmelzung mit den Unionisten Ismail El-Azharis über die Unionist Democratic Party geltend. Auf diese Weise entstanden zwei sich aufs Messer bekämpfende, klar nach Stämmen, Entwicklungsstand, Modernisierung und Sektenzugehörigkeit definierbare politisch-religiöse Blöcke, von denen jeder stark genug war, den anderen weitgehend zu paralysieren.

Diese Situation trug wesentlich zu dem Staatstreich vom 25. Mai bei; will man das Ergebnis dieses Machtwechsels jedoch unter stammesmäßigen Gesichtspunkten analysieren, so muß festgestellt werden, daß der Putsch eindeutig die Stellung der zweiten Gruppe von Stämmen gestärkt hat, weniger durch die Herkunft der nunmehr Mächtigen im Staate, als vielmehr dadurch, daß diese Gruppe von modern denkenden, traditionsfernen Sozialisten am ehesten bei den entwickelteren und aufgeschlosseneren Stämmen des Niltas auf ein positives Echo rechnen kann, zumal der Großteil der Kader des neuen Regimes sich sowieso aus ihren Reihen rekrutiert.

Drei wichtige Stämme, die ebenfalls im Norden leben, wurden bisher so gut wie gar nicht erwähnt, die Beja, die Nuba und die Nubier. Die in den Nuba-Bergen ansässigen negroiden Völker müssen zu den rückständigsten Völkern in Afrika gezählt werden. Sie haben jahrhundertelang isoliert auf ihren Bergen gelebt und alle Eindringlinge abgewehrt. Noch heute lassen sich in den Nuba-Bergen Sitten und Gebräuche studieren, die sich in den letzten Jahrhunderten kaum verändert haben dürften. Langsam dringen die fremden Einflüsse jedoch auch in dieses Gebiet vor und machen sich deutlich und mit erschreckender Schnelligkeit bemerkbar. Der Nuba, ist er erst einmal mit der ihn umgebenden Kultur in Berührung gekommen, verfügt nur über sehr geringe Widerstandskräfte und wird sehr viel schneller und gründlicher als etwa der Südsudanese von den neuen Einflüssen erfaßt und total absorbiert.

Anders verhält es sich mit den Nubiern, die im Norden des Sudan und im südlichen Ägypten leben und die Hauptleidtragenden des Assuan-Stausees sind, vor dessen Fluten die überwiegende Mehrheit der sudanesischen Nubier ausweichen mußte und in ein Gebiet an der äthiopischen Grenze am Roseires-Staudamm umgesiedelt wurde. Sie, ein sehr dunkel-

häutiges und stark negroid beeinflußtes Volk, das einst den Kern der christlichen Königreiche im Sudan bildete, haben ihre eigene Sprache und Kultur über Jahrhunderte hindurch erhalten und systematisch gepflegt. Die Mehrzahl von ihnen verläßt in jungen Jahren die Heimat, um in die Städte Ägyptens oder nach Khartoum zu gehen, wo sie als Hauspersonal sehr gesucht sind. Wenn genügend Ersparnisse zusammen sind, kehrt man in die Heimat zurück, kauft sich einen kleinen Obstgarten oder ein Feld am Nil und verbringt dort den Lebensabend. Die Nubier sprechen zuhause nach wie vor ihre eigene Sprache und tragen dafür Sorge, daß ihre Kinder, die in den staatlichen Schulen Arabisch lernen, systematischen Unterricht im Nubischen erhalten. Sie verstehen sich als eine Minderheit, seit Jahrhunderten, und haben infolgedessen typische Verhaltensweisen einer Minderheit entwickelt, vor allem eine hohe Anpassungsfähigkeit nach außen hin, ohne ihre eigene kulturelle Basis zu verlassen.

Die Amarar, Hadendowa und Beni Amir, die drei großen Stämme des Beja-Volkes, profitieren in ähnlicher Weise von der Unzugänglichkeit ihres Wohngebietes in den Bergen am Roten Meer wie die Nuba. Sie sind nur sehr oberflächlich arabisiert und islamisiert, sprechen zuhause noch immer ihre eigene Sprache, legen mit ihren Viehherden auf der Suche nach Wasser sehr weite Strecken zurück und lassen sich nur widerwillig seßhaft machen. Viele von ihnen arbeiten in Port Sudan als Hafenarbeiter, um dann, ähnlich wie die Nubier, so schnell wie möglich in ihre Berge zurückzukehren, wenn sie genügend Ersparnisse zusammen bekommen haben.

Der südlichste Stamm der Beja, die Beni Amir, lebt beiderseits der Grenze zwischen dem Sudan und Eritrea. Die Beni Amir, deren Grenzübertritte nicht zu kontrollieren sind, spielen inzwischen eine wichtige Rolle im Eritrea-Konflikt, da sie mit ihren in der Eritrean Liberation Front gegen den Kaiser Haile Selassie kämpfenden Verwandten sympathisieren und wohl der wichtigste Lieferant von Waffen, Munition und sonstigem Nachschub für die ELF sind. Panarabische Propagandisten, die Geldmittel für die eritreischen Freiheitkämpfer sammeln, stoßen auf keine besonderen Schwierigkeiten, jeden notwendigen und denkbaren Kontakt über die Beni Amir nach Äthiopien zu halten.

Eine ganz ähnliche Lage gibt es im Westen des Landes an der Grenze zum Tschad. Auch hier werden Stämme durch die Grenzziehung der Kolonialmächte in zwei Teile zerschnitten, gleichzeitig gibt es jedoch keinerlei Möglichkeit, die langen, häufig in unzugänglichen Gebieten verlaufenden Grenzen zu kontrollieren. Diese Situation trägt dazu bei, daß Kommandos der Befreiungsbewegung des Tschad sich in kritischen Situationen immer wieder über die Grenze auf sudanesisches Territorium zurückziehen, bzw. von dort aus neue

Aktionen planen und einen Teil des benötigten Nachschubs beziehen können. Die Beziehungen zwischen Khartoum und Fort Lamy sind denn auch in regelmäßigen Abständen atmosphärisch stark gestört, was manchmal so weit geht, daß die Grenzen geschlossen und die Flugverbindungen eingestellt werden.

Die gemeinsamen Merkmale der Bewohner des Nordsudan haben bisher zwar genügend Kraft gezeigt, dem Land seine Einheit zu erhalten. Doch unter dieser dünnen Schicht verbergen sich die Differenzen einer Stammesgesellschaft, deren divergierende Interessen bisher jede "Unity of Purpose" verhindert haben. Bis zum 25. 5. 1959 gehörte das Ausspielen von Stammesinteressen und -rivalitäten zu den wichtigsten Bestandteilen des politisch-taktischen Instrumentariums der meisten Politiker. Gafaar el-Nimeiri und Babiker Awadalla, durch den Putsch vom Mai an die Macht gekommen, sehen im Kampf gegen tribalistische Elemente in der sudanesischen Gesellschaft einen der entscheidenden Punkte ihres politischen Programms und haben genau erkannt, daß eine Voraussetzung für den Erfolg ihrer vorgesehenen Bemühungen um einen spezifisch sudanischen Sozialismus die weitgehende Beseitigung des Tribalismus ist, da andernfalls Partikularinteressen weiterhin über das Gemeininteresse gestellt werden. Ein erster Schritt in dieser Richtung und zum Kampf gegen den Tribalismus soll durch den Aufbau einer politischen Massen- und Einheitsorganisation nach dem Vorbild der ägyptischen Arabischen Sozialistischen Union getan werden, innerhalb derer Differenzierungen des Interesses sich an ökonomischen und sozialen Fragestellungen orientieren und stärker syndikalistischen Charakter haben sollen.

Diese Massenorganisation als Basis des neuen Staatswesens soll jedoch nicht auf den Norden beschränkt bleiben, sondern in gleicher Weise auch die Bewohner der drei südsudanesischen Provinzen erfassen. Hier ist die traditionelle Stammesstruktur noch sehr viel ausgeprägter und sichtbarer als im Norden. Von detribalisierten Personengruppen abgesehen, hat sich die Organisationsform nach Stämmen, Unterstämmen und Clans bis heute erhalten. Es gibt praktisch keine Verbindungen zwischen den einzelnen Stämmen, weder eine gemeinsame Lingua franca wie das Arabische im Norden, noch eine gemeinsame Religion wie den Islam. Kulturelle Sitten und Gebräuche und soziale Ordnungsvorstellungen klaffen weit auseinander.

Die winzige Führungsschicht der Südsudanesen spricht zwar in aller Regel Englisch, bekennt sich in ihrer Mehrheit zum Christentum und ist in sehr viel höherem Maße als die Elite des Nordens verwestlicht, operiert hauptsächlich aber auf der Basis der Stammesstruktur, mit der sie als Angehörige der Königs- und Häuptlingsschichten aufs

engste verbunden sind. Ihr sozialer Status, nicht aber ihre politischen Ziele, verschaffen ihnen ihre Gefolgschaft und verleihen ihnen politisches Gewicht. Keiner der südsudanesischen Politiker vermochte es bisher, die Stammesgrenzen zu überspringen und eine wirklich breite, repräsentative Gefolgschaft hinter sich zu vereinigen.

Eine Analyse der politischen Bewegungen des Südsudan ergibt dasselbe Bild wie im Norden: es fehlt die "Unity of Purpose"; was auf den ersten Blick nach Unterschieden in den politischen Konzeptionen aussieht, läßt sich bei Einbeziehung personeller Überlegungen immer wieder auch auf stammesmäßig bedingte Rivalitäten zurückführen, besonders auf die Angst der kleineren Stämme vor dem zahlenmäßigen Übergewicht der Dinka, des größten Stammes, und andererseits auf den aus dieser Größe resultierenden Führungsanspruch der Dinka. Die Sudan African National Union, die bis zum Mai-Putsch eine der beiden großen, im Lande arbeitenden politischen Kräfte des Südens war, stellte im wesentlichen eine Partei der Dinka dar, während sich in der anderen Kraft, der Southern Front, die übrigen Stämme und einige Splittergruppen der Dinka, die wechselnd als Folge dynastischer Streitigkeiten Front gegen den Hauptteil des Stammes machen, zusammengeschlossen hatten.

Der Südsudankonflikt gab der Tatsache, daß zahlreiche Stämme im Südsudan durch die heutige Grenzziehung zerschnitten werden, neue Dimensionen. Die in Äthiopien, Kenia, Uganda, dem Kongo und in der Zentralafrikanichen Republik ansässigen Verwandten der an den Grenzen lebenden Stämme erwiesen sich als hilfsbereit bei der Aufnahme von Flüchtlingen und in der Beschaffung von militärischem Nachschub. Sie bildeten die Operationsbasen, auf die sich die Guerillas der Anya Nya ohne Schwierigkeiten hinter die Grenze zurückziehen konnten, wenn Gefahr im Anzug war.

Eine unabhängige Nilrepublik im Südsudan, wie sie von einem Teil der im Exil operierenden politischen Gruppierungen angestrebt wird, müßte ganz zwangsläufig eine Phase äußerster tribalistischer Spannungen, Auseinandersetzungen und Kämpfe um die Macht im Staat durchlaufen, da dann die einzige Determinante, die so etwas wie eine vordergründige Einheit schafft, nämlich die Frontstellung gegen den Norden, wegfiele. Diese Erkenntnis vieler südsudanesischer Politiker im Land und im Exil mag eine der Erklärungen dafür sein, daß die Gruppe der Sezessionisten seit 1955 in ihrer Zusammensetzung zwar immer wieder gewechselt, zahlenmäßig aber nur geringfügig an Gewicht gewonnen hat, und selbst darunter noch immer Politiker sind, die sich in ihrer politischen Programmatik bis heute ein Hintertürchen offengehalten haben, um auf die vollständige Sezession notfalls letzten Endes doch zu verzichten.

In einer Weise steht der Süden in Hinblick auf das Problem des Tribalismus besser da als der Norden. Wenn es gelänge, für den Süden ein überzeugendes, vom Grundsatz der Gleichbehandlung ausgehendes und den im Süden dominierenden afrikanischen Charakter der Bevölkerung berücksichtigendes Modernisierungsmodell zu entwickeln, wäre es wahrscheinlich sehr viel "einfacher", den Tribalismus im Süden zu überwinden als im Norden. Während im Norden seit Beginn dieses Jahrhunderts versucht worden ist, den Stammescharakter der Gesellschaft in ein modernes Staatswesen zu integrieren, ohne ihn als solchen zu beseitigen, und während es sich infolgedessen um ein sehr viel verfeinerteres System mit einer Fülle zusätzlicher "Vested Interests" handelt, die sich insgesamt zu einem sehr komplexen Beziehungsgeflecht von Interessen und Abhängigkeiten entwickelt haben, handelt es sich im Süden noch immer um recht archaische Strukturen, um ein tribalistisches Arkadien, das seine Unschuld nur deshalb noch besitzt, weil sich bisher niemand ernsthaft darum bemüht hat, sie zu beseitigen.

3. Die ehemalige Kolonialmacht als Faktor der Entfremdung

(Der nachstehende Beitrag erschien am 19. Februar 1969 in der Neuen Zürcher Zeitung unter der Überschrift "Englands Spuren im Sudan")

Geht man in Khartum die Nil-Avenue Richtung Norden, trifft man gleich hinter dem Palast der Republik linker Hand auf eine große, freie Rasenfläche, hinter der sich der langgezogene Bau des Wirtschafts- und Finanzministeriums erhebt. In der Mitte des Rasens entdeckt der Betrachter eine mehrere Quadratmeter große, etwa zwei Stufen hohe rotbraune Steinfläche. Hier erhob sich einst ein übermannshoher, aus mächtigen Quadern gemauerter Steinsockel, auf dem hoch zu Roß in Marschallsuniform Lord Herbert Kitchener in Erz zu bewundern war. Sein Blick war nach Norden gerichtet, weit über Omdurman hinaus bis zu den kahlen Hügeln von Kereri, die stumme Zeugen der zu ihren Füßen ausgefochtenen Schlacht zwischen den Mahdisten und dem anglo-ägyptischen Expeditionskorps waren. Die Schlacht von Kereri 1898 beendete das Reich der Mahdia und markierte den Anfang einer beinahe sechzigjährigen englischen Herrschaft über den Sudan.

Nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1956 schickten die Sudanesen Roß und Reiter mit dem nächsten Schiff nach England. Dort schmückt der siegreiche Feldherr heute den Rasen einer nach ihm benannten Schule. Der englische Gouverneur in Khartum, Gordon, dessen Tod durch die Hände der Derwische 1885 in England einen Sturm der Empörung auslöste und später viel dazu beitrug, die öffentliche Meinung positiv im Sinne einer militärischen Okkupation des Sudans zu beeinflussen, war zu Zeiten der englischen Herrschaft der bevorzugte Namenspatron für Straßen, Buch- und Schreibwarenhandlungen und für die Universität von Khartum, das ehemalige Gordon Memorial College. Von alledem ist nichts übrig geblieben. Einsamer Zeuge der einstigen "Gordonomanie" ist nur die "Gordon Music Hall", der bessere der beiden Khartumer Nachtklubs.

Sonst aber erinnert im Sudan doch noch viel daran, daß England hier zwei Generationen lang tonangebend war. Schon bei der Ankunft auf dem Flughafen: Die korrekt-kühle Penetranz der Zoll- und Paßbeamten würde ebensogut nach Dover oder Heathrow passen. Die Polizisten tragen Khakishorts und -blusen, dunkelblaue Wickelgamaschen und einen Filzhut mit breiter Krempe, die an der einen Seite hochgesteckt ist - Askaris wie aus Lettow-Vorbecks Photoalbum. Englisch ist aber auch die Tradition, daß sie ohne Schußwaffe ihren Dienst tun, bestenfalls mit einem langen, schweren Schlagstock ausgerüstet.

Im täglichen Leben stößt man auf Schritt und Tritt auf die Spuren englischer Vergangenheit. Der Linksverkehr und die zahlreichen "Roundabouts" gehören ebenso in die Reihe dieser Beispiele wie der "Early Morning Tea", der in den Hotels auf Wunsch serviert wird, die taubenblauen Regierungsfahrzeuge der Marke Humber, der knallrot-schwarz bemalte Rolls Royce des Staatspräsidenten oder die vielen Landrover, denen die Japaner mit ihrem Toyota-Jeep inzwischen allerdings bedenkliche Konkurrenz machen.

Sich zum "Sundowner" zu versammeln ist ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Während ein "Gin 'n' Tonic" wohl auch einmal über Mittag gestattet sein mag, bevorzugt man abends den Scotch, mit Wasser, mit Soda oder einfach "on the rocks". Das lange Zeit unbestrittene Monopol von Gin und Whisky ist neuerdings jedoch ernsthaft bedroht, seit Cognac aus de Gaulles Frankreich auf dem Markt erschienen ist. Man trinkt ihn mit Sodawasser, es sei denn, man bevorzuge Bier, das man mit einem Schuß "Lime" (Zitronensaft) bestellen kann, ohne das Gefühl haben zu müssen, eine erstaunt hochgezogene Augenbraue des Barkeepers verlange nach einer Rechtfertigung.

Bei Hotelmahlzeiten wirkt sich der englische Einfluß häufig nachteilig aus. Wem es nicht schmeckt, dem steht immer eine Flasche mit Worcestersauce zur Verfügung. Vom Turm der anglikanischen Kathedrale erklingt nach wie vor das Glockenspiel mit der Melodie des Big Ben. Tennis wird auf dem Rasen gespielt. Der feine Mann neigt auch heute noch dazu, zu langer Hose und langärmeligem weißen Hemd den dezent gemusterten Schlips zu tragen, vorzugsweise eine Universitäts- oder Regimentskrawatte und, wenn es gar nicht anders geht, notfalls auch mit eingewebtem Wappen der Barclays Bank D.C.O. (= Abhängige Territorien und Kolonien in Uebersee).

Der Zoologische und der Botanische Garten erinnern an englische Tier- und Pflanzenliebe. Die Freude am Garten und an seiner Pflege hat sich auf viele Sudanesen übertragen. Jeder hat seinen Geheimtip, um trotz der mörderischen Sonne den Rasen dicht und grün zu halten. "Nehmen Sie englischen Friedhofsrasen und eine englische Mähmaschine und halten Sie ihn drei Zentimeter kurz; Sie werden sehen..." Ein anderer wiederum schwört auf Rosenstöcke aus Kenya. Die "Annual Flower Show" erfreut sich in Khartum ebensolcher Beliebtheit wie in London oder Glasgow.

Das Klubwesen - oder, wie manche meinen: Unwesen - ist ebenfalls ein englisches Erbteil. Der Sudan-Club ist immer noch "very British", obwohl mancher Nichtschotte sich darüber geärgert haben mag, daß die Schotten vor Weihnachten ihre "Caledonian Night" ausgerechnet in diesem Klub

feiern mußten. Dem englischen Beispiel, in einem Klub unter sich zu sein, folgten fast alle anderen: die Griechen, die Armenier, die Syrer, die Kopten, die nichtkoptischen Aegypter, die Deutschen, aber auch die junge Intelligenzia des Sudans, die sich gegen Ende der zwanziger Jahre in sogenannten Graduiertenklubs zusammentat und dort ungestört ihre nationalistischen Ziele diskutieren, Programme formulieren und Aktionen planen konnte, die sich allesamt gegen England richteten.

Jeder junge Sudanese, auch heute noch, wird von der Mittelschule an in der englischen Sprache gedrillt. Bis hin zur Universität ist Englisch dann weitgehend Unterrichtssprache. In der zahlenmäßig kleinen Führungsschicht des Landes, die durch ein im wesentlichen immer noch englisches Erziehungssystem geprägt wurde - mit all seinen Vorzügen und Nachteilen -, ist der englische Einfluß denn auch am stärksten spürbar. Das muß allerdings nicht immer so weit gehen wie in dem Fall, wo ein Sudanese treuherzig erklärte, er lasse seine Hemden prinzipiell nur in der Londoner Jermyn-Street maßschneidern.

Noch sind Regierung und Parlament nach dem Westminstermodell geformt, mit einem "Speaker" und einem institutionalisierten "Leader of the Opposition". Änderungen zeichnen sich mit der augenblicklich diskutierten neuen Verfassung ab. Auch hier hat de Gaulle an Einfluß gewonnen: Die französische Form eines Präsidialregimes soll endlich klare politische Verhältnisse im Sudan schaffen. Das Gewerkschaftswesen ist ebenso nach englischem Vorbild organisiert - allerdings mit mehr Eingriffsmöglichkeiten für die Regierung als in Großbritannien - wie die Kommunalverwaltung. Grundlage der Rechtsordnung ist das "Common Law" außer in Personenstands- und Erbschaftsfragen, wo die islamische Scharia maßgebend ist. Am aus England importierten Senioritätsprinzip im ebenfalls englischen Civil Service wird mit großer, der Wirksamkeit nicht immer zuträglicher Beharrlichkeit festgehalten.

Englands Herrschaft im Sudan hat das Land tiefer beeinflußt, als dies auf den ersten Blick scheinen mag. Dieser Einfluß beschränkt sich jedoch auf die kleine Schicht der Gebildeten. Die große Masse spricht weiterhin Arabisch, hält Krawatte und Kragen für suspekt, trägt lieber Turban und Gallabia, geht freitags in die Moschee und glaubt dem Imam eher als dem Oxford-Absolventen. Auch dieser Graben zwischen einfachen Bürgern und westlich ausgebildeten Intellektuellen ist ein Erbteil Englands, von allen Hinterlassenschaften wohl die am schwierigsten zu bewältigende.

4. Zu den Hintergründen des Putsches vom 25. Mai 1969

(Die drei nachstehenden Beiträge erschienen in der in München erscheinenden Zeitschrift INTERNATIONALES AFRIKA FORUM, und zwar "Verfassungsstreit und zentrifugale Kräfte im Sudan" in Nr. 12-1968 (Dezember), "Innerpolitische Unruhe" in Nr. 5-1969 (Mai) und "Der Weg in den Putsch" in Nr. 6-1969 (Juni).)

4.1 Verfassungsstreit und zentrifugale Kräfte im Sudan

Anfang November hat die Verfassunggebende Versammlung in Khartum, wie das Parlament des Sudan fast dreizehn Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit immer noch heißt, einen Ausschuß eingesetzt, der einen weiteren Versuch unternehmen soll, eine Verfassung zu entwerfen, die für alle Bürger des Landes, oder wenigstens eine große Mehrheit von ihnen, annehmbar ist.

Der erste Versuch gleich nach der Unabhängigkeit hatte die politischen Parteien in endlose Streitereien gestürzt, die Vertreter des Südens schließlich zum totalen Boykott der Parlamentsarbeit bewogen und das Land an den Rand des politischen Chaos geführt. Vielen erschien deshalb der Putsch des Obersten Ibrahim Abboud im November 1958 als logische Konsequenz dieser Entwicklung und einzig möglicher Ausweg aus dem Dilemma. Abboud löste das Problem auf seine Weise: Er suspendierte die bisherige Verfassung und regierte das Land mit Verordnungen.

Nach der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse durch die Revolution vom 21. Oktober 1964 wurde die alte, noch 1953 von den Engländern konzipierte Übergangsverfassung wieder in Kraft gesetzt. Sobald sich die Lage einigermaßen konsolidiert hatte und die Wahlen von 1965 eine parlamentarisch legitimierte Regierung an die Macht gebracht hatten, unternahm man, voll guter Vorsätze, die führende Politiker verschiedener Richtungen während der Zeit ihrer Verbannung nach Juba dort gefaßt hatten, einen zweiten Anlauf, sich eine eigene sudanische Verfassung zu geben.

Auch dieser Versuch schlug fehl, wenn er auch weniger dramatisch als der erste endete: Anfang Februar dieses Jahres erklärten mehr als ein Drittel der Abgeordneten, sie wollten ihr Mandat niederlegen; dies hätte bedeutet, daß im Parlament mangels einer Zweidrittelmehrheit über keinerlei mit der Verfassung zusammenhängende Fragen mehr hätte abgestimmt werden können. Daraufhin löste der Oberste Staatsrat das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus.

Jetzt also hat der dritte Versuch begonnen, und niemand wagt vorherzusagen, wie er diesmal enden wird. Das Bemühen, dem Sudan eine Verfassung zu geben, ist gleichbedeutend mit der Aufgabe, die Folgen von mehr als einem halben Jahrhundert kolonialer Herrschaft zu überwinden, die zentrifugalen Kräfte des Landes zu einem Konsensus zu bewegen und ein Stück Identität zu gewinnen.

Der geschichtliche Hintergrund

Als England und Ägypten Ende des vorigen Jahrhunderts den Sudan zurückeroberten oder, genauer genommen, ein seit vierzehn Jahren unabhängiges sudanisches Reich eroberten, zerstörten sie das in hohem Maße zentralisierte Staatswesen der Mahdia, das sich, wenn auch "mit Feuer und Schwert" (Slatin Pascha), darum bemüht hatte, auf der Basis einer islamischen Erneuerungsbewegung bestehende Stammesgegensätze und -strukturen zu beseitigen und den Einfluß miteinander konkurrierender Sekten, sogenannter Tariqas, auszurotten, da ihre Existenz im wesentlichen zur Uneinigkeit beigetragen hatte, zum "Entstehen bestimmender, manchmal sogar bitterer Rivalitäten zwischen den verschiedenen Tariqas" 1).

Diese Politik, vom Mahdi selber begonnen und von seinem Khalifen Abdullahi fortgesetzt, verfolgte das Ziel einer Einigung der verschiedenen Stämme, Völker und Sekten im Sudan, trug also durchaus die Züge einer modernen politischen Konzeption. Das alles wurde von den Engländern abgebrochen und ins Gegenteil verkehrt.

Für England als Kolonialmacht, die dieses riesige Land mit einer Handvoll britischer Beamter und ein paar Kompanien Soldaten beherrschen sollte, war es von entscheidender Bedeutung, einheimische Kräfte zur Kollaboration zu gewinnen. Bereits am 22. Dezember 1898 hatte Lord Cromer, britischer Generalkonsul in Kairo und eigentlicher Herrscher Ägyptens, an Mitchel-Innes im Londoner Foreign Office geschrieben: "In keinem Land, und besonders in keinem Land, wo der Reformer ein Fremder ist ... können wir es uns leisten, die oberen Schichten zu entfremden." 2)

Für die Engländer im Sudan waren die "oberen Schichten" in erster Linie die Gegner der Mahdia, jene Stämme und ihre Führer, die gegen die Mahdia gekämpft hatten, dazu die Tariqas, deren Tätigkeit der Mahdi verboten und deren Oberhäupter er entweder gefangen gesetzt oder ins Exil gezwungen hatte, sowie die konservativen Ulemma, mohammedanische Geistlichkeit, Richter und Würdenträger. 3)

Zu dieser Gruppe gesellten sich nach einiger Zeit auch Abdel Rahman El Mahdi, ein posthum geborener Sohn des Mahdi, und seine "Ansar" (Gefolgsleute) genannten Anhänger. Abdel Rahman El Mahdi, vom Regime zunächst in den

Norden verbannt und streng überwacht, durfte später auf die Nilinsel Aba südlich von Khartum zurückkehren, von wo aus sein Vater zur Eroberung des Sudan aufgebrochen war. Nach dem Eintritt der Türkei in den Ersten Weltkrieg wurde er ein wertvoller Verbündeter der Engländer, um die pan-islamische Propaganda Konstantinopels im Sudan unter seinen Anhängern neutralisieren zu helfen. 4) Zudem hatte Abdel Rahman El Mahdi begonnen, die ehemals allen Tariqas feindlich gesonnenen Ansar selber in eine Tariqua umzuformen.

Als in den frühen zwanziger Jahren die kleine Schicht westlich ausgebildeter Intelligenzia nationalistische Regungen zeigte, die 1924 in den Unruhen der White Flag League, der Meuterei der Kadetten der Khartumer Militärschule und eines Teils der Truppen gipfelten, verstärkten die Engländer ihre Bemühungen um die Kollaboration der "soliden Elemente", deren Funktion als politisches Gegengewicht zu der "unverantwortlichen Gruppe der halbgebildeten Beamten, der Studenten und des Stadtgesindels" 5) der Gouverneur der Provinz Berber, Brown, bereits 1920 erwähnt hatte.

Als diese "soliden Elemente" ihrerseits zu stark wurden, besonders aufgrund des ständig wachsenden Einflusses von Abdel Rahman El Mahdi und seines durchaus nicht mehr nur auf religiöse Fragen beschränkten Neo-Mahdismus, und als diese "soliden Elemente" außerdem die Neigung zeigten, häufiger als nötig mit der jungen Intelligenzia zusammenzukommen, studierte die Khartumer Regierung in Nordnigeria das Lugardsche Prinzip der "indirekten Herrschaft" und beschloß, es auch im Sudan einzuführen. "Zumindest im Idealfall zielten die Engländer in ihrer Politik auf eine schöne Ausgewogenheit zwischen Tariqa-Oberhäuptern und Stammesführern einerseits sowie zwischen diesen beiden Gruppen und den 'graduates' andererseits ab." 6)

Im Januar 1927 wurde die "indirekte Herrschaft" zur offiziellen Politik erklärt. Da viele Stammesstrukturen und -hierarchien infolge der Mahdia nur noch rudimentär oder gar nicht mehr bestanden, war es für die englischen Provinzgouverneure und Distriktkommissare häufig gar nicht einfach, diejenigen Kräfte zu finden (Scheichs, Stammeshäuptlinge, Ältestenräte usw.), auf die sich kleinere administrative und juristische Aufgaben delegieren ließen. Die Korrespondenz zwischen ihnen und dem Civil Secretary in Khartum aus dieser Zeit legt beredtes Zeugnis von den unerwarteten Problemen ab. Oft mußte man Modelle aus anderen Ländern importieren, wie z.B. die Lukiko-Gerichtshöfe aus Uganda in einige Distrikte des Südens.

Das Engagement und die Zielstrebigkeit, mit der die häufig völkerkundlich interessierten englischen Beamten die "in-

direkte Herrschaft" schließlich doch in weiten Teilen des Landes durchzusetzen vermochten, führte dazu, daß längst gestorbene oder im Absterben begriffene soziale Ordnungen neue Lebenskraft fanden, zum großen Ärger der kleinen Intelligenzia wie der Tariqa-Oberhäupter.

Der nach 1821 vom ägyptischen Vizekönig Mohammed Ali Pascha nach der Eroberung des Sudan eingeführte und von den Mahdia beibehaltene Zentralismus wurde zugunsten sehr weitgehender Vollmachten für die einzelnen englischen Provinzgouverneure abgebaut. Lord Cromer hatte hierfür bereits 1899 die Weichen gestellt: "Die Politik der Dezentralisierung läßt es zu ... noch weiter entwickelt zu werden. Es wird sich schädlich auswirken, wenn der Versuch unternommen wird, alle Verwaltungsdetails von Khartum aus zu regeln." 7)

Auch separatistische Tendenzen wurden unterstützt oder überhaupt erst geschaffen. Die drei Südprovinzen des Landes, heute das schwierigste innenpolitische Problem des Sudan, wurden zu "geschlossenen Bezirken" erklärt und hermetisch abgeriegelt. Lange Zeit spielte man in Khartum mit dem Gedanken, sie ganz abzutrennen und den ostafrikanischen Besitzungen zuzuschlagen. Noch 1927 stellte der Generalgouverneur im Anschluß an eine Inspektionsreise in den Süden fest: "Wo immer ich auch hinkam, ob auf die Höhen des Imatong oder an die Kongogrenze, überall wurde das Arabische von den Vertretern der Bevölkerung völlig selbstverständlich benutzt. Im Hinblick auf dieses falt accompli müssen wir uns sehr genau überlegen, wie weit es das Geld und die Mühe wert ist, die völlige Unterdrükkung des Arabischen anzustreben. Wir müssen uns sogar überlegen, ob unser Instrument trotz der damit verbundenen Risiken nicht das Arabische sein sollte." 8)

Doch das "fait accompli" einer weitgehenden Arabisierung wurde mit Hilfe englischer, amerikanischer und italienischer Missionen aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt. Der Civil Secretary, Sir Harold MacMichael, schrieb dem Gouverneur der Provinz Bahr El Ghazal am 25. Januar 1930: "Kurz gesagt, während gegenwärtig noch viele Eingeborene das Arabische als die offizielle Sprache ansehen und, so ist es nun einmal, auch als die Modesprache, muß es unsere Aufgabe sein, diese Vorstellungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen." 9)

Statt des bis dahin verbreiteten Pidgin-Arabisch 10) wurde Englisch, genauer wohl Pidgin-Englisch zur Verkehrssprache erklärt; statt zum Islam versuchte man die Einwohner nun zum Christentum zu bekehren, mit offizieller Billigung Englands. 11) Statt der arabischen Gellabia wurden Khakishorts und kurze Hemden eingeführt 12), und aus Hassan und

Ali wurden Peter und James.

Im Süden, so legte ein Memorandum der Regierung vom 25. Januar 1930 fest, müsse "eine Reihe selbständiger rassischer oder stammesmäßiger Einheiten (geschaffen werden), die sich ... auf einheimische Sitten sowie traditionelle Gebräuche und Anschauungen stützen". 13)

Der Gouverneur der Nuba-Mountains-Provinz im Westen, Gillan, träumte sogar davon, selbst die bereits seit Generationen arabisierten und islamisierten Nubas wieder in ihre alte Kultur und Sprache zurückzuführen, wobei er nicht ausschloß, daß es eines Tages einen eigenen Nuba-Staat geben werde, in dem die Nubas die Araber assimilierten. 14)

Ihre Entwicklungsbemühungen konzentrierten die Engländer weitgehend auf den Norden. Es wurde die Eisenbahn gebaut, der Sennaar-Damm errichtet, mit dessen Hilfe das riesige Baumwollgebiet in der Gezira, als Herzstück der nordsudanischen Wirtschaft konzipiert, bewässert werden konnte, es wurden Schulen und Krankenhäuser errichtet und mit dem Gordon Memorial College die Basis für eine spätere Hochschule gelegt. Im Süden, aber auch in weiten Teilen des Ostens und Westens, beschränkte man sich dagegen auf die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung. Das Schulwesen, Krankenhäuser und soziale Arbeit blieben weitgehend den Missionen überlassen.

Die Umma-Partei steht und fällt mit der Unterstützung des Imam der Ansar, derzeit El Hadi El Mahdi. Als sein Neffe, Saddik El Mahdi, jung und in England und den USA ausgebildet, auf eine Trennung zwischen politischer und geistlicher Führung drängte und die politische Führung zudem für sich selbst beanspruchte, widersetzte sich sein Onkel, und die Partei zerbrach in zwei Flügel, die Umma-Imam und die Umma-Saddik.

Inzwischen wurde die Wiedervereinigung der beiden Flügel anläßlich der Einweihung einer Moschee in Kosti, einer Hochburg der Ansar, vom Imam persönlich angekündigt. Er habe, so sagte El Hadi El Mahdi, seinem Neffen Saddik - er saß unter den Zuhörern - seine Fehler und Irrtümer verziehen. Die weltliche Gruppe, zugleich die jüngere Politikergeneration, durch verheerende Wahlergebnisse nach der Spaltung sowieso geschwächt, hatte eine Niederlage einstecken müssen, deren Folgen für den Sudan und jene Gruppe von Personen, die auf eine Trennung von Religion und Politik drängen, noch gar nicht abzusehen ist.

Ismail El Azhari, Vorsitzender des Obersten Staatsrates und Gründer und Führer der National Unionist Party (NUP), konnte seine Partei nur deshalb so groß machen, weil sie

trotz ihrer säkularen Ausrichtung von der Khatmia, den traditionellen Gegnern der Ansar, unterstützt wurde. Insofern war die NUP auch nie eine wirklich völlig säkularisierte Partei. Das wurde wieder besonders deutlich, als sie sich vor den April-Wahlen dieses Jahres mit der Peoples Democratic Party (PDP) zur Democratic Unionist Party (DUP) zusammenschloß; die PDP war jahrelang das Pendant zur Umma gewesen, d.h. die offen von der Khatmia gestützte und gelenkte Partei einer der beiden großen Tariqas.

Die Moslem-Brüder schließlich, deren Tätigkeit im Sudan nicht behindert wird, verneinen sowieso jede Trennung zwischen Religion und Politik, halten eine solche Trennung für unvereinbar mit den Lehren des Islam und stellen - nicht nur in dieser Frage - natürliche Verbündete der Tariqa-Führer und ihres weltlichen Anspruchs dar.

Der Verfassungsstreit

Es sind vor allem drei Fragen, die in der Verfassungsdiskussion die Gemüter erregen und Uneinigkeit hervorrufen: Soll der Sudan - erstens - eine islamische oder säkulare Republik sein? Soll - zweitens - dem englischen Westminster-Modell einer parlamentarisch gewählten und kontrollierten Regierung oder dem Präsidialregime nach amerikanischem oder, wie manche hoffen, nach französischem Muster der Vorzug gegeben werden? Und soll - drittens schließlich - der Aufbau des Staates zentralistisch oder regionalistisch gegliedert sein? Alle drei Probleme sind eng miteinander verflochten.

Umma und DUP, letztere mit einem gewissen Zögern, sind bereit, eine islamische Verfassung zu unterstützen. Sie können zur Erreichung ihrer Ziele den sektiererischen Eifer ihrer Gefolgsleute mobilisieren, wie dies von der Mahdi-Familie schon mehrfach vorexerziert wurde 16), oder, genauer genommen, könnten sie durch solche Demonstrationen der Macht die Verfechter einer säkularen Verfassung innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Parteien unter Druck setzen.

Die Islamic Charter Front, in der sich die kleine, aber lautstarke und einflußreiche Gruppe der Moslem-Brüder zusammengeschlossen hat, kämpft am verbissensten um die islamische Republik, wobei sie Rückhalt in anderen arabischen Ländern findet, denen ein konservativer islamischer Staat im Süden Ägyptens mit der Möglichkeit, die Nilwasser zu kontrollieren, nicht ungelegen käme.

Gegen eine islamische Verfassung wendet sich in erster Linie der Süden. Die Sudan African National Union (SANU) des ermordeten William Deng und die Southern Front sehen darin sowohl die Gefahr einer endgültigen Islamisierung und Ara-

bisierung des Südens, als auch die Entscheidung, den Sudan endgültig der arabischen Welt zuzuschlagen und den afrikanischen Bezug dieses Landes in Vergessenheit geraten zu lassen. Die christlichen Politiker des Südsudan befürchten, der Islam als Staatsreligion werde die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit der Nicht-Moslems einschränken. Die Einführung des Sharia-Rechtes würde schließlich nicht nur Rechtsvorstellungen der im Süden ansässigen Völker, sondern auch denen anderer Bevölkerungsgruppen in vielen Punkten entgegengesetzt sein.

Die Auseinandersetzungen über Westminster-Modell und Präsidialregime sind in ähnlicher Weise durch religiöse, zusätzlich aber auch durch private Motive und Ambitionen bestimmt. Der Imam der Ansar beansprucht für sich eine naturgegebene Führungsrolle im Sudan. So boykottierte er erst vor wenigen Wochen einen Empfang Ismail El Azharis aus Anlaß der Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Oktober-Revolution, weil ihm im Protokoll nicht der zweite Platz eingeräumt wurde. Eine Zeit lang, zu Beginn der fünfziger Jahre, sah es sogar so aus, als strebten die Umma und mit ihr die Ansar eine sudanische Monarchie mit dem Imam als König an. Das starke Engagement der konservativen Kräfte der Umma für ein Präsidialregime wird allgemein so gedeutet, daß der Imam selber sich um das Präsidentenamt bewerben würde.

Aus eben diesen Überlegungen heraus und aus Furcht vor einer zu großen Machtfülle der Ansar neigt die Khatmia eher zum parlamentarischen System nach englischem Muster, in dem der Staatschef hauptsächlich repräsentative Funktionen wahrzunehmen hätte und selbst ein Imam El Hadi El Mahdi als Präsident den Mighanis und der Khatmia wenig schaden könnte.

Von Ismail El Azhari heißt es dagegen, er neige dem Präsidialregime zu, weil er selber Präsident werden wolle. Er gehört seit dem Beginn der vierziger Jahre zu den führenden politischen Köpfen des Landes und hat es immer wieder verstanden, seinen Einfluß über alle politischen Krisen hinweg zu erhalten. Dabei hat er verschiedentlich frappierende Wandlungen in seinen Auffassungen durchgemacht, weshalb ihm seine Gegner gerne vorwerfen, ihm gehe es weniger um Konzeptionen als vielmehr um die Erhaltung der Macht, für die er alle Mittel seines reichhaltigen taktischen Reservoirs einzusetzen bereit sei. Ob er sich gegen den Einfluß der Khatmia in seiner Partei durchsetzen kann, muß vorläufig ungewiß bleiben. Er würde jedoch sicher gegen ein Präsidialregime votieren, wenn er erkennen müßte, daß er bei Präsidentenwahlen keine reellen Erfolgsaussichten hat.

Gegen ein Präsidialregime ist wiederum der Süden eingestellt und mit ihm Teile des Ostens, die Nuba-Region und Teile des traditionell sehr unabhängigen Westens 17). Sie alle fürchten die starke zentrale Macht, die ein solcher Präsident ausüben könnte.

Eng verbunden mit der Frage nach der Regierungsform ist das Problem Zentralismus - Regionalismus. Konsequenterweise fordert der konservative Teil der Umma auch hier wieder den Zentralismus, der für ihn zusammen mit islamischer Verfassung und Präsidialregime ein Maximum an Macht bedeuten könnte. Aber hier fehlt ihm die Unterstützung eines Teils der sonst treuen Gefolgschaft, vor allem im Westen und in den Provinzen Khartum und Blue Nile, wo Scheichs, Ältestenräte und Dorfvorsteher ängstlich darauf bedacht sind, ihre vorhandene Autonomie so weit wie möglich zu bewahren. Dasselbe gilt für die Nordprovinz mit ihrer vorwiegend der Khatmia zuzuzählenden Bevölkerung.

Wie sehr die Politiker des Landes mit der Macht dieser örtlichen und regionalen Notabeln rechnen müssen, zeigt das Schicksal des Anti-Native-Courts-Gesetzes, das die 1932 von den Engländern geschaffenen Native Courts abschaffen wollte, die sowohl richterliche wie administrative Befugnisse besitzen und somit entgegen den Bestimmungen der derzeit gültigen Übergangsverfassung Exekutive und Jurisdiktion miteinander vermengen. Das Gesetz wurde im November im Parlament niedergestimmt, nachdem die Scheichs, Dorfältesten und Stammesfürsten massiven Druck auf die Abgeordneten ausgeübt hatten. 18) Sie wollten ihre von den Engländern erhaltenen Rechte und Vorrechte durchaus nicht verlieren.

Gegen jede Form des Zentralismus wendet sich auch der Süden, der für sich eine sehr weitgehende innere Autonomie fordert und lieber Föderalismus statt Regionalismus sehen würde. Zu den Gegnern gehören auch der Beja-Kongreß und die Nuba-Union. Die Politiker der fortschrittlichen Richtung sind über diese Frage uneins. Die Befürworter des Zentralismus führen als Argumente ins Feld, daß der Sudan viel zu arm sei, um sich regionale Autonomie leisten zu können, daß der Entwicklungsstand des Landes eine zentralisierte Entwicklungsplanung erforderlich mache und jede Form des Regionalismus die zentrifugalen Kräfte nur noch stärken werde.

Die Gegner sehen im Regionalismus dagegen die einzige Möglichkeit, den Sudan auf lange Sicht als Staat zusammenzuhalten. Zu ihnen gehörte vor allem der verstorbene Professor Saad Ed Din Fawzi, der hohes Ansehen genoß. Die Befürworter des Regionalismus weisen zudem darauf hin, daß ein Land von der Größe des Sudan (zehnmal so groß wie die Bundesrepublik) und mit derartig großen Unterschieden in

Sprache, Gebräuchen, Herkunft, Religion usw., nicht von Khartum aus regiert werden kann.

Loyalitäten und Suche nach Identität

Auf diesem Hintergrund sieht es nicht so aus, als könne der dritte Versuch, zu einer Verfassung zu gelangen, erfolgreich enden. Theoretisch wäre es denkbar, daß sich die traditionalistischen und konservativen Elemente zusammentun und ihre Vorstellungen vom Staat durchsetzen. Das würde eine konservative islamische Republik bedeuten. Vieles spricht jedoch gegen eine solche Entwicklung.

Die Menschen des Sudan sind durch eine Vielzahl von Loyalitäten gebunden, die sich teilweise nur schwer oder gar nicht miteinander vereinbaren lassen. Solche Loyalitäten können sein der Stamm, die Region, die Tariqa oder Unter-Tariqa, es können aber auch wirtschaftliche Interessen, Standesinteressen und erworbene Rechte oder säkulare Macht sein. Besonders dieser letzte Punkt kann im Zusammenhang mit der Frage nach der Rolle und dem Selbstverständnis des Militärs eines Tages von entscheidender Bedeutung sein.

Zum anderen muß jeder Versuch, dem Sudan eine Verfassung aufzuzwingen, die von weiten Teilen der Bevölkerung nicht gebilligt wird, die zentrifugalen Kräfte stärken und das Land Belastungsproben unterwerfen, die es nicht aushält. Das Beispiel des Südens und das Scheitern militärischer Maßnahmen zeigt dies deutlich. So forderte bei der Eröffnung der Khartumer Round-Table-Konferenz über das Südsudan-Problem im März 1965 der damalige Premier El Khatim El Khalifa eine grundlegende Änderung der Einstellung zu den zentrifugalen Kräften im Lande und Lösungsversuche auf der Basis "des guten Willens, des ernsthaften Glaubens an demokratische Lösungen, des offenen Eingeständnisses früherer Fehler und der vollen Anerkennung der zwischen dem Norden und Süden bestehenden rassischen und kulturellen Unterschiede." 19) Schließlich,und das erscheint am wichtigsten, mehren sich die Stimmen derjenigen, die vor einer endgültigen Entscheidung über die Verfassung fordern, der Sudan müsse zunächst Klarheit über seine Identität gewinnen. Sie weisen darauf hin, daß der Sudan das einzige Land auf dem afrikanischen Kontinent ist, das sowohl den arabisch geprägten Norden wie Schwarzafrika in seinen Grenzen umschließt, das "einen Mikrokosmos Afrikas mit all seinen kulturellen und rassischen Verschiedenheiten" 20) darstellt und deshalb eine besondere Rolle im Ausgleich zwischen diesen beiden Teilen zu spielen hat. Andernfalls, so befürchtet Arnold Toynbee, "wird der Südsudan zum Brennpunkt für Schwarzafrikas latente Ressentiments gegen Nordafrika. Wenn die Dinge sich dahin entwickeln sollten, könnte der Bruch im afrikanischen Kontinent unüberbrückbar werden." 21)

Muddathir Abdel Rahim, Politikwissenschaftler an der Universität Khartum, sieht nicht nur die Alternative Arabisch-Afrikanisch; für ihn gibt es eine dritte Möglichkeit, die Synthese aus beiden: "Im Sudan ... sind in den Nordprovinzen Arabismus und Afrikanismus so vollständig ineinander verschmolzen worden, daß es - selbst aus abstrakter Sicht - nicht mehr möglich ist, zwischen beiden zu unterscheiden; und die große Mehrheit der Bevölkerung ist völlig richtig der Auffassung, daß sie gleichzeitig arabisch und afrikanisch ist, in gleicher Weise und ohne irgendein Gefühl innerer Spannung oder Widersprüchlichkeit." 22)

Von daher, so schließt Muddathir Abdel Rahim, sei der Nordsudan "das einzige Gebiet auf dem Kontinent - und in der Welt -, in dem die physischen, rassischen und kulturellen Unterschiedlichkeiten ganz Afrikas nicht nur einfach vertreten sind, sondern in eine einmalige und nirgendwo anders anzutreffende neue Einheit verschmolzen wurden", so daß der Nordsudan als "repräsentativer für ganz Afrika angesehen werden kann als irgendein anderes Land oder eine andere Region, der Südsudan eingeschlossen." 23)

Hier zeichnen sich Überlegungen ab, die zu einer wirklichen Identität des Sudans führen können: Afrika und Arabien in sich zu vereinigen, eine Brücke zwischen beiden Welten zu bilden, das afrikanische Erbteil dem arabischen als ebenbürtig an die Seite zu stellen. Es mehren sich im Nordsudan auch die Stimmen derjenigen, die von sich sagen: "Ich bin Schwarzafrikaner" 24), die, besonders nach der Nahost-Krise vom vorigen Jahr, die bisherigen Bindungen des Sudan an die arabische Welt ernsthaft in Frage stellen, oder die, wie der Dichter Mohammed Muftah El Faituri, schreiben: "Ich bin Neger, und Afrika gehört mir... Ja, jetzt sind wir an der Reihe, Afrika, unsere Zeit ist gekommen." 25)

Die Suche nach einer wirklichen eigenen Identität macht sich schließlich auch in der Politik des Landes bemerkbar. Anfang November reiste Ismail El Azhari auf Staatsbesuch nach Niger, wo er auch mit den Staats- und Regierungschefs von Mali und Obervolta zusammentraf. "Wir meinen", kommentierte daraufhin die Zeitung El Rai El Amm diesen Besuch, "das wichtigste Thema, das von den Staatschefs... diskutiert wurde, war die Frage der Teilung Afrikas... Der Sudan muß aufgrund seiner geographischen Lage die Hauptbürde (bei der Lösung dieses Problems) ... tragen." 26)

Wenn sich im Sudan die Erkenntnis durchsetzt, mehr als ein Stück der arabischen oder der afrikanischen Welt zu sein, eine Synthese aus beiden bilden zu können, könnte dieses Land den Weg beschritten haben, der zu einer Identität führt, in der sich auch die inneren Gegensätze von knapp 15 Millionen Menschen ausgleichen lassen. "Das Problem

der beiden Teile des Sudan", schreibt Toynbee, "ist das Problem der beiden Teile Afrikas im kleinen. Deshalb hat der Sudan das Schicksal Afrikas wie sein eigenes Schicksal in der Hand. Wenn es ihm gelingt, die beiden Elemente in seiner eigenen Bevölkerung miteinander zu versöhnen, wird er ein Stück konstruktiver Pionierarbeit für den ganzen Kontinent geleistet haben." 27)

Anmerkungen:

1) Muddathir Abdel Rahim "Arabism, Africanism and Self Identity in the Sudan"; Manuskript eines Vortrages vor dem Kongreß "The Sudan in Africa", Universität Khartum, Februar 1968, Seite 8.
2) Foreign Office, London, F.O. 633/VIII, Seite 78.
3) Vergl. zur Frage der Kollaboration im Sudan: G.M.A. Bakheit "British Administration and Sudanese Nationalism, 1919-1939", Ph. D. Diss., St. John's College, Cambridge, 1965.
4) Vergl. Muddathir Abdel Rahim "Early Sudanese Nationalism", in Sudan Notes & Records, No. 47, 1966; bes. Seite 42 ff.
5) Sudan Government Archives, Khartum, Civ. Sec. 1/9 L.F.I., vol. 1.
6) G.M.A. Bakheit, a.a.O., Seite 134.
7) Cromer "Report on the Finances, Administration and Conditions of Egypt and the Sudan", H.M.S.O., London, Cmd. 95, Seite 55.
8) Notiz des Generalgouverneurs vom 12. Juni 1927, Sudan Government Archives, Khartum.
9) Sudan Government Archives, Khartum, C.S./ I.C.I.
10) Das sogenannte Mongallesisch, nach dem Städtchen Mongalla nördlich von Juba am Weißen Nil benannt.
11) Am 2. Oktober 1929 informierte das Londoner Foreign Office den Hohen Kommissar in Kairo (Despatch No. 971): "England als ein christliches Land konnte sich in Übereinstimmung mit seinem Glauben nicht mit einer Politik assoziieren, die durchaus vorsätzlich darauf abzielte, eine heidnische Bevölkerung von mehr als drei Millionen Seelen zum Islam zu bekehren, obwohl sie weder über rassische noch andere Verbindungen mit den moslemischen Arabern verfügt."
12) Am 21. Januar 1935 schrieb der Distriktkommissar West der Provinz Bahr El Ghazal an die Firma Emmanuel Largolaris:
"Bitte beachten Sie, daß es in Zukunft VERBOTEN (auch im Original in Versalien) ist, diese (arabische) Art von Kleidung herzustellen oder zu vertreiben. Hemden sollen kurz sein, mit einem Kragen, nach europäischer Mode vorne zu schließen... Von heute an darf keine arabische Kleidung mehr hergestellt werden."
Sudan Government Archives, Khartum.

13) Memorandum zur Südsudan-Politik vom 25. 1. 1930. Sudan Government Archives, Khartum, C.S./ I.C.I. Voller Wortlaut in M.O. Beshir "The Southern Sudan - Background to a Conflict", London-Khartum, 1968, Seite 115 ff.

14) Gillan: "Some Aspects of Nuba Administration", November 1931, Sudan Government Archives, Khartum, NMP/SCR/66/C/6.
15) The Vigilant, Khartum, 17. 11. 1968.
16) Beispielsweise verhinderten die Ansar durch eine antiägyptische Massendemonstration gegen den Besuch des ägyptischen Staatschefs Naguib anläßlich der Eröffnung des Übergangsparlaments 1953 die Weiterverfolgung von Plänen, die auf Einheit mit Ägypten hinausliefen.
17) Darfur war bis zum Jahre 1916 unter Sultan Ali Dinar de facto unabhängig von Khartum und wurde erst besetzt, als Ali Dinar Anstalten machte, sich im ersten Weltkrieg auf die Seite der Türkei zu schlagen.
18) So berichtete der Minister of Local Government während der Behandlung des Gesetzentwurfes im Parlament, daß die Einnahmen aus Grundsteuern erheblich zurückgegangen seien, weil auf Seiten der "native administration" das Interesse an der Steuererhebung nachlasse, seit ihr Status bedroht werde.
Vergl. El Mithag, Khartum, 13. 11. 1968
19) Zitiert in Muddathir Abdel Rahim"The Development of British Policy in the Southern Sudan, 1899-1947", Khartum, 1968, Seite 55 (voller Wortlaut der Rede: a.a.O., Seite 47-57).
20) Ibid., Seite 50.
21) Arnold J. Toynbee "Between Niger and Nile", London-New York-Toronto, 1963, Seite 6.
22) Muddathir Abdel Rahim "Arabism, Africanism and Self Identity in the Sudan", Seite 18.
23) Ibid., Seite 18.
24) Gespräch des Autors mit einem leitenden (nordsudanischen) Beamten des Sozial- und Informationsministeriums Anfang November in Khartum.
25) zitiert nach: Mohammed Ibrahim El Shoush "Some Background Notes on Modern Sudanese Poetry", Khartum, 1963, Seite 22 f.
26) El Rai El Amm, Khartum, 14. 11. 1968
27) Arnold J. Toynbee, a.a.O., Seite 6.

4.2 Innerpolitische Unruhe

Die Beruhigung der innenpolitischen Lage im Sudan nach der Rückkehr Premierministers Mohammed Ahmed Mahgoub im Februar, von der in der vorangegangenen Chronik geschrieben wurde, hat sich als Ruhe vor dem Sturm entpuppt.

Zum Zeitpunkt, da diese Chronik zu Papier gebracht wird, läßt sich nicht übersehen, wie lange die derzeitige Regierung und die sie tragende Koalition noch Bestand haben werden.

"Wir befinden uns wieder genau an demselben Punkt wie im Sommer 1958. Die Politiker haben ihre Inkompetenz zum zweitenmal unter Beweis gestellt. Es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn sie es schaffen sollen, das Chaos zu ordnen. Wir brauchen einen neuen Staatsstreich und dann eine Regierung der Staatssekretäre, der Fachleute."

Diese Worte stammen von einem Sudaner, der den Sturz der ersten Militärregierung begrüßte, der im Grunde seines Herzens ein überzeugter Demokrat ist, der für sein Land aber keinen anderen Ausweg mehr sieht als die Errichtung einer Militärdiktatur, in der die Fachleute regieren. So wie er denken viele Sudaner heute, Intellektuelle, Beamte, Offiziere, Kaufleute, aber auch der einfache Mann auf der Straße. Der Sudan steuert sehenden Auges in ein politisches und wirtschaftliches Chaos.

Die Einführung des "Cadre", d.h. einer erheblichen Verbesserung der Leistungen an alle von der Regierung angestellten Personen (und die Regierung ist der mit weitem Abstand größte Arbeitgeber im Sudan), hat die mageren Mittel des Staates nicht nur stärker als erwartet strapaziert, sondern ähnliche Forderungen außerhalb wachgerufen, denen teilweise mit Streiks Nachdruck verliehen wird. Es vergeht praktisch kein Tag, an dem nicht irgendwo irgendeine der zahllosen kleinen Gewerkschaften mit dem Streik droht, einen Streik beginnt oder beendet.

Die Lebenshaltungskosten verteuern sich zusehends, vor allem in den städtischen Gebieten, deren Bewohner fast ausschließlich darauf angewiesen sind, ihren täglichen Bedarf auf dem Markt und in den Geschäften zu decken, und jedes Stück Brot, jedes Kilo Hirse, jedes Stück Fleisch mit barem Geld bezahlen müssen. In einem Land, das riesige landwirtschaftliche Überschüsse erzielen könnte, kostet das Kilo Bananen 8 Piaster (93 Pfennige), das Dutzend Apfelsinen 45 Piaster (fünf Mark) und das Kilo Fleisch 60 Piaster (knapp sieben Mark). Der offiziell garantierte Mindestlohn beträgt dagegen nur 40 Piaster pro Tag (4,60 DM), von dem die gewöhnlich recht großen Familien ernährt werden sollen.

Während es der Bevölkerung immer schlechter geht, während sich die Zahl der Bettler in den Straßen Khartoums im letzten halben Jahr vervielfacht hat, in einem Land, in dem es keinen Hunger zu geben brauchte, während die Korruption um sich greift und jedermann offen davon spricht, wäh-

rend der Unterhalt der Armee im Südsudan monatlich eine Million sudanesische Pfund verschlingt (11,5 Mio DM bei einem Volumen des ordentlichen Haushalts von 1,1 Mrd DM), arbeitet die Regierung wie eine Feuerwehr bei einem Großbrand: gelöscht wird immer dort, wo die Flammen gerade am höchsten schlagen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung äußert sich immer deutlicher, immer vehementer. "Unsere Politiker interessieren sich nur für die Außenpolitik und dabei gebärden sie sich wie die Vertreter einer Großmacht. Delegationen hierhin und dorthin, Konferenzen ohne Ende, Kommuniqués, die hinterher dementiert oder abgeschwächt werden, weil man die Folgen nicht gründlich überlegt hat. Ich habe den Eindruck, der Sudan ist das führende Land der Welt, wenn es um die Zahl von Auslandsreisen der Minister, Politiker und hohen Beamten geht. Aber darum, wie es im Sudan selber aussieht, kümmert sich niemand."

Ein paar politische Entwicklungen der jüngsten Zeit, so will es scheinen, drohen das Faß jetzt zum Überlaufen zu bringen:

Im April verabschiedete das Parlament einen Vertrag, der die Errichtung einer Art EWG der arabischen Staaten vorsieht. Nach diesem Abkommen kann jeder Bürger der teilnehmenden Staaten sich in jedem Land ansiedeln, Land erwerben und bebauen, dieses Land seinen Nachkommen vererben, Kapital investieren und sich Arbeit suchen. Die Zolltarife werden gesenkt und einander angepaßt. Auf den ersten Blick erscheint ein solches Abkommen als ein vernünftiger Schritt in Richtung auf größere, integrierte Wirtschaftsblöcke. Nach der Verabschiedung wurde einigen Sudanern aber erst richtig deutlich, was sie da unterzeichnet haben und wieviel Pferdefüße für den Sudan hinter diesen Paragraphen versteckt sind.

Alle anderen Unterzeichnerstaaten verfügen zusammen nicht einmal über ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Sudan. "Ein Millionär aus Kuweit", so erklärte Abdalla Abdel Rahman Nugdalla, einer der führenden Politiker der Umma-Partei, die dem Abkommen im Parlament allerdings zugestimmt hatte, "kann mit Leichtigkeit Ackerland in der Größe des Gezira-Baumwollgebietes erwerben." Ein paar Millionäre zusammen können im Rahmen dieses Abkommens das beste Land des Sudan aufkaufen und später dann ihren Erben vermachen. Die Sudaner hätten das Nachsehen.

Ein weiterer Punkt der Kritik richtet sich gegen die Freizügigkeit für Arbeiter aus anderen arabischen Ländern. Die Sudaner blicken nach Norden, wo Ägypten seit eh und je nach Gebieten Ausschau hält, in die es seine überschüssige Bevölkerung schicken könnte. Der Sudan ist das nächstliegende Land für diesen Zweck. Was aber geschieht, wenn

ägyptische Facharbeiter in großer Zahl nach Süden auszuwandern beginnen, den viel schlechter ausgebildeten sudanischen Arbeitern Konkurrenz machen und keinen Platz mehr für kommende Generationen lassen? So ägyptenfeindliche Töne wie in diesen Tagen hat man in Khartoum schon lange nicht mehr hören können. Viele halten das ganze Abkommen für einen Trick Ägyptens.

Der dritte Hauptvorwurf schließlich richtet sich gegen die gemeinsamen Zolltarife. Die anderen Unterzeichnerstaaten, so wird argumentiert, beziehen nur etwa 15 % der staatlichen Einnahmen aus Zöllen, der Sudan jedoch 66 %. Eine Anpassung der Zölle bedeutet für den Sudan infolgedessen eine Verringerung der Zollsätze für Importe aus den anderen arabischen Partnerstaaten und somit Einnahmeverluste für den Staat, sowohl bei den Import- wie bei den Exportzöllen.

Das Gesetz kann nur noch von Staatspräsident Ismail El Azhari aufgehalten werden, wenn er seine Unterschrift verweigert.

Der Ton der Presse, selbst wenn sie bisher der Regierung relativ freundlich gegenüberstand, ist bitterböse geworden, seitdem ein neues Pressegesetz im Parlament eingebracht wurde. Dieses Gesetz soll der Regierung weitgehende Vollmachten übertragen, einschließlich des Rechtes, das Erscheinen von Zeitungen zu verbieten. Die Beleidigung des Staatsoberhauptes oder von Staatsoberhäuptern arabischer, afrikanischer oder sonstiger befreundeter Staaten kann mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden.

Die Tageszeitung "El Rai El Amm", deren ausgewogenes Urteil im Sudan viel gilt, verlor offensichtlich nach der Lektüre des Gesetzentwurfes die Geduld und schrieb in einem Leitartikel: "Bei dieser Frage geht es für uns um Leben und Tod, es geht um die Presse oder überhaupt keine Presse... Vor vier Jahren erhob sich unser Volk gegen ein feindliches Regime. Pressefreiheit war die erste Forderung in jenen Tagen. Es liegt auf der Hand, daß die Demokratie nicht mehr besteht, wenn die Presse gebunden ist. Es ist deshalb unsere Pflicht, die Maske von den Gesichtern derjenigen zu reißen, die die Grundsätze der Revolution verraten... Sie stellen eine Gefahr für das gesamte politische System dar, es sei denn, die Parteien seien im geheimen dabei, günstigere Voraussetzungen für eine Diktatur oder einen Ein-Parteien-Staat zu schaffen. Das neue Pressegesetz wäre wirklich günstig für solche Pläne."

In dieser Stimmung platzte Anfang April eine politische Bombe: Ahmed Ibrahim Dereig, der dem Saddik-Flügel der Umma-Partei angehörende Oppositionsführer, stellte im

Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, genauer genommen gegen den Premierminister Mohammed Ahmed Mahgoub, der ebenfalls der Umma-Partei angehört, allerdings dem Imam-Flügel. Ein halbes Jahr nach Einführung des neuen "Cadre" und noch nicht einmal zwei Monate nach Verabschiedung des Haushaltes hatte die Regierung festgestellt, daß die meisten Vorausberechnungen der entstehenden finanziellen Lasten nicht mehr stimmten und infolgedessen außerplanmäßige Haushaltsbewilligungen erforderlich werden. Grund genug, an den Fähigkeiten dieser Regierung zu zweifeln.

Dereig hatte sich für seinen Schritt, den er offensichtlich nur mit einem Teil seiner Parteifreunde abgestimmt hatte, jedoch einen ungünstigen Zeitpunkt ausgesucht: denn gerade in diesen Tagen wurde die Wiedervereinigung der beiden Umma-Flügel mit großen Kundgebungen gefeiert, und auf diesem Hintergrund sah es schlecht aus, daß der Oppositionsführer seinem Parteifreund, dem Premier, das Mißtrauen aussprechen und ihn somit stürzen lassen wollte. Einige Tage widerstand der einsame Kämpfer dem Druck, den der Patron der Partei und Führer der Ansar-Sekte, Imam El Hadi El Mahdi, auf ihn ebenso ausübte wie sein Neffe, Parteipräsident Saddik El Mahdi. Während autoritäres Verhalten auf Seiten des Imam nicht weiter verwunderlich ist, erstaunte Saddiks Vorgehen die Beobachter doch einigermaßen, vor allem jüngere Intellektuelle, die bis dahin geneigt gewesen waren, in Saddik eine integre, auf demokratische Ideale eingeschworene Persönlichkeit zu sehen.

Kaum hatte Dereig seinen Mißtrauensantrag zurückgezogen, kaum atmete alles erleichtert auf, da verschaffte sich eine Fronde in der Unionist Democratic Party Gehör und forderte die Auflösung der bestehenden Koalition. Die UDP sollte entweder allein oder mit einigen der kleinen Parteien zusammen regieren und der wiedervereinigten Umma ganz die Opposition überlassen. Ismail El Azhari, der von den demokratischen Meinungsbildungsprozessen sicher ebensowenig hält wie der Imam, ließ die erstaunte Öffentlichkeit nach seiner Rückkehr von der Gipfelkonferenz ost- und zentralafrikanischer Staatsoberhäupter in Lusaka wissen, er überlasse die Entscheidung über die Fortführung der Koalition oder politische Veränderungen der Parlamentsfraktion und werde sich ihrer Entscheidung beugen.

Nun konnten die UDP-Abgeordneten schlecht einen Mißtrauensantrag gegen eine Regierung einbringen, die maßgeblich von ihnen getragen wird. Da meldete sich glücklicherweise Pastor Phillip Abbas, der Führer der kleinen regionalen Nuba-Mountains-Union, zu Wort und erklärte, er habe einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung gestellt. Die Unterstützung der Abgeordneten der Southern Front, die ebenfalls in der Regierungskoalition mit zwei Ministern vertreten

ist, sei ihm bereits sicher, auch Umma- und UDP-Abgeordnete hätten sich im positiven Sinne geäußert. Der Premier hat zwei Wochen Zeit, sich auf die Behandlung des Mißtrauensantrages vorzubereiten.

Phillip Abbas stellt in dem Parteiengerangel und um sich greifenden Chaos den Deus ex machina dar. Die Frage bleibt offen, ob eine neue Koalition, die wie bisher von der UDP maßgeblich bestimmt wird, in der Lage ist, eine neue Politik einzuleiten. Stellt man diese Frage laut, so wird sie allgemein verneint. "Die Umma begrüßt diese Entwicklung deshalb, weil sie ihr die Möglichkeit bietet, sich aus dem anbahnenden Desaster geschickt herauszumanövrieren und ihr neues, wiedervereinigtes Gesicht als starke Opposition im Blick auf die Präsidentenwahlen nach außen hin zu profilieren."

Und Azhari und seine Partei, werden sie bereit sein, den Schlamassel allein zu übernehmen, mit all den daraus sich für sie ergebenden Folgen? "Vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Dann könnte der Zeitpunkt kommen, wo wieder einmal das Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Ich bezweifle allerdings, daß diese Neuwahlen dann noch stattfinden werden."

Im Sudan wird von den Politikern jetzt mit sehr hohen Einsätzen gepokert.

4.3 Der Weg in den Putsch

In diesen Wochen fegen über Khartoum regelmäßig die Haboobs hinweg, die Sandstürme; der mehlfeine Sand und Staub verdunkelt den Himmel, dringt durch alle Ritzen und Spalten und lagert sich selbst in verschlossenen Schränken ab. Kaum sind die Spuren des letzten Haboobs beseitigt, kommt schon der nächste. Gegen diese Naturgewalten scheint bisher kein Kraut gewachsen zu sein. An das unerfreuliche Wetter dieser Tage erinnert auch die innenpolitische Situation des Sudan. Das politische Chaos, von dem in der vorangegangenen Ausgabe des AFRIKAFORUMS bereits berichtet wurde, hat sich bis zur Entladung des Putsches verdichtet.

Die Unberechenbarkeit orientalischer Politik, ihre für einen Europäer nur schwer nachzuvollziehenden Winkelzüge, das Ausspielen von Emotionen, die vielen offenen und versteckten Interessen von einzelnen und Gruppen, die in Khartoum aufeinanderprallten, die Vielzahl der umstrittenen Probleme - Ablösung oder Fortführung der Koalition, Verfassungsfrage, Nahostkonflikt, Wirtschaftslage, Verhältnis zum Osten und zum Westen - und die persönlichen Animositäten und offenen Feindschaften, die teilweise ganz unverhohlen zugegeben wurden und eine Rolle spielten, machten

es unmöglich, den Ausgang des politischen Gerangels auch nur annähernd zutreffend zu prophezeien.

Bis zum 20. Mai war der Stand der Dinge folgender:

- Die Koalition zwischen Unionist Democratic Party und Umma bestand weiter, was beide Seiten aber nicht davon abhielt, sich gegenseitig anzugiften;

- Premierminister Mohammed Ahmed Mahgoub (Umma) hatte seinen Rücktritt zwar eingereicht, das Demissionsschreiben dann jedoch erst einmal für schwebend unwirksam erklärt und eine Reihe von Forderungen erhoben, von denen er sein Verbleiben im Amt abhängig machte;

- weder die Unionist Democratic Party noch die wiedervereinigte Umma konnten ihre jeweiligen inneren Differenzen bis dahin beilegen;

- der Mißtrauensantrag des Abgeordneten Phillip Abbas gegen die Regierung stand auf der Tagesordnung des Parlaments, das darüber beraten sollte, wenn der Premier den Zeitpunkt der Behandlung festgesetzt hat;

- die Verfassungskommission des Parlamentes trat weiterhin regelmäßig zu Sitzungen zusammen, obwohl ihr die Führungsgremien der beiden großen Parteien praktisch die Basis entzogen hatten, nachdem sie in einer gemeinsam veröffentlichten Erklärung mitteilten, bis Ende Dezember solle die Verfassung im Parlament durchgepaukt worden sein und alle dann noch strittigen Punkte würden dem Volk in Form eines Memorandums zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die Khartoumer Politiker tagten in Permanenz. Nach jedem dieser Treffen wurden neue und überraschende Erklärungen, Stellungnahmen und Communiqués der Öffentlichkeit übergeben, denen nur eines gemeinsam war: sie alle enthielten die Klausel, daß irgendein Gremium noch befragt werden und zustimmen müsse, bevor die Beschlüsse verbindlich seien. Auf diese Weise hielt man sich immer noch ein Hintertürchen offen, durch das man sich notfalls wieder ins Freie flüchten und doch das Gesicht wahren konnte.

Währenddessen wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung, nahm das Ausmaß des politischen und wirtschaftlichen Verfalls im Lande immer groteskere Ausmaße an. In den letzten Tagen sickerte durch, daß die Liquiditätslage der Regierung beängstigend schlecht geworden sei. Das Dementi des Finanzministers wurde in der Presse mit Beispielen der Lächerlichkeit preisgegeben, wo von Rechnungen über etwa 12000 DM berichtet wurde, die von der Regierung nur auf dem Wege der Ratenzahlung beglichen werden konnten.

Der Kredit der Regierung bei der Bank of Sudan ist beinahe erschöpft. Die Kämmerer kommunaler Verwaltungen sitzen vor leeren Kassen und wissen nicht, woher das Geld für die nächsten Gehälter kommen soll. Eine Gruppe von Universitätsstudenten, die vom Informations- und Sozialministerium während der Semesterferien eingestellt wurden, mußten im Mai mit Polizeigewalt auseinandergetrieben werden, als sie vor dem Ministerium für die Auszahlung ihrer Aprilgehälter demonstrierten, die bereits vierzehn Tage überfällig waren.

Es verging kein Tag, an dem die Regierungszeitung "Sudan News" - die bis zum Putsch noch nicht mit einem einzigen Wort angedeutet hatte, daß es so etwas wie eine Regierungskrise gibt - nicht von Regierungsdelegationen schrieb, die in aller Herren Länder reisten, um Handelsabkommen zu diskutieren, hier für ein paar Millionen, dort für ein paar Millionen. Das letzte Abkommen dieser Art wurde mit Nordkorea abgeschlossen, wobei bis heute kein Mensch weiß, was der Sudan eigentlich aus Nordkorea im Gegenzuge importieren soll, das er nicht genauso gut oder besser woanders beziehen könnte. Im Falle des Handelsvertrages mit der Sowjetunion platzte den Russen schließlich der Kragen. Im englischsprachigen Bulletin der Sudan News Agency (18. Mai) stellte sich das folgendermaßen dar:

"Der Minister für Handel und Versorgung, Dr. Ahmed El Sayed Hamad, traf mit dem Wirtschaftsattaché der sowjetischen Botschaft zusammen, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu diskutieren. Der Wirtschaftsattaché betonte, daß im vergangenen Jahr die Handelsbilanz positiv für den Sudan ausgefallen sei und im laufenden Jahr die Sowjetunion bereits sudanesische Baumwolle für mehr als 2,5 Mio £ gekauft habe (ca. 30 Mio DM). Der Wirtschaftsattaché drückte den Wunsch seiner Regierung aus, der Sudan möge aus der Sowjetunion importieren. Der Minister versprach, diesen Wunsch zu erfüllen."

Diese Mitteilung erinnert an ein Ultimatum; auch ist es völlig unüblich, daß nicht der Botschafter selber, sondern sein Wirtschaftsattaché einen Minister aufsucht und in dieser Form mit ihm verhandelt.

Zum Verständnis der Vorgänge ist neben dem wirtschaftlichen und parteipolitischen Vorspiel Folgendes wesentlich:

Nach dem Sturz des Militärregimes wurden Wandlungen in der sudanesichen Politik sichtbar, die gemeinhin als Linkskurs interpretiert wurden. Einige Indizien schienen diese Vermutung zu bestätigen. Die Übergangsregierung nach der Oktoberrevolution war mehrheitlich kommunistisch oder links eingestellt; der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik, nachdem Bonn und

Jerusalem sich 1965 entschlossen, Botschafter auszutauschen, wurde in einem Teil der Presse von den wohlbekannten antiimperialistischen Tiraden begleitet; nach dem Junikrieg 1967 folgte der Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten; das amerikanische Kulturinstitut wurde verwüstet, alle amerikanischen Experten wurden von Washington Knall auf Fall abgezogen, womit die Sudanesen nach den Erfahrungen mit der Bundesrepublik wohl nicht gerechnet hatten, denn Bonn ließ seine begonnenen Entwicklungshilfeprojekte unbeirrt weiterlaufen. Ihren Höhepunkt erreichte die antiamerikanische, antiwestliche Hysterie mit der Konferenz der Staatsoberhäupter der arabischen Länder Ende August 1967 in Khartoum, als der Sudan plötzlich das Gefühl hatte, das Herz einer großen arabischen Nation zu sein.

Doch alle diese Symptome reichten bei näherem Hinsehen bisher noch nicht aus, um den Sudan wirklich in die Gruppe der antiwestlichen Länder einzureihen. Am wichtigsten ist der Umstand, daß es die Kommunisten und Linkskräfte in der Übergangsregierung 1964/65 nicht verstanden, die Gunst der Stunde, die ihnen den größeren Teil der Macht bereits in den Schoß gelegt hatte, und den revolutionären Überschwang der Bevölkerung, die in den ersten Monaten nach Abbouds Sturz wohl auch radikale politische und gesellschaftliche Veränderungen in Kauf genommen hätte, zu nutzen und einen Coup d'état zu versuchen.

Mehrere Gründe mögen bei diesem politischen Versagen eine Rolle gespielt haben. Die Linke im Sudan war (und ist) untereinander zerstritten. Sozialisten betrachten die Kommunisten mit Mißtrauen, die wiederum den Sozialisten vorwerfen, im Grunde ihrer Seele verkappte Bourgeoisie zu sein. Die Linke verfügte zudem über keinerlei Erfahrungen im Gebrauch der Regierungsmacht und fand sich für sie selbst überraschend plötzlich in Entscheidungsfunktionen, deren Mechanismen sie nicht zu bedienen verstand, was die Beamtenschaft sofort bemerkte, so daß sie unbesorgt bremsen konnte. Entscheidend mag jedoch das Gefühl gewesen sein, von der traditionalistisch und religiös eingestellten Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt oder gar bekämpft zu werden, war es doch nie schwergefallen, die öffentliche Meinung für Verbote der KP mit dem Argument zu gewinnen, Kommunisten seien anti-religiös.

Nach der Ablösung der Übergangsregierung durch eine bürgerliche Regierung hielt der Trend jedoch an, alle öffentlichen Äußerungen mit einem gewissen Linksdrall zu verzieren. Das war zum Teil eine ganz natürliche emotionale Reaktion auf das Militärregime, das allgemein mit dem Westen identifiziert worden war. Ein Teil des aufgespeicherten Hasses entlud sich so gegen den Westen nach dem

vereinfachten Motto: Wir sind gegen jeden, der für Abboud war. Ähnlich muß man viele der antiwestlichen Äußerungen nach dem Sechstagekrieg bewerten. Der Blitzsieg Israels und sein Vordringen an den Suezkanal hat im Sudan wie in anderen arabisch oder arabisch geprägten Staaten traumatische Spuren hinterlassen. Es gibt wenige Beispiele in der Geschichte, wo hundert Millionen Menschen in so kurzer Zeit die Großsprecherei ihrer Führer verdeutlicht wurde. Diese Erfahrung konnte man nur überstehen, wenn man den Über-Feind fand, dem man alle Schuld zuschieben konnte, also wieder einmal den Westen und den Weltzionismus.

Den Politikern in Khartoum war es nur recht. Die antiisraelische Stimmung der Bevölkerung, geschickt geschürt und nach wie vor virulent gehalten, erleichterte es, von den inneren Schwierigkeiten des Landes abzulenken. Für Rußland war dies der Zeitpunkt, wo es glaubte, seine Zurückhaltung zugunsten einer etwas offensiveren Politik aufgeben zu können. Warum sollte Moskau nicht auch im Sudan versuchen, sein neues Image als einziger und wahrer Freund der Araber in politisch klingende Münze umzusetzen. Daß Überlegungen dieser Art schon länger bestanden haben müssen, zeigt das verblüffend zielbewußte Vorgehen der Russen.

Die sudanesische Armee suchte einen neuen Partner, nachdem die Bundesrepublik ihre Militärhilfe eingestellt hatte. Rußland packte die Gelegenheit beim Schopfe, und Khartoum und Moskau wurden sich schnell handelseinig. Für gutes Geld würde die Sowjetunion die Armee mit neuen und modernen Waffen ausstatten. Sudanesische Offiziere würden in Rußland an den neuen Waffensystemen ausgebildet werden, russische Berater und Experten im Sudan helfen. Dieses Abkommen ist außenpolitisch ebenso bedeutend wie innenpolitisch.

Zunächst einmal gelingt es der Sowjetunion, ihren militärischen Einfluß bis fast an den Äquator tief in das Innere des afrikanischen Kontinents auszudehnen. Das kann vor allem den Amerikanern nicht Recht sein, die sich jetzt mit der Lage auseinandersetzen müssen, daß ihre Basen in Äthiopien, vor allem in Eritrea, nunmehr in unmittelbarer Nachbarschaft der Russen liegen. Ähnliches gilt für den Keil, den Moskau auf diese Weise entlang dem Roten Meer nach Süden getrieben hat. Gegenüber liegt Saudi-Arabien, in dem sich die Amerikaner ebenfalls stark engagiert haben.

Für Gamal Abdel Nasser und seine russisch ausgerüstete und von russischen Beratern gestützte Armee hat die Entscheidung der Khartoumer Regierung den großen Vorzug, daß jetzt sein natürliches militärisches Hinterland nach und nach dieselben Waffensysteme einführen wird, über die er

bereits verfügt. Doch wichtiger als alles dieses ist der innenpolitische Aspekt der Moskauer Militärhilfe.

Es steht zu vermuten, daß die Russen das Versagen der moskautreuen Kommunisten im Sudan nach der Oktoberrevolution nie ganz haben verwinden können und seitdem über neue Strategien nachgrübelten. Die Armee, in jedem Entwicklungsland ein Machtfaktor, der sich für die Durchsetzung politischer Ziele geradezu anbietet, war lange Zeit in Mißkredit, ihr Offizierskorps hatte sich politische Abstinenz geschworen. Die herrschenden Parteien versuchten jedoch ihrerseits, das Offizierskorps zu politisieren, um es einheitlicher Aktionen unfähig zu machen. Was Wunder, daß auch die Kommunisten darangingen, Zellen in der Armee zu bilden.

Die wirtschaftliche Stagnation, das politische Chaos und die auswuchernde Korruption im Lande selber führten nach und nach dazu, daß die Zeit Ibrahim Abbouds in einem neuen, besseren Licht erschien. Diese Entwicklung ist dann so weit gediehen, daß der einfache Mann auf der Straße, ebenso wie viele Beamten und Intellektuelle, nach einer neuen Militärdiktatur riefen, nach dem starken Arm, der Ordnung schafft und das Land aus der Misere herausführt.

Die Niederlagen der Kommunisten bei den Wahlen in der mächtigen Eisenbahnergewerkschaft und der sehr einflußreichen Berufsorganisation der Rechtsanwälte wurden von vielen Beobachtern nicht darauf zurückgeführt, daß ihnen politische Machtverlagerungen zugrunde lagen, sondern darauf, daß die Kommunisten ihre Kräfte inzwischen auf andere Ziele konzentrieren, nämlich die Armee. Diese Überlegung hat sich als richtig erwiesen. In einem Land, in dem eine auf demokratischem Wege erfolgende Machtergreifung der Kommunisten, etwa durch einen Wahlsieg, auf lange Zeit ausgeschlossen erschien, in dem andererseits aber die Machtergreifung durch das Militär immer mehr in den Bereich des Möglichen rückte, war es nur folgerichtig, potentielle Machtträger der Zukunft für die eigene Sache zu gewinnen. Der große Bruder in Moskau schließt gerade zum richtigen Zeitpunkt einen Vertrag mit der Regierung ab, die es zu stürzen gilt. Auf diese Weise erfahren die eigenen Kader eine willkommene und in keiner Weise zu unterschätzende Verstärkung. Der Einfluß linker Mitglieder einer Militärjunta, die sich auf eine Armee stützt, deren Schlagkraft von russischen Waffenlieferungen und Beratern abhängig ist, ist sicherlich beträchtlich größer als der einer Mehrheit von Kabinettsmitgliedern 1964/65, selbst wenn die Kommunisten in der Junta nur eine Minderheit darstellen sollten.

5. Der Staatsstreich vom 25. Mai 1969

(Die beiden nachstehenden Beiträge erschienen in dem in München erscheinenden INTERNATIONALEN AFRIKA FORUM. Bei dem ersten Beitrag, "Der Coup d'état", handelt es sich um den zweiten Teil des in Nr. 6-1969 (Juni) veröffentlichten Beitrages "Der Weg in den Putsch", der zweite Beitrag, "Im Land des Mahdi ...", erschien im Juli-Augustheft 1969.)

5.1 Der Coup d'état

Seit Pfingstsonntag hat der Sudan eine neue revolutionäre Regierung. Der Putsch war geplant, wurde jedoch von einem ursprünglich für später ins Auge gefaßten Zeitpunkt vorverlegt. Gegen 20.30 Uhr am Pfingstsonnabend verließen in Khartoum und Omdurman verschiedene Männer den Kreis ihrer Freunde oder Angehörigen. Sie alle, so sagten sie, hatten noch etwas zu erledigen. Was, erfuhr man am nächsten Morgen von Radio Omdurman: sie hatten sich selbst zu den neuen Machthabern im Staate gemacht. Nur 180 Soldaten waren erforderlich gewesen, um die Brücken und wichtigsten öffentlichen Gebäude zu besetzen. Während die Politiker verstört aus dem Schlaf aufschreckten, als ihnen Offiziere die Hiobsbotschaft überbrachten und ihnen mitteilten, sie hätten sich ab sofort als unter Hausarrest stehend zu betrachten, wurden in den Räumen von Radio Omdurman bereits die Tonbänder mit den ersten Erklärungen der neuen Männer bespielt.

Am nächsten Morgen hatte sich die politische Landschaft des Sudan grundlegend verändert. Das Leben ging jedoch seinen gewohnten Gang weiter. Nur drei gepanzerte Fahrzeuge vor dem schneeweißen Präsidentenpalast am Blauen Nil, deren Geschütze auf Ex-Präsident Ismail El-Azharis Arbeitszimmer zielten, und einige wenige Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten vor dem Postamt, Ministerien und an Brückenauffahrten erinnerten daran, daß es einen Coup d'état gegeben hatte. Die Reaktion der Bevölkerung war im wesentlichen Erleichterung. Endlich war etwas geschehen, das wieder Hoffnung aufkommen ließ.

Das neue Regime ist keine Herrschaft der Militärs im traditionellen Sinne; vielmehr handelt es sich um eine Allianz von Teilen des Offizierskorps mit Teilen der Intelligenzia. In allen Verlautbarungen wurde von vornherein deutlich gemacht, daß die Offiziere im Revolutionsrat für Ruhe und Ordnung sorgen wollen, während es die Aufgabe des bis auf zwei Offiziere (Innen- und Verteidigungsministerium) nur aus Zivilisten bestehenden Kabinetts sein wird, zu regieren

und das Revolutionsprogramm in die Tat umzusetzen. Wer sind diese neuen Männer und was wollen Sie?

Generalmajor Gafaar El-Nimeri, neben Babiker Awadalla einer der starken Männer des neuen Regimes, erlangte 1964 landesweiten Ruhm, als er sich während der Oktober-Unruhen, die zum Sturz der Militärdiktatur Ibrahim Abbouds führten, weigerte, seinen Truppen den Befehl zu geben, auf die in den Straßen Khartoums demonstrierenden Studenten, Arbeiter, Angestellte und Hausfrauen zu schießen. Diese Haltung hat man ihm bis heute nicht vergessen, und sie hat jetzt viel dazu beigetragen, daß ihm von Anfang an ein beträchtliches Maß an Vertrauen entgegenschlug. Dem Parteiregime galt er stets als suspekt, doch es konnte ihm nichts nachweisen. Dafür wurde er die meiste Zeit in abgelegenen Landesteilen stationiert, längere Zeit auch im Südsudan.

Babiker Awadalla ist ein in Khartoum und London ausgebildeter Jurist, der Speaker des ersten voll-sudanesischen (Übergangs-)Parlamentes des Landes war. Später gehörte er zu den führenden Köpfen des Widerstandes gegen das Militärregime Abbouds, nach dessen Sturz ihm das Amt des Premierministers angeboten wurde. Er schlug es jedoch aus und wurde stattdessen zum Obersten Richter des Landes ernannt. Als von interessierter politischer Seite versucht wurde, ihn zur Revision einer seiner richterlichen Entscheidungen zu zwingen, trat er zurück und widmete sich fortan dem Importgeschäft als Teilhaber einer großen Firma. Daß er nach wie vor politische Ambitionen besaß, wurde erst bekannt, als ihn die linken Kräfte im Sudan für den Fall einer Präsidentenwahl zu ihrem Kandidaten ernannten.

Das Kabinett besteht durchweg aus jüngeren Kräften, die sich bisher weitgehend von der praktischen Politik ferngehalten hatten. Als Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren und Ingenieure bauten sie sich eine private berufliche Existenz auf, die ihnen ein gewisses Maß an Unabhängigkeit gewährte. Selbst ihre Feinde bestreiten nicht, daß alle diese Männer angesehene und integre Persönlichkeiten sind, die über hohe berufliche Kenntnisse verfügen.

Politisch ist man auf den ersten Blick geneigt, die neuen Machthaber als links einzuordnen. Dieser Begriff muß jedoch genauestens definiert werden. Zweifelsohne handelt es sich nicht um ein kommunistisches Regime, obwohl fünf der Minister Kommunisten sind. Nach allem, was bekannt ist, repräsentieren sie jedoch nicht in exponierter Weise den moskautreuen Flügel Abdel Khalig Mahgoubs, des Chefs der sudanesischen KP. Eher tendieren sie zu einem Nationalkommunismus, dessen Aussehen die spezifischen Voraussetzungen und Bedürfnisse des Sudans berücksichtigen soll.

Auch der Begriff Sozialismus hilft nicht sehr viel weiter,

obwohl die Mehrheit der Kabinettsmitglieder, soweit sie sich überhaupt politisch rubrifizieren läßt, Sozialisten und Arabische Sozialisten sind. Dem Programm der neuen Regierung und ihren ersten Erklärungen zufolge, soll der Versuch unternommen werden, einen eigenständigen nationalen Sozialismus freiheitlicher Prägung aufzubauen. Gafaar El-Nimeri definierte diesen Sozialismus in einem Fernsehinterview folgendermaßen: "Die Nutzbarmachung aller Reichtümer des Landes im Interesse des Volkes." Und Babiker Awadalla sagte in seiner ersten Pressekonferenz sehr deutlich, daß Sozialismus nicht eine wissenschaftliche Ideologie sei, die sich überall unter unterschiedlichsten Voraussetzungen in gleicher Weise anwenden lasse, sondern von dem neuen Regime als ein wirtschaftliches, soziales und politisches System verstanden werde, das sich nur dann verwirklichen lasse, wenn es die besonderen Gegebenheiten des Sudan voll berücksichtige. Wörtlich fuhr er fort: "Was in Syrien oder Kairo anwendbar ist, muß nicht notwendigerweise auch hier akzeptiert werden."

Will man dem neuen Regime unbedingt eine Bezeichnung anhängen, so würde ihm wohl am ehesten der Begriff "sozialrevolutionär" gerecht. Unter Zuhilfenahme der eigenen humanen und materiellen Reserven und nur so weit wie nötig mit ausländischer Hilfe will man versuchen, das Land aus der Stagnation heraus- und auf einen Weg zu führen, der für die Mehrheit der Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lage und für das Land als Ganzes Fortschritt bedeutet.

Außenpolitisch orientiert sich das neue Regime stark nach Norden zur arabischen Welt. Nassers Rolle als Führer der arabischen Revolution wird voll anerkannt, der Kampf gegen Israel um die Rechte der Palästinenser gehört zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen. In Afrika möchte man einen Beitrag zum Brückenschlag zwischen den Ländern nördlich und südlich der Sahara leisten, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern sollen verstärkt, die zum Westen, der den Sudan wirtschaftlich bisher dominierte, sollen dafür nicht völlig abgebaut, sondern auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Wer Israel oder die Sezessionisten im Südsudan unterstützt, ist ein Feind des Sudans. Mit ihm seien keine freundschaftlichen Beziehungen möglich, die im übrigen mit allen Ländern angestrebt werden, die sich bereit erklären, die innere Ordnung des Landes zu respektieren.

Die Eile, mit der das neue Regime die DDR anerkannte, hat naturgemäß Aufsehen erregt, der Schritt als solcher stand über kurz oder lang zu erwarten. Zweifellos liegen dieser Maßnahme wichtige innenpolitische Überlegungen zugrunde. Die Kommunisten dürften die Anerkennung Ulbrichts zu einer ihrer Bedingungen für eine Mitarbeit in der Revolutionsregierung gemacht haben, die für sie nicht das Ideal einer grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Revolution

im Sudan sein kann, vor allem, da es sich hierbei um eine in erster Linie nationalistische, nicht internationalistisch gesonnene Gruppe von Männern handelt. Mit diesem außenpolitischen Schritt lassen sich die Zweifler innerhalb der KP vielleicht erst einmal beruhigen. Die Entscheidung der Kommunisten für eine Beteiligung fiel erst wenige Stunden vor dem Putsch in einer ZK-Sitzung am Samstagabend, was auf gewisse Widerstände innerhalb der Partei Rückschlüsse zuläßt.

Bei der Anerkennung der DDR muß allerdings bedacht werden, daß zumindest psychologisch sich einige Fakten für die BRD nachteilig auswirken. Abbouds Macht beruhte zu einem beträchtlichen Teil auf den Waffen, die aus deutscher Militärhilfe stammten, die neuen Männer aber waren alle Widerstandskämpfer gegen dieses Regime und neigen zwangsläufig dazu, die Bundesrepublik stärker vielleicht, als sie es verdient, mit Abboud zu identifizieren. Übersehen wird dabei allerdings leicht, daß auch Moskau Abboud unterstützte.

Das neue Regime weiß genau, daß es sein anspruchsvolles Programm nur dann durchführen kann, wenn es Unterstützung von außen erhält, vom Westen wie vom Osten. Nichts deutet darauf hin, daß man hierbei auf die Bundesrepublik verzichten will, die zudem zu den Hauptkäufern sudanesischer Baumwolle gehört. Auch ein beträchtliches Maß an Goodwill für die Bundesrepublik unter vielen Sudanesen läßt sich nicht leugnen.

Das neue Regime hat es verstanden, seine Lage innerhalb der ersten Woche in bemerkenswerter Weise zu konsolidieren. Die Armee steht geschlossen hinter ihm, Offiziere, über deren Loyalität man sich nicht sicher war, wurden vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Eine Zeitlang bestand die Furcht, Saddik El Mahdi, ein früherer Premier, der es gerne hörte, wenn man ihn als sudanesischen Kennedy bezeichnete, werde seine Gefolgsleute in der mächtigen Ansar-Sekte mobilisieren. Tatsächlich benutzte er die Feiern zur Erinnerung des Geburtstages des Propheten dazu, unter seinen Anhängern in Omdurman gegen "die Kommunisten" zu agitieren. Als die Regierung, die mit ihrem zweiten Erlaß jede Kritik als Aufruf zur Konterrevolution verboten hatte, davon erfuhr und Saddik verhaften lassen wollte, war er verschwunden.

Auch zwei Ministern gelang rechtzeitig die Flucht, dem ehemaligen Justizminister Rasheed El Tahir und dem Ex-Finanzminister, Sherif El Hindi, der zu den korruptesten Politikern gehörte. Sie werden wohl beide versucht haben, sich ostwärts nach Äthiopien oder Saudi-Arabien durchzuschlagen. Einige der führenden anderen Politiker wurden mittlerweile in das Kober-Gefängnis in Khartoum-Nord ein-

geliefert, unter ihnen auch Ismail El Azhari. Sie erhalten jedoch eine Sonderbehandlung. Gegen verschiedene von ihnen stehen Korruptionsverfahren zu erwarten. Mohammed Ahmed Mahgoub, der von seiner schweren Krankheit im vorigen November noch immer nicht wieder ganz genesene Ex-Premier, darf weiterhin unter Militärbewachung in seinem Privathaus bleiben.

Mit personellen Veränderungen außerhalb der Armee geht man sehr vorsichtig zu Werke. Noch nicht einmal zwölf Beamte wurden innerhalb der ersten Woche entlassen. Die Parlamentarier hat man nachhause geschickt. Mit den südsudanesischen Abgeordneten fand am 31. Mai noch ein Gespräch statt, in dem die Regierung ihre Politik in Hinblick auf das Südsudanproblem darlegen wollte. Zwei Südsudaner, beide Rechtsanwälte, gehören der neuen Regierung an. Joseph Garang, der eine, ist Kommunist, während Abel Alier, der andere, bis zum Putsch stellvertretender Generalsekretär und Abgeordneter der in der Regierungskoalition mitarbeitenden Southern Front war.

Der Verband der südsudanesischen Studenten in der Universität Khartoum erklärte bereits seine Unterstützung für das neue Regime, ebenso der zu Besuch in der Hauptstadt weilende mächtige und in seinem Stamm überaus einflußreiche Reth ("König") der Schilluk, die zu den drei großen Stämmen des Südens gehören. In den langen Reigen der Gewerkschaften, Berufsverbände und Interessenorganisationen, die den Premier aufsuchen, um Solidaritätskundgebungen zu überreichen, reihten sich auch die Führer der christlichen Kirchen des Landes ein. Dabei deutete Babiker Awadalla erstmalig an, daß mit den neuen Machthabern das Gerede von einer islamischen Republik zu Ende sei. "Religion ist für Gott," umriß er den Standpunkt seiner Regierung, "der Staat ist für alle Bürger."

Die eigentliche Bewährungsprobe steht dem neuen Regime jedoch noch bevor, wenn es sich daran macht, den ihm von seinen Vorgängern hinterlassenen Augiasstall auszumisten und den Gesundungsprozeß für dieses Land in die Wege zu leiten.

5.2 Im Land des Mahdi ...

Das neue, revolutionäre Regime im Sudan, das in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai durch einen Staatsstreich an die Macht gelangte, sitzt endgültig fest im Sattel. Nach der spektakulären außenpolitischen Entscheidung,mit der DDR volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen, kam bereits sechs Tage nach dem Putsch eine Partei- und Regierungsdelegation aus Ostberlin mit einer Sondermaschine der Interflug in Khartoum an, gerade rechtzeitig, um an einer Massendemonstration am 2. Juni teilzunehmen, zu der vom Gewerk-

schaftsverband des Landes aufgerufen worden war. Etwa eine viertel Million Bürger der Dreierstadt Khartoum, Omdurman und Khartoum-Nord versammelte sich auf dem riesigen, kreisrunden Abdel-Moneim-Platz in Khartoum, um den neuen Machthabern zuzujubeln.

Generalmajor Gafaar El Nimeri, der Vorsitzende des Revolutionsrates, sprach aus diesem Anlaß zum erstenmal in aller Deutlichkeit von den Opfern, die von der Bevölkerung gebracht werden müßten, wenn es gelingen sollte, das abgewirtschaftete Staatswesen wieder in Gang zu bringen: "Die früheren Regierungen haben uns eine schwere Erbschaft hinterlassen: vor uns liegt ernsthafte Arbeit und ständiges Mühen, nichts anderes, wenn es uns gelingen soll, ein freies und ehrenhaftes Leben für die Bürger zu schaffen und einen neuen Sudan aufzubauen, der einen führenden Platz innerhalb der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte einnehmen soll."

Wenige Tage später sprach El-Nimeri erneut zu der Bevölkerung des Landes: diesmal über Rundfunk und Fernsehen. Er gab Einzelheiten über die Mißwirtschaft und die daraus resultierende verzweifelt schlechte Lage des Sudan bekannt und machte vorsichtshalber darauf aufmerksam, daß es durchaus nicht sicher sei, ob die kläglichen Reste der Staatsfinanzen, die sich nach dem Putsch in den Regierungskassen noch aufgefunden hatten, für die Löhne und Gehälter im Juli ausreichen würden.

Die Khartoumer Massendemonstration vom 2. Juni, der seitdem zahlreiche Solidaritätskundgebungen in anderen Städten und Orten im ganzen Sudan folgten, verfolgte in erster Linie den Zweck, der Außenwelt zu beweisen, daß die neuen Herren die Lage fest in der Hand haben. Es hapert nämlich sehr mit der Anerkennung des neuen Regimes durch ausländische Regierungen, nicht nur des Westens, sondern auch der arabischen und afrikanischen Welt. Die Sowjetunion benötigte mehr als eine Woche des Nachdenkens, ehe Moskau seinem Khartoumer Botschafter eine Grußbotschaft Podgornys, Breschnews und Kossygins kabelte, um sie an die neue Regierung weiterzuleiten. Nasser schwieg beharrlich wie eine Sphinx. Kein freundliches Wort hat er bis heute für die sudanesischen Revolutionäre gefunden, obwohl sie ihm von Anfang an deutliche Avancen machten. Böse Zungen behaupten, Nassers Geldgeber - Saudi Arabien, Kuweit und Libyen - hätten ihm sehr dringlich nahegelegt, das neue Regime nicht zu ermutigen. Andere Beobachter sehen den Grund für Nassers Zurückhaltung in der radikalen Haltung der neuen sudanesischen Regierung in der Nahostkrise. Während Nasser seit Monaten versucht, sein Engagement in der Palästinafrage auf die Formel zu reduzieren, ihm gehe es um die Rückgewinnung seines von Israel besetzten Territoriums und im übrigen werde er die Fedayin unterstützen, machten Gafaar

El-Nimeri und Babiker Awadalla in Khartoum sehr deutlich, daß sie für die Beseitigung des Staates Israel, notfalls durch direkte Aktionen eintreten und versuchen werden, auf diese Linie auch die anderen arabischen Staaten einzuschwören.

Die westlichen Länder nahmen und nehmen sich erstaunlich viel Zeit mit der Anerkennung der neuen Männer. Englands Botschafter ließ sich demonstrativ in seinem Rolls-Royce herumkutschieren - jedoch mit zusammengerolltem Stander. Währenddessen berichtete BBC in seinen Nachrichtensendungen mit kaum überhörbarem maliziösen Unterton über den Stand der Anerkennungsüberlegungen im Foreign Office. Die "gute alte Tante" BBC war es auch gewesen, die kurz nach dem Putsch von Unruhen, Zusammenstößen, Schießereien und Todesopfern in Omdurman berichtete, obwohl diese Meldung erweislich falsch war. Mancher Sudanese kommentierte dies bitter mit der Feststellung, daß die Engländer schlechte Verlierer seien, wenn sie feststellen müßten, daß ein früher von ihnen abhängig gewesenes Volk sich endgültig von der kolonialen Erbschaft freizumachen versuche, das Regierungssystem eingeschlossen.

Auch aus den Nachbarländern des Sudans waren kaum freundliche Töne zu vernehmen. Äthiopien, Kenia und Uganda können nichts weniger gebrauchen als einen sozialistischen Staat in unmittelbarer Nachbarschaft. Kenia und Uganda haben bereits genug damit zu tun, die politisch unerwünschte Ausstrahlungskraft Tansanias auf das politische Denken ihrer kritischen Intelligenzia einzudämmen.

Die DDR dagegen erfreute sich ihres neuen Status. Innerhalb von 24 Stunden wurde an der bisherigen Handelsmission ein nagelneues Messingschild angebracht: Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik bei der Demokratischen Republik Sudan. Die schwarz-rot-goldene Fahne mit dem Hammer und Zirkel wehte fröhlich im Vorgarten, der bisherige Leiter der Handelsvertretung und gerade als erster Botschafter akkreditierte Eberhard Feister genoß es sichtlich, in seiner schweren russischen Regierungslimousine mit Stander und vollem diplomatischen Status durch Khartoum zu fahren. Die DDR-Vertreter, die sich bis zur Anerkennung sehr zurückhaltend gezeigt hatten und kaum in den Khartoumer Feudalrestaurants aufgetaucht waren, erschienen plötzlich mit Damen im Sudan-Hotel am Blauen Nil ebenso wie im "Oasis" und labten sich dort an Becks Bier aus der Bundesrepublik.

Die Delegation Ostberlins, unter Leitung eines der stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Werner Titel, machte eine Reihe von Besuchen und unterzeichnete ein Protokoll, das den Sudan der Freundschaft der DDR versichert, die Bereitschaft unterstreicht, bei Entwicklungsvorhaben

zu helfen, alle konkreten Einzelheiten jedoch auf Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt vertagt, wahrscheinlich im September. Auf dem Hintergrund all des Aufwandes und der Schnelligkeit, mit der man den neuen Machthabern in Khartoum die erste Aufwartung machte, nimmt sich dieses Protokoll etwas dünn aus. Es hat jedoch den Anschein, als wollten beide Seiten sich vorläufig einmal die Hände freihalten.

Um so eifriger widmete man sich der Propaganda gegen die Bundesrepublik, die im Falle des Sudan einmal an Stelle der Amerikaner für den gesamten Westen als Watschenmann herhalten mußte. Die Ostberliner Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur (ADN) versorgte die Presse mit zahlreichen Artikeln, in denen die angebliche Unterstützung Bonns für Israel ebenso breit wie genüßlich ausgewalzt wird. Andere Beiträge aus ostzonaler Professorenfeder widmeten sich spaltenlang dem Nachweis, daß Bonns Alleinvertretungsanspruch arrogant und imperialistisch und die Hallstein-Doktrin dank der Haltung revolutionärer Regierungen in Ländern der Dritten Welt inzwischen der Lächerlichkeit preisgegeben worden sei.

In der westdeutschen Kolonie im Sudan breitete sich aufgrund dieser anhaltenden Angriffe Nervosität aus. Man wußte nicht genau, wie weit sich hinter diesen unfreundlichen Äußerungen wirklich eine feindliche Haltung verbarg. Sudanesischerseits wurde jedoch versichert, man solle diese Angriffe nicht ernst nehmen. Selbstverständlich wolle man die bisherigen Beziehungen mit der Bundesrepublik fortführen und, wenn möglich, sogar erweitern. Die nach außen dokumentierte Feindschaft sei nichts anderes als eine Folge des noch anhaltenden revolutionären Überschwangs und eine ganz natürliche Reaktion des "Dampfablassens". Die deutschen Experten seien nach wie vor willkommen, die Wertschätzung ihrer Arbeit und dessen, was sie für den Sudan täten, halte unverändert an, man möge um Himmels willen keine übereilten Schritte unternehmen.

Tatsächlich sieht es so aus, als brauche der Sudan den Westen allein schon deshalb, um den Einfluß und den Druck der sozialistischen Staaten etwas zu neutralisieren. Vor allem Moskau und Ostberlin sehen die Möglichkeit, über die Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei des Sudans ihren Einfluß erheblich auszuweiten. Die Führer der KP machten bereits Ansprüche auf die drei noch immer vakanten Ministersessel geltend, die man jedoch für den Fall freihalten möchte, daß sich innenpolitische Konstellationen ergeben, die es möglich erscheinen lassen, die eine oder andere politische Kraft in die Regierung aufzunehmen, die derzeit noch abseits steht. Als der Druck der KP sich verstärkte und konkrete Namensvorschläge unterbreitet wurden, entschloß sich das neue Regime, diese Namen aufzugreifen,

aber nicht für die Besetzung von Ministersesseln. Ahmed Suliman, zweiter Mann der KP und Landwirtschaftsminister in der Übergangsregierung nach der Oktoberrevolution 1964, wurde kurzerhand zum Botschafter - in Moskau ernannt. Ahmed Suliman, Weltmann und unorthodoxer, äußerst belesener Kommunist, wird seine Moskauer Gastgeber sicher noch vor manche Situation stellen, die diese als peinlich empfinden dürften. Er hat eine sehr direkte Art, politische Handlungen - auch der KPdSU - an der Theorie zu messen und von dorther zu bewerten.

Nach wie vor ein großes Fragezeichen steht hinter der Haltung der Ansar-Sekte, der Mahdisten. Unmittelbar nach dem Putsch wurde mit Saddik El-Mahdi, dem ehemaligen Premier und Führer des gemäßigt fortschrittlichen Flügels der von den Ansar getragenen Umma-Partei, über eine Regierungsbeteiligung verhandelt. Saddik lehnte ab, sprach sich öffentlich gegen das neue Regime aus und sollte verhaftet werden: er hatte sich jedoch rechtzeitig durch Flucht der Verhaftung entzogen. Kurz darauf wurde bekannt, daß er sich zur Niliinsel Aba, dem Stammsitz der Familie einige hundert Kilometer südlich von Khartoum bei Kosti am Weißen Nil begeben hatte. Offensichtlich hatte ihn die Regierung ungehindert dorthin reisen lassen, woraus Beobachter schlossen, daß die neuen Herren Wert darauf legten, daß Saddik sich mit seinem Onkel El Hadi El Mahdi, dem Imam (religiösen Führer) der Ansar-Sekte, in Ruhe über die politische Lage beraten konnte.

Nach einigen Tagen Aufenthalts in Aba, das seit dem Putsch von Truppen bewacht und täglich mehrere Male von Militärflugzeugen im Tiefflug überflogen wird, kehrte Saddik nach Khartoum zurück. Die neue Regierung lud ihn daraufhin ein, seine politischen Vorstellungen und seine Bedingungen für eine eventuelle Mitarbeit schriftlich niederzulegen und mit dem Ministerrat zu diskutieren. Saddik nahm das Angebot an. Mit einem umfangreichen Memorandum bewaffnet, begab er sich in die hierfür einberufene Sondersitzung des Ministerrates und erläuterte seine Haltung. Sachlich gab es kaum Differenzen, auch das Mittel des Staatsstreiches verurteilte Saddik nicht: er forderte das neue Regime jedoch zu einer Umbildung der Regierung und der Aufnahme je eines Vertreters aller aufgelösten Parteien als Mitglieder in einem neuen Kabinett auf. Das erschien den neuen Männern als ausgesprochen konterrevolutionär. Noch aus der Sitzung heraus ließen sie Saddik El Mahdi verhaften und zu den anderen Politikern ins Kober-Gefängnis in Khartoum-Nord einliefern.

Es ist bisher völlig schleierhaft, warum Saddik sich auf dieses Spiel eingelassen hat. Auch ein weniger erfahrener Politiker hätte sofort merken müssen, daß ihm eine Falle gestellt wurde. Sein schriftlich abgefaßtes Memorandum

könnte in einem möglichen Gerichtsverfahren gegen ihn wegen konterrevolutionärer Äußerungen praktisch ohne Änderungen als Anklageschrift und Beweismaterial in gleicher Weise verwendet werden. Läßt man einmal die bei Saddik nie ganz auszuschließende Frage politischer Naivität außer Betracht, so bieten sich zwei mögliche Erklärungen an. Entweder wollte Saddik durch seinen Schritt und in voller Kenntnis der Konsequenzen seinen Onkel, den Imam, zu Maßnahmen gegen das neue Regime zwingen, nachdem er sich bis dahin erstaunlich ruhig verhalten hatte, oder aber er hat die Absicht, sich in die Rolle eines Märtyrers zu begeben, um für den im Augenblick unwahrscheinlichen Fall einer Änderung der politischen Verhältnisse mit einem entsprechenden Charisma versehen den Machtkampf mit seinem reaktionären Onkel innerhalb der Ansar-Sekte und Umma-Partei erneut und mit größeren Aussichten auf Erfolg aufnehmen zu können.

Als El Hadi El Mahdi auf Aba von der Verhaftung seines Neffen erfuhr, bis zum Putsch ein undenkbarer Vorgang, das Mitglied einer der großen heiligen Familien ins Gefängnis zu werfen, schickte er der Regierung in Khartoum ein telegrafisches Ultimatum: entweder werde sein Neffe innerhalb von 48 Stunden wieder freigelassen, so drohte er, oder aber er, der Imam, könne nicht mehr für die Folgen garantieren. Damit spielte er deutlich auf den unberechenbaren religiösen Fanatismus seiner Gefolgsleute an.

In Omdurman tauchten zur gleichen Zeit Flugblätter auf, die die ruhmreichen Zeiten Mohammed Ahmeds, des eigentlichen Mahdi, Ende des vorigen Jahrhunderts und seinen siegreichen, von Allah gesegneten Kampf gegen die turko-ägyptische Herrschaft beschworen. Auch jetzt, in einer Zeit tiefster Not, sei wieder einmal der Zeitpunkt gekommen, wo die Ansar handeln und das Land befreien müßten. Nach dem Kampf werde Saddik El Mahdi - interessanterweise also nicht sein Onkel - an der Spitze der unübersehbaren Ansar-Heerscharen auf einem schneeweißen Pferd als Sieger und neuer Herrscher in Omdurman einziehen und den Staat der Mahdia zu neuem und glorreichem Leben erwecken.

Träume und Realität lassen sich jedoch schwer miteinander vereinbaren. Die Ansar würden auf eine entsprechende Aufforderung des Imam hin zwar zweifellos gegen das neue Regime marschieren, aber was können sie mit Pfeil und Bogen, Speeren und altmodischen Flinten gegen die automatischen Waffen und gepanzerten Fahrzeuge der Armee ausrichten? So ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Regierung El Hadi El Mahdis Ultimatum kühl mit der Feststellung beantwortete, Saddik sei ein Bürger wie jeder andere Sudanese auch, habe sich gegen die jede konterrevolutionäre Äußerung oder Handlung mit hohen Strafen bedrohende Republican Order Nr. 2 vergangen und müsse infolgedessen jetzt auch die Konsequenzen tragen. Das Ultimatum lief ab, aber es

geschah nichts. Der Imam gilt als ein außerordentlich pragmatischer Mann, der sehr genau abschätzen kann, wie weit seine Stärke reicht.

Die neue Regierung hat sich bisher davor gehütet, eine Hexenjagd auf Personen zu veranstalten, deren Loyalität nicht sicher ist. Nur innerhalb der Armee wurden ein paar Dutzend Offiziere vorzeitig in den Ruhestand versetzt. In der Beamtenschaft hat es bisher kaum Veränderungen gegeben. Man will gerade in diesem wichtigen Bereich, in dem sich das Fach- und Detailwissen konzentriert, so wenig Unruhe wie möglich schaffen. Selbst den Politikern gegenüber wurde relativ große Milde an den Tag gelegt. Die meisten von ihnen wurden in ihre Wahlkreise zurückgeschickt, wo sie fernab vom Schuß sitzen und aufgrund der schwierigen Kommunikation innerhalb des Landes kaum eine Möglichkeit haben, miteinander in Kontakt zu treten und irgendwelche Gegenaktionen vorzubereiten.

Etwa 50 Politiker, angefangen von Ex-Staatspräsident Ismail El-Azhari, hat man dagegen in Untersuchungshaft genommen. Ihnen soll nach und nach der Prozeß gemacht werden. Hauptanklagepunkte: Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern. Die Untersuchungskommissionen, die diese Vorwürfe im Augenblick untersuchen und das Anklagematerial zusammentragen, berichten von Zeit zu Zeit öffentlich in Rundfunk und Fernsehen über ihre Feststellungen, die tatsächlich haarsträubend sind. Der Zweck liegt auf der Hand. Ismail El Azhari und einige andere der inhaftierten Politiker gelten bis heute als die Väter der Unabhängigkeit: man könnte sogar von einem Azharismus sprechen. Mag Azhari noch so korrupt gewesen sein - und er war es ohne jeden Zweifel -,er war schließlich der Mann, der am 1. Januar des Jahres 1956 auf dem ehemaligen Gouverneurspalast die sudanesische Staatsfahne hißte. Das hat sich im Bewußtsein der Bevölkerung festgesetzt: dieses Image muß die neue Regierung zerstören, wenn sie dem System politischer Parteien einen tödlichen Schlag versetzen will. Die Lage erinnert an Indonesien, wo es ähnliche Probleme bei der Image-Zerstörung Sukarnos gab.

Die ersten innen- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der neuen Regierung waren geschickt und darauf angelegt, die Unterstützung der Bevölkerung durch Gesten zu honorieren. Das Budget des Präsidialamtes, das sich von 1964 unter Abboud mit einer knappen Million DM auf beinahe zwölf Millionen DM unter Azhari in diesem Jahr vergrößert hatte, wurde radikal um 80 % gekürzt. Mit den dadurch freigewordenen Mitteln sollen zwei neue Stadtteile mit Wasser und Elektrizität versorgt werden.

Die Preise für Salz, Tee und Kaffee wurden ermäßigt, die Ministergehälter um 20 % gekürzt. Minister und höhere Beamte dürfen die regierungseigenen Dienstwagen nicht mehr für Privatzwecke benutzen, die neuen Minister haben keinen Anspruch mehr auf ein Regierungshaus als Wohnsitz, sie bleiben in ihren eigenen Häusern wohnen. Eine fröhlich sprudelnde Einnahmequelle für Staatsbeamte wird ab 1. Juli ebenfalls weitgehend versiegen. Bisher war es üblich, daß viele Beamte sich mit einem billigen Staatsdarlehen Häuser bauten, die sie dann, statt selber darin zu wohnen, an Europäer für horrende Preise weitervermieteten. Sie selber wohnten in Regierungshäusern mit billigen Sozialmieten. Am 1. Juli muß jeder Beamte, der in einem Regierungshaus wohnt, gleichzeitig jedoch ein Baudarlehen der Regierung erhalten hat, seine Regierungswohnung verlassen.

Am wichtigsten war die sehr schnell getroffene Entscheidung der Regierung über die Südsudanpolitik, die vor dem Hintergrund der bisherigen Politik wahrhaft revolutionär ist. Am 9. Juni teilte Generalmajor Gafaar El-Nimeri der Bevölkerung über Rundfunk und Fernsehen mit, das neue Regime habe sich entschlossen, den drei Südprovinzen eine weitgehende regionale Autonomie innerhalb eines einheitlichen Sudan einzuräumen. Wörtlich erklärte El-Nimeri:

"Die Revolutionsregierung ist sich über die Schwierigkeit des Südsudanproblems völlig im klaren und ist entschlossen, eine endgültige Lösung dafür zu finden. Das Problem hat tiefliegende historische Wurzeln, die bis in das vorige Jahrhundert zurückreichen. Es ist das Ergebnis englischer Kolonialpolitik, die uns als Erbschaft ein eklatantes Entwicklungsgefälle zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des Sudans hinterließ mit dem Ergebnis, daß unsere südsudanesischen Brüder am Tage der Unabhängigkeit feststellen mußten, daß sie in allen Gebieten uns gegenüber in ungleicher Lage waren. Die traditionellen Kreise und die Parteien, die seit der Unabhängigkeit die Zügel der Macht in der Hand hielten, haben bei der Lösung des Südsudanproblems vollkommen versagt. Sie haben die Staatsgewalt zum Zwecke ihrer eigenen Bereicherung und für engstirnige Parteiinteressen ausgebeutet, ohne sich im geringsten um die Anliegen der Masse der Bevölkerung zu kümmern, sei es im Norden oder im Süden.

Es ist ebenso wichtig festzustellen, daß die meisten Führer des Südsudan ihrerseits ebenfalls zur Verschlechterung der Lage im südlichen Teil unseres geliebten Vaterlandes beigetragen haben. Von 1950 bis heute haben die südsudanesischen Führer immer wieder Allianzen mit reaktionären Kreisen des Nordens oder mit dem Imperialismus gesucht und gefunden, innerhalb des Sudan ebenso wie außerhalb. Ihr Hauptmotiv dabei war persönliche Macht- oder Gewinnsucht...

Die Revolutionsregierung ist mutig und nüchtern genug, um bestehenden Tatsachen ins Auge zu blicken. Sie anerkennt die historischen und kulturellen Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden und ist der festen Überzeugung, daß die Einheit des Landes nur auf diesen objektiven Tatsachen aufgebaut und erhalten werden kann. Die Bürger des Südens haben das Recht ihre jeweiligen Kulturen und Traditionen innerhalb eines einheitlichen, sozialistischen Sudan weiterzuentwickeln.

Um diese Ziele zu fördern, haben Revolutionsrat und Ministerrat gemeinsame Sitzungen abgehalten und sich nach gründlichen Diskussionen entschlossen, den Bürgern des Südens innerhalb eines einheitlichen Sudan regionale Autonomie zuzugestehen. Liebe Landsleute. Es liegt auf der Hand, daß die grundlegende Voraussetzung für die Einführung und Praktizierung dieser regionalen Autonomie im Süden der Aufbau einer breiten, sozialistisch orientierten und demokratischen Volksbewegung im Süden ist, die dann fester Bestandteil der revolutionären politischen Struktur im Nordsudan sein wird und in der Lage ist, die Macht in den südlichen Landesteilen auszuüben und imperialistische Unterwanderung und Infiltration aus dem südlichen Hinterland zu bekämpfen.

Innerhalb dieses politischen Rahmens und zur Vorbereitung des Tages, an dem die regionale Autonomie voll wirksam werden kann, wird das folgende Programm unmittelbar durchgeführt werden:

1. Fortführung und Ausweitung des Amnestiegesetzes (für Rebellen, die aus dem Busch zurückkehren und sich den Behörden stellen);

2. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Südens;

3. Die Ernennung eines Ministers für Angelegenheiten des Südens;

4. Die Ausbildung von südsudanesischen Fach- und Verwaltungskräften.

Um dieses Programm durchführen zu können, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß Ruhe und Sicherheit herrschen und das Leben sich wieder normalisiert. Dies ist in erster Linie die Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, ob er nun im Busch lebt oder zuhause in seiner Stadt oder seinem Dorf. Der Weg für alle diejenigen, die im Ausland leben, ist offen für eine Rückkehr und zur Mitarbeit am Aufbau eines blühenden, vereinigten und demokratischen Sudan."

Es steht außer Zweifel, daß die neuen Herren in Khartoum sich über die Tragweite ihrer Entscheidung, dem Süden regionale Autonomie zu gewähren, völlig im klaren sind und auch darüber, daß ein Bruch dieses Versprechens nicht nur der sezessionistischen Bewegung neuen Auftrieb geben, sondern mit einiger Wahrscheinlichkeit auch die von El-Nimeri als "Imperialisten" beschworenen anonymen ausländischen Kräfte geradezu einladen würde, auf seiten der Anya Nya und der Azanie Liberation Front zu intervenieren. Das aber könnte sich dann sehr schnell als der Anfang vom Ende des neuen Regimes entpuppen. Deshalb erscheint es als sehr wahrscheinlich, daß die neue Südsudanpolitik der Khartoumer Regierung nicht ein taktischer Zug ist, sondern aufrichtiges Bemühen, den Konflikt sobald wie möglich und ein für allemal aus der Welt zu schaffen.

6. Ein Blick auf die Hochschulen

(Bei dem ersten Beitrag "Die Unruhe der Studenten" handelt es sich um den letzten Teil eines Aufsatzes, der unter der Überschrift "Khartoum - Zwei Monate Saison" am 28. Februar 1969 in der Wochenzeitung Die Zeit veröffentlicht wurde. Der zweite Beitrag erschien unter der Überschrift "Universitätsprobleme in Khartoum" am 19. April 1969 in der Neuen Zürcher Zeitung.)

6.1 Die Unruhe der Studenten

Die Studenten verhalten sich im Sudan nicht viel anders als ihre Kommilitonen in Europa, Asien oder Amerika: Sie sind unzufrieden mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, unruhig, aggressiv gegenüber dem unbeweglichen Establishment und zeigen eine ausgesprochene Neigung zu radikalen Weltanschauungen, zum Kommunismus und zur Moslem-Brüderschaft.

Anfang November gingen sie in der Universität Khartoum mit Knüppeln, Stuhlbeinen und Eisenstangen aufeinander los. Die Moslem-Brüder mißbilligten das Auftreten von Studentinnen bei einem Folkloreabend, den die weit links stehende Progressive Thought and National Culture Society als Werbung für die kommunistischen Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen zum vierzigköpfigen Studentenrat organisiert hatte.

Was als vergleichsweise harmloses Vergnügen begonnen hatte, endete mit zwanzig Verletzten, von denen einer wenige Tage später starb. Es kam daraufhin zu neuen Unruhen, die diesmal von der Cairo University ausgingen, die aus alter Freundschaft eine Filialuniversität in Khartoum unterhält. Hatte die Polizei anfangs die Unverletzbarkeit des Hochschulgeländes noch respektiert, so griff sie jetzt um so massiver durch, wobei die Angemessenheit der angewandten Mittel auch im Sudan ernsthaft bezweifelt wurde. Beide Hochschulen wurden für einen Monat geschlossen, die Studenten in unerwartete Ferien geschickt.

Alle Welt war erschrocken über das Vorgehen der Polizei wie über die Gewalttätigkeit der Studenten. Die Islamic Charter Front, wie sich die kleine, aber einflußreiche Gruppe der Moslem-Brüder nennt, machte die Provokationen der Kommunisten für die Vorfälle verantwortlich; deren Vorsitzender, Abdel Khalig Mahgoub, dagegen forderte das Verbot der Moslem-Brüder, da sie inzwischen eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung im Staate darstellten. Die Universität setzte eine Untersuchungskommission ein, die schließlich die Relegation von vier Studenten, drei Moslem-

Brüdern und einem Kommunisten, sowie durchgreifende Strukturänderungen in der Hochschule mit dem Ziel einer stärkeren Beteiligung der Studenten empfahl.

Als dann mit einmonatiger Verspätung die Studentenratswahlen doch noch stattfanden, brachten sie nicht, wie viele Leute innerhalb und außerhalb der Universität gehofft hatten, den gemäßigten Kräften unter den Studenten eine Mehrheit, sondern neunzehn Kommunisten und sechzehn Moslem-Brüder an die Macht. Die restlichen fünf Sitze teilten sich die anderen Gruppierungen.

Wieder gab es erschrockene Kommentare über die hier zum Ausdruck kommende Radikalisierung der Studentenschaft. Was, fragte man sich besorgt, ist aus unseren Studenten geworden, den gehätschelten Schoßkindern, die so lange Zeit ohne Zögern als Gewissen der Nation anerkannt wurden und im Oktober 1964 den unmittelbaren Anstoß zu der Volkserhebung gegeben hatten, die den Sturz des Militärregimes des Obersten Ibrahim Abboud herbeiführte und anschließend zur Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und Rechte führte?

"Bewahrt den Geist vom Oktober 1964!" mahnte ein großes Plakat während des Wahlkampfes zur Studentenvertretung. "Die Politiker haben diesen Geist verraten", erklärt ein Student im letzten Semester, der im ersten Semester den Sturz Abbouds mitbewirkt und miterlebt hatte. "1964, als alles wie nach einem bösen Traum erleichtert aufatmete, gab es den ehrlichen Wunsch, neu anzufangen, es diesmal besser zu machen, einen wirklich modernen Sudan aufzubauen. Heute ist alles vergessen. Die Politiker sind korrupt, sie wagen es nicht, gegen die paar einflußreichen Familien aufzumucken, von deren Gnade sie abhängig sind, sie sind inkompetent, verteilen die Pfründe unter sich, haben keine einheitliche politische Linie, geschweige denn Ordnungsvorstellungen darüber, wie der Sudan in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren einmal aussehen soll."

Die Studenten im Sudan zeigen wie überall sonst auch die Neigung, selbst gerechtfertigte Kompromisse als Verrat an den Idealen anzusehen und sich in den ideologischen Schmollwinkel zurückzuziehen. Enttäuscht und frustriert wenden sie sich radikalen Strömungen zu, den Kommunisten und den Moslem-Brüdern, dem Traum von der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen in einem sozialistischen System oder der Sehnsucht nach einer heilen, starken islamisch bestimmten Welt. Hier finden sie zumindest die theoretischen Antworten auf ihre vielen Fragen. Und wie sollen diese Vorstellungen durchgesetzt werden, wie die "Alten", die keine Schlüsselposition freiwillig aus der Hand geben, entmachtet werden? "Wir brauchen", entgegnet ein Student, "eine Revolution, auf der wir aufbauen können."

Doch an Revolution denkt in der Universität im Augenblick kaum noch ein Student. Die Jahresabschlußexamen stehen vor der Tür. Selbst die ganz radikalen haben die ideologischen Lehrbücher erst einmal in die Ecke gelegt, sitzen in den Bibliotheken und büffeln. Nervosität breitet sich aus. Der größte Unsicherheitsfaktor sind die "external examiners", die für die Prüfungen von anderen, ausländischen Hochschulen angereist kommen, deren wissenschaftliche Hobbys und Schrullen man nicht kennt. Was werden sie fragen, was haben sie geschrieben? Gibt es Aufsätze von ihnen in der Bibliothek? Das System der auswärtigen Prüfer ist veraltet, stellt einen Rest des europäischen Anspruchs dar, darüber zu entscheiden, welcher Qualität eine Hochschule sein darf, ist ein ständiger Mißtrauensbeweis gegenüber afrikanischen und anderen Dozenten, die in Khartoum lehren.

Für die Studenten und ihre Nervosität gerade rechtzeitig traf eine Medikamentenspende für den Studentenarzt aus der Schweiz ein. Kiloweise Beruhigungstabletten. Sie werden dem Arzt wie warme Brötchen aus der Hand gerissen.

6.2 Universitätsprobleme in Khartum

Wo immer in diesen Tagen in der Universität Khartum ein Professor oder ein Dozent auftaucht, ist er sofort von Studenten umringt, die in Erfahrung bringen wollen, wie sie in den Examen abgeschnitten haben. Jährlich finden diese Prüfungen zum Abschluß eines Studienjahres statt - für alle Studenten, gleichgültig, ob erstes oder letztes Semester. Viel stärker als in Europa hängt vom Ausgang dieser Prüfungen das Schicksal jedes Einzelnen ab, vielfach auch das seiner Familie, die ihn studieren ließ, weil sie sich von einem Universitätsabsolventen eine seinen Einkommensverhältnissen angemessene Unterstützung für später erhofft.

Diese Examen bestehen aus fünf bis acht schriftlichen Klausuren, die sich über zwei Wochen verteilen. Je nach Fach und Studienjahr erhalten alle Studenten dieselben Fragen vorgelegt. Auf individuelle Begabungen, auf Stärken und Schwächen wird nicht eingegangen. Studienplan und Lektüre sind vorgeschrieben, folglich muß auch jeder dasselbe wissen. Mündliche Prüfungen, in denen der tatsächliche Wissensstand zumindest ergänzend festgestellt werden könnte, gibt es nicht.

Wer zwei oder drei Klausuren verpatzt, hat gewöhnlich keine Möglichkeit mehr, seine Schlußnote auszugleichen. Er muß die Universität verlassen. Wenn es sich seine Familie finanziell leisten kann, mag er als Externer das Jahr noch einmal wiederholen und auf diese Weise versuchen, den aka-

demischen Anschluß wiederherzustellen. Andernfalls, oder wenn auch der zweite Versuch gescheitert ist, muß er sich um eine Arbeitsstelle bewerben, wobei ihn, vom Rechnen, Schreiben und Lesen abgesehen, weder seine Schulbildung noch ein paar Jahre seines Universitätsstudiums in irgendeiner Weise beruflich qualifizieren. Er ist das Produkt eines Erziehungssystems, das, von den Engländern seinerzeit konzipiert, eine "educated elite", den dunkelhäutigen Gentleman, hervorbringen sollte.

Mag die Normierung der Prüfungsanforderungen bereits fragwürdig sein, so wird der Ablauf der Dinge durch einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor belastet, der eine Folge der Abhängigkeit der Khartumer Universität - wie vieler anderer afrikanischer Hochschulen - von den wissenschaftlichen Institutionen der ehemaligen Kolonialmacht England ist. Es ist dies das System der sogenannten "External Examiners". Für ein gutes Honorar und gegen Bestreitung aller Unkosten durch die Khartumer Universitätsverwaltung reisen jedes Jahr zahlreiche Dozenten und Professoren aus Europa und aus Nordamerika herbei. Die meisten kommen nach wie vor aus britischen Hochschulen. Sie sind Garanten dafür, daß das akademische Niveau auf dem der Londoner Universität gehalten wird, und haben infolgedessen ein gewichtiges Wort bei den Examen mitzureden.

Die Hinzuziehung auswärtiger Prüfer mag ein vernünftiger Weg sein, um die Objektivität der Prüfungsverfahren zu gewährleisten. In vielen Fällen mag diese Methode auch empfehlenswert sein. Nicht aber in Khartum; denn die wenigsten dieser "External Examiners" haben je an einer afrikanischen Hochschule gelehrt, geschweige denn an der Khartumer Universität. Die Atmosphäre, die Probleme, der Lehrbetrieb und die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten der Universität sind ihnen fremd, ebenso die fachlichen und pädagogischen Qualifikationen ihrer Khartumer Kollegen. Wenn die Liste der "External Examiners" bekannt wird, geht jeweils die Jagd los nach Büchern und Aufsätzen, die sie veröffentlicht haben, um so wenigstens einen kleinen Einblick in ihr wissenschaftliches Wirken, ihre Spezialgebiete und möglichst auch in ihre professoralen Schrullen zu gewinnen.

Doch auch das hilft nicht viel. Fremde treffen auf Fremde, europäische Erfahrungen und Maßstäbe werden auf die völlig andersartigen afrikanischen Verhältnisse übertragen und angelegt, und es werden Entscheidungen getroffen, deren Tragweite häufig nicht überblickt wird und deren Folgen in der Regel verborgen bleiben; denn der Examinator reist ja zurück nach Europa, wo er weit vom Schuß ist.

Die "External Examiners" stellen jedoch nicht nur für die Studenten eine kaum kalkulierbare und deshalb Angst und

Unsicherheit verbreitende Größe dar; ähnliches gilt für die Khartumer Professoren- und Dozentenschaft. Bevor der Prüfer wieder sein Flugzeug besteigt, muß er ein schriftliches Urteil über den wissenschaftlichen Stand in seinem Fach abgeben. "Unterdurchschnittlich", "befriedigend", "gut". Für den betreffenden Dozenten hängt sehr viel von solchen Urteilen ab: verbesserte Forschungsmöglichkeiten, größerer Einfluß, internationales Renommee.

Diese unmittelbare Abhängigkeit von europäischen Mutter-Universitäten ist einer der Gründe, warum es afrikanischen Hochschulen so schwer fällt, einen wirklichen Afrikanisierungsprozeß im Sinne einer Neuorientierung der Universität auf die Bedürfnisse der eigenen Gesellschaft in die Wege zu leiten. Wer vor den Augen der jährlich aus Europa anreisenden Kontrolleure bestehen will, muß sich in erster Linie an Europa orientieren.

Prof. Nazeer Dafalla, ein Veterinärwissenschaftler und ehemaliger Rektor der Universität Khartum, nahm eine ihm zu Ehren veranstaltete Feierstunde zum Anlaß, sich in einer Rede mit der Rolle der Universität Khartum im Sudan auseinanderzusetzen. Dabei fielen Worte herber Kritik. Für ihn befindet sich die Universität noch immer im Stadium der Entfremdung von ihrer eigenen Gesellschaft; aus diesem Stadium könne sie nur dann herauskommen, wenn sie ein neues Selbstverständnis entwickle, das der Frage nach der Funktion einer Universität in einer unterentwickelten Gesellschaft nicht ausweicht, sondern sie realistisch zu beantworten sucht.

Für sich selbst hat Prof. Dafalla die Antwort gefunden. Die Hochschule muß in erster Linie zum sozio-ökonomischen Entwicklungsprozeß und Wandel beitragen. Deshalb muß damit begonnen werden, die eigene Gesellschaft zu erforschen, in dieser Gesellschaft die Hebel zu finden, mit deren Hilfe ein Wandel in die Wege geleitet werden kann. Das allein reicht jedoch nicht aus. Die Universität selber muß sich an dem Wandel aktiv beteiligen und auf die Folgen vorbereiten, die dieser Wandel mit sich bringen wird.

Insgesamt werden etwa 150 Forschungsarbeiten an der Universität Khartum jährlich veröffentlicht; hinzu kommen 20 Magister- und Doktordissertationen. Die meisten beschäftigen sich mit Problemen, die wenig oder gar nichts mit dem Sudan zu tun haben. "Es ist der Universität bisher nicht gelungen, durch die von ihr geleistete Forschung einen spürbaren Einfluß auf das Leben der allgemeinen Bevölkerung im Sudan zu erzielen", sagte Nazeer Dafalla. "Genauso fehlt es bisher an vielen kulturellen und intellektuellen Anstrengungen, von den politischen einmal abgesehen, durch die Haltung und Selbstverständnis der sudanesischen Gesellschaft beeinflußt und verändert werden könnten".

Deutlich sagt der ehemalige Rektor auch, wo seiner Meinung nach der Schlüssel für dieses Versagen zu finden ist. Der Lehrkörper als der Grundpfeiler des wissenschaftlichen Lebens der Universität müsse bereit sein, nationale Verantwortung zu übernehmen. "Die Sudanesen, die Mitglieder des Lehrkörpers sind, wissen es besser als alle anderen, daß die Sudanisierung von Professoren- und Dozentenstellen noch keine Sudanisierung der Universität bedeutet. Die Sudanisierung der Stellen ist nur ein Instrument; wichtiger ist die Sudanisierung der Universität und ihres Selbstverständnisses, ihrer Unterrichts- und Forschungsprogramme."

Die hier vorgebrachte Systemkritik wird von vielen Studenten erheblich drastischer formuliert: "Unsere Universität ist englischer als selbst Oxford und Cambridge; unsere Dozenten sind um so englischer, je dunkler ihre Hautfarbe ist." Von etwa 250 Titeln, die ein Student der Politischen Wissenschaft in seinem gesamten Studium als Lektüre "empfohlen" erhält, stammen noch nicht einmal 30 aus der Feder von Nichteuropäern und -nordamerikanern. Da ist es nicht weiter verwunderlich, daß es in erster Linie die Ausländer sind, die sich mit dem Sudan beschäftigen, während die Sudanesen Plato und Aristoteles studieren. Plato und Aristoteles ebenso in Ehren wie Marx und Lenin. Ihr Wert für die Lösung der Probleme eines Entwicklungslandes darf jedoch bezweifelt werden. Ein anhaltendes Desinteresse der Universität eines Entwicklungslandes gegenüber der sie umgebenden Wirklichkeit stärkt in verhängnisvoller Weise die Position derjenigen, die Hochschulautonomie und Freiheit von Forschung und Lehre für "imperialittische Machenschaften" halten und infolgedessen beseitigen wollen.

7. Das Südsudanproblem

(Die nachstehenden Reportagen und Aufsätze erschienen alle in der Neuen Zürcher Zeitung, und zwar in der Reihenfolge ihrer Wiedergabe am 8. Juni 1969, 25. Juni 1969, 10. August 1969, 15. August 1969, 14. September 1969 und 17. September 1969.)

7.1 Im aufständischen Südsudan

Bussere, eine ehemalige katholische Missionsstation mit angeschlossenem Seminar, liegt knapp 25 Kilometer von Wau, der Hauptstadt der Provinz Bahr el-Ghazal, entfernt. Doch auch für dieses recht kurze Stück Weg ist die Fahrt im Konvoi und unter Militärschutz erforderlich. Geballte militärische Macht umgibt uns bei unserem Aufbruch.

An der Spitze fährt ein Militärlastwagen; neben dem Fahrer sitzt, das automatische Gewehr auf dem Schoß, Leutnant Salah, der den Begleitschutz kommandiert; hinten, auf der Ladefläche, steht ein gutes Dutzend bis an die Zähne bewaffneter Soldaten. Dann folgen ein gepanzertes Fahrzeug und die beiden Landrover mit den ausländischen Gästen. Zu deren besonderem Schutz hocken auf den hinteren Sitzen je zwei Soldaten, die Schnellfeuergewehre griffbereit im Arm.

Hinter den Landrovern fährt ein Panzerspähwagen. Aus seiner geöffneten Luke ragt ein schußbereites Maschinengewehr. Neben dem Schützen hockt strahlend vor Abenteuerlust der zehnjährige Sohn eines englischen Ehepaares. Er wäre plötzlich aus dem Hinterhalt abgeschossenen Rebellenkugeln wehrlos ausgeliefert - da kann es wohl so schlimm nicht werden. Den Schluß bilden ein weiterer Militärlastwagen mit schwerbewaffneten Soldaten und zwei Lastwagen der Frucht- und Gemüsefabrik Wau. Kurzentschlossen waren sie mit dem Konvoi losgeschickt worden in der Hoffnung, daß sie mit Mango beladen wieder aus Bussere zurückkehren würden. Die Mango waren jedoch, wie sich am Ziel herausstellte, noch nicht reif. "So viele Waffen machen mich jedesmal nervös", meint ein Beamter der Provinzregierung und betrachtet mißtrauisch die Gewehre der beiden Soldaten hinter uns. "Man weiß nie, wann diese Dinger losgehen und in welcher Richtung."

Die Fahrt verläuft ohne jeden Zwischenfall. Unmittelbar außerhalb von Wau sind noch ein paar Menschen auf der Straße zu sehen, die Richtung Stadt wandern. Sie bleiben stehen und winken freundlich. Doch bald herrscht völlige Einsamkeit. Nur ein paar Vögel, die einzigen Lebewesen

weit und breit, betrachten anscheinend nachdenklich die Kolonne, die an ihnen vorüberzieht.

Verschwundene Siedlungen

Linkerhand stehen die Überreste der ehemaligen Telephonleitung von Wau nach Bussere. Die Telegraphenmaste sind teils abgebrochen, teils angekohlt, die Drähte hängen in Fetzen herunter. Deutlich sind auf beiden Seiten der Straße die Spuren ehemaliger menschlicher Siedlungen zu erkennen. Kreisrunde, vom Feuer geschwärzte Flecken in der Vegetation deuten an, wo ehemals Tukul standen. Hin und wieder passieren wir die halbverfallenen Gemäuer kleiner Lehmziegelhäuser. Auf manchen Feldern sind noch die von Menschenhand geschaffenen Furchen zu sehen; Maniok, Bananen und Zuckerrohr wuchern und verwildern. Nur die länglich-flachen, aus Zement gemauerten und an Sargdeckel erinnernden Gräber verstorbener Angehöriger der früher hier ansässigen Menschen sind unversehrt.

Die Landstreifen entlang der Straße Wau - Bussere waren früher dicht besiedelt. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse - Maniok, Süßkartoffeln, Zuckerrohr, Bananen und Mango - konnten auf dem Markt von Wau verkauft werden, die Kinder in Wau oder Bussere die Schule besuchen, auch war der Weg zum Krankenhaus nicht weit. Jetzt überwuchert die Natur nach und nach die Spuren menschlicher Siedlungen.

Ein Teil der früheren Bewohner dieser Gegend lebt heute in Wau, der andere Teil floh in den Busch. Das Vernichtungswerk entlang der Straße von Wau nach Bussere wurde offensichtlich mit Umsicht und System durchgeführt. Wer hat es getan? Zögernd, sehr zögernd kommt die Antwort meiner Begleiter: die Anya Nya, die Rebellen.

Doch welches Interesse könnten die Rebellen daran gehabt haben, das Leben an einer dicht besiedelten Straße zu zerstören, Häuser zu verbrennen, in denen sie Unterschlupf finden konnten, Menschen zu vertreiben, die ihnen Nahrungsmittel, Medikamente und wichtige Informationen beschaffen konnten? Es sieht eher so aus, als habe die Armee sich hier freies Feld schaffen wollen. Dicht besiedelte Gebiete entlang wichtiger Verbindungswege stellen für sie eine Gefahr dar, könnten sie nach Maos Theorie vom Guerillakrieg doch das Wasser sein, in dem der Fisch schwimmen und untertauchen kann.

Intakte Missionsstation

Bussere selbst ist völlig unversehrt. Die Kirche ist, entgegen anderslautenden Meldungen, ebenso intakt wie die aus roten Ziegeln gemauerten Wohn- und Seminargebäude. Ein

Missionar schließt die Kirchentore auf. Alles ist sauber und gepflegt, kein Zeichen von Entheiligung weit und breit. In einem Teil der Steinhäuser wohnen im Augenblick die Arbeiter einer nahegelegenen Teakplantage der Forstverwaltung mit ihren Familien. Bald müssen sie ausziehen und sich Hütten bauen. Im Juli, nach der Regenzeit, sollen hier zwei Mittelschulen eröffnet werden.

Jedesmal, wenn wir die Fahrzeuge verlassen, schwärmen Soldaten, Gewehr im Anschlag, rings um uns aus. Man kann ja nie wissen. Einer von ihnen hat eine ganze Sammlung kleiner Ledertäschchen an der Seite baumeln. Sie enthalten Amulette, von einem Feki, einem heiligen Mann, niedergeschriebene Koranverse. "Wir haben nichts dagegen", erklärt ein Offizier, "es stärkt ihr Selbstvertrauen und ihre Moral. Ihre Mütter, Frauen und Schwestern versorgen sie mit diesem Zauber. Mancher Soldat vertraut dem Schutz seiner Amulette mehr als seiner Waffe."

Der Leutnant, dessen Schutz wir anvertraut sind, kennt Europa aus eigener Anschauung. Vier Monate lang nahm er in Uetersen bei Hamburg an einem Lehrgang der Bundeswehr teil. Stolz bringt er seine paar Brocken Deutsch an den Mann: "Fräulein, haben Sie heute abend Zeit?" Er schwärmt von Hamburg, der Reeperbahn und dem Bier.

Auf die Frage, ob solch aufwendiger Begleitschutz für die Konvois wirklich erforderlich sei, antwortet später der "Commissioner" der Provinz Bahr el-Ghazal, daß es wohl in 99 Prozent aller Fälle auch ohne jeden Schutz gut gehen würde. "Aber das verbleibende ein Prozent läßt uns keine andere Wahl. Das menschliche Leben ist zu kostbar, um es leichtfertig in Gefahr zu bringen."

"Besetztes" Land

Die Regierung des Sudan hat etwa zwei Drittel der Armee in den drei Südprovinzen stationiert. Genaue Zahlen sind natürlich nicht in Erfahrung zu bringen; man spricht jedoch von 12000 bis 15000 Mann. Diese "Sicherheitskräfte", wie die offizielle Sprachregelung lautet, verteilen sich über ein Gebiet von 250000 Quadratmeilen, eine Fläche von der zweieinhalbfachen Größe der Bundesrepublik Deutschland. Das Land ist teilweise nur schwer zugänglich, kaum erschlossen und äußerst dünn besiedelt. Nur zwischen 10 und 12 Menschen leben dort pro Quadratmeile.

Die Armee ist hauptsächlich mit leichten Waffen ausgerüstet. Ein paar Geschütze, die früher an strategisch wichtigen Punkten stationiert waren, zum Beispiel auf den Flughäfen, sind inzwischen wieder verschwunden. Was fehlt, sind geländegängige Fahrzeuge in ausreichender Zahl. Sie müssen äußerst robust sein, um die harten klimatischen Bedingungen

und die Straßen, deren Zustand kaum diesen Namen rechtfertigt, zu überleben. In der Regenzeit müssen sie auch imstande sein, durch bis an die Achsen reichenden Schlamm zu fahren. Der vorhandene Fahrzeugpark, darunter zahlreiche Mercedes-Lastwagen und -Unimog aus deutscher Militärhilfe, reicht bei weitem nicht und ist teilweise rettungslos überaltert.

"Wir sind der größte Fuhrunternehmer im ganzen Sudan", so spöttelt ein Offizier über das Konvoi-Fahren, das zur Hauptbeschäftigung der Sicherheitskräfte geworden ist. "Kein Sack Hirse, kein Brief, keine Schachtel Zigaretten, kein Journalist, kein Parlamentarier und kein Minister kann sich außerhalb der Städte ohne Konvoi bewegen. Da können Sie sich vorstellen, daß wir über Mangel an Beschäftigung nicht zu klagen haben."

Gespräch mit dem Oberkommandierenden

Der Oberkommandierende der Truppen im Südsudan, Generalmajor Ahmed el-Sherif el-Habib, deutet das Dilemma an, in dem er und seine Truppen sich psychologisch befinden. "Wir möchten hier so rasch als möglich hinauskommen. Unsere Aufgabe ist es, Soldaten auszubilden, die in der Lage sind, das Land gegen etwaige Angriffe von Nachbarstaaten zu verteidigen."

Überall trifft man auf dieses mehr oder weniger latente Unbehagen in der Armee. Die Truppe fühlt sich mißbraucht, weil sie Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen hat, die eigentlich ins Aufgabengebiet der Polizei gehören. Größere militärische Aktionen sind seit längerer Zeit nicht mehr vorgenommen. Hin und wieder werden Schüsse gewechselt, wenn ein Konvoi von der Anya Nya aus dem Hinterhalt beschossen wird, so Mitte März einige Kilometer außerhalb von Tonj auf der Straße nach Rumbek.

Ab und zu treffen aus der Bevölkerung Hinweise auf ein Anya-Nya-Lager ein. Wenn die Armee am angegebenen Ort eintrifft, ist das Nest gewöhnlich bereits leer, da die Rebellen rechtzeitig von der ihnen drohenden Gefahr Wind bekommen haben. "Der letzte Soldat, dessen Tod wir vor einigen Monaten zu beklagen hatten, wurde von einem Kameraden erschossen,"berichtet der Generalmajor: "Es war ein Mißverständnis."

Als Oberkommandierender der Armee im Süden ist Ahmed el-Sherif el-Habib der mit Abstand mächtigste Mann in den Provinzen Obernil, Aequatoria und Bahr el-Ghazal, in denen nach wie vor der Ausnahmezustand herrscht. Er kontrolliert die Bewegungen aller Beamten und Offiziellen, die auf seine Konvois angewiesen sind. Von seiner Einschätzung der Lage hängt es ab, ob ein Sicherheitsposten vom Militär ge-

räumt wird und an die den Zivilbehörden unterstehende Polizei übergeben wird.

In seinem fast tennisplatzgroßen Büro in dem am Stadtrand von Juba gelegenen Gelände des "Oberkommandos Süd" weist der Generalmajor den Vorwurf weit von sich, die Armee verzögere im Süden die Rückkehr zur Zivilverwaltung. "Wir sind keine Administratoren, wir verstehen nichts von Verwaltung. Je eher wir sachfremde Aufgaben, die uns übertragen wurden, wieder abgeben können, desto besser."

Ahmed el-Sherif el-Habib, der etwa fünfundvierzig Jahre alt ist, vereinigt in sich Züge des Intellektuellen, des Managers und des Militärs. Sein Auftreten hat nichts Militärisch-Zackiges. Seine Besucher bittet er, in Fauteuils Platz zu nehmen, die um einen Rauchtisch gruppiert sind; die Ordonnanz serviert türkischen Kaffee. Er wirkt entspannt und gelockert, widmet seine Aufmerksamkeit ungeteilt dem Besucher und dessen Fragen, antwortet, mit leiser, etwas gutturaler Stimme. Sein Englisch hat einen Anflug von Oxford-Akzent. Er erklärt: "Die Rebellion ist so gut wie am Ende. Die Anya Nya ist zerschlagen, ihre Organisation zerbrochen, sie verfügt über kein gemeinsames Oberkommando mehr und hat sich in kleine Gruppen und Grüppchen aufgelöst. Wer von ihnen noch im Busch steckt, lebt von seinem Gewehr, überfällt einsame Dörfer und versucht, sich dort Vieh, Nahrungsmittel, Geld und Mädchen zu holen."

Das alles ist natürlich Schönfärberei. Seit dem vorläufig letzten Höhepunkt der Auseinandersetzungen in den Jahren 1964 bis 1966 hat sich allerdings vieles verändert. Die Lage ist ruhiger geworden, besonders in den Provinzen Obernil und Bahr el-Ghazal. Die großangelegten Operationen der Anya Nya, die darauf abzielten, eine der Städte des Südens in die Hand zu bekommen, haben aufgehört. Auch hat es innerhalb der Anya Nya und zwischen Anya Nya und der im Exil lebenden politischen Führung der schwarzen Südsudanesen Auseinandersetzungen und Macht- und Richtungskämpfe gegeben. Das heißt jedoch nicht, daß die Rebellion am Ende sein muß.

Zweifellos hat die Anya Nya schwere militärische Schlappen hinnehmen müssen. Ein durchschlagender Erfolg, der neuen Auftrieb für die Rebellion bedeuten könnte, ist ihr bisher nicht gelungen. Weite Schichten der Bevölkerung sind der Auseinandersetzungen überdrüssig, unter denen sie am meisten zu leiden hatten. Die Generalamnestie der Regierung wird ernst genommen. So etwas spricht sich herum. Überall trifft man Südsudaner, die mit der Anya Nya gekämpft und sich schließlich ergeben haben. Es wurde ihnen kein Haar gekrümmt, im Gegenteil, die Provinzverwaltungen besorgten ihnen eine Bleibe und vermittelten ihnen eine Stellung. Viele faßten neuen Mut, hie und da keimt sogar so etwas wie Vertrauen auf.

Die Kontakte zwischen der Anya und den in Khartum tätigen Politikern der beiden südsudanesischen Parteien "Southern Front" und "Sudan African National Union" (SANU) sind mehr oder weniger ein offenes Geheimnis. Die Politiker, die sich im Augenblick in einer Phase der Verhandlungen befinden, können Gewalttätigkeiten zurzeit nicht gebrauchen. Das haben sie auch der Anya Nya deutlich gemacht. Ihr Verhandlungskonzept läuft darauf hinaus, auf dem Hintergrund der latenten Spannung mit der unausgesprochenen Drohung einer neuen Explosion möglichst große Vorteile für den Süden auszuhandeln. Dies wurde besonders deutlich an der Art und Weise, wie der "Vigilant", die Wochenzeitung der "Southern Front", vor kurzem den Tod Phillip Reaths, eines Häuptlings in der Provinz Obernil hochspielte, der von der Armee "auf der Flucht" erschossen worden war.

Prekäre Ausrüstung der Rebellen

Neben diesen psychologischen und politischen Motiven gibt es einen dritten Grund, der die Rebellen zum Abwarten veranlaßt: ihr Mangel an Waffen und vor allem an Munition, zu dem in geringerem Umfang auch das Fehlen von Medikamenten kommt. In Wau und Juba hat das Militär kleine Museen eingerichtet, in denen Beutegut aus den Lagern der Anya Nya ausgestellt ist. Neben Rangabzeichen, Stempeln, Schreibmaschinen, Fahrrädern, Radioapparaten, Medikamenten, Mikroskopen und Orden, z.B. dem von den Engländern im Zweiten Weltkrieg verliehenen "Africa-Star", findet der Besucher dort ein buntes Sammelsurium von Waffen. Uralte Flinten aus dem vorigen Jahrhundert, von denen anzunehmen ist, daß sie schon beim Mahdiaufstand gute Dienste leisteten, stehen neben automatischen Gewehren, dem NATO-Sturmgewehr, Maschinenpistolen chinesischer Produktion, dem unverwüstlichen MG-42 und Bazookas. Der größere Teil der modernen Waffen stammt aus den Beständen der Kongo-Rebellen, der Simbas, die sie seinerzeit über sudanesisches Territorium zugeführt bekommen hatten und nach der Niederschlagung ihres Aufstandes an die Anya Nya verkauften.

"Fast alles, was heute noch an Munition, Waffen und Medikamenten ins Land geschmuggelt wird," erklärt Generalmajor Ahmed el-Sherif, "geht über Uganda. Umschlagplatz sind die grenznahen Flüchtlingslager." Die zwischen den Regierungen des Sudans und Ugandas abgeschlossenen Abkommen, die diesen Nachschub unterbinden sollen, sieht er recht realistisch. Ihre Bedeutung sei gering; denn trotz allen offiziellen Beteuerungen müsse man eben berücksichtigen, daß viele der Rebellen aus Stämmen kommen, die beiderseits der Grenze leben. Schließlich handelt es sich um Verwandte." Wie im umgekehrten Falle in Eritrea? Der General nickt.

Ernstere Sorgen bereitet dem Generalmajor ein Brief, der in einem Anya Nya-Lager gefunden wurde. Darin wird von

einem Rebellen gesprochen, der zur Ausbildung nach Israel geschickt werden soll. Guerillatraining? "Ich weiß es nicht", entgegnet Ahmed el-Sherif, "aber wir sind ziemlich sicher, daß Israel hier seine Hand im Spiel hat. Noch fehlt uns allerdings ein offizielles Beweisstück."

Die Truppen im Süden werden verwöhnt. Sie erhalten eine besondere Zulage zum Sold, Trennungsentschädigung, wenn ihre Familien im Norden bleiben, großzügige Rationen mit Obst und Zigaretten. Über das Riesengebiet der Südprovinzen verteilt, bleibt die Armee weitgehend sich selbst überlassen. Eine wirksame Kontrolle von Khartum aus ist ebenso schwierig wie die Kontrolle der häufig nur von einem Feldwebel kommandierten Außenposten durch das Oberkommando Süd in Juba. Und mancher dieser höheren Unteroffiziere interpretiert seine Befehle auf eigene Weise. Das führt dann immer wieder zu den Zwischenfällen, bei denen unschuldige Menschen ihr Leben lassen müssen und die, von interessierter Seite aufgebauscht, das Bild eines großangelegten Völkermordes im Südsudan vermitteln. "Wenn wir die Menschen hier töten wollten, könnten wir es tun. Wer wollte uns daran hindern? Doch warum sollten wir sie töten wollen?" Der Generalmajor wundert sich über die Vorstellung, die offenbar in Europa verbreitet sei, daß Afrika der Kontinent des Völkermordes sein müsse. Für ihn ist der Konflikt in erster Linie politischer Natur; der militärische Aspekt rangiert an zweiter Stelle. "Es gibt kein Land, wo Menschen verschiedener Kulturen zusammenleben, in dem es nicht zunächst zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Sehen Sie sich Ihre eigene europäische Geschichte an. Ein vergleichbares Stadium machen wir im Sudan durch."

Ahmed el-Sherif el-Habib sieht seine eigene Aufgabe und die seiner Truppen darin, den Status quo aufrecht zu erhalten. "Das Problem wird sich ganz von selbst lösen, wenn eine neue Generation herangewachsen ist, die jetzt noch in den Schulen und Universitäten sitzt." Diese Generation, so meint der General, werde den Modus des Zusammenlebens bestimmen, nicht nur zwischen dem Norden und Süden, sondern zwischen allen Teilen des Landes; denn im äußersten Westen gebe es ähnliche Probleme, ebenso in den Nuba-Bergen oder mit den Beja in den Bergen am Roten Meer im Osten. "Unsere Generation ist ein hoffnungsloser Fall."

Ein General, der sich um die Erhaltung des Status quo bemüht und seine Hoffnungen auf die nächste Generation setzt, wäre wohl überall in der Welt eine Erscheinung, die Verwunderung hervorrufen muß. Ahmed el-Sherifs Äußerungen verraten wie Gespräche mit vielen anderen Offizieren ein recht ambivalentes Verhältnis der Armee zu ihrer Macht. Diese Haltung wird auf dem Hintergrund politischer Ereignisse,

in die sich die Armee verwickelt sah, und der psychischen Belastungen, denen sie ausgesetzt wurde, verständlicher.

Armee und Politiker

Bei Erlangung der Unabhängigkeit bot die Armee des Sudan im großen und ganzen das typische Bild einer von der Kolonialmacht geprägten und für militärische Hilfsdienste konzipierten Truppe. Der Führungsstab bestand aus Haudegen, die sich während der Nordafrika- und Äthiopienfeldzüge im Zweiten Weltkrieg ihre Sporen verdient hatten. Als sie 1958 die Macht im Lande ergriffen, versuchten sie, zwar voller guter Absichten, aber ausgestattet nur mit den Kenntnissen und Erkenntnissen, die sie im Verlaufe ihrer Karriere als Berufsoffiziere hatten erwerben können - einige besonders Ausgezeichnete unter ihnen im englischen Sandhurst -, den Sudan zu regieren und aus seiner wirtschaftlichen und politischen Misere herauszuführen. Das konnte nicht gut gehen. Im Jahre 1964 wurde das Militärregime, durch die Vielzahl der Probleme - darunter an erster Stelle das Südsudanproblem - intellektuell überfordert und innerlich verbraucht, durch eine Volkserhebung ziemlich mühelos gestürzt.

Fortan sah sich die Armee den Angriffen der Politiker und der Intelligenzia des Landes ausgesetzt, die sich nicht der Mühe unterzogen, Gutes und Schlechtes gegeneinander abzuwägen, sondern Abbouds Herrschaft schwarz in schwarz malten. Damit warfen sie aber eine neue Generation von Offizieren, die an den vorangegangenen Ereignissen wenig oder gar keine Schuld traf, in den gleichen Topf mit der alten Garde. Diese Offiziere waren sehr viel beweglicher und aufgeschlossener als die alte Garnitur. Sie waren nicht mehr ausschließlich in England ausgebildet worden; viele von ihnen hatten Kurse in den Vereinigten Staaten, in Deutschland, Jugoslawien oder der Sowjetunion mitgemacht. Sie waren bereit, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu der Armee zu überdenken und neu, in einem moderneren Sinne zu definieren. Doch sie fanden kein Echo bei den Politikern und Intellektuellen. Die Vorgänge in anderen afrikanischen Staaten, in denen die Armee als der einzig wirkliche Machtfaktor im Staate die Regierung übernahm, verstärkten das Mißtrauen gegen das Militär. Den Politikern war es deshalb nur recht, daß der größte Teil der sudanesischen Streitkräfte fernab vom Schuß im Süden gebunden war. Viele Offiziere äußern im privaten Gespräch immer wieder den Verdacht, daß es aus eben diesem verdeckten Interesse an der eigenen Machterhaltung heraus "den Politikern" in Khartum auch gar nicht ernsthaft um eine Beilegung des Konfliktes im Süden des Landes gehe.

Manches spricht für die Richtigkeit dieser Vermutung. Wohin mit der Armee, wenn die Lage im Süden sich normalisiert hat?

Die Rückkehr der Truppen in ihre zumeist im Norden gelegenen Kasernen mit dem täglichen Einerlei des Drills und dem Warten auf irgendeinen Ernstfall, ihre Konzentration auf wenige Zentren im Gegensatz zu der geographischen "Atomisierung" im Süden und die besseren Kommunikationsmöglichkeiten im Norden sind für die Politiker eine beängstigende Vorstellung, vor allem auf dem Hintergrund der auch ihnen nicht verborgen gebliebenen zunehmend spürbarer werdenden Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Neben dieser mangelhaften Integration in den Staat mit der Gefahr unklarer oder wechselnder Loyalitäten lastet auf der Armeeführung die Erkenntnis, daß sich das Südsudanproblem mit Gewalt nicht lösen läßt. Trotz allen militärischen Maßnahmen konnte die Rebellion nicht ausgerottet werden. Die Erkenntnis, daß eine reguläre Armee einem Guerilla- oder guerillaähnlichen Krieg weitgehend unvorbereitet gegenübersteht, belastet nicht nur die sudanesische Armeeführung. Düster meint Generalmajor Ahmed el-Sherif: "Das Schlimmste ist ein richter Guerillakrieg."

Unvergessene Gewalttaten

Der dritte Faktor, der die Armee belastet, sind jene beschönigend als "Vorfälle" (incidents) charakterisierten Massaker von Juba und Wau im Sommer 1965. Nach allem, was über diese Ereignisse bekannt geworden ist, kam es vor allem in Juba zu einer Art Amoklauf der Truppen, als sie am 9. Juli ein paar Nordsudaner mit abgeschnittenen Köpfen vor den Kasernen fanden. Zwei Tage wurde wahllos geschossen, getötet und gebrandschatzt. Erst dann gelang es den Offizieren, die volle Kontrolle über die Mannschaften wiederzugewinnen. In Wau fielen Soldaten über eine Hochzeitsgesellschaft her, die die Ehe eines südsudanischen Regierungsangestellten feierte. Es gibt keine offiziellen Berichte über diese Massaker; niemand weiß, wie hoch die Zahl der Opfer gewesen ist. Diese Eruption der Gefühle und ihre schrecklichen Folgen bilden eine Blutschuld, die schwer auf allen Bemühungen lastet, zu einem Miteinander von Nord und Süd zu gelangen. In Juba gibt es kaum eine einheimische Familie, die 1965 nicht mindestens einen Angehörigen verlor. Es ist schwierig, mit Offizieren über diese Ereignisse zu sprechen. Sie pflegen jeweils mit einem wenig überzeugenden Versuch der Rechtfertigung, rasch auf den Aequatoria-Aufstand von 1955 abzulenken, der über 300 ebenso wehrlosen Nordsudanern das Leben kostete.

Stimmt der Vorwurf, daß im Südsudan die Armee ein Schreckenregiment führt, daß sie die Einheimischen wahllos tötet, Dörfer, Schulen und Kirchen niederbrennt, kurz mit einem Ausrottungskrieg beschäftigt ist? An Ort und Stelle gesammelte Eindrücke und Erfahrungen verweisen eine solche Darstellung in das Reich böswilliger Phantasien. Niemand im

Sudan bestreitet, daß es schlimme Zeiten im Süden gegeben hat, daß, vor allem 1964 bis 1966, Armee und Anya Nya in ihren Mitteln, mit denen sie den Kampf führten, alles andere als wählerisch waren, daß Dörfer niedergebrannt, unschuldige Menschen getötet, Besitz zerstört wurde. Der Vorwand war immer der gleiche: entweder hatte die Dorfbevölkerung Rebellen versteckt, dann kam die Armee, oder sie hatte der Armee Rebellenverstecke verraten, dann kam die Anya Nya.

In den folgenden Jahren scheint sich auf beiden Seiten mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß die Gewalt zu nichts führt außer zu neuer und noch schlimmerer Rechtlosigkeit. Die Auseinandersetzungen haben sich heute auf einzelne Gewaltakte reduziert, die aber weder nur von der Anya Nya, wie es die Khartumer Propaganda darzustellen versucht, noch nur von der Armee ausgehen, wie es die Exilpolitiker in ihren Presseerklärungen behaupten. Leidtragende sind in beiden Fällen gewöhnlich Zivilisten, deren größter Wunsch es ist, in Ruhe gelassen zu werden, um in Frieden leben zu können.

Mißtrauen und zum Teil Haß bestimmen das Bild auf seiten der Südsudaner, während die Armee mit ihren traumatischen Erlebnissen fertig zu werden versucht. Beides könnte leicht zur Grundlage einer neuen Explosion der Gewalt werden, es sei denn, ein fairer politischer Kompromiß käme zustande, den alle Beteiligten akzeptieren können und auf dessen Basis sie versuchen, die Ursachen des Konfliktes zu beseitigen: politische Ungleichheit, wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit, kulturelle Intoleranz - alles Folgen einer unglückseligen Vergangenheit.

7.2 Die Wurzeln der Rebellion

Auf dem Flug von Khartum nach Juba - eine Strecke von 1200 Kilometern in gerader Linie - stößt die Fokker-Friendship der Sudan Airways, die den Nil bei Beginn der großen Westschleife südlich von Malakal verlassen hat, in der Gegend von Jonglei wieder auf den Strom, genauer genommen auf den Sudd, ein riesiges, papyrusbewachsenes Sumpfgebiet, in dem sich der Weiße Nil über Hunderte von Kilometern verliert. Giftig grün breiten sich die Papyrusdickichte unter dem Betrachter aus, durchzogen von Kanälen, die plötzlich enden, die im Laufe der Monate zuwachsen und an anderer Stelle wieder aufreißen.

Die Entdeckung des Südens

In diesem Gebiet endeten zahllose Expeditionen, die sich von Norden aus auf dem Fluß nach Süden begeben hatten, um

die legendären Quellen des Nils zu entdecken, in den Mondbergen, wie die einen vermuteten, oder im Himmel, wie die pharaonischen Ägypter glaubten, für die wenig Nilwasser Hunger und die Strafe der Götter bedeutete, eine hohe Flut reiche Ernten und das sichtbare Wohlgefallen des Himmels. Der Sudd war das von der Natur aufgetürmte Hindernis, das bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts jeden nennenswerten Kontakt der Bewohner des Südsudans mit ihren nördlichen Nachbarn unmöglich machte.

Als Mohammed Ali, der ägyptische Vizekönig, 1821/22 den Sudan erobern ließ, ging es ihm vor allem um "Gold und Sklaven", wie er seinen kriegführenden Schwiegersohn wissen ließ. Die Sklaven benötigte der Vizekönig für seine ambitiösen landwirtschaftlichen Projekte und für die Verwirklichung seines Traumes von einer schwarzen Armee, mit der er ein mächtiges Imperium zu begründen gedachte. Da sich Gold im Sudan in nennenswerten Mengen nicht fand, blieben ihm nur die Sklaven. Zunächst beschränkten sich die ägyptischen Statthalter in Khartum und ihre einheimischen wie europäischen Agenten darauf, Mohammed Alis unersättliche Wünsche nach mehr und mehr Sklaven nördlich des Sudd, im äthiopischen Grenzgebiet und in den Nubabergen in der Provinz Kordofan, zu decken.

Nach und nach drangen sie aber immer tiefer in den Süden vor, zumal neben den schwarzen Sklaven auch das Elfenbein lockte, von dem es im Süden sagenhafte Mengen geben sollte. Es gelang, den Sudd zu überwinden. Vom Fluß aus drangen die Expeditionen der Händler, die ihre Ware, Sklaven und Elfenbein, zunächst im Tausch gegen billige Eisenwaren, Stoffe und Glasperlen erwarben, immer tiefer ins Innere des Landes vor. Wo mit friedlichem Handel nichts mehr zu erreichen war, wurde Gewalt angewendet, oder es wurden Stammesrivalitäten ausgenutzt, teilweise dadurch, daß man den einen Stamm in seinem Feldzug gegen den Nachbarstamm mit Waffen unterstützte, die als Darlehen gewährt wurden und mit Sklaven und Elfenbein zurückgezahlt werden mußten. Schließlich, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, war der gesamte Südsudan mit einer Kette permanenter Handelsstationen überzogen, die nach dem sie als Schutzwall umgebenden Dornendickicht Zeribas genannt wurden.

Das Trauma der Schwarzen

Eine Clique von nordsudanesischen Händlern - vielfach Agenten von in Khartum oder Kairo ansässigen europäischen Handelshäusern - hatte sich de facto zu Herren über die Schilluk, Dinka, Nuer, Zande, Anuak, Jur usw. aufgeschwungen. Einer dieser Sklavenhändler, Zubeir, in Bahr el-Ghazal wurde schließlich so mächtig, daß man ihm zum Gouverneur der Provinz ernannte - und später in Kairo internierte, weil man seiner Loyalität nicht traute. Noch heute erinnert der

Name eines kleinen Nestes westlich von Wau an der Straße nach Raga an diesen Mann: Deim Zubeir.

Dieser Kontakt mit den Menschen im Norden ist von den Bewohnern des Südsudans bis heute nicht vergessen. Er brach wie ein Unwetter über sie herein. Völlig unvorbereitet und hilflos standen sie den intellektuell und technisch weit überlegenen Eindringlingen gegenüber, waren ihnen wehrlos ausgeliefert und sahen sich innerhalb kürzester Frist aus der Rolle des Herrn im eigenen Land in die des Untertanen verdrängt. Ein tiefsitzender, emotionaler Schock, ein Trauma, war die Folge.

Die britische Herrschaft

Der Streit um Faschoda spielte eine wichtige Rolle bei der Entscheidung Großbritanniens, den Sudan für Ägypten "zurückzuerobern". Eine Besetzung des Nilbeckens durch Frankreich hätte Englands Vormachtstellung in Ägypten ernsthaft gefährden müssen. England kam dem zuvor, und 1899 wurde in Kairo der sogenannte Kondominiumsvertrag unterzeichnet, der alle Gebiete des ehemals ägyptischen Sudans einer gemeinsamen britisch-ägyptischen Verwaltung unterstellte, in der England allerdings der dominierende Partner war.

Damit beginnt das zweite Kapitel historischer Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden des Sudans, das nicht weniger unglücklich verlief als das erste. In den ersten Jahren englischer Herrschaft im Südsudan war das Hauptproblem, Ruhe und Ordnung zu schaffen und eine Art Basisverwaltung aufzubauen. Als das erreicht war, hatte der Nordsudan, in dem auf bestehende politische und administrative Strukturen zurückgegriffen werden konnte, bereits einen beträchtlichen Vorsprung gegenüber dem Süden: die ersten Grundlagen für ein öffentliches, modernes Schulwesen waren gelegt worden, denn man brauchte einheimische Hilfskräfte für die Verwaltung; Entwicklungsvorhaben wurden geprüft und diskutiert, um möglichst bald aus der Abhängigkeit von dem ägyptischen Schatzamt herauszukommen, die ersten Vorarbeiten für das riesige Baumwollanbaugebiet in der Gezira begonnen. Das Eisenbahn- und Telegraphennetz wurde ausgeweitet; kurz, der Norden sah sich unversehens aus den Zuständen der mittelalterlichen Theokratie der Mahdia in die Lage versetzt, von einem zwar streng paternalistischen, aber dennoch um das Wohl und die Entwicklung des Landes besorgten Kolonialregime ins 20. Jahrhundert geführt zu werden.

"Schutzpolitik"

So rasch sich England darüber klar geworden war, welche Politik es im Norden verfolgen sollte, und so zielstrebig

sich die Oxford- und Cambridgeabsolventen im Sudan Political Service an die Ausführung dieser Politik machten, so sehr zögerten sie in der Frage, was mit dem Süden geschehen solle. Die in den drei Südprovinzen tätigen Engländer entdeckten ihr Gefühl für die "underdogs", in diesem Fall die Südsudanesen, und begannen eine an zoologische Gärten erinnernde Schutzpolitik, die auf eine Diskriminierung der im Süden ansässigen Nordsudanesen hinauslief. Im Jahre 1921 wurden die drei Gouverneure des Südens der Pflicht entbunden, an den jährlichen Treffen der Gouverneure aller Provinzen des Sudans teilzunehmen. Ein Jahr später wurde vom Generalgouverneur die Passports and Permits Ordinance unterzeichnet, mit deren Hilfe jedes Gebiet des Sudans zum geschlossenen Gebiet erklärt werden konnte. Noch im selben Jahr wurde von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht; der Süden wurde zum Closed District erklärt; um ihn zu betreten oder zu verlassen, war eine besondere Erlaubnis erforderlich. Mit der Permits to Trade Ordinance aus dem Jahre 1925 verfolgte man den Zweck, die Gallaba genannten nordsudanesischen Händler aus dem Süden zu vertreiben. Der Civil Secretary, Sir Harold MacMichael, eine Art Premierminister, erläuterte den Zweck dieses Gesetzes in einem Brief aus dem Jahre 1930 in einer Weise, die keinen Zweifel an den Intentionen der Regierung aufkommen lassen konnte. "Es ist seit längerem das Ziel der Regierung", schrieb er, "soweit wie möglich die griechischen und die syrischen Händler, die sich zum Christentum bekennen, zu fördern und nicht den Gallaba-Typ. Lizenzen der letzteren sollten in unauffälliger Weise, aber systematisch abgebaut werden."

Die Definition der Südsudanpolitik der Khartumer Regierung, vom Civil Secretary in einem Memorandum vom 25. Januar 1930 niedergelegt, faßte im Grunde nur noch einmal zusammen, was in der Praxis längst vollzogen war. Ziel der Politik war es, "eine Reihe eigenständiger rassischer oder stammesmäßiger Einheiten zu schaffen, deren Struktur und Organisation auf den Stammessitten sowie traditionellen Gebräuchen und Anschauungen beruhen sollen, soweit dies die Erfordernisse von guter Verwaltung und Billigkeit zulassen".

Mit Eifer machten sich die im Süden tätigen Beamten an die Ausführung dieser Politik. Alle Spuren des Nordsudans wurden soweit als möglich ausgelöscht. Statt des Pidgin-Arabisch, das den Angehörigen verschiedener Stämme bis dahin als Lingua franca gedient hatte, wurde die Benutzung des Englischen forciert; selbst arabische Kleidungsstücke wie die Gallabia waren unerwünscht und wurden verboten. Ein District Commissioner in Bahr el-Ghazal schrieb höchstpersönlich an eine Firma, die immer noch arabische Kleidung herstellte: "Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß es künftig verboten ist, derlei Kleidung anzufertigen oder zu verkaufen. Hemden müssen kurz sein, einen Kragen haben und gemäß der europäischen Mode vorne geöffnet sein." Die im 19. Jahr-

hundert erfolgte gewaltsame Öffnung des Südens nach Norden wurde im 20. Jahrhundert ebenso gewaltsam wieder geschlossen. Die Südsudanesen lebten weiterhin nach ihren alten Gewohnheiten und Stammesbräuchen, während wirtschaftlicher, politischer und sozialer Fortschritt ausschließlich auf den Norden konzentriert blieben.

Dann kam plötzlich ein Kurswechsel. England, das lange Zeit mit dem Gedanken gespielt hatte, die Südprovinzen seinen ostafrikanischen Besitzungen anzugliedern, vollzog eine Kehrtwendung von 180 Grad. Am 16. Dezember 1946 schrieb der Civil Secretary seinen Beamten im Süden:

"Die Politik der Regierung des Sudans im Hinblick auf den Süden beruht auf den Tatsachen, daß die Bevölkerung des Südsudans zwar eindeutig afrikanisch und negroid ist, daß gleichzeitig aber die geographische und wirtschaftliche Lage den Süden (soweit sich das jetzt voraussehen läßt) unauflösbar in seiner künftigen Entwicklung mit dem mittelöstlichen und dem arabischen Nordsudan verknüpft. Deshalb muß sichergestellt werden, daß die Südsudanesen durch die Entwicklung des Bildungswesens und der Wirtschaft darauf vorbereitet werden, in einem künftigen Sudan als sozial und wirtschaftlich ebenbürtige Partner der Nordsudanesen sich selbst zu vertreten."

Im Juni 1947 ließ sich der Civil Secretary auf einer Konferenz mit südsudanesischen Stammesführern und Beamten die Richtigkeit seiner Politik und den Willen der Südsudanesen, mit dem Norden ein Ganzes zu bilden, bestätigen - vor allem wohl, um der teilweise heftigen Kritik seiner eigenen englischen Beamten im Südsudan zu begegnen, die zwar glaubten, daß Nordsudanesen Omdurman verwalten könnten, nicht aber den Südsudan.

Entkolonisierung

Im Sog des erwachenden Nationalismus in den Kolonien vollzog sich die Erlangung der Unabhängigkeit des Sudans rascher, als allgemein angenommen worden war. Bereits 1949 nahmen Legislativversammlung und Exekutivrat - Vorstufen eines Parlaments und einer Regierung - ihre Arbeit auf. Von den 94 Mitgliedern, die teils direkt, teils indirekt gewählt, teils vom Generalgouverneur ernannt worden waren, stammten 14 aus dem Südsudan.

Das Studium der Sitzungsprotokolle dieses Gremiums wie später des Übergangsparlamentes zeigt deutlich zweierlei: Die Südsudanesen, schlechter ausgebildet, von nationalistischen Strömungen und moderner Politik so gut wie unberührt, waren ihren Kollegen aus dem Norden weit unterlegen. So tapfer sie sich auch schlugen, so viele Fragen sie auch an die Minister richteten, so wurden sie dennoch aus-

manövriert. Das andere, das sich aus diesen Protokollen herauslesen läßt, ist ein Psychogramm des südsudanesischen Minderwertigkeitskomplexes gegenüber dem viel mächtigeren und fortgeschritteneren Norden - und die daraus resultierende Angst. Als im Dezember 1950 nordsudanesische Abgeordnete eine Resolution einbrachten, in der die Selbstbestimmung gefordert wird, artikuliert sich die Furcht des Südens in der erstmals erhobenen Forderung nach einer föderalistischen Struktur eines unabhängigen Sudans.

Das von Minderwertigkeitskomplex und Angst vor dem Norden bestimmte Psychogramm der Südsudanesen hat sich seit den Tagen der Legislativversammlung nicht geändert. Im August 1955, als die Unabhängigkeitserklärung des Übergangsparlamentes unmittelbar bevorstand, meuterte das Equatoriakorps in Torit und anderen Städten in der Hoffnung, einen Sonderstatus für den Süden erwirken zu können. Die Politiker des Südsudans geben sich jedoch mit der Zusage der Parteien des Nordens zufrieden, daß bei dem endgültigen Verfassungsentwurf, der nach der Unabhängigkeit diskutiert und verabschiedet werden soll, der Frage des Föderalismus volle Beachtung geschenkt werden soll ("will be given full consideration"). Sie verstehen diese Formel als feste Zusage; der Norden, der 1958 im Verfassungsausschuß den Föderalismus zugunsten eines zentralistischen Staatsaufbaus niederstimmt, behauptet, er habe nie mehr versprochen, als die Frage gründlich zu prüfen.

Diese und andere Kniffe haben natürlich nicht dazu beigetragen, das Mißtrauen der Südsudanesen zu beseitigen. Immer wieder haben sie, zu Recht oder zu Unrecht, das Gefühl, von den Nordsudanesen überfahren zu werden, so etwa bei der Sudanisierung von 800 wichtigen Stellen unmittelbar vor der Unabhängigkeit, als genau 5 Südsudanesen Berücksichtigung fanden. In letzter Zeit sind verschiedene nordsudanesische Autoren mit größeren oder kleineren Arbeiten über das Südsudanproblem an die Öffentlichkeit getreten, so Mohammed Omer Beshir, der Akademische Sekretär der Universität Khartum ("Southern Sudan - Background to a Conflict", London/Khartum 1968), und Muddathir Abdel Rahim, Inhaber des Lehrstuhls für politische Wissenschaften derselben Hochschule ("The Development of British Policy in the Southern Sudan, 1899 - 1947", Khartum 1968). Beide schildern die Rolle Englands beim Entstehen des Konflikts mit großer Akribie. Die darunter liegenden historischen Wurzeln, das heißt die Zeit des Sklavenhandels im vorigen Jahrhundert, werden ebenso summarisch abgehandelt wie die Fehler, die nach 1946, und zwar hauptsächlich unter der Verantwortung der Nordsudanesen, begangen wurden.

Hier wie bei vielen anderen Nordsudanesen offenbart sich eine Haltung, die darauf abzielt, alle Schuld den ehemaligen Kolonialherren zuzuschieben. Eigene Versäumnisse und

Fehler werden beschönigt oder verkleinert, um so die Schuld des anderen größer erscheinen zu lassen. Es reicht nicht aus, darauf hinzuweisen, daß die Steuerzahler des Nordsudans soundsoviel Geld aufbringen, das im Süden investiert wird, es reicht nicht, guten Willen zu bekunden und Gesten zu machen. Im Bereich der historischen Analyse müßten Nord- wie Südsudanesen endlich den Mut aufbringen, sich mit der Periode seit 1946 kritisch auseinanderzusetzen, um ein differenzierteres, aber auch wahrheitsgemäßeres Bild zu gewinnen.

7.3 Die christlichen Kirchen im Südsudan

Kurz vor der Landung auf dem Flughafen Wau überfliegt die Fokker Friendship die Stadt, von der aus die Provinz Bahr el-Ghazal verwaltet wird. In dem symmetrisch angelegten Stadtbild, wie es sich dem Besucher aus der Luft darbietet, fallen zwei Bauwerke auf: das Freilichtkino, das an eine große, ungedeckte Scheune erinnert, und die katholische Kathedrale, ein mächtiger, in Kreuzform angelegter Bau aus schweren Sandsteinquadern, von einer gedrungenen Rundkuppel gekrönt.

Anders als die Aller-Heiligen-Kathedrale in Juba, die in jeder beliebigen italienischen Kleinstadt stehen könnte und durch ihre kitschig-süßliche Ausgestaltung selbst ästhetisch einigermaßen abgehärteten Gemütern Qualen bereitet, paßt sich die Kirche in Wau ihrer afrikanischen Umgebung sehr viel besser an. Die Türen sind aus Mahagoni und mit sparsamen Schnitzereien versehen: afrikanische Männer, Frauen und Kinder bei ihren Hütten im Gebet. Das Innere ist schlicht. Die Kuppel ist mit einem Fries von Engelsgestalten ausgemalt, jeweils abwechselnd ein dunkelhäutiger Afrikaner mit der unverkennbaren Physiognomie der Luo und eine Europäerin mit beneidenswert blonden und sorgfältig dauergewellten Haaren. Gegenüber der Kirche liegt die Residenz des Bischofs. An der Mauer steht in großen, ungelenken Buchstaben: "Vote for Security".

Keine Christenverfolgungen

Bischof Ireneo Dud, ein Häuptlingssohn aus dem Stamme der Jur (Luo), ist der erste und bisher einzige afrikanische Bischof im Sudan. Am 27. November 1955, wenige Wochen vor der Unabhängigkeit, erhielt er die Weihen. Ireneo Dud ist ein kleiner, untersetzter und springlebendiger Herr. Hinter der Brille mit den leicht getönten Gläsern bewegen sich hellwache, aufmerksame Augen. Sein Fischerring trägt keinen großen, wertvollen Stein, sondern ist aus Goldblech gearbeitet. In der Eleganz der Erscheinung kann er sich mit seinem Kollegen in Khartum, dem Italiener Agostino Baroni,

nicht messen, dafür hat der Besucher aber auf Anhieb den Eindruck, daß Ireneo Dud mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Wirklichkeit steht und allem Weltlichen gegenüber durchaus aufgeschlossen und verständnisvoll eingestellt ist.

Wie alle anderen Geistlichen im Süden betont der Bischof die schwierige Lage, in der er sich befindet. Die Freiheitskämpfer - er benutzt diesen Ausdruck für die Anya Nya auch in Gegenwart nordsudanesicher Beamter und Politiker völlig unbefangen - und die Exilpolitiker halten ihn für einen Verräter, einen Mitläufer oder eine Marionette Khartums. "Wenn ich nach Rom komme", erzählt Ireneo Dud, der zahlreiche Reisen dorthin unternommen hat, "werde ich jedesmal wie ein kleines Weltwunder bestaunt. Wie kommt es, so werde ich gefragt, daß du es trotz aller Christenverfolgungen im Südsudan aushälst?" Dieselbe Frage, so berichtet er weiter, sei ihm in München vorgelegt worden; erst recht in Verona, bei den Comboni-Vätern, mache er sich immer wieder unbeliebt, wenn er darauf hinweise, daß ein Pater, auch wenn er die spitze Feder eines Journalisten gewandt zu führen wisse, es mit der Wahrheit noch genauer nehmen müsse als jeder andere Zeitungsmann.

Es gibt im ganzen Sudan keinen Kirchenmann, der die These von den Christenverfolgungen, die in diesem Land stattfinden sollen, zu stützen bereit ist. Der Sudanese, so erläutert ein protestantischer Geistlicher die Lage, sei von Natur aus ein überaus liberaler Mensch, der den anderen einschließlich seiner Religion zu tolerieren bereit sei. Zudem verbiete der Islam die Bekehrung Andersgläubiger mit Gewalt. Selbst während der Herrschaft der Mahdia sei keiner der gefangenen Christen getötet worden, wenn er seinem Glauben nicht abzuschwören bereit war.

Folgen der "Missionspolitik"

Doch es gibt im Sudan eine latent antichristliche Stimmung, die allerdings ihre Wurzeln nicht in erster Linie in einem militanten Islam hat. Als Arnold Toynbee nach seiner Reise in den Sudan sein Buch "Zwischen Niger und Nil" veröffentlichte, schrieb er: Der Umstand, daß unter der britischen Herrschaft die christlichen Missionen im Süden mehr oder weniger frei schalten und walten durften, während der Islam systematisch ausgeschlossen wurde, "erzeugte unweigerlich ein Ressentiment im Nordsudan", und "rückblickend könnte man sagen, das britische Vorgehen sei wenn nicht unfair, wenigstens politisch unklug gewesen".

Hinzu kommen weitere politische Faktoren. Die Missionen, die nach der Wiedereroberung des Sudans darauf drängten, ihre im 19. Jahrhundert begonnene Missionsarbeit wieder aufzunehmen, wurden von Lord Cromer, dem englischen Statt-

halter in Ägypten und Vater des anglo-ägyptischen Kondominiums, auf den Südsudan beschränkt, weil, so fürchtete er, ihre Tätigkeit im Norden den religiös-politischen Fanatismus der Mahdisten hätte von neuem beleben können. Im Süden waren sie jedoch willkommen, weil man sich von ihnen einen wichtigen Beitrag für die Pazifizierung der dort lebenden Stämme versprach. Diese Hoffnung wurde nicht enttäuscht. Die Missionen, von denen jede, Katholiken, Anglikaner und Presbyterianer, eine Einflußsphäre zugeteilt bekommen hatte, bauten Krankenhäuser, errichteten Schulen und gründeten landwirtschaftliche Musterbetriebe und waren bis nach dem Zweiten Weltkrieg die einzigen, die so etwas wie öffentliche Dienstleistungen anboten. Auch die Verbreitung des Wortes Gottes wurde nicht vergessen; doch das eine wurde vom anderen nicht getrennt. Während die Engländer die Stammeshäuptlinge im Sinne der "Native Administration" mit minimaler politischer Macht ausstatteten, nahm sich die Mission der Söhne dieser Häuptlinge an, bildete sie in ihren Schulen aus und bekehrte sie zum Christentum. Trotz den Bemühungen zahlreicher, vor allem protestantischer Missionare, einen klaren Trennungsstrich zwischen ihrer Arbeit und der Kolonialverwaltung zu ziehen, blieben die Linien verwischt...

Mißtrauisches Khartum

Da englische Civil Servants und die Missionare aber mehr oder weniger in einen Topf geworfen wurden, verstärkte sich unter den nordsudanesischen Politikern nach Erlangung der Unabhängigkeit der Verdacht, daß die Missionare als Fünfte Kolonne der ehemaligen Kolonialherren im Land geblieben seien und über die in ihren Schulen ausgebildete Intelligenzia nun versuchten, das alte Ziel einer Abtrennung des Südens vom Norden zu erreichen. Den augenscheinlich schlüssigen Beweis für diese Vermutung lieferte die Tatsache, daß bis auf ganz wenige Ausnahmen alle Führer der Südsudanesen, die Föderalismus forderten, was im Norden leicht als Kaschierung für sezessionistische Tendenzen interpretiert wird, oder die ganz offen von Separation sprachen, ehemalige Zöglinge der Missionare waren.

Das Militärregime, das für die Komplexität des Südsudanproblems noch weniger Gespür zeigte als die vorangegangenen Zivilregierungen, folgerte messerscharf, daß ein wesentlicher Schritt zur Lösung des Problems getan werde, wenn man die christliche Intelligenzia des Südens bekämpfe und die Missionare aus dem Lande hinauswerfe. Beides wurde praktiziert - beides jedoch ohne Erfolg. Die zwei Maßnahmen trugen aber stark zu dem in Europa immer noch vorherrschenden Bild bei, daß im Sudan das Christentum einen verzweifelten Abwehrkampf gegen einen expansiven Islam führe. Die politische Motivation der Maßnahmen des Militärregimes wurde weitgehend übersehen. Wären Abboud und seine Offiziersjunta militante Antichristen gewesen, hätten sie si-

cher nicht zugelassen, daß während der ganzen Zeit die christlichen Kirchen und Schulen im Nordsudan, in Khartum, Omdurman, El Obeid und Port Sudan, weiterhin frei und ungehindert tätig sein konnten, und sie hätten sicher auch nicht jeden Morgen ihre Kinder in Regierungswagen zu den katholischen Schulen der Hauptstadt bringen lassen.

Doch auch auf seiten der Südsudanesen wird zum Teil herbe Kritik an den christlichen Kirchen im Sudan geübt. Der Hauptvorwurf, vor allem unter der jüngeren Generation, läuft darauf hinaus, daß die Missionen sich als Agenten der Kolonialmacht bewußt zu Handlangern einer Politik machten, die den Süden in einem Stadium der Unterentwicklung halten wollte. Sie verweisen auf das System der Buschschulen, in denen Lehrer, die nach zwei Jahren Buschschule und vier Jahren Elementarschule einen zweijährigen Kurs in einem sogenannten Lehrerbildungsseminar mitgemacht hatten, im Alter von 14, 15 oder 16 Jahren auf die lernbegierigen Kinder losgelassen wurden. Sie verweisen darauf, daß trotz vierzigjähriger Unterrichtsarbeit im Südsudan die erste Sekundarschule nicht von den Missionen, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg von der Khartumer Regierung gebaut werden mußte. Sie beklagen den Dilettantismus vieler Missionare, die, obwohl nie dafür ausgebildet, als Lehrer unterrichteten, und den daraus folgenden niedrigen Standard vieler Schulen. So drängten die in Khartum die Interessen des Südens vertretenden Politiker seit 1949 immer wieder den Erziehungsminister, für einen raschen Ausbau und eine Verbesserung des Schulwesens in den drei Südprovinzen zu sorgen.

"Afrikanisierung" der Kirchen

Ein anderer Vorwurf läuft lapidar gesprochen, darauf hinaus, daß die Missionare auch im kirchlichen Bereich eine kolonialistische Haltung an den Tag legten. "Der weitgehende Zusammenbruch aller kirchlichen Arbeit nach der Ausweisung der Missionare war in erster Linie eine Folge des Fehlens einheimischer Geistlicher", erklärt ein Laie der Presbyterianer der Provinz Upper Nile. "Man hatte bewußt versäumt, einheimische Priester in ausreichender Zahl auszubilden."

Hinter diesem Vorwurf versteckt sich eine Auseinandersetzung, deren Umrisse - nicht nur im Sudan - immer deutlicher werden: die Auseinandersetzung um das Entstehen einheimischer afrikanischer Kirchen, in denen klassische Ausprägungen des aus Europa bekannten Christentums teilweise recht radikal in Frage gestellt, modifiziert und mit neuen Elementen vermischt werden. "Warum soll ein Christ eigentlich nicht mehr als eine Frau haben?" fragt Bischof Ireneo Dud. "Ist die Zahl der Frauen oder die Lebensführung der Maßstab, ob jemand ein guter und überzeugter Christ ist oder nicht?"

Ein ehemaliger Absolvent einer Missionsschule erzählt, daß es ihnen nach der Taufe verboten wurde, in den Ferien in ihren Dörfern nackt herumzulaufen. Vor der Taufe sahen die Missionare dies zwar auch nicht besonders gerne; aber sie waren bereit, es zu tolerieren. Das unter vielen südsudanesischen Stämmen sehr freie und natürliche Verhältnis der Geschlechter zueinander, besonders auch in der Zeit vor der Ehe, wurde in dem Augenblick zu etwas Anrüchigem, in dem man getauft worden war.

Eine weitsichtigere Haltung der Missionare in vielen dieser Fragen hätte ihnen möglicherweise einen Teil der Angst vor der Afrikanisierung der Kirche genommen und beide Kirchen personell in einer vorteilhafteren Situation hinterlassen, als sie selber des Landes verwiesen wurden. "Das kirchliche Leben außerhalb der Städte geht durchaus weiter", berichtet Bischof Ireneo Dud, "aber auf einem sehr niedrigen Niveau. Ein Evangelist ist gut und schön, aber mir fehlen die Priester, die sich in der Schrift wirklich auskennen." Auch er neigt dazu, die Schuld an dieser Lage den Missionaren zuzuschieben. "Haben sie denn geglaubt, ewig und für alle Zeiten hierbleiben zu können, konnten sie wirklich annehmen, der Nationalismus, der Wunsch, selbständig zu sein, sich auf die eigenen Menschen stützen zu können, werde vor den Kirchen haltmachen?"

Der Stellvertretende Kommissär der Provinz Äquatoria kramt einen langen Brief aus seinen Akten. Er hat nach Khartum geschrieben und um Mittel gebeten, mit denen er dreißig Kirchen und die dazugehörenden Wohn- und Wirtschaftsgebäude wieder instandsetzen will. "Wo die Kirche arbeitet, herrscht Frieden." Er ist noch von den Engländern ausgebildet worden und könnte, von der Hautfarbe abgesehen, selber ein Engländer sein. Religion sei die Privatangelegenheit jedes einzelnen Menschen, erläutert er, aber offensichtlich eine wichtige. Der Staat solle die Arbeit der Kirchen im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen - die Arbeit aller Kirchen, solange sie sich dem Staat gegenüber loyal verhalten. Aber der Staat darf sich nicht in Glaubensdinge einmischen. "Da hört der Spaß auf." Für ihn hat die Kirche durchaus die gleiche Funktion wie seinerzeit für die Engländer. Die größte Sorge bereitet ihm die Frage, was geschieht, wenn er die Kirchen wieder hergerichtet hat, aber keine Priester und Pastoren findet, die sie betreuen können. "Wir brauchen dringend Geistliche. Wir nehmen jeden auf, nur die Europäer wollen wir nicht wieder hier haben, besonders nicht die Italiener."

Suche nach nichtweißen Geistlichen

In Malakal arbeiten inzwischen zwei Geistliche aus Tansania; mit der Kirche in Libanon wird über die Entsendung Geistlicher verhandelt. Der Papst und die Khartumer Regierung ha-

ben sich geeinigt, daß versucht werden soll, nichtweiße ausländische Geistliche für die Arbeit im Südsudan zu finden, bis genügend einheimische Seelsorger zur Verfügung stehen. Einige Südsudaner werden derzeit in Seminaren in Uganda und Europa für diesen Zweck ausgebildet, die ersten beiden von ihnen wurden im Dezember vergangenen Jahres in der Kathedrale von Khartum zum Priester geweiht. Der "Messenger", die Zeitschrift der katholischen Kirche im Sudan, erscheint nach wie vor und wird sowohl im Norden wie im Süden vertrieben; bald soll ein Nuntius die Interessen des Vatikans in Khartum wahrnehmen. Der anglikanische Bischof Allison in Khartum bereist regelmäßig die Südprovinzen; Ireneo Dud hat nach der Beruhigung der Lage inzwischen wieder regelmäßig die Möglichkeit, seine Gemeinden in allen Distrikten der Provinz Bahr el-Ghazal zu besuchen. Allein auf der letzten Fahrt, so berichtet er, habe er mehr als 300 Taufen vollzogen.

Die christliche Kirche im Südsudan hat gelitten. Sie hat materielle und personelle Verluste hinnehmen müssen. Sie hat an Substanz verloren, weil ein normales kirchliches Leben außerhalb der Städte bisher noch nicht wieder möglich ist. Die Gesetze, welche das kirchliche Leben regulieren, sind nach Auffassung Ireneo Duds so large abgefaßt, daß es jeweils von der Interpretation des Commissioners der Provinz abhängt, ob sie zur Behinderung der Kirchenarbeit führen oder nicht.

Religiöse Minoritäten in einer animistischen Welt

Einen christlichen Südsudan hat es nie gegeben: das wird von niemanden bestritten. Alle christlichen Konfessionen verfügen zusammen über eine Anhängerschaft von etwa einer halben Million Menschen. Das sind etwa 12 Prozent der Bevölkerung. Die Zahl der Moslems liegt bei einem Prozent. Das bedeutet, daß mehr als vier Fünftel der Bewohner nach wie vor ihren traditionellen, animistischen Stammesreligionen anhängen. Keiner der beiden großen Weltreligionen, weder dem Christentum noch dem Islam, ist es gelungen, einen nennenswerten Anteil der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Das mag für die Professoren der El-Azhar-Universität in Kairo ebenso enttäuschend sein wie für die Kirchenfürsten in Europa.

In einigen Staaten Afrikas leben Islam und Christentum in einer überwiegend animistischen Gesellschaft friedlich nebeneinander, vermitteln wertvolle Entwicklungsimpulse und passen sich gleichzeitig in zunehmendem Maße ihrer spezifischen Umgebung an. Dieser Anpassungsprozeß macht sie lebensfähiger und widerstandsfähiger, weil alles Fremde, das fremd geblieben ist, nach und nach ausgeschieden wird. Es entstehen besondere Formen des Islams und des Christentums, die man als Nationalkirchen oder "afrikanische Mischreligionen" bezeichnen mag. Dieser natürliche und von Lebens-

kraft zeugende Prozeß stellt allerdings die traditionellen Hierarchien vor die Aufgabe, sich ihrerseits anzupassen, zu modernisieren und möglicherweise zu demokratisieren. Das Konzil hat dieses Problem in aller Deutlichkeit sichtbar gemacht. Auch die Allmacht der Al-Azhar-Gelehrten ist nicht mehr unumstritten. "Wir brauchen vor allem Frieden und gegenseitiges Vertrauen, damit wir uns entwickeln können", sagt Bischof Ireneo Dud zum Abschied. "Das bedeutet, daß wir falsche oder auch nur imaginäre Frontstellungen aufgeben und daß wir mehr Nächstenliebe zeigen."

Zum Teil waren bis dahin die Gegensätze zwischen dem Norden und dem Süden des Sudans, die zum Bürgerkrieg geführt haben, auf die Folgen einer verfehlten, allzu "kolonialistischen" Missionspolitik zurückzuführen. In erster Linie allerdings liegen dem Konflikt - wie sozusagen allen Spannungen in Afrika - Stammesgegensätze zugrunde. Es ist allerdings zu befürchten, daß nach der Annäherung an Kairo und an dessen arabische Ideologie, wie sie von der nach dem Putsch vom 25. Mai an die Macht gelangten "Revolutionsregierung" Awadallah vollzogen worden ist, der militante Islam die Spannungen erneut verschärfen wird - und dies trotz aller von Khartum erklärten Versöhnungsabsichten. Auf alle Fälle ist die Betonung des Arabertums durch die neuen Herren im Norden nicht dazu angetan, das Mißtrauen abzubauen, das der Süden von jeher und nicht grundlos gegenüber dem Norden empfunden hat.

7.4 Das Leben im rebellischen Südsudan - Wandlungen in Gesellschaft und Wirtschaft

Häutpling Deng, Chef eines "Friedensdorfes" am Stadtrand von Malakal, macht sich Sorgen um die ihm anvertrauten Schilluk. Als die Engländer dagewesen seien, so schimpft er, sei nichts für diese Menschen getan worden; dann sei der Sudan ein freies Land geworden, und noch immer geschehe nichts. "Meine Leute brauchen Arbeit, damit sie sich Brot kaufen können, wir brauchen Schulen für unsere Kinder, Krankenhäuser, Straßen, Brücken."

"Native Administration" - nach 13 Jahren Unabhängigkeit

Häuptling Deng nimmt wie die Scheichs, Omdas und Nazirs im Norden gewisse Verwaltungsfunktionen wahr. Die Engländer gingen; aber die "Native Administration" blieb bis heute. In allen Fragen, die nach Stammesrecht entschieden werden, hält er Gericht; er treibt die Steuern ein und sorgt für Ruhe und Ordnung in der Siedlung von ein paar hundert Hütten. Dafür steht ihm eine eigene Hilfspolizei zur Verfügung, die er mit fünf regierungseigenen Gewehren und je

fünf Schuß Munition ausstatten kann, wenn Not an Mann ist. Stolz zeigt er die Waffen, die er in seinem Tukul verwahrt.

Deng erhält ein Gehalt von der Regierung, umgerechnet etwa 250 Franken im Monat. Damit muß er seine Hilfspolizisten entlöhnen, für Defizite im Steueraufkommen einstehen und seine umfangreiche Familie ernähren, die er, von den Kindern abgesehen, von früher zehn auf jetzt nur noch sechs Frauen verkleinerte. Das Leben werde immer teurer, klagt er. Viermal bereits war Deng auf Einladung der Regierung im Norden, von dem er wahrscheinlich mehr gesehen hat als die meisten Nordsudanesen selber. "Die Regierung sollte die Scheichs aus dem Norden umgekehrt auch in den Süden schicken, damit sie uns besser kennenlernen und verstehen", meint er dazu.

Von den südsudanesischen Politikern in Khartum hat er keine hohe Meinung: "Sie leben in schönen Häusern, fahren Auto, trinken Bier und Whisky, wissen aber nicht mehr, wie das Leben in ihrer Heimat aussieht", stellt er abschätzig fest. Ab und zu kämen sie in einem Flugzeug angeflogen, besuchten den "Commissioner" und den Polizeikommandanten, um sofort wieder abzureisen. Hinterher erzählten sie in Khartum, alles sei in bester Ordnung.

Rückkehrer aus dem Busch

Ein Dinka mischt sich in das Gespräch ein. Er sei vor ein paar Monaten aus dem Busch zurückgekehrt, ja bis zu diesem Zeitpunkt habe er mit der "Anya Nya" gekämpft. Man hatte ihm hinterbracht, daß seine Frau und seine Kinder weder eine Bleibe noch genug zu essen hätten. "Da habe ich mich den Behörden gestellt. Ich wurde sehr freundlich behandelt, bekam mein Amnestiedokument und vier Pfund. Seitdem sitze ich hier und warte auf Arbeit. Der einzige Unterschied gegenüber der Zeit im Busch, wo wir auch Hunger gelitten haben, ist der, daß ich jetzt gemeinsam mit meiner Familie hungere."

Dieser ehemalige "Anya Nya"-Kämpfer hatte nach dem dritten Jahr Mittelschule in Khartum seine Ausbildung aufgegeben und sich den Rebellen angeschlossen. Nach vier Jahren im Busch gab er die Hoffnung auf, daß mit der Waffe in der Hand eine Lösung gefunden werden könnte, und kehrte zurück. Nun ist er enttäuscht und verbittert. Zwar habe die Regierung ihr Amnestieversprechen gehalten, sie habe ihm auch das Handgeld gegeben; aber das Wichtigste, ihm eine Stellung und ein regelmäßiges Einkommen zu verschaffen, habe sie nur versprochen, aber nicht gehalten. "Da kann ich genauso gut in den Busch zurückkehren."

Hier liegt eines der entscheidenden Probleme für eine endgültige Lösung des Konfliktes. Was bei Ausbruch der Unruhen

im Jahr 1955 an spärlichen Wirtschaftsansätzen im Süden vorhanden war, wurde nicht weiter entwickelt, stagnierte und wurde nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen Mitte der sechziger Jahre zum größten Teil völlig aufgegeben. Schulen, Krankenhäuser, Sägemühlen, das "Zande Scheme", ein Baumwollprojekt, und andere landwirtschaftliche Vorhaben kamen zu einem abrupten Stillstand. Bereits fix und fertig geplante Entwicklungsprojekte wie eine Papierfabrik in der Provinz Upper Nile, in welcher Papyrus hätte verarbeitet werden sollen, oder eine Zuckerfabrik wurden auf die lange Bank geschoben - oder aber im Nordsudan verwirklicht.

Die Bevölkerung, soweit sie es nicht vorzog, in den Busch zu gehen und dort ein unstetes, von der Suche nach Nahrungsmitteln bestimmtes Halbnomadendasein zu führen, drängte in die Städte, die bald übervölkert waren. Die sowieso schon prekäre Lage verschärfte sich dadurch. Wer früher auf einem Stückchen Land selber etwas Nahrung produziert hatte, dem fehlte jetzt auch diese Möglichkeit. Wollte er essen, mußte er seinen getrockneten Fisch, seine Hirse, sein Oel, ja selbst sein Feuerholz auf dem Markt kaufen. Dafür benötigte er Piaster, die er nicht besaß, weil es keine Arbeitsmöglichkeiten gibt, in denen er sie sich verdienen könnte. Wer in anderen Ländern Afrikas das bunte und lebhafte Treiben der Märkte gesehen, über die Fülle und Vielfalt des Warenangebotes gestaunt hat, ist betroffen, wenn er etwa den Malakia-Markt in Juba aufsucht.

Das Marktgelände ist für die wenigen Verkäufer und Käufer viel zu groß, wirkt halbleer; es muß einmal bessere Zeiten gesehen haben. Das Angebot ist spärlich, ein paar Yamswurzeln hier, dort eine Handvoll Holzkohle, einige Dutzend primitiver, selbstgefertigter Nägel, Bauholz, Frischfleisch und frische Fische werden in eigens dafür gemauerten Marktständen verkauft, die zu zwei Dritteln unbesetzt sind. Fehlt das Angebot oder fehlen die Käufer? Beides spielt eine Rolle. Das Einzugsgebiet um Juba ist heute praktisch menschenleer; die landwirtschaftliche Produktion hört einige Kilometer außerhalb der Stadt auf, die dort ehemals ansässigen potentiellen Käufer sind verschwunden oder leben jetzt selber in Juba.

Wachsendes Proletariat

Die durch die Rückständigkeit des Südens auch vor den Unruhen bereits akuten sozio-ökonomischen Probleme vervielfachen sich ständig. Ein unverhältnismäßig großer Teil der Südsudanesen ist durch die Unruhen zur Flucht in die Städte gezwungen worden; aus Bauern, Fischern und Viehzüchtern wurden die Bewohner von Slums oder slumähnlichen Eingeborenenvierteln. Abgesehen davon, daß es in den Städten, die gewöhnlich nichts anderes als Verwaltungszentren sind, kaum Arbeitsplätze gibt - wenn man für einmal von der Haus-

arbeit und der Tätigkeit als Bürodiener, Nachtwächter oder Schouermann absieht, sind die meisten dieser Zuwanderer Analphabeten und kaum für irgendwelche auch nur einigermaßen qualifizierten Arbeiten zu gebrauchen.

Durch die Umstände gezwungen, wurden sie in kürzester Zeit in eine ihnen völlig fremde Umgebung verpflanzt, ihre Lebensweise und alle ihre Gewohnheiten änderten sich radikal; Anpassungshilfen gab es nicht. Auf diese Weise ist ein städtisches oder quasi-städtisches Proletariat entstanden, das durch Zuwanderer ständig wächst. In erstaunlich raschem Tempo lockern sich die Stammesbindungen, die dem Individuum Halt und Disziplin verleihen. Diese amorphen Massen stellen nicht nur ein wirtschaftliches Problem dar, sondern könnten in kurzer Zeit auch politisch virulent werden.

Einem geschickten Agitator dürfte es kaum schwerfallen, unter diesen derzeit stumpf vor sich hinvegetierenden Menschen ein "Klassenbewußtsein" zu erwecken und dadurch die bisher unangefochtene Autorität der traditionellen Eliten, der Stammeshäuptlinge und Unterhäuptlinge, ebenso in Frage zu stellen oder gar zu bekämpfen wie die der neuen Eliten, das heißt der wenigen westlich und modern ausgebildeten südsudanesischen Führer, die gewöhnlich Söhne von Häuptlingen sind, deren Interesse als ihre eigenen empfinden und somit keinen wirklichen Machtwechsel repräsentieren.

"Die südsudanesischen Parteien sind keine Weltanschauungsparteien, sondern Zweckbündnisse zur Durchsetzung bestimmter Ziele", sagt Ambrose Wol, einer der führenden Intellektuellen des Südens in Khartum. Infolgedessen erschöpfen sich die "Programme" dieser Parteien vorläufig auch nur in der Forderung nach Gleichheit und Entwicklung für den Süden. Fragt man nach, ob unter Gleichheit auch die Gleichheit der Südsudaner untereinander, der Abbau feudalistischer Stammestrukturen, zu verstehen sei und unter Entwicklung auch eine Veränderung der traditionellen Besitz- und Einkommensverhältnisse, erhält man nur vage oder ausweichende Antworten. Das Fehlen gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Konzepte und Zielvorstellungen ist allerdings durchaus nicht nur für die Parteien des Südsudans charakteristisch.

Gefährdete Volksgesundheit

Doch es drohen unmittelbarere Gefahren. Der noch junge Leiter des öffentlichen Gesundheitswesens in der Provinz Equatoria wies in seinem Jahresbericht 1967/68 nachdrücklich darauf hin, welche Bedrohung für die öffentliche Ordnung sich aus dieser Zusammenballung von Menschen in den Städten ergibt. Die schlechte und unzureichende Ernährung hat allgemein zu einer ernsthaften Schwächung des Gesund-

heitszustandes der Bevölkerung geführt, die dadurch krankheitsanfälliger geworden ist. Fast 150000 der medizinisch-statistisch erfaßten Krankheitsfälle, so schreibt er, seien Mangelkrankheiten gewesen. Fehlende oder den hygienischen Anforderungen nicht gerecht werdende sanitäre Einrichtungen verschärfen die Lage (16000 Fälle von Ruhr, 52000 Fälle von Hautkrankheiten). Die Rückkehrer aus dem Busch und aus den Nachbarländern schleppen unkontrolliert Krankheiten ein, die wiederholt zu punktuellen Epidemien geführt haben.

In der Provinz Upper Nile mehren sich die Pockenfälle; in Juba lagen gerade die ersten drei Kranken mit Pocken im Krankenhaus. Eine systematische Impfprophylaxe sei praktisch unmöglich, da die Transportmöglichkeiten außerhalb von Juba in der Provinz bei weitem nicht ausreichen und zudem von der Bereitstellung militärischen Begleitschutzes abhängig sind; auch ließen sich die Bevölkerungsbewegungen bei der derzeitigen Lage nicht kontrollieren. Bisher sei alles im großen und ganzen glimpflich abgelaufen, doch, so schreibt der Gesundheitsbeamte, "diese Lage kann sehr rasch zu einer Explosion führen, deren wir nicht mehr Herr werden können".

Ratlosigkeit in Khartum

Während im Süden die Schwierigkeiten immer bedrängender werden, steht man ihnen in Khartum weitgehend hilflos gegenüber. Die Politiker haben sich auf die Formel festgelegt, daß ohne Sicherheit keine Entwicklung stattfinden könne. Sicherheit, wie sie sie sich vorstellen, bedeutet aber immense Ausgaben für die Armee. Diese Mittel fehlen dann natürlich an anderer Stelle. Ohne Entwicklung ist auf absehbare Zeit aber auch keine gründliche Beruhigung der Lage im Süden zu erwarten. Der Teufelskreis schließt sich, und niemand weiß, wie man ihn durchbrechen soll.

Der im Februar verabschiedete Entwicklungshaushalt des Sudan sieht ein Sonderbudget von sechs Millionen Pfund (18 Millionen Dollar) für Entwicklungsvorhaben im Süden vor. Das ist die Hälfte des Betrages, der für den Unterhalt der Armee erforderlich ist. Unklar ist jedoch immer noch, woher diese außerordentlichen Haushaltmittel kommen sollen. Der Sudan allein kann sie unmöglich aufbringen; ausländische Geldgeber, Privatleute wie Regierungen befreundeter Länder oder internationale Organisationen werden sich nur zögernd bereit finden, Mittel im Süden des Landes zu investieren. Das hält die den Süden bereisenden Minister jedoch nicht davon ab, großzügige Versprechungen zu machen, die hinterher nicht eingehalten werden können - und so die Unzufriedenheit nur weiter schüren.

Diese Unzufriedenheit beschränkt sich nicht nur auf die im Süden lebenden Menschen. Die dort tätigen Beamten aus dem

Norden teilen sie voll und ganz. Werden sie bei ihren Bemühungen, zur Normalisierung der Lage beizutragen, von Khartum ausreichend unterstützt? Der stellvertretende "Commissioner", dem diese Frage vorgelegt wurde, antwortete erst kurz und bündig mit "No comment"; dann schimpfte er eine halbe Stunde auf Khartum und die Politiker.

Die Bevorzugung bereits entwickelter Gebiete des Sudans bei neuen Investitionen und die Benachteiligung anderer Gebiete, des Südens, des äußersten Westens und von Teilen des Ostens, hatte den unter mysteriösen Umständen im Mai 1968 ermordeten südsudanesischen Politiker William Deng veranlaßt, sich um die Gründung einer "Allianz der Benachteiligten im Sudan" zu bemühen. Die Politiker der entwickelteren Teile des Sudans erkannten rasch, daß hier ein politischer Faktor ins Spiel gebracht werden sollte, der ihre Stellung bedrohen mußte. William Deng hatte zum erstenmal die Gefahr heraufbeschworen, daß der bis dahin auf den Süden erfolgreich isolierte Konflikt nationale Dimensionen annehmen könnte.

Diese Gefahr war einer der maßgeblichen Beweggründe, der die Khartumer Politiker schließlich der Aufnahme des sogenannten Regionalismus in den Verfassungsentwurf zustimmen ließ. Dieses als Kompromißformel zwischen Zentralismus und Föderalismus gedachte staatliche Strukturprinzip will den neun Provinzen ein gewisses Maß an Autonomie in einer Reihe von Fragen einräumen, so bei der Schul- und Bildungspolitik, in der Landwirtschaft, bei der Arbeitsbeschaffung; der Provinz- oder Regionalgouverneur muß aus der jeweiligen Region stammen, eine eigene Regionalpolizei soll einen Teil der Ordnungsaufgaben übertragen bekommen.

Die Weigerung einer Reihe von Politikern des Nordens, das Prinzip des Regionalismus im ersten Kapitel der Verfassung zu verankern, das die allgemeinen Grundprinzipien der Republik definiert, hat mancherorts den Verdacht aufkommen lassen, daß später versucht werden soll, den Regionalismus zugunsten des Zentralismus wieder aus der Verfassung herauszuoperieren. Das aber würde nicht nur den erbitterten Widerstand des Südsudans nach sich ziehen. In der Provinz Darfur sind ebenso starke Autonomiebestrebungen festzustellen wie in den Nuba-Bergen, einer Enklave negroider Völker in der Provinz Kordofan, und im Osten unter dem großen Stamm der Beja.

Schwindendes Vertrauen in die Zentralregierung

Es ist sicher kein Zufall, daß alle diejenigen, die nach Autonomie rufen, die Stiefkinder des Sudans sind, die Armen, die Rückständigen, die stärker als alle anderen unter Hunger und Krankheiten zu leiden haben und Elektrizität und sauberes Wasser, landwirtschaftliche Entwicklung und Indu-

strie nur vom Hörensagen kennen. Sie alle haben das Vertrauen in die Zentralregierung weitgehend verloren, sehen in ihr nur die Vertretung einiger privilegierter Stämme und Regionen, denen es nicht um den Sudan als Ganzes geht, sondern um ihre eigenen Interessen. Doch diese Ärmsten der Armen im Sudan werden langsam wach. Sie haben den "Beja Congress" und die "Nuba Mountains Union" ins Leben gerufen, und sie scheinen entschlossen zu sein, ihren Anteil am Fortschritt notfalls auch mit Gewalt zu erzwingen. Vor gar nicht langer Zeit wurde an der Grenze mit Ägypten eine Gruppe von Personen verhaftet, die moderne Waffen, Gewehre und Maschinengewehre, in den Sudan schmuggeln wollte. Ziel der Waffen war die Provinz Darfur...

Der Sudan, wie viele andere Entwicklungsländer, wird von einer kleinen Schicht von Personen gelenkt, mächtigen Stammesfürsten, religiösen Führern, reichen Kaufleuten und einflußreichen Politikern, die sich erst jetzt darüber Gedanken zu machen beginnen, ob und welche Konzessionen sie der großen Zahl der Armen einräumen sollen. Es mag sich als ihr folgenschwerster Fehler erweisen, daß sie den sozialen Konflikt im Süden in voller Stärke ausbrechen ließen. Dadurch wurden vielen Menschen im Norden erst die Augen für ihre eigene, durchaus vergleichbare Lage geöffnet.

7.5 Befriedungsversuche im Südsudan

Was würde geschehen, wenn dem Südsudan die Sezession gelänge und dort ein neuer afrikanischer Staat Azania entstände? Stellt man diese Frage südsudanesischen Politikern, so herrscht meistens erst einmal verlegenes Schweigen. Schließlich sagt einer: "Wir würden eine sehr schwierige Phase der Konsolidierung durchmachen." Ein anderer wird deutlich: "Innerhalb weniger Monate hätten wir eine ähnliche Situation wie im Kongo oder in Nigeria, Mord und Totschlag!"Niemand ist da, der diese Aussage mit der Frage zu ergänzen wagt: "Noch mehr?"

Die zahlreichen Stämme, die in den drei Südprovinzen leben, sind sich in der Tat untereinander teilweise spinnefeind. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen, oft über Kleinigkeiten wie ein paar Quadratkilometer Grasland, wo man sich nicht einigen kann, wessen Kühe darauf weiden dürfen. So kam es erst kürzlich wieder zu einem Zwischenfall, bei dem über hundert Menschen getötet wurden. Zwischen Tonj und Rumbek in Bahr el-Ghazal hatten sich die Luac und die Agar Pakam, beides Zweige der Dinka, um Weiderechte gestritten.

Das bisherige Scheitern des Aufstandes der Südsudanesen wird von manchen Beobachtern, Nord- wie Südsudanesen, der

Tatsache zugeschrieben, daß sich die Mehrheit der Dinka, des größten und wohlhabendsten Stammes, bisher nicht entschließen konnte, die "Armee" der Aufständischen, die Anya Nya, zu unterstützen. Sie wollen ihren Reichtum, riesige Viehherden, nicht aufs Spiel setzen, erklärt Karamalle el-Awad, der Commissioner in Bahr el-Ghazal. Ein aus dem Süden stammender Dozent der Universität Khartum erläutert die Lage so: "Das Verhältnis zwischen Nord und Süd ist dialektischer Natur; die Einheit des Südens ist nur so lange gewährleistet, als die Spannungen mit dem Norden fortbestehen."

Weiße Raben

In Wau, der Hauptstadt der Provinz Bahr el-Ghazal, bemühen sich einige Männer darum, zum Abbau der Spannungen beizutragen. Sie sind überzeugt, daß es möglich ist, die Einheit des Sudans zu erhalten. Voraussetzung dafür sei jedoch, erklärt der Senior Information Officer, daß jeder den anderen anzuerkennen bereit sei, mit all seinen Stärken und seinen Schwächen. "Warum soll uns nicht gelingen, was in der Schweiz und in vielen anderen Ländern möglich ist, Menschen verschiedener Rassen, Religionen, Kulturen und Sprachen zu einem friedlichen Miteinanderleben zu erziehen?"...

Niemand in Wau übersieht die Schwierigkeiten dieser Aufgabe; aber man hat sich durch sie nicht abhalten lassen und die Hände nicht von vornherein resigniert in den Schoß gelegt. Gegenseitiges Kennenlernen, um Vorurteile und Mißverständnisse abzubauen und womöglich ganz zu beseitigen, Verständnis für und Vertrauen zueinander zu gewinnen, Beteiligung der Südsudanesen an der Verantwortung und vor allem keine Versprechungen mehr, die man hinterher nicht halten kann: Dies ist die "Wunderformel" der zivilen und militärischen Administration in Wau, deren Erfolge unverkennbar sind.

Zu dem Programm, das der Information Officer Faisal Mahmoud, Soziologe und Absolvent eines Journalistenkurses in Hannover, gerade 31 Jahre alt, für ausländische Besucher vorbereitet, gehören zahlreiche Besuche in den Teilen der Stadt, wo die Eingeborenen leben. Dabei soll der Gast auch etwas von der Folklore und den Tänzen der Südsudanesen kennenlernen; aber das ist nicht der Hauptzweck. Faisal Mahmoud sagt: "Wir müssen alles zeigen, das Gute und das Schlechte." Zu dem Schlechten gehört seiner Meinung nach die Armut der Bevölkerung, zu dem Guten, was er selber nicht sagt, die Tatsache, daß diese Armut nicht verschwiegen wird und Faisal überall ein gern gesehener Gast ist.

Aufbau einer Vertrauensbasis

Aus einer Hütte tönt die durch Radio und Schallplatten verbreitete, in ganz Ostafrika bekannte Musik einer kongolesischen "Band". Ein paar Studenten der Universität Khartum, die für die Ferien in ihre Heimat zurückgekehrt sind, sitzen am frühen Sonntagmorgen - im Süden ist der Sonntag der offizielle Feiertag - bei Asalia, einem Getränk aus Hirse und Honig, unterhalten sich und tanzen mit zwei Schwestern und deren Freundinnen. Aus einer für wenige Minuten geplanten Stippvisite werden drei Stunden mit vielen Gläsern Asalia.

Der kommandierende Offizier der in Bahr el-Ghazal stationierten Armeeeinheiten hatte es für inopportun gehalten, daß der Offiziersklub auf dem Militärgelände außerhalb Waus lag. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Suche nach einem geeigneten Gebäude in zentraler Lage in der Stadt. Ein Privathaus war bald gefunden. "Wir wollten es zum Bairam Ramadan einweihen; aber es befand sich in einem jämmerlichen Zustand, niemand glaubte, daß es fertig würde. Doch alle halfen, Nordsudanesen wie Südsudanesen, Soldaten wie Zivilisten, und wir brachten es zustande." Seitdem ist der Offiziersklub ein beliebter Treffpunkt aller Einwohner Waus; denn er ist einer der wenigen Plätze, wo es auch zu vorgerückter Stunde noch ein Bier oder ein Sandwich gibt.

Die Preise sind Selbstkostenpreise. "Möglichst viele sollen es sich leisten können, hierherzukommen und etwas zu essen oder zu trinken. Aber auch wer die paar Piaster nicht erübrigen kann, ist herzlich willkommen. Ein Glas kaltes Wasser ist für jeden da." Anfangs waren die Südsudanesen mißtrauisch und zögerten, diesen "Klub der offenen Tür", der keine Mitgliedsbeiträge erhebt, zu besuchen. Inzwischen kommen sie oft und gerne. "Wir brauchen viele dieser Begegnungsstätten, wo wir uns abends in privater Atmosphäre kennenlernen können", erklärt der Offizier.

Er trägt Zivil, und dieser Umstand, obwohl man einen Uniformträger im Sudan kaum je oder nur sehr selten nach Dienstschluß in Uniform antrifft, charakterisiert den Geist, der in Wau herrscht. In anderen Städten des Südens, beispielsweise in Juba, findet man Zivilisten, die nie eine Uniform tragen und trotzdem von einem der Verständigung sehr abträglichen militärischen Geist erfüllt sind. "Das Militär ist im Augenblick noch ein notwendiges Übel", erläutert Karamalla el-Awad, der Commissioner, "aber wir bemühen uns, seine Aufgaben so weit wie möglich in zivile Hände zu übertragen. Je eher das Militär in seine Kasernen zurückkehrt, desto besser."

In Bahr el-Ghazal sind bereits 90 Prozent aller Polizeistationen, die nach den Unruhen vom Militär besetzt wurden,

wieder in die Verantwortlichkeit der Polizei zurückgegeben worden. Karamalla el-Awad hält diesen Ablösungsprozeß deshalb für wichtig, weil er auf die Haltung der Bevölkerung einen nachhaltigen Einfluß ausübt. Dem Militär haftet zwangsläufig ein Makel an, der sich teilweise aus dem rücksichtslosen Vorgehen der Truppen des Nordens im Süden des Landes erklärt, teilweise einer grundsätzlich negativen Haltung gegenüber der Ordnungsmacht entspringt. "Die Polizei, das wissen die Menschen, untersteht mir, der Zivilgewalt; sie wird als etwas ganz Natürliches empfunden, vermittelt ein Gefühl der Normalität und trägt zur Entspannung bei."

Schwarze Polizisten

"Wenn wir hier immer von Vertrauen reden, unsere praktischen Handlungen aber Mißtrauen verraten, wird sich hier nie etwas ändern", sagt Mohin el-Din Hamid, der Polizeikommandant der Provinz. Er spricht fließend Deutsch. Zwei Jahre hat er sich zur Ausbildung im Bundeskriminalamt in Wiesbaden aufgehalten. Lange Zeit wurden im Südsudan nur Polizisten aus dem Norden eingesetzt. Man hatte Angst, daß lokal rekrutierte Polizei mitsamt ihrem Gewehr in den Busch fliehen und sich der Anya Nya anschließen würde. Natürlich habe es solche Fälle gegeben, bestätigt Mohin el-Din; deswegen könne man aber nicht für alle Zeiten südsudanesische Polizisten nur im Norden einsetzen und umgekehrt. Er begann deshalb 1968 damit, Südsudanesen als Rekruten einzustellen. "Vor einem Monat haben die ersten sechzig von ihnen ihre Ausbildung beendet. Ihre Arbeit ist vorzüglich." Der neue Kurs soll nach Mohin el-Dins Vorstellungen bereits in der großen Mehrheit aus Südsudanesen bestehen.

Trotz mancher Kritik scheut sich der Polizeikommandant auch nicht, einsam gelegene Polizeistationen im Inneren der Provinz dem Kommando eines südsudanesichen Polizeisergeanten anzuvertrauen. "Sie arbeiten hervorragend und vielfach erheblich erfolgreicher, weil sie mit den Menschen der Umgebung vertraut sind und ihre Sprache sprechen." Auch an anderer Stelle wird Südsudanesen in zunehmendem Maße Verantwortung übertragen.

Der neue "Town Clerk", eine Art Stadtdirektor, wurde von Atbara im Norden nach Wau versetzt. Er ist ein Verwandter des Bischofs und stammt aus der Provinz. Der Direktor der mit russischer Hilfe erbauten Konservenfabrik ist ein Schilluk aus der Provinz Upper Nile; er leitet dieses einzige Industrieunternehmen im gesamten Südsudan, das 500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Verantwortung für die größte Teakplantage des Sudan bei Bussere liegt ebenfalls bei einem Südsudanesen, der für diese Zwecke in Khartum ausgebildet wurde.

Wau - ein Glücksfall

Diese Politik unterscheidet sich vielfach von dem in den beiden anderen Provinzen des Südens befolgten Kurs. Auch hier die Frage, ob von seiten Khartums genügend Unterstützung gewährt wird. "Bisher habe ich alles, was ich mir vorgenommen habe, in Khartum durchsetzen können", erklärt Karamalla el-Awad, der als ehemaliger Leiter der Schule für Verwaltungsbeamte, die der Khartumer Universität angegliedert ist, von der Theorie zur Praxis kam. "Schließlich trage ich die Verantwortung für diese Provinz, nicht irgendwelche Leute in Khartum", meint er. Ähnlich äußert sich der Polizeikommandant. "Ich bin für Ruhe und Ordnung und den Schutz der Bürger verantwortlich. Deshalb muß man es mir schon überlassen, welche Maßnahmen ich für richtig und welche ich für falsch halte."

Dieses Selbstbewußtsein und die Bereitschaft, das für richtig Erkannte in Khartum durchzusetzen, sind nur möglich, weil in Wau Personen Verantwortung tragen, die über ein Konzept verfügen. Sie vergessen nicht, daß sie es mit einem sehr komplexen politischen Problem zu tun haben; aber sie sehen in erster Linie die Menschen, um die es hier geht und denen geholfen werden muß, ein besseres und menschenwürdigeres Leben zu führen. Kaum einer beschwert sich darüber, in Wau leben zu müssen - unter sehr einfachen Verhältnissen und ohne den Luxus guter Straßen, bequemer Autos und luftgekühlter Büros, an den sie in Khartum gewohnt waren. Selbst die Tatsache, daß es in ganz Wau kein Gramm Zucker mehr gab, weil wieder einmal der rechtzeitig bestellte Nachschub den Transportschwierigkeiten des Landes zum Opfer gefallen war, wurde anscheinend mit Humor und Gelassenheit getragen - was für einen Sudanesen viel bedeutet, der auf seinen Tee kaum verzichten kann, Tee ohne Zucker aber für ungenießbar hält.

"Unsere erste und wichtigste Aufgabe ist es, für die hier lebenden Menschen zu arbeiten, nicht irgendeine anonyme Zentralregierung in Khartum zu repräsentieren", sagt Karamalla el-Awad. "Das Volk ist nicht für uns, sondern wir sind für das Volk da." Dies sind offenbar nicht nur schöne Worte, sondern er macht Ernst mit diesem Prinzip. Täglich hält er Sprechstunden ab, und jeder Bürger der Provinz kann sein Anliegen direkt dem Commissioner vortragen. Vor der Tür zu seinem Büro steht eine lange Schlange von Rat- und Hilfesuchenden. Einzeln werden sie hereingelassen, berichten, was ihnen auf der Seele brennt, und warten gespannt auf die Antwort.

Vier Dinkas wollen ihr Vieh nach Tembura in West-Equatoria treiben und es dort verkaufen, weil sie höhere Preise erzielen können. Die Polizei machte sie auf die Gefahren aufmerksam. Ob ihnen die Regierung dann nicht ein paar Last-

wagen und Soldaten zur Verfügung stellen könnte, wollen die Bittsteller wissen. Geduldig erklärt ihnen der Commissioner, das ginge leider nicht, weil die Regierung nicht genügend Lastwagen besitze und die wenigen, über die sie verfügt, für den Transport von Hirse in die abgelegenen Dörfer und für andere Zwecke benötigt. Wenn er ihre Bitte erfülle, hätten natürlich alle anderen Dinkas auch das Recht, um Lastwagen zu bitten, und sie möchten sich einmal überlegen, wie groß die Herden der Dinka seien, wie wenig Rinder auf einem Lastwagen untergebracht werden können und woher die Regierung all die vielen Autos nehmen soll. Das leuchtet ihnen schließlich ein; sie bedanken sich und gehen. In anderen Fällen, wo geholfen werden kann, wird eine kurze Notiz für den Sachbearbeitet auf ein Stück Papier gekritzelt, dem Besucher in die Hand gedrückt, und es wird ihm auseindergesetzt, wohin er sich jetzt wenden muß.

"Sklavenhändler und Sklave"

Natürlich gibt es auch die anderen Beispiele, die Nordsudanesen, die hochmütig als Herren auftreten, und jene, die völlig gleichgültig sind und nur die eine Sorge haben, wieder nach Khartum zurückkehren zu können. Diese beiden Kategorien findet man vor allem in Malakal und Juba, wo ganz unverkennbar ein anderer Geist herrscht. Ganz sicher gibt es im Südsudan den "Ugly Northerner", der seiner Umgebung arrogant, herrschsüchtig und für alles Menschliche unintessiert gegenübersteht und entsprechende Reaktionen auf seiten der Südsudanesen provoziert. Beide Seiten sehen sich dadurch in ihren alten Vorurteilen bestärkt: hier Sklavenhändler, dort Sklave.

In Wau versuchen ein paar Männer, das Bild vom "häßlichen Nordsudanesen" zu korrigieren; auch in Juba und Malakal gibt es allerdings solche Kräfte. Bei der winzigen Zahl von Nordsudanesen, die im Süden des Landes arbeiten - nicht mehr als ein paar tausend, wenn man von der Armee absieht -, hängt sehr viel vom Einzelnen und seinem Verhalten ab. Das bedeutet ein hohes Maß von Verantwortung, erfordert viel Selbstkontrolle; denn die mißtrauischen Südsudanesen sehen selbst in völlig natürlichen Äußerungen menschlichen Unmuts Beweise für die Richtigkeit ihrer Vorurteile. Man fragt sich auch, ob die personelle Selektion in Khartum mit der notwendigen Umsicht getroffen wird, wenn beispielsweise der Senior Information Officer in Juba prinzipiell nicht vor dem Frühstück im Büro auftaucht - er frühstückt um 10 Uhr - und dann mit einer wahrhaft sadistischen Lust in Gegenwart des ausländischen Besuchers seinen südsudanesischen Mitarbeiter herunterputzt, weil der nicht genau weiß, ob der Commissioner der Provinz aus Khartum zurückgekehrt ist oder nicht.

Ein Funken Hoffnung

Was in Wau im Augenblick geschieht, könnte ein Modell für andere Gegenden des Südsudans werden. Ein Erlebnis anläßlich einer Tanzveranstaltung einer Gruppe Bongo war in dieser Beziehung sehr aufschlußreich. Ein junger Schwarzer zog den ausländischen Besucher beiseite und begann auf ihn einzureden. Er hatte zuviel Merissa getrunken und infolgedessen Schwierigkeiten, sein Anliegen zusammenhängend vorzutragen. Seiner langen Rede Sinn war der folgende: "Wir hassen die Araber, wissen Sie, und sie sollen alle in den Norden zurückfahren, bis auf drei, die wollen wir hier behalten: den Commissioner, den Polizeikommandanten und den Information Officer. Die brauchen wir hier."

Wenn es stimmt, daß Betrunkene die Wahrheit sprechen, war dies eine sehr wichtige Wahrheit. Für die Südsudanesen in Wau gibt es offenbar "die" Araber und dazu Karamalla el-Awads, Mohin el-Dins und Faisal Mahmouds. In dieser Unterscheidung liegt ein schwacher Funken Hoffnung.

7.6 Zweierlei Afrika im Sudan - Ringen nach nationaler Identität

Der Südsudan ist auch ein Problem der nationalen Identität. Für einen Südsudanesen ist es keine Frage, daß er Schwarzafrikaner ist und der negroiden Kultur angehört. Sein Blick richtet sich zwangsläufig nach Süden, wo seine - teilweise im eigentlichen Sinn des Wortes - Brüder in Uganda, Kenya, im Kongo oder in Äthiopien leben. Die Frage, welche Gemeinsamkeiten ihn mit einem Ägypter, Syrier oder Saudiaraber verbinden, stellt sich für ihn entweder gar nicht erst oder dann nur auf der Ebene der internationalen Orientierungen und Identitäten, in dem Sinne, daß beide, Südsudanesen wie Araber, der dritten, der farbigen, der armen Welt angehören.

Schwarzer oder Araber?

Wesentlich komplizierter ist es dagegen für einen im Norden lebenden Sudanesen, sich über seine Identität klar zu werden. Sein Land liegt in Afrika, sein Blut ist zu einem guten oder gar überwiegenden Teil afrikanisch; aber seine Sprache ist das Arabische, seine Umwelt, seine sozialen Verhaltensweisen, seine Sitten und Gebräuche sind durch den Islam geprägt. Ein Sudanese, der um die Definition seiner Identität gebeten wurde, antwortete: "Wenn die Araber angegriffen werden, bin ich sauer, wenn die Afrikaner angegriffen werden, bin ich auch sauer. Wenn die Araber jedoch die Afrikaner oder umgekehrt Afrikaner Araber angreifen, weiß ich nicht, wie ich reagieren soll."

Zweifellos ist der Sudan im Augenblick nicht nur ein Land, das durch Sitten, Religion, Abstammung, Sprache und Natur geteilt ist;auch der Sudanese ist, wie es ein Gesprächspartner ausdrückte, eine "gespaltene Persönlichkeit". Viele der im Norden lebenden Sudanesen richten ihre Blicke nach Norden, nach Ägypten, vor allem unter der älteren Generation, deren politischer Kampf um die Unabhängigkeit untrennbar mit dem nördlichen Nachbarn verbunden ist. Dankbarkeit, kulturelle Gemeinsamkeiten und Sentimentalität, neuerdings auch das erhebende Gefühl, der "großen arabischen Nation" anzugehören, spielen hier eine Rolle.

"Solange uns die Palästinafrage stärker beschäftigt als das Südsudanproblem, können wir auf keine Lösung hoffen." Diese Feststellung macht das Dilemma deutlich. Die Beziehungen zur arabischen Welt liegen klar auf der Hand, sie sind unproblematisch in dem Sinne, daß sie wenig oder gar keine unbekannten Faktoren enthalten; denn mit dem Arabismus ist man von Kindesbeinen an vertraut.

Währenddessen herrscht Verwirrung und Ratlosigkeit über die Haltung zum Süden, vor allem unter der Generation, die im Augenblick die Geschicke des Sudans bestimmt. Die jüngeren Altersgruppen neigen dazu, sich als Arabisch sprechende Afrikaner zu sehen. Für sie haben emotionsgeladene kulturell-religiöse Bindungen wenig Bedeutung, für sie zählen ideologische Vorbilder in Afrika. Da wird Nasser genannt, aber nicht, weil er zufällig Araber ist, und da werden Nyerere, Oginga Odinga, Modibo Keita, Sékou Touré oder Patrice Lumumba aufgezählt. Für die Jugend spielt auch das Bewußtsein der Hautfarbe eine Rolle. Ein ehemaliger Student in den Vereinigten Staaten erläutert: "Trotz meiner relativ hellen Haut werde ich in den USA Nigger gerufen, genauso wie mein pechschwarzer Bruder aus dem Süden. Warum sollte ich hier plötzlich sagen, ich sei Araber." Wenn sich diese Haltung durchsetzt, wäre dem Problem schon viel von seiner Schärfe genommen; denn eine afrikanische Identität könnte eine gemeinsame Basis für Nord und Süd sein. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, der mit Schweiß und Tränen gepflastert sein wird, wie überall, wo aus verschiedenen Elementen ein Staat aufgebaut werden soll.

Flüchtlinge und Außenpolitik

Die arabische Welt steht nach allem, was bekannt ist, dem Südsudanproblem recht desinteressiert gegenüber. Für sie ist es eine innere Angelegenheit des Sudans. Eine solche Haltung können sich die unmittelbaren Nachbarn des Sudans im Süden nicht leisten. Sie sind durch das Flüchtlingsproblem unmittelbar betroffen - am schwersten Uganda, in dem etwa zwei Drittel der vom Hochkommissariat für Flüchtlingswesen der UN auf 150000 geschätzten südsudanesichen Flüchtlinge leben. Der Rest verteilt sich auf Äthiopien, Kenya,

den Kongo, die Zentralafrikanische Republik und den Tschad. Gleichzeitig leben im Sudan Flüchtlinge aus dem Kongo, aus Eritrea und dem Tschad.

Diese Lage kompliziert die Beziehungen der betroffenen Staaten miteinander. Keiner von ihnen kann behaupten, eine ganz reine Weste zu haben, was die Unterstützung der einen oder anderen Seite angeht. Der Sudan sympathisiert mit den eritreischen Separatisten, was die Regierung in Addis Abeba veranlaßt, ihrerseits damit zu drohen, in Sachen Anya Nya großzügiger zu denken. Dasselbe gilt für den Tschad. Uganda kontrolliert nicht nur den Weißen Nil - wie Äthiopien den Blauen Nil -, sondern stellt in Rechnung, daß die südsudanesischen Flüchtlinge auf seinem Territorium ein politisches Unterpfand sind. Die Grenzverletzungen durch sudanesische Truppen im Vorjahr und die dafür vom Sudan bezahlte Kompensation von 600000 Schilling (für ein einziges Dorf) zeigen deutlicher als manches andere, wie störend für den Sudan diese Lage ist und wie weit seine Bereitschaft geht oder gehen muß, das für ihn wichtige gute Verhältnis zwischen beiden Ländern zu erhalten.

Das Verhältnis zwischen dem Sudan und dem Kongo-Kinshasa war lange Zeit auf dem Nullpunkt, weil die eine Seite die Versorgung der Simba mit Waffen über ihr Territorium zugelassen und die andere Seite sich Zug um Zug mit immer größerer Unterstützung der Führer der Anya Nya revanchiert hatte. Im Augenblick hat sich die Lage wieder normalisiert, weil, so zynisch das klingen mag, jeder dem anderen "mit den Flüchtlingen drohen" kann.

All dies führt immer wieder zu unnötigen Spannungen zwischen den beteiligten Regierungen, die dann unter Aufwand von viel Zeit, Geld und Energie auf Treffen und Konferenzen diskutiert und beigelegt werden - meistens allerdings nur recht oberflächlich. Was erwartet man auch von solchen Abmachungen? Das Problem der innerstaatlichen Unruhen, Revolten und Sezessionsbewegungen geht viel tiefer als die Frage, wie man verhindern kann, daß der Luo in Uganda nicht seinen Vetter im Sudan und der Zande im Sudan nicht seinen Vetter im Kongo unterstützt.

Nigeria als drohendes "Beispiel"

Auf dem Hintergrund des Südsudanproblems ist es verständlich, daß die Auseinandersetzungen in Nigeria im Sudan mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Den Südsudan mit Biafra gleichzusetzen, ist bewußte oder unbewußte Irreführung: Biafra ist entwickelt, der Südsudan ist es nicht; Biafra hat eine homogene Bevölkerung (sieht man von den River-Tribes einmal ab), der Südsudan nicht; Biafra hat Verwaltungskader und eine Armee, der Südsudan

nicht; und schließlich führt Biafra zur Hauptsache mit dem rückständigen Norden Nigerias Krieg, während der Südsudan gegen den entwickelten Norden kämpft.

Aber die Bedeutung des Falles Biafra liegt in der Tatsache, daß hier zum ersten Mal einige afrikanische Staaten das OAU-Prinzip der territorialen Integrität mißachtet und die Sezessionisten diplomatisch anerkannt haben. Sollte sich Biafra durchsetzen, so wäre dies das Zeichen für ähnliche Versuche in anderen afrikanischen Ländern. Der Sudan könnte kaum hoffen, davon verschont zu bleiben. Unterliegt Biafra jedoch, so kann damit gerechnet werden, daß viele der im Exil lebenden südsudanesischen Politiker wie Ezbon Mondiri, Gordon Mortat oder Joseph Oduho ihren Widerstand aufgeben werden.

Beurteilt man Afrika nach seinen Politikern und deren offiziellen Äußerungen, so drängt sich manchmal der Eindruck auf, sie seien alle Zyniker und Macchiavellisten. Araberprogrome auf Sansibar, das Tutsi-Morden in Rwanda, der Südsudan, Biafra - jedesmal ein bedauerndes Achselzucken und der Hinweis, daß es sich dabei um innere Probleme des betreffenden Landes handle. Doch die junge afrikanische Intelligenzia fühlt sich durchaus betroffen. Während eines Seminares über Neokolonialismus in Afrika, von der Khartumer Studentenunion gemeinsam mit dem kommunistisch orientierten Internationalen Studentenbund in Khartum veranstaltet, wurde einen Abend lang über das Südsudanproblem diskutiert. Bei vielen Delegierten zeigte sich ernste Besorgnis über die Vorgänge; es wurde vorsichtig gefragt, ob die herrschenden Kräfte im Sudan, unter deren Verantwortung sich der Zwist entwickelt habe, möglicherweise imperialistische Merkmale aufwiesen, und es wurde beinahe schon überdeutlich die Aufforderung an die sudanesischen Studenten gerichtet, dafür zu sorgen, daß es im Sudan kein zweites Biafra, keinen zweiten Kongo gebe.

Das Südsudanproblem schadet dem Sudan innerhalb wie außerhalb des Landes; es wirft häßliche Schatten auf ein Land, das sich rühmen kann, als sechster Staat in Afrika seine Unabhängigkeit erlangt zu haben - nach Äthiopien, Liberia, Südafrika, Ägypten und Libyen. Das Argument, es handle sich hierbei um eine Erbschaft des Kolonialismus, wird heute, dreizehn Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit, selbst von gutgläubigen und wohlmeinenden Afrikanern mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Der Skepsis kann schnell Mißtrauen folgen, und aus dem Mißtrauen mag sich eines Tages eine Isolierung des Sudan ergeben, die nur den Arabisten neuen Auftrieb verleihen und das eigentliche Problem im Süden aller Wahrscheinlichkeit nach verschärfen würde. Einer solchen Entwicklung müssen vor allem die Politiker des Südens entgegenarbeiten.

Sorge um das "Image"

In Europa hat der Sudan, wenn überhaupt, eine schlechte Presse. Das Bild wird von Sensationsberichten bestimmt, die vielfach um der Sensation willen veröffentlicht werden. Lange Zeit hat Khartum so gut wie gar nicht darauf reagiert. Entweder hatte man wirklich ein gutes Gewissen, was sich nur dadurch erklären ließe, daß dort niemand wußte, was zwischen 1963/64 und 1966 im Süden vor sich ging, oder man nahm das alles nicht ernst, weil es für einen sudanesischen Politiker ungleich schwieriger ist als für einen Europäer, die Macht der öffentlichen Meinung und ihrer Einwirkung auf politische Entscheidungen richtig einzuschätzen. Inzwischen sieht man jedoch, welcher Scherbenhaufen sich mittlerweile aufgetürmt hat; jetzt macht man sich daran, in Europa ein Informationszentrum zu gründen, mit dessen Hilfe man das "Image" des Landes wieder aufpolieren will.

Das Paradoxe an der Sache ist jedoch, daß zu einer Zeit, als es im Südsudan wirklich drunter und drüber ging, als von der Armee recht wahllos geschossen, gemordet und gebrandschatzt wurde, der Sudan ein ehrenwerter Partner war und keine Schwierigkeiten hatte, wenn er sich um Hilfe bemühte. Die Bundesrepublik Deutschland baute ihm sogar eine Munitionsfabrik, schickte Waffen und lieferte Militärfahrzeuge, obwohl es die offizielle Politik Bonns ist, Krisenherde von Hilfsmaßnahmen dieser Art auszuschließen. Als Bonn bei der erneuten Bitte um neue Waffenlieferungen zu zögern begann, wandte sich Khartum an die Sowjetunion, die nur allzu bereitwillig in die Lücke sprang. Mittlerweile sind die ersten russischen Waffenlieferungen eingetroffen - und mit ihnen die unvermeidlichen Instruktoren und "Berater".

Der Sudan kann seine internationale Rolle letzten Endes nur dann wirklich spielen, wenn es ihm gelingt, mit dem Problem im Süden des Landes - und in anderen Landesteilen - fertig zu werden. Das Land ist wirtschaftlich so schwach, daß es durch einen latenten Konflikt über kurz oder lang ins Chaos geraten muß. Das wirtschaftliche Potential des Südens ist beträchtlich. Dieser Landesteil könnte sich unter normalen Verhältnissen und bei gezielter Entwicklung nicht nur selbst ernähren, wodurch im Norden beispielsweise Nahrungsmittel frei würden, die augenblicklich noch in den Süden geschickt werden müssen, sondern es könnte Tabak, Reis, Kaffee und Tee in ausreichenden Mengen für den gesamten Sudan produzieren und somit viele kostbare Devisen sparen helfen, die augenblicklich für den Import dieser Waren ausgegeben werden müssen. Der Süden könnte aber auch selber zum Devisenbringer werden, vor allem durch Tourismus. Der Wildbestand des Südsudans übertrifft an Zahl der Exemplare sowohl als auch an Arten auf engstem Raum

viele andere afrikanische Länder, und die Entfernungen von Europa sind wesentlich kürzer. Eine Lösung des Südsudankonfliktes würde deshalb nicht nur Mittel freimachen, die bisher für die Entwicklung des Landes verloren gehen, sondern zusätzlich die Wirtschaftskraft des Landes stärken. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, daß man den Konflikt als das sieht, was er ist, als einen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Konflikt, in dem manchmal auch rassische, religiöse und hegemoniale Untertöne aufklingen. Es gilt sowohl auf seiten der Regierung wie auf seiten der Sezessionisten einzusehen, daß Gewalt keine Lösung bringen kann, sondern nur Partnerschaft, Chancengleichheit und vor allem Toleranz. Dann wird der Sudan vielleicht auch den spezifischen Beitrag in Afrika leisten können, für den dieses Land prädestiniert erscheint und den Arnold Toynbee in seinem Buch "Zwischen Niger und Nil" folgendermaßen umreißt:

"Das Problem der beiden Teile des Sudans ist das Problem der beiden Teile Afrikas im kleinen. Deshalb hat der Sudan sowohl das Schicksal Afrikas als auch sein eigenes Schicksal in der Hand. Wenn es ihm gelingt, die beiden Elemente in seiner eigenen Bevölkerung miteinander zu versöhnen, wird er ein Stück konstruktiver Pionierarbeit für den ganzen Kontinent geleistet haben."

8. Zwischen Arabien und Afrika

(Es handelt sich bei dem nachstehenden Text um das Manuskript einer Sendung, die am 9. März 1970 vom III. Hörfunkprogramm des Westdeutschen Rundfunks ausgestrahlt wurde.)

Sprecher:
Wenn das Militär irgendwo auf der Welt einen Putsch verübt - wie gerne denken wir dann an Schießereien und Straßenschlachten, an rollende Panzer, ratternde Maschinengewehre und Fallschirmjäger, an rotwangige Generäle, denen atemlose Ordonnanzen die letzten Meldungen zum Stand der Revolution überbringen.

Nichts davon im Sudan, als dort vor einem knappen Jahr, in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai 1969, junge Offiziere mit einem Handstreich die Macht an sich brachten, das Parlament nach Hause schickten, die Minister unter Hausarrest stellten und die Demokratische Republik ausriefen, die fortan ein sozialistisches Land sein soll.

Dieser dritte Staatsstreich, den der Sudan seit Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1956 erlebte, verlief wenig sensationell. In einer Afrika-Zeitschrift las sich die Beschreibung der Ereignisse so:

Zitator:
"Gegen 20.30 Uhr am Pfingstsonnabend verließen in Khartoum und Omdurman verschiedene Männer den Kreis ihrer Freunde oder Angehörigen. Sie alle, so sagten sie, hatten noch etwas zu erledigen. Was, erfuhr man am nächsten Morgen von Radio Omdurman: sie hatten sich selbst zu den neuen Machthabern im Staate gemacht. Nur 180 Soldaten waren erforderlich gewesen, um die Brücken und wichtigsten öffentlichen Gebäude zu besetzen. (Während die Politiker verstört aus dem Schlaf aufschreckten, als ihnen Offiziere die Hiobsbotschaft überbrachten und ihnen mitteilten, sie hätten sich ab sofort als unter Hausarrest stehend zu betrachten, wurden in den Räumen von Radio Omdurman bereits die Tonbänder mit den ersten Erklärungen der neuen Männer bespielt.)"

Sprecher:
Gelassen nahm die Bevölkerung die Ereignisse zur Kenntnis:

Zitator:
"Das Leben ging jedoch seinen gewohnten Gang weiter. Nur drei gepanzerte Fahrzeuge vor dem schneeweißen Präsidentenpalast am Blauen Nil, deren Geschütze auf Ex-Präsident Ismail el-Azharis Arbeitszimmer zielten, und einige wenige Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten vor dem Postamt,

(vor) Ministerien und an Brückenauffahrten erinnerten daran, daß es einen Coup d'état gegeben hatte."

Sprecher:
Dieser friedliche Staatsstreich beendete auch im Sudan den Versuch, mit Hilfe einer nach westlichem Muster geformten, vom ehemaligen Kolonialherren aus Europa importierten parlamentarischen Demokratie die Probleme eines afrikanischen Entwicklungslandes zu lösen.

Die neuen Männer an der Spitze des Staates sind junge Armeeoffiziere und Intellektuelle - Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Volkswirte -, die ihr ungewöhnliches Bündnis als eine Allianz der progressiven und sozialistischen Kräfte verstanden wissen wollen. Erfolg oder Mißerfolg dieser Allianz werden entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, aus dem sudanesischen Staat auch eine sudanesische Nation zu machen und damit die bislang durch innere Konflikte gefährdete staatliche Einheit zu bewahren und der geschichtlichen Rolle dieses Landes gerecht zu werden, die der englische Historiker und Geschichtsphilosoph Arnold Toynbee so sieht:

Zitator:
"Das Problem der beiden Teile des Sudans",

Sprecher:
heißt es in seinem Buch "Zwischen Niger und Nil" unter Hinweis auf den Konflikt zwischen dem arabisch-islamisch geprägten Norden und dem schwarzafrikanischen Süden des Landes,

Zitator:
"ist das Problem der beiden Teile Afrikas im kleinen. Deshalb hat der Sudan das Schicksal Afrikas wie sein eigenes Schicksal in der Hand. Wenn es ihm gelingt, die beiden Elemente in seiner eigenen Bevölkerung miteinander zu versöhnen, wird er ein Stück konstruktiver Pionierarbeit für den ganzen Kontinent geleistet haben."

Sprecher:
Zu Beginn dieses Jahrhunderts hatte sich bereits ein anderer Engländer Gedanken über die Zukunft des Sudans gemacht. Es war Winston Spencer Churchill, der damals als junger Offizier den zweijährigen Eroberungsfeldzug Lord Herbert Kitcheners von Wadi Halfa durch das Niltal bis nach Khartoum mitgemacht und seine Beobachtungen und Erfahrungen später in einem dickleibigen Buch veröffentlich hatte. Churchills Zukunftsvisionen verrieten in gleicher Weise ein Denken in den Kategorien des "British Empire" wie einen gesunden Sinn für kommerzielle Interessen und Möglichkeiten:

Zitator:
"Möge England im Niltal einen Handel aufbauen, durch den... die Erzeugnisse der gemäßigten Breiten gegen die Produkte aus dem Gebiet unter dem Wendekreis des Krebses eingetauscht werden können, Stoffe aus Lancashire und Eisenwaren aus Sheffield gegen den Weizen aus Sennar und die Straußenfedern und das Elfenbein aus Kordofan, einen Handel, der mit dem Nordwind Zivilisation und Wohlstand in den Süden bringen und auf dem Nil Reichtümer und Handelsgüter zum Mittelmeer tragen wird."

Sprecher:
(Als "Imperialistenlyrik" bezeichnen die Studenten der Universität Khartoum heute diese und ähnliche Passagen aus Churchills Buch. Die Zeiten sind vorbei, als Europäer in glühender Hitze bei Omdurman auf die kahlen Kereri-Hügel kletterten, um von dort oben anhand der detaillierten Schlachtenskizzen in Churchills Buch das Schlachtenbild noch einmal vor ihrem inneren Auge erstehen zu lassen, das sich dort am 2. September 1898 geboten haben mußte.)

Die Ankunft Europas im Sudan hatte mit einem entsetzlichen Blutbad begonnen. In der Schlacht von Omdurman wurde am 2. September 1898 erstmals in großem Maßstab das Maxim-Gewehr erprobt, ein direkter Vorläufer des Maschinengewehres: den 50 Toten und knapp 400 Verwundeten der anglo-ägyptischen Truppen standen 11000 tote und 16000 verwundete Sudanesen gegenüber. Bei Churchill liest sich das so:

Zitator:
"So endete die Schlacht von Omdurman - der bemerkenswerteste Triumph, den die Waffen der Wissenschaft jemals über die Barbaren erzielten."

Sprecher:
(Noch heute finden sich in der Umgebung der Hügel von Kereri die Spuren dieses Triumphes: menschliche Knochen, Münzen und Patronen-Hülsen. Da spricht es für den Großmut der Sudanesen, daß sie das Denkmal für die in der Schlacht ums Leben gekommenen Engländer nach der Unabhängigkeit nicht angetastet haben.

Das Standbild Lord Herbert Kitcheners in Khartoum jedoch, des siegreichen Feldherrn aus Gußeisen, hoch zu Roß, mit der ausgestreckten Rechten gebieterisch nach Norden weisend, von wo das Unglück kam, packten die Sudanesen in eine Kiste und schickten es nach England zurück, wo es heute den Rasen einer Schule ziert; wohl eher als Mahnung denn als Ansporn. -)

Formell war der Sudan nie eine englische Kolonie. Lord Kitcheners kostspieliger Feldzug war zwar überwiegend von Ägypten bezahlt und mit ägyptischen Truppen durchgeführt

worden; doch waren diese Truppen

Zitator:
"von englischen Offizieren kommandiert und ausgebildet worden... so daß aufgrund dieser Tatsache nach den anerkannten Prinzipien internationalen Rechts... Ihrer Majestät Regierung überwiegende Rechte einzuräumen sind."

Sprecher:
So jedenfalls meinte Ihrer Majestät Königin Viktorias Hoher Kommissar in Kairo und schlug eine von Engländern und Ägyptern gemeinsam getragene Verwaltung für den Sudan vor und die Errichtung eines am Beispiel der Neuen Hebriden abgeguckten völkerrechtlichen Unikums, des anglo-ägyptischen Kon-Dominiums im Sudan.
(zumal)

Zitator:
("die finanziellen Lasten, die von Ägypten (für den Sudan) übernommen werden (müssen), es notwendig und wünschenswert machen, daß (auch) die Meinung der ägyptischen Regierung gehört werden sollte.")

Sprecher:
Das Foreign Office stimmte den Vorschlägen zu, machte in einer Note aber noch einmal deutlich, wie es sich die wirkliche Machtverteilung im Sudan vorstellte:

Zitator:
"(Es) muß die Tatsache betont werden, daß die Regierung Ihrer Majestät davon ausgeht, in allen mit dem Sudan zusammenhängenden Fragen eine entscheidende Stellung einzunehmen, und daß sie erwartet, jeden Rat befolgt zu sehen, den sie in Sudan-Angelegenheiten der ägyptischen Regierung zu erteilen für angebracht hält."

Sprecher:
Wenn also auch nicht formell, so war der Sudan doch de facto eine englische Kolonie, in der Ägypten die finanziellen Lasten tragen mußte und ein paar untergeordnete Beamte stellen durfte, während alle Schlüsselpositionen von Engländern besetzt gehalten wurden. Auf diese Weise sicherte Großbritannien seine politischen und strategischen Interessen im Sudan, nämlich

- im Ostteil Afrikas einen von Kairo bis zum Kap der Guten Hoffnung zusammenhängenden Einflußbereich;

- Frankreichs bei Faschoda im Südsudan vorläufig gescheitertes Streben ein für allemal zu unterbinden, von Westafrika aus an das Rote Meer und damit an den wichtigsten Kommunikationsweg des "British Empire" vorzudringen;

- Kairo durch die im Sudan mögliche Kontrolle über den Nil und sein für Ägypten lebenswichtiges Wasser so gut in der Hand zu haben, daß es selbst die wildesten ägyptischen Nationalisten nicht wagen würden, Englands Stellung am Suez-Kanal in Frage zu stellen.

(So war der Sudan für England vor allem von instrumentaler Bedeutung für die Sicherung eines umfassenderen imperialistischen Konzepts, in dem Ägypten aufgrund seiner geographischen Lage eine Schlüsselrolle spielte. Als wirtschaftlich bedeutsamer Kolonialbesitz spielte der Sudan nie eine herausragende Rolle, anders also als zum Beispiel Kenia mit seinem landwirtschaftlichen Potential und den damit verbundenen Möglichkeiten für europäische Siedler oder als Nordrhodesien, das heutige Sambia, mit seinen Kupfererzvorkommen.)

Die von England mit Blick auf Ägypten im Sudan verfolgten strategischen Interessen waren mit denen Ägyptens im Grunde identisch; denn auch Ägypten strebte - bis 1953 - nach einer weitgehenden Kontrolle über den Sudan, um nicht ständig in Angst leben zu müssen, daß an der Wasserzufuhr des Nils manipuliert wird.

Dieser letzten Endes gleichen Interessenlage Englands und Ägyptens im Sudan stand eine scharf entgegengesetzte Motivation in Ägypten selber gegenüber. Dort wollte England seine Stellung auf dem Wege über die Macht im Sudan festigen, während Ägypten Großbritannien loswerden wollte.

Dieser anglo-ägyptische Antagonismus wurde bestimmend für die politische Entwicklung im Sudan. (Diese Auseinandersetzung, nicht jedoch das Wohl und Wehe des Sudans und seiner Bewohner, interessierte und beschäftigte die beiden Kon-Dominiums-Mächte und bestimmte ihr Handeln.)

Beide Länder bemühten sich, gesellschaftliche und politische Kräfte im Sudan auf ihre Seite zu ziehen und zur Kollaboration zu bewegen. Dabei machte es ihnen die Vielgestaltigkeit der sudanesischen Gesellschaft, ihre Gegensätze und Gegensätzlichkeiten und die Fülle der ihr immanenten Konflikte leicht, kollaborationswillige Kräfte zu finden, zu stärken und gegeneinander auszuspielen.

(Da gab es die beiden großen islamischen Sekten, die Ansar und die Khatmiyah, traditionelle Gegner und bis zum heutigen Tage bitter miteinander verfeindet. Da sahen sich mit der Einführung eines modernen westlichen Bildungswesens die traditionellen Führer - Stammeshäuptlinge, Dorfälteste und Scheichs - plötzlich von einer auf Modernisierung drängenden Intelligenzia herausgefordert, der die überkommenen Werte nichts mehr galten und die die Träger dieser Werte so schnell wie möglich auf das Altenteil schicken wollte.)

(Da gab es regionale und stammesmäßige Gegensätze, den Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land, und, mit dem Entstehen politischer Parteien, zwischen Pro-ägyptisch und Pro-englisch.

Das Ergebnis der Anwesenheit Englands und Ägyptens im Sudan war eine radikale Polarisierung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Sudan, eine Polarisierung, die sich seit dem Abzug der ehemaligen Kolonialherren immer wieder in den offen ausbrechenden Konflikten und in dem mehrfachen totalen Zusammenbruch des gesellschaftlichen Zusammen- und Kräftespiels dokumentierte, der Außenwelt jedesmal durch einen Staatsstreich signalisiert.)

Statt des Abbaus von Gegensätzen und des Ausgleichs von Konflikten, wie es das Interesse der Bevölkerung verlangt hätte, wurden sie geschürt und durch Interventionen zugunsten oder zuungunsten der einen oder der anderen Seite bewußt verschärft. Am deutlichsten läßt sich dieses Verhalten am Beispiel des Südsudans,an dem Konflikt zwischen dem arabisch-islamisch geprägten Norden und dem schwarzafrikanischen Süden des Landes erkennen. -

Zitator:
"Die Revolutionsregierung hat genügend Selbstvertrauen",

Sprecher:
erklärte Gaafar el-Nemeiri, der Präsident des seit Mai 1969 amtierenden Revolutionsrates noch nicht einmal drei Wochen nach der Machtergreifung,

Zitator:
"die historischen und kulturellen Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden anzuerkennen, und sie glaubt fest daran, daß die Einheit unseres Landes auf diesen objektiven Tatsachen aufgebaut werden muß. Die Menschen des Südsudans besitzen das Recht, ihre eigenen Kulturen und Traditionen in einem vereinigten, sozialistischen Sudan fortzuentwickeln."

Sprecher:
Um dieses Recht zu gewährleisten, soll dem Südsudan in Zukunft eine Art regionaler Autonomie zugestanden werden. Doch viele Südsudanesen stehen diesen Vorschlägen skeptisch gegenüber, trauen ihnen nicht, erblicken darin nur einen weiteren Versuch des Nordens, sie durch leere Versprechungen auf den Leim zu locken und anschließend zu unterjochen. Traumatische Erfahrungen in der Geschichte des Zusammenlebens zwischen diesen beiden Landesteilen und eine lange Zeit bewußt separatistische Politik Englands im Südsudan haben dieses Mißtrauen verursacht und machen es heute so schwierig, einen Modus des Zusammenlebens zwischen Norden und Süden zu finden. Diese Geschichte beginnt im vorigen Jahrhundert.

1821 ließ der ägyptische Vizekönig den Sudan erobern. Wirtschaftliche Motive bestimmen sein Handeln.

Zitator:
"Bitte sei Dir im klaren darüber, daß das Ziel aller unserer Bemühungen und des finanziellen Aufwandes darin besteht, Gold und Sklaven zu bekommen."

Sprecher:
So schrieb Mohammed Ali einem seiner Feldherrn. Doch die Berichte von riesigen Goldvorkommen im Sudan stellten sich als Übertreibung heraus. Das Gold, das gefunden wurde, enttäuschte selbst die bescheidensten Hoffnungen. So blieben nur die Sklaven übrig.

(Die Institution der Sklaverei war im Sudan an sich nichts Neues. Neu war jedoch der Umfang, den der Sklavenhandel innerhalb kurzer Zeit annehmen sollte.) Mohammed Alis Bedarf an Sklaven war unbegrenzt. Er brauchte sie als billige Arbeitskräfte in seinen wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen und als Soldaten für eine "Armee von Schwarzen", von der er als einem Instrument für ambitiöse Eroberungen träumte. Immer schwieriger wurde es, den Bedarf im Norden zu sättigen, trotz blendender Handelsbeziehungen mit dem christlichen Negus von Abessinien, der unbotsame Stämme über die Grenze hinweg als Klaven verkaufte.

Immer häufiger und immer tiefer drangen die Expeditionen auf ihrer Suche nach Sklaven in den Süden vor. Doch noch bildeten die weiten, verwirrenden Nilsümpfe ein unüberwindbares Hindernis auf dem Weg in das Herz des Südsudans, wo es nicht nur Sklaven in Hülle und Fülle gab, sondern auch Elfenbein, das sich mit hohen Profiten über Kairo und Alexandria auf dem europäischen Markt absetzen ließ.

Mit Hilfe des europäischen Erfindergeist zu verdankenden Dampfers und dank der unternehmerischen Initiative großer, teilweise Europäern gehörender Handelshäuser in Kairo und Alexandria gelang es schließlich jedoch, die hindernden Sümpfe zu überwinden. Damit fand das arkadische Leben der im Süden ansässigen Stämme ein abruptes Ende. Die Gier nach dem schwarzen und weißen Elfenbein, das man gegen billige Eisenwaren, Glasperlen und Stoffe eintauschte, oder mit Gewalt nahm, veranlaßte die Händler und ihre Agenten, statt jährlicher Expeditionen permanente Handelsstationen einzurichten, die, mit bewaffneten Hilfstruppen besetzt, innerhalb kürzester Zeit zu den eigentlichen Machtzentren im Südsudan wurden. Da die staatliche Autorität in Khartoum große Schwierigkeiten hatte, dem Expansionsdrang der Kaufleute zu folgen, lag die Macht im Südsudan sehr bald in den Händen einiger großer und einflußreicher Händler; diesem Händler-Kolonialismus hatten die intellektuell und tech-

nisch-organisatorisch weit unterlegenen Südsudanesen nichts entgegenzusetzen. Aus der Rolle des Herrn in die des Untertans oder gar Sklaven im eigenen Land verdrängt, erlitten sie einen tiefgehenden Schock. Es entstanden Angst vor, Haß auf und Mißtrauen gegenüber den Menschen aus dem Norden. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieb der amerikanische Weltenbummler Bayard Taylor diese Folgen:

Zitator:
"Die Schilluk machen nicht den Eindruck von Menschen, die von Natur aus boshaft sind ... aber die Türken und selbst die europäischen Händler ... haben sie in so schändlicher Weise behandelt, daß sie jetzt allen Fremden gegenüber mißtrauisch sind."

Sprecher:
Dort, wo der Kontakt mit den "Türken", wie die ägyptischen Okkupanten damals genannt wurden, gering oder gar nicht vorhanden war, bot sich dem Reisenden ein anderes Bild:

Zitator:
"Je weiter die Schiffe in Gebiete vordrangen, wo der Kontakt mit ägyptischen Händlern selten ist und wo deswegen weniger Gewalttaten begangen werden, desto freundlicher, zutraulicher und unbefangener war das Verhalten der Einheimischen."

Sprecher:
Die Berichte europäischer Besucher im Sudan über den dort betriebenen Sklavenhandel, brachten die zahlreichen anti-Sklaverei-Gesellschaften in Europa ins Spiel. Sie übten massiven Druck auf ihre Regierungen aus, etwas gegen die "schändliche Räuberei" zu unternehmen,

Zitator:
"Die England mit einem Federstrich in Ägypten abschaffen könnte."

Sprecher:
Die in Kairo akkreditierten Hohen Kommissare und Konsuln bedrängten die ägyptischen Vizekönige, wirksame Maßnahmen gegen die Sklaverei im Sudan zu ergreifen. Doch Dekrete und Anordnungen vermochten wenig auszurichten, so daß der Khedive sich dazu entschloß, Europäer in seine Dienste zu nehmen und mit der Bekämpfung des Sklavenhandels zu beauftragen, unter ihnen den Italiener Romolo Gessi, den Österreicher Rudolf Slatin, den Deutschen Dr. Eduard Schnitzer und vor allem den Engländer Charles Gordon, der es schließlich bis zum Generalgouverneur des Sudans brachte. Seine nicht gerade wählerischen Methoden und

Zitator:
"das starke Calvinistische Element in seiner sehr persönlichen Religion, seine lebenslange Sympathie mit den Unter-

drückten, sein ganzer Hintergrund gaben seiner Kampagne gegen den Sklavenhandel die Glut eines Kreuzzuges."

Sprecher:
Gordon stellte das Land auf den Kopf bei dem Versuch, den Sklavenhandel zu unterbinden. Für ihn handelte es sich bei dem gesamten Problem nur um eine Frage der größeren Gewalt, während der Italiener Gessi sich um die landwirtschaftliche Entwicklung im Südsudan bemühte und um die Einführung der Geld- anstelle einer Subsistenz- und Naturalwirtschaft.

Zitator:
"Auf diese Weise sollte den Afrikanern zu einem höheren Lebensstandard verholfen werden, der das Stigma der Minderwertigkeit gegenüber ihren arabischen Nachbarn abbauen würde."

Sprecher:
Weder Gordon noch Gessi konnten ihre Pläne jedoch zu Ende führen. Die jahrzehntelange Mißwirtschaft der ägyptischen Statthalter im Sudan führte zu der religiös-nationalistischen Erhebung des Mahdi und seiner Anhänger, zur Vertreibung aller Fremden und zur Gründung einer islamischen Theokratie, die 1898 bei Omdurman von Lord Herbert Kitchener zerschlagen wurde. -
Die ersten dreißig Jahre seiner Herrschaft im Sudan benutzte England dazu,

Zitator:
"den Süden ein wenig vom Norden wegzusteuern."

Sprecher:
Eine Handvoll blutjunger, frisch von den Universitäten Oxford und Cambridge graduierter Distriktkommissare übernahm die Herrschaft im Süden. Paternalistisches Wohlwollen gegenüber

Zitator:
"dem primitiven Wilden, nackt und ohne Scham, so primitiv, daß wir uns in ihm in manchen Fällen den frühen Vorläufer der Menschheit vorstellen können,"

Sprecher:
völkerkundliches Interesse und das Gefühl, den Südsudanesen beschützten zu müssen, bestimmten Denken und Handeln dieser Kolonialbeamten, deren Typus ein Südsudanese so beschreibt:

Zitator:
"Selbstverständlich war er ein Absolvent der Universitäten von Oxford und Cambridge, und zugleich war er auch ein harter Bursche, um den Anstrengungen des Klimas widerstehen

und die primitiven Lebensbedingungen aushalten zu können. Er mußte Sportler und darauf vorbereitet sein, dem Empire ziemlich im Stillen zu dienen. In seiner Hand lag das Gesetz. Gute und schlechte Verwaltung hingen ausschließlich von seiner Persönlichkeit und seiner Laune ab. Leitmotiv für die meisten dieser im Süden tätigen Distriktkommissare war das Bild vom "Braven Wilden", der um alles in der Welt gegen die ihn von außen durch Entwicklung und Fortschritt bedrohende Verderbnis geschützt werden mußte."

Sprecher:
Eine Reihe von Einzelentscheidungen und von zunächst ohne ein allgemeines Konzept durchgeführten Maßnahmen machten sehr bald die Tendenz deutlich, Norden und Süden nicht nur als unterschiedliche Einheiten zu betrachten, sondern auch zu behandeln.
Die engsten Verbündeten bei dieser Politik einer getrennten Entwicklung zwischen Norden und Süden wurden die christlichen Missionen, deren Betätigung unter den mohammedanischen Bewohnern des Nordens von Anfang an untersagt worden war, um nicht unnötig religiöse Ressentiments zu züchten, die sich dann in politischen Explosionen entladen könnten. Dagegen bot der Süden mit seiner animistischen Bevölkerung ein geradezu ideales Betätigungsfeld für die christlichen Kirchen. Eine Bekehrung der Südsudanesen zum Islam erschien dem Londoner Foreign Office nicht opportun:

Zitator:
"England, als ein christliches Land, darf, in Übereinstimmung mit seinem Glauben, nicht mit einer Politik in Verbindung gebracht werden, die vorsätzlich ... darauf abzielt, die Bekehrung einer Bevölkerung von mehr als drei Millionen Heiden zum Islam zu ermutigen, die weder rassische noch andere Ähnlichkeiten mit den muselmanischen Arabern besitzen."

Sprecher:
In Bezug auf das Christentum bestanden derartige Skrupel nicht. Die hauptsächlich von amerikanischen Presbyterianern getragene Sudan Interior Mission, die Church Missionary Society der Anglikaner in England und die Römisch Katholischen Kombonianer-Missionare, vorwiegend Italiener und auch Verona-Patres genannt, erhielten im Süd-Sudan sogenannte Einflußsphären zugeteilt ... in denen sie Missionsstationen einrichten, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Seminare und Kirchen bauen und ihre Bekehrungsarbeit beginnen konnten. Dabei kam es den Missionen zugute, daß bis 1947 das gesamte Schul- und Bildungswesen ausschließlich in ihren Händen lag. Wer also Lesen und Schreiben lernen wollte, kam nicht umhin, eine Missionsschule zu besuchen. Zwar war es pro forma nicht erforderlich, Christ zu sein oder zu werden, um Zugang zu den Schulen zu finden, doch de facto ergab es sich so. Dabei war das Schulsystem als

solches so strukturiert, daß es den Prozeß der Christianisierung beschleunigte.
Das System beruhte auf den sogenannten Busch-Schulen, die gewöhnlich nicht fest lokalisiert waren, sondern immer dort entstanden, wo ein Busch-Schullehrer hingeschickt worden war. Solch ein Lehrer hatte selber nur sechs Jahre Grundschulunterricht und zwei Jahre "Lehrerbildungsseminar" als Ausbildung erhalten, begann also im zarten Alter von etwa fünfzehn Jahren zu unterrichten. Der Unterricht in den Busch-Schulen dauerte theoretisch zwei volle Jahre, praktisch war es meistens weniger, weil die Schüler zu Beginn der Regenzeit wochenlang bei der Aussaat, nach der Regenzeit bei der Ernte helfen mußten. Unterrichtet wurde in der jeweiligen Stammessprache; etwas Rechnen, etwas Lesen, etwas Schreiben und vor allem Katechismuslehre bildeten den Unterrichtsstoff.

Als wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des Analphabetentums ließen sich diese Schulen nicht charakterisieren, als Voraussetzung für den nächsten Schritt in Richtung auf eine bessere Ausbildung waren sie jedoch eminent wichtig. Wer von den Busch-Schullehrern als begabt und geeignet bezeichnet wurde, hatte die Möglichkeit, eine der vierjährigen Elementarschulen zu besuchen, im Niveau unseren Grundschulen vergleichbar. Hierbei handelte es sich jedoch bereits um Internatsschulen, das heißt der Schüler verließ seine gewohnte Umgebung, fand sich neuen, zumeist christlich geprägten Einflüssen ausgesetzt, denen er nur wenig Widerstand entgegenzusetzen vermochte.

Zitator:
"In den ersten, spätestens jedoch in den zweiten Großen Ferien",

Sprecher:
erzählt ein Absolvent einer südsudanesischen Missionsschule,

Zitator:
"baten wir unsere Eltern um die Erlaubnis, uns taufen zu lassen. Von der Taufe, und weniger von den schulischen Leistungen hing es ab, ob wir überhaupt eine Möglichkeit erhalten würden, nach Abschluß der Elementarschule weitere vier Jahre die Mittelschule besuchen zu dürfen."

Sprecher:
Die Mittelschule stellte das Ende der Bildungsmöglichkeiten im Südsudan dar. Erst nach dem zweiten Weltkrieg öffnete im Südsudan eine Sekundarschule ihre Pforten. Dabei handelte es sich um eine Schule, die nicht mehr von den Missionen, sondern vom Staat getragen wurde. Vorher waren nur eine Handvoll südsudanesischer Schüler zu einer Sekundarschulausbildung nach Uganda geschickt worden, wäh-

rend die ersten nordsudanesischen Studenten bereits Mitte der zwanziger Jahre an der Amerikanischen Universität in Beirut immatrikuliert worden waren.

1949 gab es im Südsudan 508 Schulen mit 19000 Schülern, davon etwa achtzig Prozent vom Niveau der Busch-Schulen. Der Norden dagegen verfügte über mehr als tausend Schulen mit über 100000 Schülern, von denen nur vierzig Prozent Dorfschulen besuchten, deren Qualität ähnlich niedrig wie die der Busch-Schulen war. Den weit über 10000 Mittel- und Oberschülern im Nordsudan standen rund siebenhundert Mittel- und Oberschüler im Südsudan gegenüber. 1949 gab es zwar mehrere hundert Akademiker im Nordsudan, unter ihnen über sechzig Mediziner, jedoch keinen südsudanesischen Akademiker.

Zitator:
"Man trifft hier die üblichen Probleme, die es auch in anderen afrikanischen Territorien gibt, wo christliche Missionen das Instrument für Schulen und Ausbildung abgaben,"

Sprecher:
stellte 1945 ein Bericht des Kolonialbüros der Fabian Society in London fest, nämlich:

Zitator:
"Den Konflikt zwischen den erzieherischen und den missionarischen Neigungen, Schwierigkeiten zwischen den Konfessionen, die christliche Ehe (und ihre problematische Relevanz in einer afrikanischen Gesellschaftsordnung), die personelle (Unter-)Besetzung, die (knappen) Mittel der Missionen, die Standardisierung von Lokalsprachen."

Sprecher:
Sehr viel deutlicher wurde eine unabhängige Untersuchungskommission, die sich mit den Ursachen und Gründen der Meuterei des südsudanesischen Äquatoria-Korps im Jahre 1955 beschäftigt hatte:

Zitator:
"Von einigen wenigen, aber bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, wurde es versäumt, Südsudanesen auszubilden, die befähigt oder darauf vorbereitet waren, Entscheidungsfunktionen auszufüllen oder wichtige Verwaltungsposten zu besetzen... Es gibt keinerlei Beweis dafür, daß der Südsudanese mit einer geringeren Intelligenz ausgestattet oder notorischerweise faul ist. Er hatte einfach nicht dieselben (Bildungs-)Möglichkeiten wie andere Bürger."

Sprecher:
Der Kirche ging es jedoch nicht primär darum, zur Entwicklung des Südsudan beizutragen, sondern um den Kampf gegen den Islam. Noch 1948 schrieb der Generalsekretär der angli-

kanischen Church Missionary Society im Sudan:

Zitator:
"Unter strategischen Gesichtspunkten bedeutet der Vormarsch des Christentums in Gebiete, die sonst möglicherweise islamischen Einflüssen ausgesetzt worden wären, eine Lageveränderung für die beiden Konfessionen. Der Missionar ... hat ein dringendes Interesse an dem Wachsen der christlichen Kirche in Afrika, nicht nur um dem Islam zuvorzukommen, sondern auch weil es nur mit Hilfe einer afrikanischen Kirche möglich ist, afrikanische Moslems zu bekehren."

Sprecher:
Es blieb aber nicht nur bei dem Versuch, im Südsudan eine antiislamische Strategie zu realisieren, deren tragende Pfeiler, nach Aussage desselben Kirchenmannes,

Zitator:
"die südsudanesichen Missionen, unterstützt von der Südsudanpolitik der Regierung"

Sprecher:
waren und deren Ziel es sein mußte.

Zitator:"Die Kirche im Süden... (dadurch) günstig zu plazieren, daß sie die offizielle Religion im Süden wird."

Sprecher:
Es ging auch darum, die Moslems zum Christentum zu bekehren:

Zitator:
"Der Sudan braucht handlungswillige Männer. Die Mohammedaner können nur durch Liebe gewonnen werden, jene Art von Liebe, bei der Tränen und Schweiß frei und häufig fließen. Versteinerte Herzen müssen gebrochen werden. Nur Gottes Hammer kann sie zerbrechen, nur Gottes heiße Feuer können sie schmelzen."

Sprecher:
Soweit eine Aussage der presbyterianischen Sudan Interior Mission aus dem Jahre 1946. Dieser Missionsauftrag war auch nach Auffassung der Anglikaner, der Church Missionary Society so wichtig, daß er das eigentliche Bildungsziel in den Missionsschulen sein mußte. 1953, drei Jahre vor der Unabhängigkeit dieses Landes, schrieb einer der Missionare in einer Broschüre im Zusammenhang mit den ersten südsudanesischen Studenten, die sich am University College in Khartoum immatrikuliert hatten:

Zitator:
"Was für eine Aufgabe stellt es für diese Schüler dar, dem

Islam das Evangelium Jesu Christi zu bringen, und welche Aufgabe für uns, Jungen aus unseren Schulen nach Khartoum zu senden, die überzeugte, begeisterte und wissensreiche Christen sind, mit einem tiefen, persönlichen Glauben an den lebenden Christus, der sie dazu bringen wird, durch ihr Leben und durch ihre Worte furchtlos Zeugnis abzulegen, koste es, was es wolle."

Sprecher:
Viele solcher und ähnlicher Aussagen könnten noch verständlich erscheinen, wenn der Südsudan nach fünfzigjähriger, in keiner Weise behinderter christlicher Missionstätigkeit wirklich eine überwiegend christliche Bevölkerung gehabt hätte. Doch die Ergebnisse der missionarischen Bemühungen waren außerordentlich mager. Die Zahlenangaben über den Anteil von Christen an der Bevölkerung des Südsudans schwanken beträchtlich. Drei mit päpstlichem Imprimatur versehene Missionszeitschriften, "Le Missioni Cattoliche" aus Mailand, "Raggio" aus Verona und "Annales de la Propagation de la Foi" aus Lyon nennen in ein und demselben Jahr, 1964, nach der Ausweisung der Missionare aus dem Süden, erheblich differierende Zahlen. "Le Missioni Cattoliche" spricht von insgesamt 300000 Christen, "Raggio" allein von 500000 Katholiken und "Annales de la Propagation de la Foi" immerhin noch von 409000 Katholiken.

Doch selbst wenn man von der wahrscheinlich zu hoch gegriffenen Zahl von einer halben Million Christen im Südsudan ausgeht, kann man immer noch nicht von einem christlichen Südsudan sprechen, da die Christen mit einem Sechstel der Gesamtbevölkerung bei beinahe fünf sechsteln Animisten nur eine Minderheit darstellen. Es sei denn, man wolle die Interessen einer in christlichen Schulen erzogenen elitären Minderheit mit den Interessen des Südsudans gleichsetzen, wie dies in Europa immer wieder geschieht, zum Beispiel in der Herder-Korrespondenz, wo es heißt:

Zitator:
"Eng verknüpft, zum Teil auch identisch mit den Problemen der Südprovinzen sind die Probleme der christlichen Kirchen in diesem Land." -

Sprecher:
Es wäre sicher falsch, die Rolle der Kirchen und christlichen Missionen im Südsudan zu untersuchen und zu kritisieren, ohne gleichzeitig zu sehen, daß diese Rolle vonseiten der Regierung nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert und durch eigene Maßnahmen ergänzt wurde.

1924 war es in den Städten des Nordsudans zu nationalistischen, auf ägyptische Einflüsse zurückzuführende und gegen Großbritannien gerichtete Unruhen unter dem Motto "Einheit des Niltales" gekommen. England mußte in der Möglichkeit

einer Annäherung zwischen Nordsudanesen und Ägyptern eine Gefährdung seines strategischen Konzeptes sehen, dessen Grundlage die Kontrolle über den Nil war.

Zitator:
"Folglich beschlossen die Engländer, den Südsudan",

Sprecher:
von wo aus zumindest der Weiße Nil kontrolliert werden konnte,

Zitator:
"noch ein kleines Stückchen weiter vom Norden wegzusteuern."

Sprecher:
Die ersten konkreten Maßnahmen in dieser Richtung waren bereits vor 1924 ergriffen worden. 1917 war das Äquatoria-Korps aufgestellt worden,

Zitator:
"Das ausschließlich aus Bewohnern des Südens bestehen, in dem die Befehle in Englisch erteilt werden und dessen Bräuche christlich sein sollten."

Sprecher:
1918 wurde in den südsudanesischen Missionsschulen in den oberen Klassen Englisch als Unterrichtsfach eingeführt, und der Sonntag anstelle des Freitags im Süden zum Feiertag erklärt. Bereits 1920 stellte der Generalgouverneur in seinem Jahresbericht fest, daß sich

Zitator:
"eine natürliche Trennung zwischen den zugänglichen und den unzugänglichen (Landesteilen) ergeben hat... Diese Trennung, so hat sich herausgestellt, entspricht fast genau (der Linie) zwischen dem arabischen und dem negroiden Teil des Sudans."

Sprecher:
Ab 1921 nahmen die Gouverneure der Südprovinzen nicht mehr an dem jährlichen Treffen aller Gouverneure des Sudans in Khartoum teil, sondern veranstalteten ihre eigenen Treffen. 1922 wurde ein Paßgesetz erlassen, das dem Generalgouverneur die Möglichkeit gab, die Freizügigkeit der Bewohner des Sudans rigoros einzuschränken und bestimmte Landesteile zu geschlossenen Distrikten zu erklären. Noch im selben Jahr wurde hiervon für die Provinzen Äquatoria und Ober-Nil im Süden Gebrauch gemacht, das heißt für jede Reise in dieses oder aus diesem Gebiet war eine besondere Erlaubnis erforderlich.

1925, ein Jahr nach den Unruhen im Norden, wurde ein Zulassungs- und Lizensierungsgesetz für Händler in Kraft

gesetzt, demzufolge

Zitator:
"Niemand außer einem Einheimischen, der in seiner unmittelbaren Heimat ein Geschäft betreibt, ohne Erlaubnis Handel treiben darf."

Sprecher:
Dieses Gesetz richtete sich vor allem gegen die im Süden lebenden nordsudanesischen Händler, Gallaba genannt, und wurde drei Jahre später noch einmal verschärft. Ab 1928 galten Lizenzen nur noch für zwölf Monate und wurden nur noch für Distrikthauptstädte erteilt. In einem 1930 verfaßten Memorandum zur Südsudan-Politik machte die Regierung deutlich, welche Absichten sie mit dem Zulassungs- und Lizensierungs-Gesetz für Händler verfolgte:

Zitator:
"Es ist das Ziel der Regierung, soweit wie möglich die griechischen und syrischen Händler und nicht die Gallaba zu unterstützen. Lizenzen für die Letztgenannten sollen ohne Aufhebens, aber zunehmend abgebaut werden."

Sprecher:
Bezeichnend ist es, daß es darum ging, eine Gruppe fremder Händler, nämlich die Gallaba, durch eine andere Gruppe fremder Händler, die Syrer und Griechen, zu ersetzen, nicht jedoch um einen Schutz der Südsudanesen vor Ausbeutung oder übermächtiger Konkurrenz. Nicht für den Süden war das Gesetz gemacht worden, sondern gegen den Norden.

Neben der den Missionen überlassenen Bildungspolitik - und in engem Zusammenhang damit - erwiesen sich die Beschlüsse der sogenannten Sprachenkonferenz von Rejaf im Jahre 1928 als am folgenschwersten für die weitere Entwicklung im Südsudan. An ihr nahmen Vertreter der im Südsudan und in den angrenzenden Territorien tätigen Missionsgesellschaften sowie Beamte der Regierung teil; diskutiert wurde die Frage, welche Sprachen im Schulunterricht und als Medium zwischen den Angehörigen verschiedener Stämme Verwendung finden sollten.

Bis dahin hatte sich als Lingua franca im Südsudan das sogenannte Mongallesisch durchgesetzt, eine Art Pidgin-Arabisch, mit dem sich die zahlreichen Stämme nicht nur untereinander, sondern auch im Verkehr mit Nordsudanesen und teilweise auch mit den Engländern verständigten. Ein Jahr vor der Konferenz in Rejaf hatte der Generalgouverneur nach einer Inspektionsreise durch den Süden noch in einer Notiz festgehalten:

Zitator:
"Überall, wo ich hinkam, ob auf die Höhen des Imatong-Ge-

birges oder an die Grenze zum Belgischen Kongo, wurde Arabisch von den Vertretern der Bevölkerung bereitwillig gesprochen. Angesichts dieses fait accompli müssen wir sehr sorgfältig die Frage prüfen, wie weit sich (der Aufwand an) Mühe und Geld lohnen wird, um die vollständige Unterdrükkung des Arabischen zu erreichen. Wir werden sogar prüfen müssen, ob das Arabische nicht doch, trotz aller seiner Risiken, unser Instrument sein sollte."

Sprecher:
Sehr ernsthaft scheint die Frage des Generalgouverneurs nicht mehr geprüft worden zu sein. Der höchste Erziehungsbeamte der Kon-Dominiums-Regierung stellte in Rejaf bei seiner Eröffnungsansprache fest, es sei die Politik der Regierung,

Zitator:
"so bald wie möglich Englisch zur Amtssprache im Südsudan zu machen."

Sprecher:
Mr. Matthews, der Redner, räumte zwar ein, daß das Pidgin-Arabisch sich weiterhin ausgebreitet habe, doch handelte es sich bei dieser Sprache seiner Meinung nach um

Zitator:
"Einen Jargon, der in seinen Ausdrucksmöglichkeiten ernsthaft beschränkt und deshalb in seiner derzeitigen Form nicht fähig ist, die Funktion einer Verkehrssprache zu erfüllen."

Sprecher:
Doch war es überhaupt nötig, eine Verkehrssprache im Südsudan einzuführen, den verschiedenen Stämmen eine Möglichkeit zu geben, miteinander zu sprechen? Die Konferenz sagte Nein und bestimmte sechs Stammessprachen, die künftig im Unterricht Verwendung finden und systematisch ausgebreitet werden sollten. Im administrativen Bereich sollte nur noch Englisch Verwendung finden.

Das hier im Sprachenbereich sichtbar werdende klassische Prinzip des Kolonialismus, das Divide et Impera, wurde am 25. Januar 1930 in einem Memorandum zur Südsudanpolitik noch einmal ausdrücklich betont und zur Maxime erhoben.

Zitator:
"Die Politik der Regierung ist es."

Sprecher:
So schrieb Sir Harold Mac Michael seinen Beamten im Süden,

Zitator:
"Eine Reihe in sich abgeschlossener rassischer oder stam-

mesmäßiger Einheiten zu schaffen, deren Struktur und Organisation auf einheimischen Sitten, traditionellen Gebräuchen und Anschauungen beruhen sollen, soweit dies die Erfordernisse von Billigkeit und guter Verwaltung erlauben."

Sprecher:
Um dieses an die von Südafrika betriebene Apartheidpolitik erinnernde Ziel zu erreichen, wurden eine Reihe von erforderlichen Maßnahmen aufgezählt und vorgeschrieben, darunter
- eine weitere Reduzierung der Zahl der nordsudanesichen Händler im Südsudan,
- die Aufforderung an alle englischen Beamten, sich gründlich über die Sozialstruktur, die Religionen, die Sitten und Gebräuche der ihnen administrativ anvertrauten Stämme zu informieren,
- die von der Rejaf-Konferenz empfohlene Politik der Förderung und Durchsetzung der sechs Gruppensprachen fortzuführen, selbst wenn dadurch kleinere Sprachen aussterben würden, was

Zitator:
"Im Laufe der Zeit sowieso nicht zu vermeiden ist, da 'kleinere Sprachen' notwendigerweise immer zum Aussterben tendieren."

Sprecher:
Schließlich sollten die Beamten sich vordringlich um das Erlernen der Lokalsprachen bemühen, denn:

Zitator:
"Es kann gar nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß es die allererste Aufgabe der Beamten ist, die Sprache der Menschen sprechen zu lernen, die er kontrolliert."

Sprecher:
Doch hinter dieser Ermahnung versteckte sich ein anti-arabisches Sentiment. Arabisch sei nicht die Sprache der im Süden lebenden Menschen und

Zitator:
"Die Beamten müssen den Fehler vermeiden, der sich in der Vorstellung niederschlägt, daß sie durch die Benutzung des Arabischen in irgendeiner Weise das Prinzip befolgen, daß der Beamte mit den ihm anvertrauten Menschen in deren eigener Sprache verkehren soll."

Sprecher:
Im Bereich der Verwaltung sollte überall dort, wo es sich um stammesmäßig heterogene Gruppierungen wie bei Polizei und Armee handelte, so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich Englisch eingeführt werden, jedoch nicht nur als Befehlssprache, sondern als möglichst umfassendes

Verständigungsmedium der Männer untereinander,

Zitator:
"mit dem Ziel der vollständigen Ausschaltung des Arabischen."

Sprecher:
Im Verkehr mit Untergebenen sollten Beamte, deren Beherrschung der Lokalsprache für eine Verständigung noch nicht ausreichte, nicht Arabisch sprechen, selbst wenn diese Sprache verstanden wurde, sondern Englisch:

Zitator:
"In jedem Fall ist der Benutzung des Arabischen die Einschaltung eines Dolmetschers vorzuziehen."

Sprecher:
Die 1930 fixierte sogenannte Südsudanpolitik entpuppte sich bei näherem Hinsehen nicht als eine konstruktive Politik für den Südsudan, sondern als eine ausschließlich gegen den Norden gerichtete Politik der Spaltung. Für den Südsudan bedeutete sie Zersplitterung und Zementierung überholter Stammesstrukturen, die auch dort, wo sie bereits im Absterben begriffen waren, erneut belebt wurden. Vom Norden abgeschnitten, gegen Umwelteinflüsse hermetisch abgeschirmt, versuchten Distriktkommissare und Missionare ihre Vorstellung vom "Braven Wilden" zu retten, stellten sie Restauration und Stagnation an die Stelle von Entwicklung und Fortschritt.

Bestimmend war dabei ein schwer verständlicher, militant antiarabischer Affekt, dessen Auswirkungen häufig allerdings komisch wirkten. So schrieb ein Distriktkommissar 1935 einem griechischen Kaufmann:

Zitator:
"Trotz mehrfacher gegenteiliger Aufforderungen habe ich feststellen müssen, daß große Mengen 'arabischer' Kleidung noch immer hergestellt und getragen werden. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Herstellung oder der Verkauf solcher Kleidung künftig verboten sind. Hemden müssen kurz sein, mit einem Kragen und einer Öffnung vorne, wie es die europäische Art ist."

Sprecher:
Während im Südsudan versucht wurde, die Uhr zurückzudrehen, gewannen im Norden die nationalistischen, auf Befreiung drängenden Kräfte zunehmend an Stärke. Für sie waren die Lage im Südsudan und die auf Separation hinauslaufende Politik der Engländer ein besonderes Ärgernis und ein zentraler Ansatzpunkt für nationalistische Agitation. 1942 forderte der Graduates General Congress, ein Zusammenschluß der Intelligenzia, aus dem sich wenige Jahre später die

ersten politischen Parteien des Landes entwickelten, die Beendigung dieser Südsudanpolitik. Immer lauter und immer dringlicher wurde diese Forderung fortan vorgetragen. England konnte sich der Diskussion über die Zukunft des Südsudans nicht mehr länger entziehen; unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geriet diese Diskussion in ihr entscheidendes Stadium. Verhandlungen zwischen London und Kairo über die englischen Rechte am Suez-Kanal und über den Sudan zwangen England, seine Politik im Südsudan aufzugeben, um Konzessionen am Suez-Kanal zu erwirken. Am 16. Dezember 1946 waren die Würfel gefallen. Der Civil Secretary, der nach dem Generalgouverneur höchste Beamte der Kon-Dominiums-Regierung, schrieb seinen Untergebenen im Südsudan:

Zitator:
"Die Politik der Regierung ... in Hinblick auf den Südsudan besteht darin, von der Tatsache auszugehen, daß die Bewohner des Südsudans zwar deutlich afrikanisch und negroid sind, daß aber geographische Lage und Wirtschaft sie - soweit sich das heute voraussehen läßt - unauflösbar ... mit dem mittelöstlichen und arabisierten Nordsudan verbinden; und deshalb muß sichergestellt werden, daß sie mit Hilfe bildungsmäßiger und wirtschaftlicher Entwicklung dafür gerüstet werden, in Zukunft als sozial und wirtschaftlich Ebenbürtige mit ihren Partnern im Nordsudan ... für sich selbst einzutreten."

Sprecher:
Mit diesen dürren Worten räumte die durch den Weltkrieg müde gewordene Kolonialmacht England ihre Positionen im Südsudan. Zugleich schob sie die Verantwortung für das künftige Schicksal der Südsudanesen diesen selber zu, wohl wissend, daß diese darauf weder vorbereitet waren noch in der kurzen verbleibenden Zeit vorbereitet werden konnten.

Mit atemberaubender Schnelligkeit vollzog sich in den nächsten Jahren die konstitutionelle Entwicklung im Sudan, die diesem Land am 1. Januar 1956 als sechstem afrikanischem Staat nach Liberia, Äthiopien, Südafrika, Ägypten und Libyen die nationale Unabhängigkeit brachte.

Als sich der Freudentaumel gelegt hatte und man sich in Khartoum daran machte, eine Bestandsaufnahme dessen durchzuführen, was knapp sechzig Jahre fremder Herrschaft mit sich gebracht hatten, bot sich ein trauriges Bild. Grob gesprochen, gab es einen Nordteil des Landes, in dem etwa zwei Drittel der Bevölkerung wohnten, in dem, von einigen Gebieten im Osten und im Westen abgesehen, wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden hatte, in dem es eine Geldwirtschaft, Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Versorgungs-

und Dienstleistungsbetriebe, einen modernen Hafen als Tor zur Welt, ein relativ gut ausgebautes Eisenbahn- und Kommunikationsnetz, Rundfunk und Zeitungen, eine in den Städten kritische und vokale Öffentlichkeit, Gewerkschaften, politische Parteien, erfahrene Beamte und vor allem auch eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Religion gab, die zugleich ein Minimum an allgemeinverbindlichen sozialen Wert- und Ordnungsvorstellungen garantierte.

Der Süden des Landes dagegen, mit einem Drittel der Bevölkerung war so unterentwickelt wie eh und je. Nur ein Bruchteil der Bevölkerung hatte die Möglichkeit gehabt, Schulen zu besuchen, deren Qualität zudem fragwürdig war. Die Wirtschaft bestand im wesentlichen aus Subsistenz und Tauschhandel. Bargeld stellte außerhalb der kleinen Städte eine Seltenheit dar oder war vollkommen unbekannt. Es gab keine Gewerkschaften, keine politischen Parteien im echten Sinne, keine Presse, von dem "Messenger", einem Missionsblättchen der römisch-katholischen Verona-Patres abgesehen. Die Zahl erfahrener Beamter ließ sich an zwei Händen abzählen. Öffentliche Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe waren nur dort entstanden, wo die Engländer ihre Verwaltungszentren errichtet hatten,Krankenhäuser nur dort, wo die Missionen sie erbaut hatten. Es gab keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsame Religion, keine allgemeinverbindlichen sozialen Ordnungs- und Wertvorstellungen.

In der Übergangsphase von der Fremdherrschaft zur Selbständigkeit zwischen 1949 und 1956, als Vertreter des Südens zunächst in der Legislativ-Versammlung und später in dem Übergangsparlament mitarbeiteten, kam dem Süden erst richtig zu Bewußtsein, wie rückständig er, wie kraß das Entwicklungsgefälle zwischen Norden und Süden tatsächlich war. Die Folgen waren Angst und Furcht des Südens vor diesem überlegenen Partner, eine Wiederbelebung des historischen Traumas vom Sklavenhandel und der Unterjochung des Südens durch den Norden, ein massiver Minderwertigkeitskomplex und die Forderung nach einer Fortführung der Schutzpolitik für den Südsudan, bis dieser mit dem Norden auf dem gleichen Stande sein würde.

Noch im geringsten Anlaß äußerte sich diese Haltung der Südsudanesen. Im Mai 1951 fragte ein südsudanesischer Abgeordneter in der Legislativ-Versammlung, warum den Häuptlingen in den Südprovinzen Ehrengürtel und nicht Ehrengewänder wie den Scheichs in den Nordprovinzen verliehen würden. Die Antwort des Staatssekretärs des Innern, hierfür seien klimatische Gründe und der Geschmack der Häuptlinge entscheidend, veranlaßte einen der südsudanesischen Abgeordneten unter Anspielung auf die Sitte mancher der im Süden lebenden Stämme, nackt herumzulaufen, zu der rhetorischen Frage:

Zitator:
"Ist der Staatssekretär des Innern nicht vielleicht doch der Auffassung, daß den südsudanesischen Häuptlingen Gürtel - und keine Gewänder - wegen der Art verliehen werden, in der sie sich kleiden, und meint er nicht auch, daß Gewänder dem kalten und feuchten Klima des Südens besser angepaßt wären als Gürtel?"

Sprecher:
Die Protokolle der Sitzungen der parlamentarischen Gremien des Sudans vor der Unabhängigkeit sind voll von Äußerungen dieser Art, nicht nur von südsudanesischer Seite, sondern auch von Nordsudanesen. So trug es sicher nicht zur Steigerung des Selbstbewußtseins der Südsudanesen bei, wenn ein Parlamentskollege aus dem Norden in einer Rede feststellte:

Zitator:
"Die beiden größten Skandale der englischen Herrschaft im Sudan bestehen darin, daß die Bewohner des Westens ihr Wasser für die Trockenzeit noch immer in ausgehöhlten Tebeldi-Bäumen speichern müssen und daß die Einwohner des Südens noch immer nackt herumlaufen."

Sprecher:
Im 19. Jahrhundert war es erstmals zum Kontakt zwischen der afrikanischen und der arabisch-islamisch geprägten Kultur im Sudan gekommen, der sich zum Konflikt entwickelt hatte. Die Intervention Europas hatte diese Entwicklung abrupt unterbrochen. Erst fünfzig Jahre später, in der Mitte des 20. Jahrhunderts, und erneut aufgrund einer Entscheidung Europas, war der Kontakt wieder hergestellt worden. Diesmal allerdings handelte es sich nicht mehr nur um in erster Linie kulturelle Gegensätze und relativ einfache ökonomische Ursachen, die den Konflikt auslösen und bestimmen sollten, sondern der zwangsläufig zur Austragung anstehende Kulturkonflikt wurde durch die krassen Unterschiede im sozio-ökonomischen Entwicklungsstand der beiden Teile des Sudans erheblich verschärft. Die Zusammenfügung zweier so ungleicher Größen wie in diesem Fall, die man sich fast ein halbes Jahrhundert lang auseinanderzudividieren bemüht hatte, konnte nicht gut gehen und mußte von der latenten zur offenen Konfrontation führen.

Im August 1955 war es soweit, als wenige Monate vor der Unabhängigkeit das im Süden stationierte Äquatoria-Korps einen blutigen Aufstand anzettelte. Mehrere Hundert Nordsudanesen, Männer, Frauen und Kinder, wurden wahllos niedergemetzelt. Es war dies ein Akt der auf Hoffnungslosigkeit folgenden Verzweiflung mit dem Ziel, England und die Weltöffentlichkeit wachzurütteln und so zu veranlassen, daß England seinen Rückzug aus dem Sudan, wenigstens jedoch aus dem Südsudan verlangsamte und als Treuhänder der südsudanesischen Interessen noch so lange dort blieb und

die Stellung hielt, bis der Süden wirklich, wie vom Civil Secretary am 16. Dezember 1946 als Ziel formuliert,

Zitator:
"Als sozial und wirtschaftlich Ebenbürtiger mit ihren Partnern im Nordsudan ... für sich selbst einzutreten (in der Lage war)."

Sprecher:
Der Plan schlug fehl. England fühlte sich nicht mehr verantwortlich.

Zitator:
"Dies war ein Aufstand von Sudanesen gegen die sudanesische Regierung, nicht gegen England. Folglich war es auch die Aufgabe der Sudanesen, damit fertig zu werden."

Sprecher:
So sah einer der letzten, 1955 noch im Sudan tätigen englischen Beamten die Lage und wusch seine Hände in Unschuld. Doch für die Südsudanesen war Englands Rückzug

Zitator:
"der letzte und schwerwiegendste Verrat Großbritanniens an den Südsudanesen."

Sprecher:
Als am 1. Januar 1956 über dem schneeweißen Palast des Generalgouverneurs in Khartoum, in dem fortan der Oberste Staatsrat des Landes seinen Sitz hatte, unter dem Jubel der Bevölkerung die blau-grün-gelbe Nationalfahne des Sudans zum ersten Mal gehißt wurde, stand es fest, daß die Südsudanesen von nun an wirklich auf sich selbst gestellt sein würden, daß kein englischer Distriktkommissar sie in Zukunft gegen die Nordsudanesen und mögliche Übergriffe von dieser Seite schützen, daß es ihre Aufgabe sein würde und sein mußte, sich in diesem jungen und heterogenen Staat einen angemessenen Platz zu erkämpfen.

Es mag paradox klingen, doch der Aufstand des Äquatoria-Korps vom August 1955, der massive Vergeltungsaktionen der Nordsudanesen nach sich zog und in einer Niederlage des Südsudans endete, markierte im Südsudan den Beginn der nationalistischen Phase, die etwa zur gleichen Zeit im Norden zu Ende ging. Dieser Aufstand war das befreiende Moment, den Kampf für einen angemessenen Platz in der sudanesischen Gesellschaft aufzunehmen. Er gab den Südsudanesen etwas von dem verlorengegangenen Selbstbewußtsein zurück, befreite sie von dem Makel des "Abid", des Sklaven und ewig Unterlegenen, war in seinen Auswirkungen durchaus ein Akt gewaltsamer Emanzipation, in dem Sinne, wie Frantz Fanon die Gewalt sieht, denn sie

Zitator:
"befreit den Kolonisierten von seinem Minderwertigkeitskomplex ... Sie macht ihn furchtlos, rehabilitiert ihn in seinen eigenen Augen ... wirkt totalisierend und national."

Sprecher:
Gewalt und Gegengewalt haben seit 1955 nicht aufgehört, im Südsudan eine Rolle zu spielen, wenn auch mit wechselnder Stärke. Menschen haben unter ihr gelitten, sind ihr zum Opfer gefallen, ohne zumeist an der Gewalt selber teilzunehmen. Was sich im Südsudan heutzutage abspielt, ist nicht der viel und gern beschworene Völkermord, den Europa heute überall in Afrika zu erkennen glaubt, ist kein verspäteter Kolonialkrieg wie die Ereignisse im ehemals Belgischen Kongo, ist kein Ausbruch blinder Rache und besinnungslosen Blutrausches wie das Tussi-Schlachten im Rwanda oder das Arabermorden auf Sansibar, hat nicht die tragische, wenn auch verirrte Größe des Biafra-Untergangs, ist kein Bürgerkrieg. Im Südsudan liefern sich zwei Armeen, das sudanesische Militär und die Guerilleros der "Anya Nya" (Anjanja), einen auf Hinterhalte und Überfälle auf wehrlose Dorfbewohner reduzierten Stellungskrieg, den keiner gewinnen kann. Fremde Interessen spielen in diesen Buschkrieg hinein, der kaum Soldaten und Guerilleros das Leben kostet, wohl aber Zivilisten, die vor Armee und Anya Nya aus ihren Dörfern fliehen, im Busch umherirren, hungern und verhungern oder fern jeder ärztlichen Versorgung und wegen ihres geschwächten Allgemeinzustandes sonst harmlosen Krankheiten erliegen, fremde Interessen, die in Verona, wo das Stammhaus der Kombonianer-Mission steht, unter den aus dem Südsudan vertriebenen Missionare ebenso anzutreffen sind wie bei mohammedanischen Fanatikern in Saudi-Arabien, in Kuweit und unter den Professoren der al-Azhar-Universität in Kairo. Sie sind es, die, jeder in seinem Sinn, diese Unruhen in einen Konflikt zwischen Christentum und Islam umfunktionieren wollen.

Das Land selber jedoch, im Norden wie im Süden, ist voller Überdruß, möchte den Konflikt beendet sehen, einen Modus vivendi finden, der einen fairen und nicht - wie alle bisherigen Versuche in dieser Richtung - faulen Kompromiss darstellt. Die "nationale Wirkung" der Gewalt, von der Frantz Fonan schreibt, ist im Süden wie im Norden des Sudans sichtbar und spürbar.

Die meisten Führer des Südens, ob sie nun legal als Politiker innerhalb des Sudans arbeiten, ob sie im Exil leben, ob sie als Guerilla-Führer im südsudanesischen Maquis gegen die Armee kämpfen, ob sie im Sudan oder im Ausland studieren oder als Ärzte, Rechtsanwälte und Beamte irgenwo im Sudan arbeiten, haben als Folge der Ereignisse von 1955 bis heute erkannt, daß sie eine eigene, eine schwarzafrikanische, tropische, negroide Identität besitzen. Sie haben

ihren Minderwertigkeitskomplex verloren, sprechen mit Stolz von ihrer Kultur und wissen, daß diese Kultur entwicklungsfähig ist, daß sie über soziale Institutionen und Wertsysteme verfügt, die den Vergleich mit anderen Systemen dieser Art aushalten, daß sie kreativ und vital ist.

Zitator:
"Hören Sie sich die Musik hier im Norden an",

Sprecher:
erklärt ein südsudanesischer Student an der Universität Khartoum,

Zitator:
"die Melodien sind arabisch, die Sentimentalität ist arabisch, aber der Rhythmus und die Vitalität sind afrikanisch, sie stammen aus dem Süden".

Sprecher:
Diese Aussage wird von den Musikwissenschaftlern im Nordsudan bestätigt. Zu dem Stolz auf die eigenen, unverwechselbaren musikalischen Rhythmen gesellt sich der Stolz auf die afrikanische Kunst, die Malerei, die Schnitzerei, den Tanz als ein noch immer elementares Ausdrucksmittel für Trauer und Freude, Sehnsucht und Hingabe, das der Nordsudanese im Süden genauso gut versteht wie der Südsudanese im Norden, auch der Stolz auf die Stellung der Frau im Süden, deren weitgehende Freiheit auf ihrer Beteiligung an der produktiven Arbeit beruht, also das genaue Gegenteil der Lage der nordsudanesischen Frau darstellt.

Viele Südsudanesen, vor allem die jüngeren Intellektuellen, bemühen sich systematisch darum, ihre eigene afrikanische Persönlichkeit zu erfassen, darzustellen, zu vergleichen mit dem, was Nyerere, Jomo Kenyatta, Kaunda und Senghor sagen und schreiben, empfinden und wollen. Und dabei finden sie Verbündete im Norden.

Zitator:
"Ich bin Moslem und ich spreche Arabisch,"

Sprecher:
sagen oder denken viele Nordsudanesen heute bereits,

Zitator:
"aber deswegen bin ich noch lange kein Araber. In mir fließt überwiegend afrikanisches Blut, meine Haut ist dunkel, meine Lippen sind wulstig; wenn ich nach Beirut reise und am Flughafen nach meiner Stammeszugehörigkeit gefragt werde und Araber antworte, dann treffen mich ungläubige Blicke."

Sprecher:
Viele Nordsudanesen, deren Väter oder die auch selber zunächst überzeugt waren, daß sie unzweifelhaft zur arabischen, zur mittelöstlichen Welt gehören, sind inzwischen verunsichert. Ein weit über den Sudan hinaus berühmter Maler, Ibrahim el-Salahi, berichtet von seiner Zeit in den USA:

Zitator:
"In New York wurde ich ganz genauso als Neger diskriminiert wie meine dort lebenden Freunde aus dem Südsudan. Dort haben wir uns aufgrund unserer gemeinsamen Erfahrungen solidarisiert. Soll ich hier plötzlich sagen, ich sei Araber und er sei Neger? Mein Großvater war ein reinblütiger Araber, meine Großmutter eine reinblütige Nilotin, schwarz wie Kohle. Und meine Großmutter war eine Sklavin. Folglich bin ich ein Produkt des Sklavenhandels; ich definiere mich als einen Afrikaner mit einem Schuß arabischen Blut."

Sprecher:
Der Nordsudanese, ganz im Gegensatz zum wirklich rein afrikanischen Südsudanesen, ist in aller Regel das Ergebnis einer jahrhundertelangen Vermischung von verschiedenen Völkern, in dem das negroide Element überwiegt, das aber lange Zeit und in der überwiegenden Mehrzahl bis heute durch die von Arabien ausgehende religiöse, sprachliche und kulturelle Assimilation übertüncht war und ist. Diese "gespaltene Persönlichkeit" der Nordsudanesen bietet manche Ansatzpunkte, wenn man sich um eine Interpretation vieler der sich im Sudan abspielenden Vorgänge bemüht. In ihr steckt aber auch große Hoffnung, sucht man konstruktive Perspektiven für die Zukunft dieses Landes. Der ehemalige Oberkommandierende der im Südsudan stationierten Armee-Einheiten und damals dort sicher mächtigste Mann glaubt nicht mehr daran, daß seine Generation eine Lösung des Konfliktes herbeiführen könnte:

Zitator:
"Die Hoffnung für dieses Land liegt bei der jungen Generation, die jetzt die Schulen und die Universität besucht."

Sprecher:
General Ahmed el-Sherif el-Habib mag bei diesen Worten an seine Neffen gedacht haben, die zu jener Zeit gerade ihre juristischen Examina in der Universität Khartoum ablegten.

Zitator:
"Als Lumumba ermordet wurde, da habe ich geweint, und als Nasser den Sieben-Tage-Krieg verlor, da habe ich auch geweint. Meine Reaktionen waren identisch, meine Gefühle unterschieden sich durch nichts. Nur ... wenn die Araber die Afrikaner oder umgekehrt angreifen würden, dann wüßte

ich nicht, wie ich mich verhalten würde."

Sprecher:
Auch hier der Zwiespalt in ein- und derselben Person, der Zwiespalt zwischen Araber und Afrikaner, zwischen Arabien und Afrika. Doch der Zwiespalt in dieser neuen Generation ist nicht mehr so emotionsgeladen wie bei der Generation der Väter, deren Kampf um nationale und politische Emanzipation sich an Ägypten orientierte, die dort zum Teil ihre Ausbildung erhielten, die in den zwanziger und dreißiger Jahren die arabische Erneuerungsbewegung intensiv studierten, aus ihr Impulse erhielten und die Rückschläge, die sie bei ihrem politischen Kampf erleiden mußten, an der ehemaligen Größe der Araber und ihres Reiches maßen und dadurch besser verwinden konnten, ohne in Resignation zu verfallen.

Die junge Generation dagegen orientiert sich an ideologischen Vorbildern, nicht mehr an historischen. Für sie ist Gamal Abdel Nasser als politischer Denker ebenso wichtig wie Sekou Touré, Kwame Nkrumah oder Patrice Lumumba. Sie versucht in den Kategorien der Bandung-Konferenz zu denken, definiert ihre Zugehörigkeit nicht nach Arabien oder Afrika, sondern nach Arm und Reich, nach Industrieländern und Dritter Welt. Diese neue Generation rechnet sich zur Welt der Armen und Rechtlosen, bekennt sich zum Geist von Bandung, zur Solidarität der Unterdrückten im Kampf gegen ihre Unterdrücker, wendet sich gegen das Unrecht, wo immer es auftritt. Für sie ist der Nah-Ost-Konflikt, das Problem der Palästinaflüchtlinge, nicht mehr das alles politische Handeln bestimmende Problem schlechthin, sondern nur eines unter vielen gleichartigen Problemen, ob das die Apartheidpolitik in Südafrika, die Studentenunruhen in Europa oder die Rassenunruhen in den Vereinigten Staaten sind.

Daß diese Haltung nicht nur aus leeren Worten besteht, haben die Studenten, Schüler und jungen Arbeiter 1964 unter Beweis gestellt, als sie gegen die Südsudanpolitik der Abboud-Regierung protestierten und demonstrierten, als sie sich trotz massiver Drohungen nicht einschüchtern ließen und solange weiterdemonstrierten, bis Polizei und Armee sie zusammenprügelten und schließlich auf sie schossen, bis die ersten Toten zu beklagen waren und bis auf diese Weise ein Solidarisierungsprozeß der Bevölkerung eingeleitet wurde, der das Militärregime zu Fall brachte.

An diese Ereignisse aus dem Jahr 1964, an die sogenannte Oktoberrevolution, knüpfen nun die Männer bewußt an, die im Mai vorigen Jahres die Macht im Sudan ergriffen. Gaafar el-Nimeiri betonte dies in seiner ersten Ansprache nach dem erfolgreich verlaufenen Putsch:

9. Anhang:

Karikaturen aus "SUDAN INFORMAZIONI"

Unter der Redaktion von Verona-Pater Agostino Sanfratello wird in Mailand ein vierzehntätig erscheinender Informationsdienst - "SUDAN INFORMAZIONI" - herausgegeben, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, über die Ereignisse im Sudan zu berichten (vergleiche Faksimile-Wiedergabe des Titelblattes auf der folgenden Seite).

Dieser Informationsdienst hat zweifellos seine Verdienste, da er sich sowohl um die Beobachtung der sudanesischen wie der internationalen Presse bemüht und die wichtigsten Nachrichten und Berichte veröffentlicht. Auf diese Weise kann der regelmäßige Leser von "SUDAN INFORMAZIONI" einen recht guten, wenn auch zum Teil einseitigen Eindruck von der Berichterstattung über den Sudan gewinnen, einseitig deshalb, weil nachweislich bestimmte Artikel über den Sudan nicht aufgenommen werden.

Die Tendenz des Pressedienstes wird am Beispiel der jeder Ausgabe beigegebenen Karikaturen sehr deutlich: sie ist in gleicher Weise emotional und militant, prosüdsudanesisch und anti-nordsudanesisch. In den Augen der Mitarbeiter von "SUDAN INFORMAZIONI" ist der Südsudanese der geknechtete, getretene, ermordete und massakrierte Mensch, der Nordsudanese der feiste, biedermännische, bluttriefende Mörder.

Die nachstehenden Beispiele mögen dies ebenso verdeutlichen wie die Behauptung der Veron-Patres fragwürdig machen, sie mischten sich nicht in politische Fragen ein.

Registrazione Tribunale di Milano N. 235-67 del 30 luglio 1967
Direttore Responsabile Agostino Sentinello

NUMERO DOPPIO: 10/25 ottobre 1969
Fascicoli 51/52

Sudan Informazioni

Agenzia di notizie e documenti

SOMMARIO

SUDAN ARABO

Forte propaganda degli arabi del Sudan sulla questione del Sud: Il viaggio del dittatore El Nimeri nelle Province meridionali: conferenza stampa a Wau (S.I. 331-69 p.1) Nimeri Parla a Malakal (S.I. 332-69 p.2). Nimeri arriva a Juba (S.I. 333-69 p.8). Nimeri a Torit (S.I. 334-69 p.9) Il Sudan deve combattere il sionismo in Africa, dice il primo ministro Awadalla (S.I. 334-69 p.9) Il governo combatterà la propaganda imperialista sulla questione del Sud (S.I. 335-69 p.10). I Fratelli Musulmani contro il governo sudanese (S.I 336-69 p.10) Distribuiti solo gli aiuti delle Nazioni Unite (S.I. 337-69 p.10) Aiuti [illegible] al Sudan (S.I. 338-69 p.10) Missione in Kenya (S.I. 339-69 p. 10). Contro Israele e Romania (S.I 340-69 p.11). Il Sudan paga gli arretrati all'Organizzazione per l'Unità Africana (S.I. 341-69 p.11). Il Sudan arabo, la Banca Mondiale e il Mercato Comune (S.I. 342-69 p.11). Disposizioni per i profughi sudisti in Congo secondo il quotidiano di Khartum "The Sudan News (S.I. 343-69 p.11). Scoperti esplosivi presso Omdurman (S.I. 344-69 p.11). Al bando la Coca Cola e la Fanta in Sudan (S.I. 345-69 p.12). Trattative per un prestito inglese di 5 milioni di sterline (S.I. 346-69 p.12). Sensazionale: per la prima volta uno del Sudan meridionale diviene ambasciatore (S.I. 347-69 p.12). "La Voce di El Fatah" su Radio Omdurman (S.I. 348-69 p.12). Così vede la questione del Sudan meridionale il maggiore Hashim El Atta, membro del Consiglio rivoluzionario arabo di Khartum (S.I. 349-69 p.12). Complotto razziale? (S.I. 350-69 p.13). Movimento di Arabi in esilio cerca contatti con i politici sudisti per rovesciare il governo di Khartum (S.I.351-69 p.14)

SUDAN NERO

Scontri militari fra Anya-Nya e truppe arabe d'occupazione (S.I.352)

DOCUMENTAZIONE

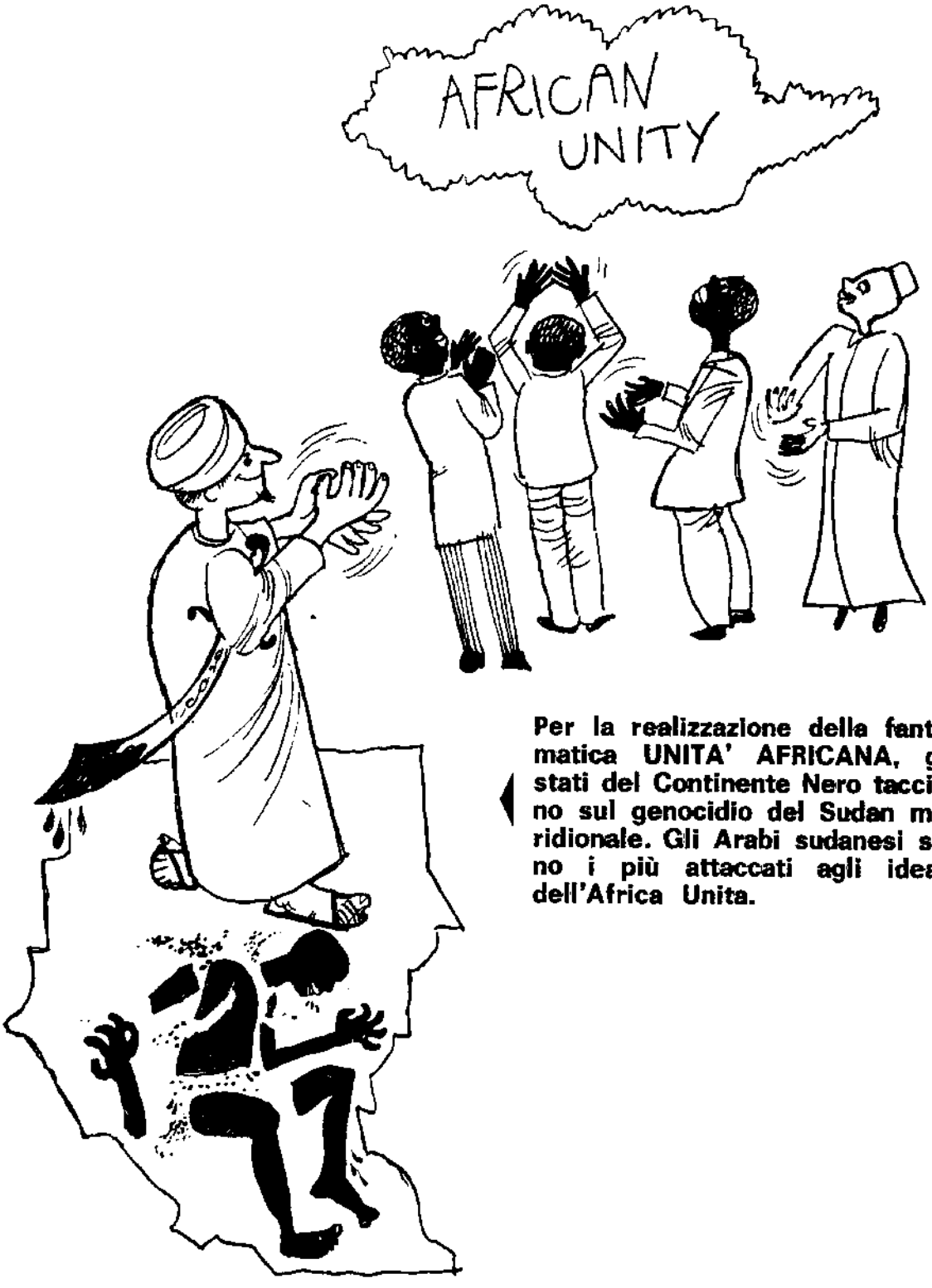
(in Francese)

"Le Monde", 2 aout 1969 (S.I. 353-69 p.15) "Jeune Afrique", N° 441 (S.I. 354-69 p.17) "Jeune Afrique", N° 442 (S.I.355-69 p.20) "Terre Africaine", 24 Septembre 1969 (S.I. 356-69 p.21)

(in inglese) Anyanya military clashes with Arab colonising soldiers (S.I. 357-69 p.22). Continua il "genocidio nel Sud Sudan" (num. proprio.

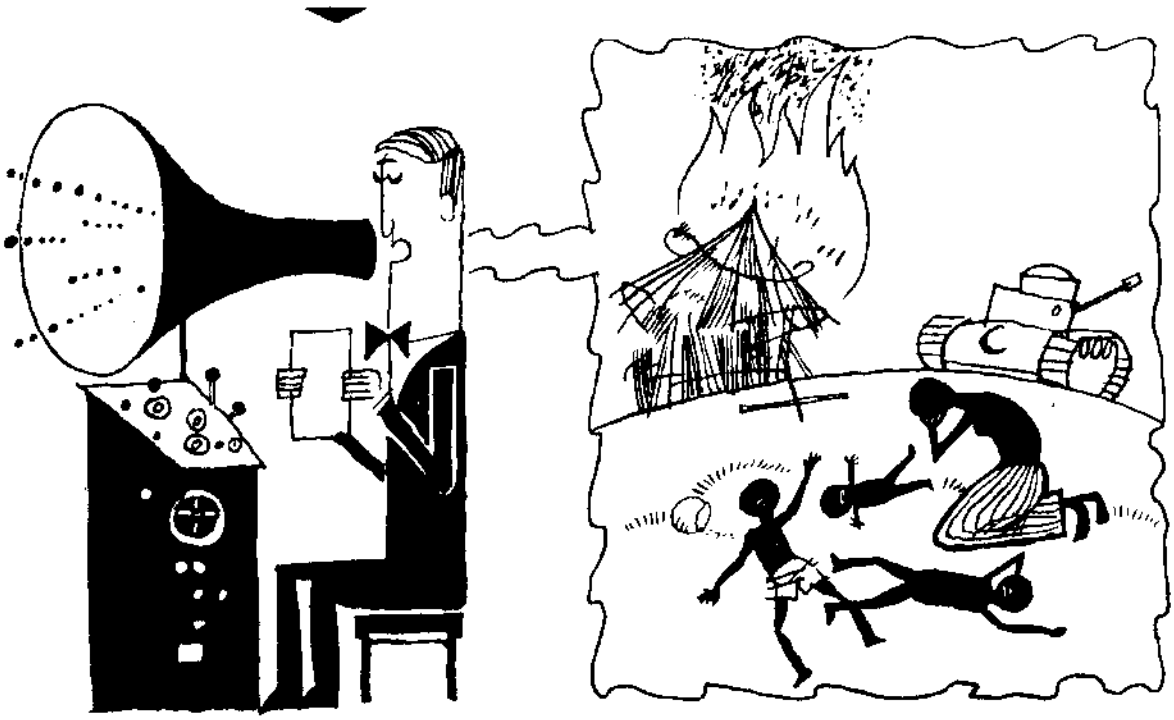
20100 MILANO - CASELLA POSTALE 901

Come si applicano al Sudan meridionale i principî di cui va orgoglioso il secolo ventesimo

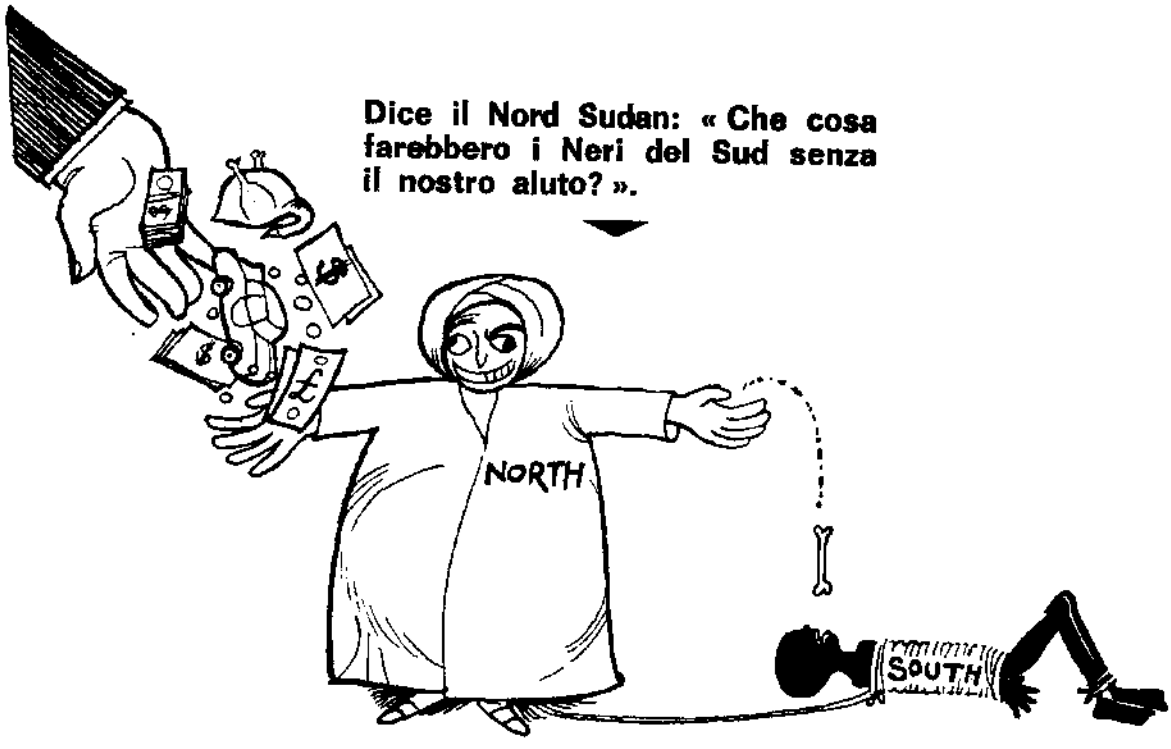


Per la realizzazione della fantomatica UNITA' AFRICANA, gli stati del Continente Nero tacciono sul genocidio del Sudan meridionale. Gli Arabi sudanesi sono i più attaccati agli ideali dell'Africa Unita.

(Übersetzung: Um das Phantom der 'Afrikanischen Einheit' zu verwirklichen, schweigen die Staaten des Schwarzen Kontinents zu dem Völkermord im Südsudan. Die sudanesischen Araber sind den Idealen der afrikanischen Einheit am stärksten verbunden.)



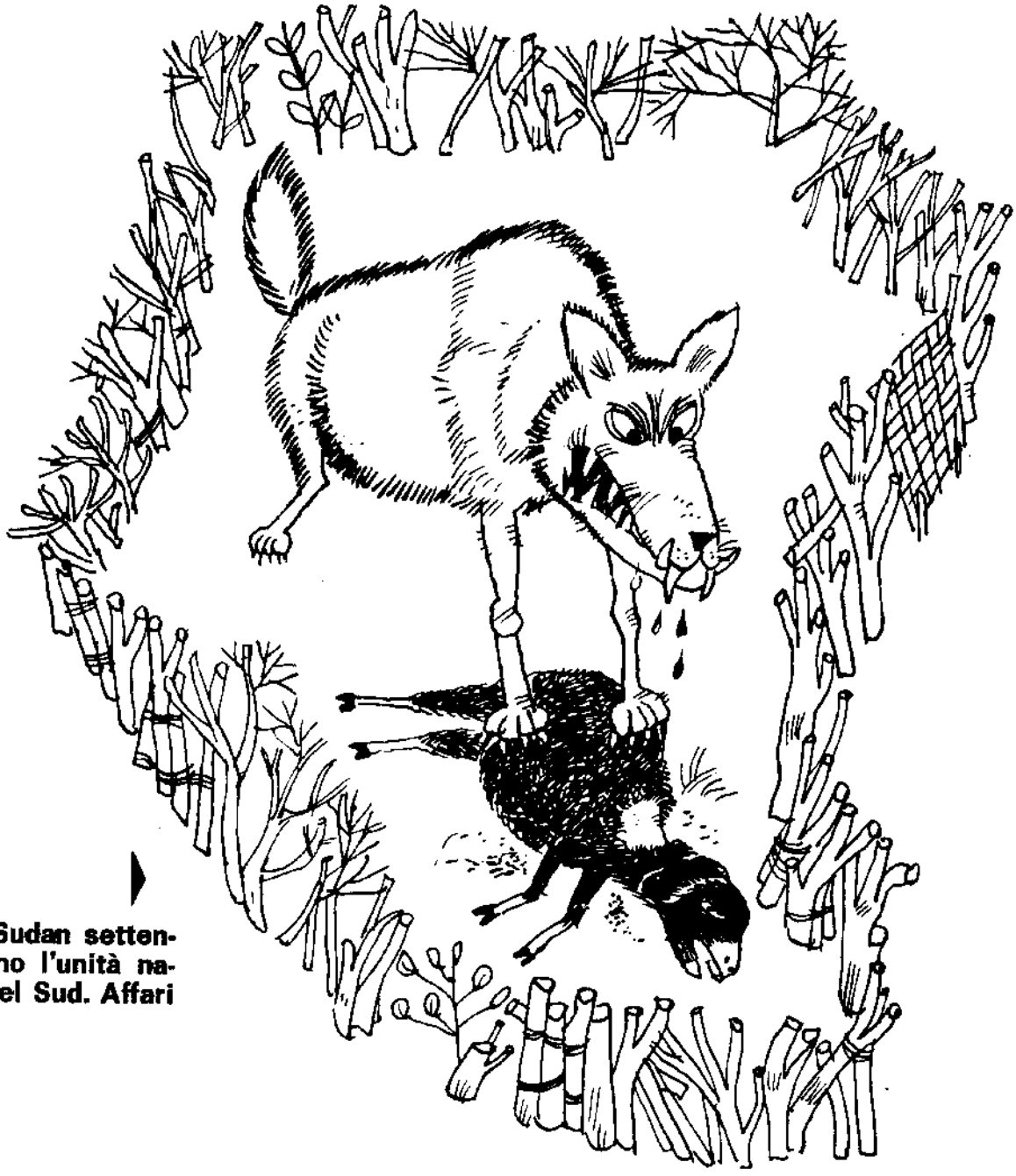
(Übersetzung: Die großen Nachrichtenagenturen 'bedienen' die arabische Regierung in Khartoum: 'Im Südsudan haben die Ordnungskräfte drei mit automatischen Waffen ausgerüstete Aufständische getötet.')



(Übersetzung: Der Nordsudan sagt: 'Was würde aus dem Südsudan ohne unsere Hilfe?')

I paesi democratici fanno a gara col mondo comunista nell'offrire al Sudan arabo i mezzi con cui risolvere i problemi del sottosviluppo.

(Übersetzung: Die demokratischen Länder wetteifern mit der kommunistischen Welt darin, dem arabischen Sudan die Mittel zur Lösung der Probleme der Unterentwicklung zur Verfügung zu stellen.)



Così gli Arabi del Sudan settentrionale concepiscono l'unità nazionale con i Neri del Sud. Affari interni!

(Übersetzung: So verstehen die Araber im Nordsudan die nationale Einheit mit den Schwarzen des Südens. Innere Angelegenheiten!)